

Joachim Söder-Mahlmann

Geschichte und Strukturen sozialer Ungleichheit

Skript zur Lehrveranstaltung



Leibniz Universität Hannover, Institut für Soziologie

3. überarbeitete Fassung, April 2024

»Zu keinem anderen Zweck geboren zu sein als die Früchte der Erde zu genießen ist das Privileg ... von sehr wenigen. Der größere Teil der Menschheit muss [diese Güter] im Schweiße ihres Angesichts produzieren, oder die Gesellschaft wird nicht länger dem Zweck dienen, für den sie bestimmt ist«. (Henry Fielding 1751).

Inhalt

Vorwort.....	4
Gegenstand und Fragestellungen.....	5
1. Gleichheit und Gegenseitigkeit.....	10
2. Krieger, Priester und Bauern.....	17
<i>Die Grenzen der "ursprünglichen" Gleichheit.....</i>	<i>19</i>
<i>Glaube, Ideologie und Legitimität von Herrschaft.....</i>	<i>26</i>
3. Von der Feudal- zur Industriegesellschaft.....	30
<i>"Feudale Revolution" und "Krise des Feudalismus".....</i>	<i>30</i>
<i>Der "schwarze Tod" und das Ende der Knechtschaft.....</i>	<i>34</i>
<i>Vom Handwerk zur Industrie.....</i>	<i>38</i>
<i>Industrie und Kapital.....</i>	<i>40</i>
4. Weltwirtschaft und "internationale Arbeitsteilung".....	49
<i>Entdecker und Eroberer.....</i>	<i>49</i>
<i>Entwicklung und "Unterentwicklung".....</i>	<i>52</i>
<i>"Globaler Süden" und "globaler Osten".....</i>	<i>59</i>
5. Grenzenloses Wachstum.....	62
<i>Der Zwang zum Wachstum.....</i>	<i>62</i>
<i>Eine neue internationale Arbeitsteilung.....</i>	<i>65</i>
<i>Schöne neue Arbeitswelt.....</i>	<i>67</i>
<i>Kapital und Arbeit.....</i>	<i>70</i>
6. Drei Facetten von "Prekarität".....	73
<i>Die Erosion des "Normalarbeitsverhältnisses".....</i>	<i>74</i>
<i>Die Ausweitung des Niedriglohnsektors.....</i>	<i>76</i>
<i>Die Verfestigung sozialer Lagen.....</i>	<i>80</i>
7. Chancenungleichheit in der Bildungs- und Berufsbiographie.....	85
8. Armut in der Überflusgesellschaft.....	95
9. Wohltäter und Bedürftige.....	103
<i>Armenfürsorge und Armenhaus.....</i>	<i>103</i>
<i>Der Blick nach "unten".....</i>	<i>107</i>
10. Der Wert eines Menschen und seiner Arbeit.....	114
<i>Leistung und Entlohnung.....</i>	<i>114</i>
<i>Klasse und Kaste.....</i>	<i>115</i>
<i>Weibliche Erwerbsarbeit.....</i>	<i>119</i>
Resümee.....	123
Literatur.....	127

Vorwort

Das vorliegende Skript ist die überarbeitete Zusammenstellung der Inhalte von Lehrveranstaltungen, die ich jeweils im Sommersemester 2016 bis 2023 hielt. Die schriftliche Ausarbeitung soll primär den Studierenden helfen, die Seminarinhalte nochmals vertiefend zu rekapitulieren. Der Text kann aber sicherlich auch jenseits des Seminarzusammenhangs gewinnbringend gelesen werden.

Wie ein Blick in das Inhaltsverzeichnis unmittelbar verdeutlichen sollte, ist sowohl das Seminar als auch dieses Skript darauf ausgerichtet, Orientierungswissen zu vermitteln, welches befähigt, aktuelle politische Debatten und Entwicklungen in einen historischen und systematischen Kontext zu stellen. Die Studierenden sollen diesbezüglich vor allem in die Lage versetzt werden, die Zusammenhänge zwischen Gesellschaft und Ökonomie zu erkennen, und kritisch zu reflektieren, wie die höchst ungleiche Verteilung von Ressourcen legitimiert wird – sowohl innerhalb einer Gesellschaft als auch im globalen Kontext.

Angesichts der Reichweite und Komplexität des Phänomens können viele Themen hier allerdings nur angerissen werden. So muss ich bereits an dieser Stelle anmerken, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und wachsendem Konsumniveau (insbesondere der sog. statusorientierte "imitative Konsum") bereits in meinem Skript zur Konsumsoziologie ausführlich thematisiert wurde, so dass ich mich im vorliegenden Text mit einigen diesbezüglichen Anmerkungen begnügen werde.

Die globale Dimension sozialer Ungleichheit kommt gleichfalls deutlich zu kurz. Ich stelle zwar insbesondere im fünften Kapitel im Kontext der Diskussion von "Entwicklung" und "Unterentwicklung" heraus, welche Bedeutung die schlecht bezahlte Arbeit nicht nur von Menschen in der sog. "Dritten Welt" sondern auch von Arbeitsmigrantinnen und -Migranten für das Wohlstandsniveau in den Industrienationen hat, dieser Aspekt müßte aber noch deutlich intensiver herausgearbeitet werden. Für den Moment habe ich mich entschlossen, dies zum Gegenstand gesonderter Lehrveranstaltungen, und damit auch eines eigenen Skripts zu machen. Insbesondere die doppelte Frage, ob erstens der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen ein Weg aus der Armut ist, oder vielmehr Teil einer "Armutsfalle", aus der sich diejenigen Länder, die primär Rohstoffe und billige Arbeitskräfte anbieten, kaum befreien können; und mithin zweitens die Reichen im Welthandel immer reicher und die Armen notwendig arm bleiben oder sogar ärmer werden, wird nicht vertiefend diskutiert.

Mein Dank gilt insbesondere Rebecca Hausig und Insa Kriwall, die mich nicht nur im Seminar als Tutorinnen unterstützt, sondern auch substantiell inhaltlich zu diesem Skript beigetragen haben. Weiterhin danke ich Melissa Gottschalk, Linda Kachler, Timon Ahlborn, Lina Kieseritzky und Lukas Prieske für Diskussionen und wertvolle Anregungen.

Alle Leserinnen und Leser sind ausdrücklich eingeladen, das vorliegende Skript kritisch zu kommentieren und Vorschläge zur Präzisierung und Ergänzung zu machen!

Gegenstand und Fragestellungen

Der Begriff "soziale Ungleichheit" bezieht sich aus soziologischer Perspektive zunächst auf die *ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen* innerhalb einer Gesellschaft; genauer gesagt zwischen den "Schichten" oder "Klassen", welche die Sozialstruktur einer *hierarchisch gegliederten Gesellschaft* konstituieren. Dass einige Menschen reich und andere hingegen arm sind, resultiert aber nur zu einem eher geringen Teil aus individuellen Eigenschaften wie Fleiß und Intelligenz, sondern primär aus einer mit der ungleichen Ressourcenverteilung korrespondierenden *ungleichen Verteilung von "Chancen"*. Was ein Mensch im Leben erreicht bzw. erreichen kann, ist folglich in hohem Maß von seiner Herkunft abhängig, d.h. von der Position seiner Familie in der sozialen Hierarchie – welche wiederum durch die ungleiche Chancenverteilung fortwährend reproduziert wird.¹

Zwischen den gesellschaftlichen Schichten bestehen zudem deutliche Unterschiede nicht nur hinsichtlich der ökonomischen Stellung und der Chancenverteilung, sondern auch im Hinblick auf deren *Status*; ein hohes Einkommen geht zumeist mit einem entsprechend hohen gesellschaftlichen "Ansehen" einher und *vice versa*.² Die gesellschaftliche Hierarchie ist schließlich auch dahingehend institutionalisiert, dass sie mit *kollektiven Vorstellungen hinsichtlich der Legitimität von Ungleichheit* korrespondiert – was letztlich die Essenz von Konzepten wie "Status" oder "gesellschaftliches Ansehen" ist. So wird z.B. "geistiger Arbeit" ein höherer Wert beigemessen als manueller, d.h. "körperlicher" Arbeit. Dieses Beispiel soll hier zunächst genügen um zu illustrieren, dass das Phänomen "soziale Ungleichheit" tatsächlich nur dann vollständig verstanden werden kann, wenn wir die auch unsere Gegenwartsgesellschaften durchdringende Vorstellung der fundamentalen Ungleichwertigkeit von Tätigkeiten und Personengruppen mit in die Analyse einbeziehen.³

Mit diesen knappen Bemerkungen sollten der Gegenstand und die konzeptionelle Reichweite der folgenden Ausführungen zunächst hinreichend klar umrissen sein. Die erste Frage, die sich diesbezüglich nachgerade aufdrängt lautet: *gehört soziale Ungleichheit notwendig zum "Wesen" der menschlichen Gesellschaft?* Die Antwort lautet: Nein. Die Ergebnisse der ethnographischen Forschung des ausgehenden 19. und 20. Jahrhundert sind in dieser Hinsicht eindeutig; es existiert eine Vielzahl von egalitären Gesellschaften ohne erbliche Statusunterschiede, deren soziales und politisches Leben auf dem doppelten Prinzip "Gleichheit und Gegenseitigkeit" beruht. Da es sich bei diesen Kulturen in zweifacher Hinsicht quasi um Gegenentwürfe zu unserer eigenen Gesell-

1 Die soziale Hierarchie ist also dahingehend *institutionalisiert*, dass die Unterteilung der Gesellschaft in "Schichten" oder "Klassen" von den Individuen bei ihrer Geburt vorgefunden wird und die Herkunft den späteren Lebensweg weitgehend bestimmt bzw. begrenzt. Das heißt zwar nicht, dass kein gesellschaftlicher "Aufstieg" durch individuelle Leistung möglich wäre, die "soziale Durchlässigkeit" ist aber auch in der deutschen Gegenwartsgesellschaft relativ gering.

2 Die gesellschaftliche Funktion von Statussymbolen besteht darin, die Position in der sozialen Hierarchie nach außen hin sichtbar zu dokumentieren. Da ich dies bereits an anderer Stelle, d.h. in Abschnitt 4 und 5 meines Skripts zur Einführung in die Soziologie des Konsums (2023), ausführlich dargelegt habe, verzichte ich hier auf eine eingehendere Darstellung des Sachverhalts.

3 "Leistung" ist diesbezüglich keine rein objektive, sondern vor allem auch eine gesellschaftliche Kategorie; eng an den "Wert" gebunden, der einem Beruf bzw. einer Tätigkeit beigemessen wird. Dieser Wert wiederum korrespondiert mit der gesellschaftlichen Hierarchie. Die Definition von "Leistung" ist mithin durchaus problematisch und durchaus ein soziologisch relevanter Sachverhalt, da systematisch einige Berufsgruppen zu Lasten anderer begünstigt werden. Ich komme weiter unten noch ausführlich darauf zurück.

schaft handelt (es existieren dort weder Schichten oder Klassen noch spezialisierte Berufsgruppen), werden wir uns im auf diese Einleitung folgenden **ersten Kapitel** zunächst damit befassen, wie diese Gesellschaften "funktionieren". Sie dienen uns damit zuzusagen als eine Art Negativfolie, vor deren Hintergrund die spezifischen Merkmale unserer Gegenwartsgesellschaft klarer hervortreten.

Diese *systematische* Gegenüberstellung von zwei unterschiedlichen Gesellschaftstypen hat auch eine *historische* Dimension. Wir können nämlich mit einigem Recht davon ausgehen, dass auch unsere fernsten Vorfahren in Gesellschaften lebten, in denen das Zusammenleben der Menschen von einem Ethos der Gleichheit und Gegenseitigkeit bestimmt wurde. Dies änderte sich grundlegend, als die Menschen ihre Wirtschaftsweise von der ursprünglichen Jagd- und Sammeltätigkeit auf den Anbau von Getreide umstellen. Von nun an mussten sie ihr Brot buchstäblich im "Schweiße ihres Angesichts" erarbeiten – nicht zuletzt deshalb, weil spätestens um das Jahr 3000 v.u.Z. eine Klasse von Adligen entstanden war, die den Bauern alles abpresste, was diese an Überschüssen erwirtschafteten. Als in Ägypten und in Mesopotamien die ersten sog. "Hochkulturen" entstanden, war die Gesellschaft in drei Klassen von Menschen zerfallen: jene, die herrschten; jene, die dafür sorgten, dass die Herrschenden ihre Stellung angemessen durch Luxus und Monumentalbauten dokumentieren konnten (Händler und Handwerker); und schließlich die überwältigende Mehrheit jener, die das Land bestellten und auf deren Rücken die Repräsentationskultur des Adels errichtet wurde. Die Frage, wie es dazu kommen konnte, ist keineswegs trivial. Im **zweiten Kapitel** werden wir uns deshalb im Anschluß an eine Reflexion der Grenzen der "ursprünglichen Gleichheit" mit den möglichen Ursachen für die Entstehung der Klassengesellschaft befassen.

An der gerade skizzierten Sozialstruktur änderte sich über Jahrtausende nur wenig. Große Reiche entstanden und vergingen, Monumente wurden errichtet und verfielen, alte Götter gerieten in Vergessenheit als neue Propheten erschienen; und immer noch arbeitete die überwältigende Masse der Menschen auf dem Land, um mit vergleichsweise primitiven Methoden dem Boden jene kargen Überschüsse abzurufen, die es den "Edlen" ermöglichten, im Luxus zu leben, sich in Monumenten zu verewigen und ihre endlosen Kriege zu führen. Auch wenn einem mesopotamischen Bauern aus der Zeit des legendären König Gilgamesh die eisernen Werkzeuge fremd gewesen wären, mit denen seine Standesgenossen im europäischen Mittelalter das Land bearbeiteten, hätte eine Zeitreise für ihn ansonsten wenig Überraschungen bereit gehalten – die sozioökonomischen Verhältnisse hatten sich in viertausend Jahren kaum verändert. Dann aber setzte nach der großen Pestepidemie um ca. 1350 u.Z. in Nordwesteuropa ein grundlegender irreversibler Wandel ein. Insbesondere verbesserte Anbaumethoden (ertragreichere Sorten, Fruchtwechsel, verbesserte Gerätschaften) führten zunächst dazu, dass die Produktivität in der Landwirtschaft kontinuierlich anstieg. Es wurden folglich immer weniger Arbeitskräfte auf dem Land benötigt; die Nachfahren der ehemaligen Bauern arbeiteten schließlich ab dem ausgehenden 18. Jahrhundert in den neu entstehenden Fabriken, nachdem die Produktivitätsentwicklung auch den gewerblichen Bereich erfaßt hatte. Die Rekonstruktion dieser Transformation von der Agrar- zur Industriegesellschaft, mithin der Übergang vom "Feudalismus" zum "Kapitalismus" ist Gegenstand des **dritten Kapitels**.

Die Transformation der europäischen Gesellschaften in der frühen Neuzeit war kein auf diesen Kontinent begrenztes Phänomen, sondern fand in einem globalen Kontext statt; die Entdeckung Amerikas (1492) und des Seewegs nach Indien (1498) markieren nicht von ungefähr den Beginn einer neuen Epoche. In den Jahren von 1500 bis

1800 bildeten sich die Grundlagen der heutigen Weltwirtschaft heraus, die auf einer "internationalen Arbeitsteilung" beruht. Das auf dieser Arbeitsteilung beruhende moderne "Weltsystem" ist aber ebenso wie die Gegenwartsgesellschaften (vielleicht sogar noch in höherem Maße) durch eine strukturelle Ungleichheit gekennzeichnet, die Welt zerfiel in den Jahrhunderten nach der Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Indien in reiche und arme Nationen – wobei Reichtum in der Regel mit Macht, und Armut mit Ohnmacht einherging. Gegenstand des **vierten Kapitels** ist zunächst die historische Rekonstruktion der Herausbildung der internationalen Arbeitsteilung. Im Anschluß an die Rekapitulation der Ursachen von "Entwicklung" und "Unterentwicklung" ist dann kritisch zu reflektieren, warum jenes Ungleichgewicht zwischen "Nord" und "Süd", welches die heutige Welt prägt, auch Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit der ehemaligen europäischen Kolonien in Afrika andauert.⁴

Angesichts der globalen Umweltproblematik beginnt das **fünfte Kapitel** mit einer näheren Betrachtung des "Zwangs zum Wachstum" in Industriegesellschaften. Im Anschluss an eine vertiefende Analyse jener Faktoren, welche die wirtschaftliche Entwicklung heute bestimmen, wende ich mich dann zwei daraus resultierenden zentralen Konsequenzen zu; erstens der Verlagerung von Teilen der Warenproduktion in sog. "Billiglohnländer", und zweitens dem damit einhergehenden Strukturwandel der Arbeitswelt in den industriellen Zentren. Im Zuge des anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums nach Ende des Zweiten Weltkriegs veränderten sich die Lebensumstände der arbeitenden Menschen in Deutschland grundlegend. In dem Maße, wie an Stelle des "Klassenkampfes" eine neue "Sozialpartnerschaft" trat, breitete sich der materielle Wohlstand über alle Schichten der Gesellschaft aus, Arbeitszeiten sanken während gleichzeitig die Löhne stiegen.

Umso erstaunlicher ist, dass heutzutage erneut "prekäre" Lebenslagen und Einkommensverhältnisse im Zentrum der Diskussion stehen. Ich werde im **sechsten Kapitel** anknüpfend an die Rekapitulation der ökonomischen Dynamik in den modernen Industriegesellschaften zunächst deren Auswirkung auf individuelle Berufsbiographien diskutieren. Diese Facette von "Prekarität" ist aber nur Teil eines umfassenderen Phänomens, denn der Begriff bezeichnet auch eine soziale Lage, welche von Armutsgefährdung und mangelnden Aufstiegschancen gekennzeichnet ist.

Im **siebten Kapitel** verbleibe ich zunächst bei der Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit sozialen Aufstiegs und thematisiere die ungleiche Verteilung von Bildungs- und Karrierechancen in Deutschland. Alle Menschen haben bei ihrer Geburt das Potential, eine Million mögliche Leben zu leben – am Ende haben sie dann nur eines gelebt. Diese vermeintliche Binsenweisheit hat einen problematischen Kern, denn die Möglichkeiten, die sich im Laufe des Lebens bieten, sind von der sozioökonomischen Lage der Familien abhängig. Armut manifestiert sich in Deutschland auch als Chancenarmut; das Versprechen des "Aufstiegs durch Bildung" ist ebenso fragwürdig wie die Rede von der "Leistungsgesellschaft" weitgehend Ideologie ist, da die Kinder sozial benachteiligter Schichten hinsichtlich der Entwicklung ihrer Leistungsfähigkeit deutlich weniger gefördert werden als Kinder auf "bildungsnahen" Milieus. Das deutsche Schul- und Hochschulsystem ist mithin in hohem Maß sozial selektiv, alle Phasen der Bildungs- und Berufsbiographie werden von herkunftsabhängigen Effekten beeinflusst; und ich werde (so-

⁴ Dieses strukturelle Gefälle betrifft nicht nur das Verhältnis von Europa zu Afrika oder Lateinamerika, sondern auch die deutlichen Unterschiede im Lohn- und Wohlstandsniveau zwischen West- und Osteuropa.

weit das insbesondere für den Hochschulbereich erstaunlich dürftige empirische Material dies zulässt) erläutern, warum das so ist.

Im **achten Kapitel** geht es schließlich um die Frage, was es über die ungleiche Chancenverteilung hinaus bedeutet, in Deutschland arm zu sein. *Armut ist sowohl absolute als auch relative Kategorie*, einerseits leben deutsche Hartz-IV Empfänger im Vergleich zu Textilarbeiterinnen und -arbeitern in Bangladesh auf einem materiell deutlich höheren Niveau, andererseits sind sie in vielfältiger Hinsicht arm, nicht nur an Chancen. Die Diskussion darüber, ob der deutsche Sozialhilfesatz ausreicht, um ein menschenwürdiges Leben zu führen, wird nochmals verdeutlichen, wie unterschiedlich die materielle Situation einer Person oder einer Familie wahrgenommen werden kann. Das ein "postmaterialistischer" Lebensstil (d.h. der Verzicht auf Statussymbole) möglicherweise nur Menschen aus "arrivierten" Mittelschichtsmilieus offensteht könnte auch daran liegen, dass diese weder um "Anschluß" noch gegen soziale Stigmatisierung kämpfen müssen, sondern sich ihres "sozialen Werts" sicher sein können.

Die vorstehenden Erläuterungen sollten bereits hinreichend verdeutlicht haben, dass das Phänomen soziale Ungleichheit nicht nur eine formale (Verfügbarkeit von Ressourcen und Chancen), sondern auch eine "inhaltliche" Dimensionen hat. Die gesellschaftliche Hierarchie ist durchdrungen von Werturteilen, welche wir über Menschen aus jeweils anderen sozialen Schichten fällen. Nun dürfte fraglos zutreffen, dass auch die Menschen "unten" (mehr oder weniger berechnete) Vorurteile gegen die sog. "Eliten" (d.h. die Reichen und Mächtigen) pflegen, im Unterschied zu jenen haben sie aber nicht die Macht, andere Personen aufgrund ihres Habitus auszugrenzen. Ich werde im **neunten Kapitel** zunächst (im Anschluß an die Diskussion aus den vorangegangenen Kapiteln) nochmals die Abwertung von Menschen aus sog. "Unterschichtsmilieus" thematisieren.

Gegenstand des daran anschließenden **zehnten Kapitels** ist schließlich die *"Semantik der sozialen Hierarchie"*, d.h. der "Wert" einer Person bzw. der von dieser ausgeführten Tätigkeit. Ausgehend von einer mit den Studierenden durchgeführten kurzen Umfrage zu Gehaltsunterschieden werde ich zunächst diskutieren, inwiefern die unterschiedliche Wertigkeit respektive Entlohnung einer Tätigkeit auf die erbrachte Leistung bzw. den generierten (gesamtgesellschaftlichen) Nutzen einer Berufsgruppe zurückgeführt werden kann. Dies ist nur in überraschend geringem Maß der Fall, tatsächlich scheinen der sozialen und ökonomischen Hierarchie auch den modernen Industriegesellschaften erstaunlich archaische Maßstäbe zugrunde zu liegen, wie ein kurzer Vergleich der deutschen Gegenwartsgesellschaft mit den indischen Kastenwesen illustriert – in beiden Fällen bestimmt ein soziales Konstrukt von "Reinheit" den Wert einer Person bzw. sozialen Gruppe (das gesellschaftliche "Unten" hat geringeren Wert, weil es "unrein" ist). Die systematische Abwertung bestimmter Tätigkeiten in unserer Gesellschaft betrifft aber nicht nur bestimmte manuelle Arbeiten (respektive Dienstleistungen), sondern auch als "weiblich" konnotierte Tätigkeiten. Jede Diskussion über die Hierarchie von Menschen und Berufen ist letztlich unvollständig, wenn sie nicht das Geschlechterverhältnis in den Blick nimmt, folgerichtig endet das Kapitel mit einer kurzen Rekapitulation der geschlechtlichen Arbeitsteilung, d.h. der weiblichen Erwerbsarbeit in der Gegenwartsgesellschaft.

Im abschließenden **Resümee** gehe ich schließlich auf die Frage ein, wie die gesellschaftliche Realität und die eigene Lebenslage von dem Menschen wahrgenommen wird. – Damit sind dann zwar nicht alle Fragen beantwortet (es stellen sich im Gegenteil

neue), aber zumindest sollten die Leserinnen und Leser Anregungen erhalten haben die sie befähigen, die eigene Gesellschaft mit anderen Augen zu sehen.

Soziale Ungleichheit ist eine "totale soziale Tatsache". Der französische Sozialanthropologe Marcel Mauss verwendete den Begriff ("*fait social total*") um Phänomene zu beschreiben, welche sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, d.h. die Ökonomie, das Rechtssystem, die Moral, die Ästhetik, Religion und Mythologie, die Sozialstruktur und die sozialen Beziehungen durchdringen. Diese Facetten und ihre Interdependenz sollten im folgenden Text hinreichend deutlich werden. Mauss hatte dieses Konzept allerdings nicht auf die "modernen" Klassengesellschaften bezogen, sondern auf die wechselseitigen Verpflichtungen der Menschen in klassenlosen sog. "primitiven" Gesellschaften. Die dort vorzufindende Gleichheit der Menschen auf Basis von Solidarität und Gegenseitigkeit stellt wie gerade erwähnt sowohl historisch als auch systematisch den Gegenpol zu Ungleichheit und Ausbeutung dar, weshalb mir notwendig erscheint, die Darstellung hiermit zu beginnen.

Gleichheit und Gegenseitigkeit

Nicht alle menschlichen Gesellschaften waren oder sind durch die Existenz von Schichten oder "Klassen" gekennzeichnet. Die Faszination, welche die sog. "Stammesgesellschaften" bzw. "primitive Kulturen"⁵ auf die Menschen in den westlichen Industriegesellschaften ausübten, gründete nicht zuletzt auch in deren egalitärer Sozialorganisation und ihrer Wirtschaftsweise. Die Ökonomie in diesen Gesellschaften zielt nicht auf die Akkumulation individuellen Reichtums ab, sondern ist vielmehr auf Ausgleich und Umverteilung ausgerichtet – womit die Herausbildung einer sozioökonomischen Hierarchie von vornherein verhindert wird. Das mag uns auf den ersten Blick als fremdartig (und je nach politischer Präferenz als faszinierend oder rückständig) erscheinen, die Wirtschaftsethik der "Stammeskulturen" gründet aber auf einer normativen Basis, welche uns durchaus vertraut und auch in unserer Gesellschaft wirksam ist.

In den hinsichtlich der Sozialstruktur einfachsten menschlichen Gesellschaften, denen der Jäger und Sammler⁶ ist die (neben dem universellen Inzesttabu) wichtigste Institution die Verpflichtung zu teilen. Wenngleich die Mechanismen sich jeweils im Detail unterscheiden, wird in jedem Fall sichergestellt, dass unabhängig vom Ertrag ihrer Jagd und Sammeltätigkeit jede der Gruppe angehörende Familie gleich große Portionen Nahrung erhält. Richard B. Lee beschreibt diese Praxis am Beispiel der südwestafrikanischen !Kung San:

»Nicht allein Familienangehörige legen ihre Tagesausbeute an Nahrung zusammen, sondern die gesamte Lagergemeinschaft ... teilt die zur Verfügung stehende Gesamtmenge an Nahrung zu gleichen Teilen auf. So setzt sich das Abendessen jeder einzelnen Familie aus Speiseportionen zusammen, die sie von allen anderen Familien erhielt. Die Nahrung wird entweder roh verteilt oder erst von den Sammlerinnen gekocht und dann verteilt. Nüsse, Beeren, Wurzeln und Melonen wandern solange von Familienfeuerplatz zu Familienfeuerplatz, bis jeder Lagerbewohner eine gleich große Portion wie alle übrigen erhalten hat.« (Lee 1969: 58)

Kirk Endicott hebt die gesellschaftliche Dimension derartiger Praktiken am Beispiel der in Malaysia lebenden Batek hervor: »Das Teilen von Fleisch ist für die Batek eine absolute normative Verpflichtung und liegt nicht im Ermessen des Jägers. Wie ein Jäger sagte: "Wenn ich das Fleisch nicht ins Lager zurückbrächte, wären alle wütend auf mich"« (1988: 117). Von einer Person wird erwartet, dass sie teilt; versäumt sie das, zögern die anderen nicht, ihr Recht einzufordern. Die Verpflichtung, Nahrung zu teilen, ist verknüpft mit der Erwartung, dass alle Mitglieder der Gruppe ihr Bestes geben, einen möglichst reichhaltigen Ertrag zu erzielen. Eine Erwartung, der Endicott zufolge nicht immer alle entsprechen. Aber auf die Frage des Ethnologen, warum sie nicht einfach einen Mann, dessen offensichtliche Faulheit für Mißstimmung in der Gruppe sorgte, auffordern, diese zu verlassen, antworteten die Batek: "Weil er ein Batek ist" – was für Endicott bedeutet, »dass sie einem Batek etwas derart Gefühlloses einfach nicht antun könnten, was auch immer seine Verfehlungen sein mochten« (Ibid.: 118).

Diese Einstellung mag uns als durchaus naheliegend erscheinen, da die Jäger- und Sammler in der Regel in kleinen verwandtschaftlich verbundenen Gruppen leben. Die normative Basis ihrer Wirtschaftsethik ist (wie oben bereits angedeutet) tatsächlich vergleichbar mit dem, was bei uns für den Umgang unter Verwandten und Freunden gilt.

5 Der Begriff "primitiv" ist nicht wertend gemeint, sondern bedeutet in diesem Kontext lediglich "einfach" oder "ursprünglich".

6 Diese "Wildbeuter" leben in der Regel in kleinen Gruppen, welche ein mehr oder weniger klar definiertes Territorium auf der Suche nach eßbaren Tieren und Pflanzen durchwandern.

Für die südwestafrikanischen !Kung ist denn auch Lorna Marshall zufolge »die Vorstellung, alleine zu essen und nicht zu teilen, beunruhigend und erschreckend, diese läßt sie ängstlich, besorgt und verwundert lächeln. Löwen könnten das tun, sagen sie, aber doch nicht Menschen« (Marshall 1961: 236).

Man darf das Teilen der Nahrung bei den Jägern und Sammlern keinesfalls als "Urkommunismus" mißverstehen, es ist mitnichten so, dass in diesen Gesellschaften alles allen gehört – eher ist das Gegenteil der Fall: das soziale Band manifestiert sich in der Verpflichtung, etwas *eigenes* zu geben. Die Tauschbeziehungen, welche die Stammesgesellschaften nicht nur durchdringen, sondern sie nachgerade konstituieren, bedürfen der vorgängigen Definition von Eigentumsrechten – denn wenn ich nichts habe, kann ich nichts geben. Dieser Sachverhalt wird noch wesentlich deutlicher, wenn wir uns den Tauschbeziehungen in komplexeren Gesellschaften zuwenden.

Die Organisation von Gesellschaft und Ökonomie auf Basis der Verwandtschaft ist nicht auf kleine Gruppen beschränkt, die ethischen Prämissen welche das Leben in den Jäger- und Sammler-Kulturen bestimmen finden sich auch in den seßhaften, deutlich größeren und komplexeren sog. segmentären Gesellschaften. Die sozialen "Segmente", welche diese Gesellschaften konstituieren, sind das genaue Gegenteil von Schichten oder "Klassen": es handelt sich um Abstammungsgruppen, die weder ökonomisch spezialisiert sind noch in einer hierarchischen Beziehung zueinander stehen.⁷

Das soziale Band zwischen den Segmenten ("Clans" oder "Lineages") wird typischerweise durch Eheschließungen und aus diesen resultierenden ökonomischen Verpflichtungen perpetuiert. Ist eine derartige Gesellschaft in drei Clans geteilt, so bestehen Heiratsregeln, welche z.B. vorschreiben, dass eine Frau aus Clan X immer einen Mann aus Clan Y heiratet, eine Frau aus Clan Y stets einen Mann aus Clan Z, und eine Frau aus Clan Z notwendig einen Mann aus Clan X. Diese Regel stellt sicher, dass alle sozialen Segmente verwandtschaftlich verbunden sind. Die Heirat zieht zudem eine endlose Reihe von Verpflichtungen und Tauschakten zwischen den verbundenen Familien (und mithin den Clans) nach sich, das Band der Verwandtschaft wird immer wieder im Transfer von Gütern und Dienstleistungen bekräftigt – die Institution der Ehe wurzelt also nicht in gegenseitiger Liebe oder Anziehung, sondern in einer gesellschaftlichen Notwendigkeit.

Bronislaw Malinowski liefert in seiner berühmtem Monographie über die Trobriand-Insulaner ("Argonauten des westlichen Pazifik") ein berühmtes Beispiel für derartige, aus der Eheschließung resultierende Obligationen: Ein Trobriander muss einen Großteil seiner Yamsernte (d.h. des wichtigsten Grundnahrungsmittels) an seine weiblichen Blutsverwandten abtreten.

»Diese regelmäßigen und verlässlich dargebotenen Gaben sind so ansehnlich, dass sie den Hauptteil des Einkommens eines Mannes an Lebensmitteln bilden. Soziologisch gesehen stellen sie die vielleicht stärkste Faser im Gewebe des Stammesaufbaus bei den Trobriandern dar. Sie erlegen jedem Mann die lebenslange Verpflichtung auf, für seine weiblichen Blutsverwandten und deren Familien zu arbeiten. Beginnt ein Junge mit dem Gartenbau, so tut er dies für seine Mutter. Wachsen seine Schwestern heran und heiraten, so arbeitet er für sie. Hat er weder Mutter noch Schwestern, so wird seine nächste weibliche Blutsverwandte den Ertrag seiner Arbeit beanspruchen« (Malinowski 1922: 220f.).

⁷ Die Abstammungsgruppen führen ihren Ursprung oft auf ein bestimmtes Tier zurück. Dieses "Totem" fungiert in der Mythologie als Kulturstifter und markiert in der Überlieferung den Übergang vom Natur- in den Kulturzustand. So kann z.B. der Kakadu das Feuer gezähmt haben, der Otter die Töpferei oder der Bär die Herstellung der Kleidung erfunden haben.

Ein Mann versorgt also seine Schwester und damit auch deren Gatten, während er wiederum vom Bruder seiner Ehefrau Nahrung erhält. Damit besteht keine Beziehung direkten wechselseitigen Tauschs bzw. Ausgleichs ("Reziprozität") zwischen den Schwägern, die Bewegung des Yams geht immer nur in eine Richtung – von einem Mann zum Gatten seiner nächsten weiblichen Verwandten –, sie beschreibt einen Kreis, der sich (analog zu den Heiratsregeln) notwendig schließt, weil jeder Mann von einem Verwandten seiner Frau Yamswurzeln erhält.⁸

Was bereits für die Jäger- und Sammler-Kulturen festgestellt wurde gilt noch ausgeprägter für segmentäre Gesellschaften wie die der Trobriander: Man hat, um zu geben, die Ökonomie ist sozusagen eine "Funktion" der Gesellschaft. Dies wird exemplarisch deutlich in Karl Polanyis folgender Nachzeichnung von Margaret Meads Beschreibung des Lebens der in Neu-Guinea lebenden Arapesh:

»Der typische Arapesch-Mann wohnt zumindest einen Teil seiner Zeit (denn jeder Mann wohnt in zwei oder mehr Dörfern, sowie in den Gartenhütten, Hütten in der Nähe des Jagdbusches und in Hütten bei seiner Sagopalme) auf Boden, der ihm nicht gehört. Um das Haus befinden sich Schweine, die von seiner Frau gefüttert werden, die aber einem ihrer oder seiner Verwandten gehören. Neben dem Haus stehen Kokos- und Betelpalmen, die wiederum anderen Personen gehören und deren Früchte er niemals ohne die Erlaubnis des Besitzers oder einer Person berühren wird, dem vom Besitzer das Verfügungsrecht über die Früchte eingeräumt worden ist. Zumindes für einen Teil seiner Jagdzeit geht er auf das Buschland seines Schwagers oder Neffen jagen, in der restlichen Zeit schließen sich andere ihm auf seinem Buschland an, sofern er eines besitzt. Er gewinnt sein Sago in den Sagobeständen von anderen ebenso wie in den eigenen. Von seiner persönlichen Habe in seinem Haus sind alle Gegenstände von einigem Wert, etwa große Gefäße, schön geschnitzte Teller, gute Speere, bereits seinen Söhnen übertragen worden, obwohl sie noch Kleinkinder sind. Seine eigenen Schweine befinden sich fernab in anderen Dörfern; seine Palmen sind drei Meilen in der einen Richtung und zwei Meilen in der anderen Richtung verstreut, seine Sagopalmen sind noch weiter verstreut, und seine Gartenbeete befinden sich da und dort, meist aber auf dem Boden anderer. Wenn sich auf dem Räuchergestell über seinem Feuer Fleisch befindet, dann ist es entweder Fleisch, das von einem anderen erbeutet wurde, einem Bruder, einem Schwager einem Neffen etc., und ihm übergeben wurde: in diesem Fall dürfen er und seine Familie es verzehren; oder es handelt sich um Fleisch, das er selbst erbeutet hat und das er nun räuchert, um es jemandem anderen zu schenken, denn die eigene Beute zu verzehren, und sei es nur ein kleiner Vogel, ist ein Verbrechen, das nur moralisch verkommene Personen ... begehen würden. Auch wenn das Haus, in dem er sich befindet, nominell ihm gehört, so wurde es zumindest teilweise aus den Pfosten und Planken von anderen Leuten gehörenden Häusern errichtet, die auseinandergenommen oder zeitweilig verlassen wurden und von denen er sich das Holz ausgeborgt hat. Er wird die Dachbalken, wenn sie zu lang sind, nicht zuschneiden, damit sie auf sein Haus passen, denn sie könnten später für das Haus eines anderen benötigt werden, das eine andere Form oder Größe hat« (1957a: 157f., vgl. auch Mead 1937a).

Die bis hierhin aufgeführten Beispiele für die Organisation von Gesellschaft und Ökonomie auf Basis der Verwandtschaft und der mit ihr einhergehenden ethischen Prämissen

⁸ Mit der Bewegung des Yams korrespondiert eine zweite: Wenn ein Mann stirbt, erstatten die Frauen die Yamsgaben symbolisch mit großen Mengen von Bananenblatt-Bündeln zurück, die im Gegensatz zum Yams weiblicher Reichtum sind. Immer, wenn ein Verwandter der Frau (ein Mitglied ihrer matrilinearen Abstammungsgruppe, Matrilineage) stirbt, muss sie große Mengen dieser Bündel beschaffen, die anschließend zereemoniell an die Trauernden verteilt werden. »Wenn Männer ihren Schwestern und deren Ehemännern Yams geben, schaffen sie eine Schuld, die nur in weiblichem Reichtum zurückgezahlt werden kann« (Weiner 1988: 121). Eine Frau kann die Unterstützung ihres Gatten bei der Beschaffung der Bündel nur einfordern, weil dieser von ihrem Bruder Yamswurzeln erhielt. Umgekehrt wird ein Mann, wenn der Gatte seiner Schwester diese nicht bei der Beschaffung der Bündel unterstützt, keinen großen Yamsgarten für das Ehepaar anlegen, denn seine Gartenarbeit wird nach Weiner daran gemessen, inwieweit sie den Bedarf der Abstammungsgruppe bei einem Todesfall befriedigt. Zwischen beiden Bewegungen, der des Yams und derjenigen der Bündel, besteht also eine untrennbare Verbindung, es handelt sich um zwei verallgemeinerte Tauschmuster, die in Relation zueinander gesetzt sind.

sen sind zugegebenermaßen weit von dem entfernt, was wir als "ökonomisch" definieren. Gerade im Kontext der segmentären Kulturen wird durch die Tauschregeln eine künstliche Abhängigkeit geschaffen, die keinen wirtschaftlichen, sondern allein einen gesellschaftlichen Nutzen (oder "Mehrwert") erzeugt. Es wäre aber ein grobes Mißverständnis, daraus zu folgern, in diesen Kulturen bestände kein Anreiz zur Arbeit, weil jede und jeder sozusagen auf Kosten der anderen lebt. Malinowski erklärt diesbezüglich das Funktionieren der Trobriander-Gesellschaft mit der Existenz eines sozialen Zwangs:

»Der soziale Zwang, die Achtung für die wirklichen Rechte und Ansprüche anderer sind im Denken und im Verhalten der Eingeborenen immer deutlich vorhanden. [...] Er ist auch unerläßlich für das reibungslose Funktionieren ihrer Institutionen. [...] Jeder, der weiß, wie gut und bereitwillig sie die Arbeit in ihren gewohnten Tätigkeiten verrichten, wird die Funktion und die Notwendigkeit des Zwangs erkennen, der aus der Überzeugung der Eingeborenen resultiert, ein anderer habe Anspruch auf ihre Arbeit« (Malinowski 1926: 138)

Es mag zwar sein, dass im Zweifelsfall ein gewisser Nachdruck von Seiten der Verwandtschaft erforderlich ist, das vorstehende Zitat widerspricht aber Malinowskis eigenen Beobachtungen. Die Arbeit, insbesondere diejenige in den Yamsgärten ist nämlich bei den Trobriandern positiv konnotiert; oder anders formuliert: die Trobriander sind leidenschaftliche Gärtner, die ihren ganzen Ehrgeiz darauf verwenden, möglichst viel und möglichst große Yamsknollen zu ernten – obwohl diese nicht ihnen selbst, sondern ihren Schwestern und deren Familie gehören. Die Ernteerträge übersteigen in der Regel bei weitem den Bedarf an Nahrungsmitteln, »in einem durchschnittlichen Jahr ernten sie vielleicht mehr als das zweifache dessen, was sie verzehren können« (Malinowski 1922: 86). Sie erzeugen diesen Überschuß zudem »in einer Art, die ihnen weit mehr Arbeit aufbürdet, als zur Gewinnung der Ernte unbedingt nötig wäre. Viel Zeit und Mühe verwenden sie auf ästhetische Ziele, darauf, dass die Gärten ordentlich, sauber, von allen Felsstücken frei sind, auf den Bau schöner, stabiler Zäune und die Beschaffung starker und großer Yamsstangen« (Ibid.). Die Gärten und ihre Erträge sind der Stolz der Gärtner: »Alle Feldfrüchte werden nach der Ernte noch einige Zeit in den Gärten ausgestellt und dann in ordentlichen, kegelförmigen Haufen unter dem Schutz von Dächern aus Yamsreben aufgeschichtet. Die Ernte jedes einzelnen wird so auf seinem eigenen Grundstück zur Kritik ausgestellt, und die Eingeborenen gehen in Gruppen von Garten zu Garten, bewundern, vergleichen und loben die besten Ernteresultate« (Ibid.: 89). Wer viel erntet, hat viel zu geben – wie bei uns gewinnt bei den Trobriandern derjenige an Ansehen, der anderen gibt; ungeachtet der Tatsache, dass seine Großzügigkeit obligatorisch ist, und keine Dankbarkeit erwartet wird (ich komme auf diesen Zusammenhang später zurück, wenn wir uns mit "Mildtätigkeit" in unserer Gesellschaft befassen).

Die vorstehend beschriebenen Sachverhalte dürfen allerdings keinesfalls die Tatsache verdunkeln dass diese Kulturen jenseits des ökonomischen Nullsummenspiels, welches der Tausch von Yams gegen Yams fraglos darstellt, zumeist auch Handelsbeziehungen unterhalten, welche dem wechselseitigen Nutzen der Beteiligten dienen. Diese bestehen in der Regel zwischen Partnern aus z.T. weit entfernten (und "ethnisch" verschiedenen) Gemeinwesen, die dauerhafte Kontakte pflegen. Der Handel wurzelt in erster Linie in einer regional unterschiedlichen Ressourcenverteilung und dem Bestreben oder der Notwendigkeit, sich in den Besitz knapper und begehrter Güter zu setzen. "Primitiver Handel" hat mithin (fast) stets eine die Subsistenz lediglich ergänzende Funktion. Niemand produziert allein für den Austausch, auch wenn dieser, wie z.B. in Neu-Guinea und Melanesien, bemerkenswerte Ausmaße annehmen kann. Der deutsche Ethnologe Richard

Thurnwald stellte bereits 1919 (ebenfalls bezogen auf Neu-Guinea) fest, der Handel bei den papuanischen Gesellschaften sei

»zwar – absolut betrachtet – gering, und man kann mit Recht von geschlossener Wirtschaft ... reden. Produktion und Verbrauch erschöpfen sich im wesentlichen innerhalb der Sippe. Aber doch nicht ausschließlich. Fast überall, selbst bei den primitivsten Stämmen, gibt es Dinge, die sie von auswärts beziehen und gegen eigene Erzeugnisse eintauschen. Dazu gehört nicht allein der sich über weite Strecken ausdehnende Handel mit Töpfereiprodukten von Stellen, wo Töpfererde gewonnen wird und die Technik bekannt ist, sondern auch der Handel mit Naturprodukten, wie rohen und bearbeiteten Muscheln als Schmuck, und Beilklingen nach dem Inneren, ebenso wie umgekehrt aus dem groben Schotter der Oberläufe der Flüsse die Klingen für Steinbeile geholt und nach den steinarmen Gebieten der Mittel- und Unterläufe sowie der Sumpfbiete verhandelt werden. Auch Nahrungs- und Genußmittel spielen eine Rolle; so werden Muscheln und geräucherte Fische von der Küste nach dem Innern verhandelt, während in entgegengesetzter Richtung Tabak, Yams, Sago und Schweine gebracht werden, die man gegen Muschelschmuck in Tausch gibt. Diese Aufzählung ist keineswegs erschöpfend. Sie soll nur zur Illustrierung dienen. Der Handel ist bei den primitiven Stämmen viel erheblicher, als die doktrinäre Konstruktion ihn anzunehmen geneigt ist. Ja, wenn man die relative Armut an Gegenständen des Gebrauchs und des Genusses in Betracht zieht, wird man zu dem Ergebnis gelangen, dass er sogar mitunter einen überraschenden Prozentsatz ausmacht. Allerdings ist dieser Handel "Außenhandel", also Handel mit fremden Stämmen, gewöhnlich mit solchen, die unter anderen Naturbedingungen leben oder bei denen sich besondere Fertigkeiten, z.B. das Knüpfen von großen Fischnetzen, das Flechten von Reusen, das Knoten der Netzbeutel oder auch die Verfertigung von Pfeilen und Bogen, entwickelt haben. Hier kann man also von "lokalen Hausindustrien" sprechen, die ihre Erzeugnisse tauschen. Innerhalb der Sippe selbst erübrigt sich der Handel ebenso wie von Sippe zu Sippe im Dorfe« (Thurnwald 1919: 44).

Wenngleich der "primitive Handel" zum wechselseitigem Nutzen der Beteiligten betrieben wird, gelten nichtsdestotrotz die gleichen ethischen Prämissen wie innerhalb der Gruppe: die Partner begegnen sich wie Verwandte oder Freunde – sie versuchen nicht, sich gegenseitig zu übervorteilen (Großzügigkeit, nicht Habgier ist die Norm!), und sie helfen sich in Notlagen. Dieser Aspekt unterscheidet die "primitiven" Handelsbeziehungen drastisch von Marktbeziehungen in westlichen Industriegesellschaften.

Wie Elizabeth Cashdan bemerkt, wird »in den meisten Fällen ... der Austausch sowohl wegen der Güter selbst als auch wegen der zwischen den Tauschpartnern gepflegten sozialen Beziehung geschätzt« (1989: 43). Auf die persönliche Bindung zwischen Handelspartnern verweist auch E.E. Evans-Pritchard: Wenn die im Sudan lebenden Nuer etwas von einem arabischen Händler erwerben, ist das

»für sie keine unpersönliche Transaktion, und sie haben keine der unseren entsprechende Vorstellung von Preis und Währung. Ihre Vorstellung vom Kauf ist diejenige, dass man etwas einem Händler gibt, der dadurch verpflichtet ist, einem zu helfen. Zur gleichen Zeit bittet man ihn um etwas aus seinem Warenbestand, das man braucht, und er muss es geben, weil er mit Annahme der Gabe in eine wechselseitige Beziehung eintrat. Folglich bedeutet *kok* "kaufen" oder "verkaufen". Beide Handlungen sind Ausdruck einer einzigen Beziehung der Reziprozität. Da ein arabischer Händler die Transaktion anders wahrnimmt, tauchen Mißverständnisse auf. Aus der Perspektive der Nuer geht es bei einer derartigen Transaktion eher um ein Verhältnis zwischen Personen als zwischen Dingen. Mehr als seine Güter ist es der Händler, welcher "gekauft" wird« (Evans-Pritchard 1956: 223f.)

Das Ethos von "Gleichheit und Gegenseitigkeit" ist schließlich auch auf der politischen Ebene präsent. Die segmentären Gesellschaften werden oft als "akephal", d.h. "Kopflös" beschrieben. Der Begriff ist allerdings teilweise irreführend, da er möglicherweise suggeriert, es gäbe in diesen Kulturen keine "Anführer". Die Institution des "Häuptlings" ist aber in den meisten Gesellschaften ebenso vorhanden wie diejenige des Schamanen oder der Schamanin. Es ist allerdings zutreffend, dass in den segmentären Gesellschaft

oftmals keine Äquivalent eines staatlichen Gewaltmonopols existiert bzw. existierte.⁹ Der Häuptling als Anführer der Gruppe wurde in diesem Fall gewählt und konnte seine Position keinesfalls vererben. Wenn er den Gefährten als nicht mehr geeignet erschien, d.h. er seine Funktion nicht adäquat erfüllte, musste er sein Amt wieder abgeben.¹⁰

Institutionalisierte Hierarchien gehören folglich ebenso wenig zum "Wesen" der menschlichen Gesellschaft, wie Kultur ein Resultat der Herausbildung von "Eliten" ist (im komme im folgenden Abschnitt darauf zurück). Es existiert (bzw. existierte) eine Vielzahl von Gesellschaften in denen das Miteinander (und zumindest zum Teil auch der Umgang mit Fremden) von einem universellen Ethos geprägt ist, welches in unseren Gesellschaften durchaus noch präsent ist, und die Sphäre von Verwandtschaft und Freundschaft konstituiert. Während aber bei uns ein deutlicher Gegensatz zwischen dieser Sphäre und den politischen und ökonomischen Beziehungen besteht, welche den Großteil des sozialen Lebens ausmachen, existiert dieser Unterschied in den egalitären Gesellschaften nicht. Auf die Wirtschaftsethik bezogen heißt dies: Während *wir* Geschäfte mit Freunden oder Verwandten vermeiden (weil Geld bekanntermaßen die Freundschaft zerstört), unterhalten *sie* fast ausschließlich ökonomische Beziehungen zu Verwandten, und behandeln diejenigen mit denen sie Handel treiben wie Freunde.

Uns mögen die Menschen in den sog. "primitiven" Kulturen als arm erscheinen, sie selbst sehen sich gänzlich anders. Tatsächlich ist es paradox, dass es den Menschen in den fortgeschrittensten westlichen Industriegesellschaften offenbar stets an etwas mangelt, während die vermeintlichen "Wilden" (zumindest viele von ihnen) ein Leben der Fülle lebten. Wie Claude Lévi-Strauss schreibt, erscheinen aus Perspektive der westlichen Industriegesellschaft

»die sogenannten "primitiven" Gesellschaften ... als solche vor allem deshalb, weil sie von ihren Mitgliedern konzipiert wurden, um zu dauern. Ihre Öffnung nach außen ist sehr begrenzt ... Den Fremden, sogar wenn er ein naher Nachbar ist, hält man für schmutzig und roh; oft wird ihm sogar die Eigenschaft Mensch abgesprochen. Doch umgekehrt ist die innere soziale Struktur enger gesponnen und reicher verziert als in komplexen Zivilisationen. Nichts wird hier dem Zufall überlassen, und das doppelte Prinzip, dass jedes Ding einen Platz haben und jedes Ding an seinem Platz sein muss, durchdringt das gesamte moralische und soziale Leben. Es erklärt auch, warum Gesellschaften mit einem sehr niedrigen ökonomischen Niveau oft ein Gefühl des Wohlbefindens und der Fülle empfinden und dass jede von ihnen meint, ihren Mitgliedern das Leben bieten zu können, das einzig sich lohnt, gelebt zu werden« (Lévi-Strauss 1961: 361f.).

Vielleicht ist es auch gerade jene obligatorische Freigiebigkeit und Solidarität, welche wie gesehen den Umgang der Menschen in diesen Gesellschaften bestimmt, die dieses Gefühl erzeugt – eine wechselseitige Verbundenheit *aller*, die in Klassengesellschaften nicht bzw. nicht mehr existiert.

Die vorstehenden Ausführungen illustrieren nicht allein einen Möglichkeitsraum – eine Form der Sozialorganisation, die sich radikal von derjenigen unserer Gegenwartsgesellschaft unterscheidet – sie liefern auch zumindest Anhaltspunkte dafür, wie alle Men-

⁹ In einigen Gesellschaften koexistieren Clanorganisation und erbliches Häuptlingstum, wie z.B. bei den afrikanischen Zande oder den Trobriandern.

¹⁰ Pierre Clastres zufolge besteht in Jäger- und Sammler-Gesellschaften eine Art kollektiver Konsens die Herausbildung erblicher Hierarchien (1974, Kap. 2, 7 und 11). "Staatsfeinde", so heißt das zitierte Buch, ist allerdings ein mißverständlicher Titel, es geht um etwas gänzlich anderes, um das Beharren auf der Egalität, der Gleichwertigkeit der Mitglieder der Gesellschaft. Clastres setzt "Staatlichkeit" gleich mit der Herrschaft des Menschen über den Menschen, aber "Staat" konnotiert auch "Gesellschaftsvertrag", und genau damit haben wir es hier zu tun: ein kollektives Übereinkommen, welches die Herausbildung erblicher Statusunterschiede verhindern soll (vgl. auch Balandier 1967: 47).

schen einstmals zusammenlebten. Die Idee, die Stammeskulturen Amerikas, auf welche die Europäer im Zuge der kolonialen Expansion stießen, mit unseren eigenen Vorfahren gleichzusetzen, geht auf das 17. Jahrhundert zurück. Der Philosoph John Locke bemerkte bereits 1689: »*In the beginning, all the world was America*«. Die frühen "ethnographischen" Evidenzen, welche Reisende, Verwaltungsbeamte und Missionare zunächst in Amerika und später in Afrika und Ozeanien zusammentrugen, erlaubten vermeintlich,

»sich die ersten Formen des sozialen Lebens zu vergegenwärtigen, sich an den Anfang der Institutionen zu begeben und damit das verborgene Prinzip ihrer weiteren Entwicklung zu entdecken. Das explizite theoretische Prinzip, das der Verwendung des anthropologischen Materials allgemeine Tragweite verleiht, ist folglich die Hypothese, dass die zeitgenössischen Formen sozialer Organisation, wie man sie bei den Wilden antrifft, den vergangenen und überholten Formen sozialer Organisation der zivilisierten Völker entsprechen. Diese Hypothese einer Entsprechung von Gegenwart und Vergangenheit, von Ethnographie und Geschichte, legitimiert eine bestimmte Art und Weise der Analyse und des Vergleichs der sozialen Institutionen« (Godelier 1984: 80).

Das ist allerdings nur eines der Motive, welche Europäer dazu brachte, sich intensiver mit den sog. "Stammesgesellschaften" zu befassen. Diese waren auch geeignet, den eigenen Mitbürgern eine Lektion zu erteilen – sei es in moralischer Hinsicht, weil diese Menschen ein (vermeintlich) einfaches und unverdorbenes Leben führten, oder auf der politischen Ebene, weil es sich um egalitäre Gemeinwesen handelte, deren Ökonomie auf wechselseitiger Solidarität beruhte, und nicht auf der Ausbeutung der großen Masse der arbeitenden Menschen durch eine kleine Zahl von Grundherren und Kapitalisten. Schließlich konnte das Interesse daran, mehr über die Funktionsweise fremder Gesellschaften zu erfahren aber auch in dem Bestreben von Kolonialherren begründet sein, die beherrschten Völker möglichst effektiv zu administrieren (z.B. indem bestehende politische Strukturen in ein Regime der "indirekten Herrschaft", *indirect rule*, eingebunden wurden).

Auch wenn die Verwendung ethnographischer Evidenzen zum Zweck der Rekonstruktion unserer eigenen Geschichte also kritisch reflektiert werden muss, und die Ureinwohner Amerikas ebenso wenig wie die Völker Melanesiens umstandslos mit den frühen Bewohnern des europäischen Kontinents gleichgesetzt werden können, liefert die Ethnographie nichtsdestotrotz wertvolle Hinweise darauf, wie die Organisation der Gesellschaften unserer Vorfahren wahrscheinlich beschaffen war.¹¹ Und selbst wenn diese Annahme einen gewissen spekulativen Anteil beinhaltet, so können wir meines Erachtens durchaus davon ausgehen, dass auch die Kulturen der europäischen Frühgeschichte weitgehend egalitär organisiert waren, und mithin das soziale und ökonomische Handeln in ein ähnliches Geflecht wechselseitiger Verpflichtungen eingebunden wie dasjenige z.B. der Trobriand-Insulaner. Im folgenden Abschnitt wird uns deshalb die Frage beschäftigen, wie soziale Ungleichheit historisch entstand.

¹¹ Vgl. zu dieser Problematik auch Conard/Kind 2017, 34-49.

Krieger, Priester und Bauern

Nachdem der anatomisch moderne *Homo Sapiens* vor ca. 40.000 Jahren Europa erreicht hatte (was den Beginn der jüngeren Altsteinzeit markiert), durchstreiften kleine Gruppen von Männern, Frauen und Kindern auf der Suche nach Nahrung ein mehr oder weniger großes Gebiet. Abhängig von den ökologischen Gegebenheiten wurden große und kleine Tiere gejagt, sowie eßbare Beeren, Gräser und Wurzeln (und wenn möglich Meeresfrüchte) gesammelt. Die sozialen Beziehungen innerhalb der Gruppen dürften von dem bereits ausführlich illustrierten Prinzip der Gleichheit auf Basis von Gegenseitigkeit geprägt gewesen sein. Wie gerade erwähnt ist es zwar nicht unproblematisch, die in zeitgenössischen Kulturen gemachten Beobachtungen auf die eigene Vergangenheit zu projizieren (schließlich haben die heute noch existierenden Jäger- und Sammler-Gesellschaften ihre eigene Geschichte), nichtsdestotrotz spricht viel dafür, davon ausgehen, dass in diesen Gesellschaften durchgängig vorhandenen Institutionen auch bereits das Leben unserer fernen Vorfahren regulierten.

Als sich um das Jahr 3000 v.u.Z. die ersten sog. "Hochkulturen" formierten, war diese ursprüngliche Gleichheit nicht einmal mehr eine ferne Erinnerung. Zunächst in Mesopotamien und Ägypten, später auch in China und Indien entstanden Klassengesellschaften, welche von einer fundamentalen Ungleichheit der Menschen geprägt sind. Das Muster, welches sich dort herausbildete, sollte sich über Jahrtausende kaum verändern: Eine kleine Klasse von Adligen und Priestern herrscht über die große Masse der Bauern, die im Schweiß ihres Angesichts den Boden bestellen. Eine Zwischenschicht von Händlern und Kaufleuten versorgt die "Elite" mit jenen Luxusgütern, die gleichzeitig Privileg und Ausdruck ihrer gesellschaftlichen Stellung sind, während Schreiber und Verwalter sowie Soldaten sicherstellen, dass die Bauern ihre Abgaben entrichten.

Die meisten Menschen existieren in dieser Sozialordnung nur, um zu dienen – indem sie das Land bearbeiten und die Felder instand halten oder ihren Herrinnen und Herren aufwarten und sie unterhalten. Mit deren Tod endet auch die Existenzberechtigung der Dienerinnen und Diener. Als der britische Archäologe Leonard Woolley in den 1930er Jahren die Ruinen von Ur ausgrub, stieß er auf eine Gruppe von 16 "Königsgräbern". Im der am besten erhaltenen dieser Anlagen ruhte Pu-abi. Ihr Grab war angelegt wie ein Palast, und entsprechend prachtvoll ausgestattet. Die Königin oder Priesterin (ihr Rang ist aufgrund des Fehlens schriftlicher Dokumente nicht völlig geklärt)¹² wurde von fünf Männern mit Kupferdolchen in der Vorkammer der Anlage bewacht, hinter diesen lagen zehn Frauen mit goldenem Kopfschmuck und Ketten aufgereiht. In der eigentlichen Grabkammer waren neben Pu-abi noch zwei weitere weibliche Bedienstete bestattet. Diese Menschen hatten ebenso wie der Schmuck, die Kleider, die Kosmetika, Musikinstrumente und Skulpturen der Königin gehört und mussten sie nun in die Unterwelt begleiten – um der Herrin auch über den Tod hinaus zu dienen, sie zu beschützen und zu unterhalten. In einem benachbarten Grab, welches einem König gehörte, lagen sechs männliche und 19 weibliche Körper; in einer weiteren Anlage, die keiner Person zuzuordnen war und die Woolley als "great death pit" bezeichnete (also "große Todesgrube"), waren 74 Personen bestattet, 68 davon Frauen, die ihren Herren oder ihre Herrin in die Unterwelt begleitet hatten (Leick 2001: 113f.).

¹² Wir kennen Pu-abis Namen von einem mit ihr bestatteten Rollsiegel aus Lapilazulis, das kostbare Material war aus dem heutigen Afghanistan importiert worden. Eine recht gute Systematisierung der Funde mit entsprechenden Abbildungen findet sich in Fankfort 1954, Kapitel 2.

Die Königsgräber von Ur sind allerdings dahingehend einzigartig, dass die Praxis des Opfertodes der Dienerschaft auf eine kurze Phase der Geschichte beschränkt blieb und in den frühen Hochkulturen keine Parallele hat (vgl. Snell 2011: 31f.). Nichtsdesto trotz stellen sie ein Sinnbild des tiefgreifenden gesellschaftlichen und religiösen Wandels dar, der in der ausgehenden Jungsteinzeit eingesetzt hatte. Die Menschen waren nicht länger von Geburt an gleich, sondern im Gegenteil von vornherein dazu bestimmt, zu herrschen oder sich zu unterwerfen. Einem mesopotamischen Mythos zufolge existierten vor der großen Flut zwei Klassen von Göttern, die göttliche Aristokratie der *Anunnaki* und die niederen Götter, die *Igigi*. Letztere mussten für ihre Herren Bewässerungskanäle graben und Felder bestellen, bis die Last ihnen zuviel wurde, und sie revoltieren. Daraufhin erschufen die Anunnaki die Menschen, welche fortan die Arbeit der *Igigi* übernahmen. Insbesondere Enlil aber empfand die Menschen schon bald als störend und lästig. Nachdem er sie zunächst mit Seuchen und Hungersnöten dezimiert hatten, beschloß Enlil, die Menschheit mittels einer verheerenden Flut gänzlich auszurotten. Ein anderer Gott, Enki, durchkreuzte aber diesen Plan, indem er einem Mann namens Atra-hasis den Auftrag erteilt, ein Schiff zu bauen für seine Angehörigen und sein Vieh. Nachdem die Menschheit auf diese Weise gerettet war, zogen sich schließlich die Götter in den Himmel zurück und setzen die Adligen als ihre Stellvertreter auf Erden ein (vgl. Armstrong 40, 43f. und Leick 2001: 82f.). Der Adel übernimmt in wichtigen Ritualen dann tatsächlich die Rolle der Götter, so z.B. wenn der König von Ur und seine Gemahlin in der ersten Neumondnacht des neuen Jahres symbolisch den Geschlechtsakt von Inanna (Ishtar) und Dumuzi wiederholen um die Fruchtbarkeit des Landes zu erneuern (die Wiedergabe des zugehörigen Hymnus findet sich in Wolkstein/Kramer 1983: 107ff.). Das Verhältnis von Göttern zu Menschen entspricht mithin der Beziehung des Adel zu den Bauern: Hohepriester dienen den Göttern, indem sie Opfer bringen, während die Könige mit Hilfe ihrer Krieger die weltliche Ordnung aufrechterhalten – was wenig mehr meint, als denen die Früchte ihrer Arbeit abzapfen, die das Land bestellen.

Der Kontrast zu den egalitären "Stammeskulturen" könnte nicht größer sein. Während wir dort wie gesehen ein Ethos fundamentaler Gleichheit und *Gleichwertigkeit* der Menschen vorfinden, waren das frühe Mesopotamien von einer Ideologie der *Ungleichwertigkeit* der Menschen und der von ihnen ausgeübten Tätigkeiten geprägt. Das soziale Band zwischen den die Sozialordnung konstituierenden Gruppen gründete nicht länger in verwandtschaftlichen Beziehungen (und den daraus resultierenden Verpflichtungen), sondern in Dominanz und Unterwerfung. Ich werde weiter unten noch ausführlich diskutieren, inwiefern die Vorstellung von der "Ungleichwertigkeit" der Menschen und ihrer Tätigkeiten auch in unserer Gegenwartsgesellschaft noch wirksam ist, an dieser Stelle soll es zunächst um die Frage gehen, wie die Transformation von einer egalitären zur Klassengesellschaft vonstatten ging. Da wir über keine entsprechenden historischen Aufzeichnungen verfügen, ist diese Rekonstruktion zwar ohngradig spekulativ, sie ist aber auch hinsichtlich des Selbstverständnisses unserer Gesellschaft ohngradig instruktiv, denn letztlich geht es um die Frage, ob der historische Übergang zwangsläufiges Resultat veränderter Lebensumstände war, oder vielmehr aus einer Abfolge von spezifischen historischen Ereignissen resultierte.

Die Grenzen der "ursprünglichen" Gleichheit

Bevor ich den von ca. 10.000 Jahren einsetzenden Transformationsprozeß kurz rekonstruiere, sind aber zunächst noch einige Einschränkungen bezüglich der unterstellten universellen Egalität der menschlichen Gesellschaften zu machen. In nominell egalitären Gesellschaften ohne institutionalisierte (d.h. erbliche) Statusunterschiede ist die formale Gleichheit tatsächlich in der Regel auf die erwachsenen Männer beschränkt. Wenngleich die Gesellschaften, welche nach dem Prinzip "Gleichheit auf Basis von Gegenseitigkeit" organisiert sind (bzw. waren) im 20. Jahrhundert auch deshalb eine solche Faszination ausübten, weil sie quasi als Gegenentwurf der (kapitalistischen) Klassengesellschaft erschienen, existierten auch in diesen Kulturen drei elementare Formen von Ungleichheit: zwischen Kindern und Erwachsenen, zwischen Männern und Frauen und zwischen Einheimischen und Fremden. Kinder sind den Erwachsenen immer, Frauen den Männern zumeist untergeordnet. Fremde stehen solange außerhalb der für die Gruppe geltenden Rechtsnormen, solange mit ihnen keine sozialen Beziehungen auf Basis von Gleichheit und Gegenseitigkeit bestehen, wie Heiratsbande oder Tausch von Gütern.

(a) Insbesondere das *Geschlechterverhältnis* stellt einen möglichen Ausgangspunkt der systematischen Abwertung von Personengruppen und Tätigkeiten dar. Wenngleich die Stellung der Frau sich von Gesellschaft zu Gesellschaft jeweils deutlich unterscheidet, sind in den meisten Kulturen die Frauen den Männern gegenüber nicht nur nicht *gleichberechtigt*, sondern häufig keine *gleichwertigen* Menschen. Claude Lévi-Strauss merkt diesbezüglich zu den brasilianischen Nambikwara (es handelt sich um Jäger und Sammler) an:

»Obwohl die sexuelle Arbeitsteilung den Frauen eine entscheidende Rolle zuweist (da das Überleben der Familie weitgehend von der weiblichen Tätigkeit des Sammelns abhängt), gilt ihre Tätigkeit doch als minderwertig, das ideale Leben wird nach dem Muster der landwirtschaftlichen Produktion und der Jagd begriffen [...] Dieser Gegensatz ... spiegelt sich auf philosophischer und religiöser Ebene wieder [...] Nach dem Tod verkörpern sich die Seelen der Männer in den Jaguaren, die Frauen und Kinder hingegen werden in die Atmosphäre getragen, wo sie sich für immer auflösen. Dieser Unterschied erklärt, warum die Frauen von den heiligsten Zeremonien ausgeschlossen sind« (Lévi-Strauss 1955: 281ff.).

Ähnliches gilt für die im Hochland von Neuguinea lebenden Baruya. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung verbietet den Männern, sowohl zu ernten als auch zu kochen, sie müssen sich von den Frauen ernähren lassen. Dennoch (oder vielleicht gerade deshalb) betrachten die Männer die Frauen als minderwertige Geschöpfe. Begegnete ein Mann auf seinem Weg einer Gruppe von Frauen, so blieben diese sofort stehen, »wandten den Kopf ab und zogen, wenn sie eine Hand frei hatten, lebhaft einen Zipfel ihres Rindencapes vor ihr Gesicht. Der Mann ging vorbei, ohne sie eines Blickes zu würdigen, und sie setzten ihren Weg fort« (Godelier 1982: 27). Die Baruya-Frauen sind ebenso ausgeschlossen vom Eigentum an Grund und Boden wie von der Herstellung der materiellen Produktionsmittel: »Sogar der Grabstock, das wichtigste Werkzeug der Frau, mit dem sie pflanzt und erntet, wird nicht von ihr hergestellt. Ein Vater macht einen für seine Tochter, ein Ehemann einen für seine Frau, und sie geben sie ihnen« (Ibid.: 30). Das weibliche Geschlecht ist zudem primäre Quelle der Unreinheit, und für Männer extrem bedrohlich. Zumindest auf den ersten Blick scheint der Geschlechtsverkehr bei den Baruya niemals dem Vergnügen zu dienen, sondern allein der Fortpflanzung (die Jungen werden ab dem siebten Lebensjahr in homosexuelle Praktiken eingeführt):

»Wenn [ein Ehepaar] zu kopulieren beschließt, [muss es] eine gewisse Zeit vorher und nachher all seine Tätigkeiten einstellen. Es muss den richtigen Zeitpunkt wählen, zu Hause bleiben, wenn alle anderen Dorfbewohner auf den Feldern arbeiten, kurz, es muss sich von der Gesellschaft absondern und sich trotzdem ihrer bedienen, denn man teilt einer Mutter oder einer Schwester der Gattin diskret mit, dass sie am Abend die Schweine füttern soll« (Ibid.: 94).

Die Baruya stellen zwar einen Extremfall dar, aber die Dominanz der Männer durchzieht das ethnographische Material wie ein roter Faden. Ein anderes Extrem ist die Opferung von Mädchen bei den Guayaki. Wenn bei diesen ein Jäger vor seiner Zeit stirbt, töten die Angehörigen seiner Gruppe eines seiner Kinder, vorzugsweise ein Mädchen, welches ihm im Jenseits Gesellschaft leistet (dieses Jenseits ist bei den Guayaki ein ähnlich unerfreulicher Ort wie bei den alten Sumerern; vgl. Clastres 1972: 160ff.). – Diese wenigen Beispiele sollen zur Darstellung des Sachverhalts genügen. Und auch wenn wie bereits erwähnt die ethnographischen Evidenzen aus Südamerika und Neuguinea nicht einfach auf die eurasische Vorgeschichte projiziert werden können, illustrieren sie doch ein Potential, einen Möglichkeitsraum. Die Stellung der Frau dürfte sich in den historischen Gesellschaften zwar ebenso deutlich unterschieden haben wie in den ethnographisch dokumentierten, nichtsdestotrotz besteht stets die Möglichkeit, dass sich ein spezifisches Muster auch auf andere Kulturen ausbreitet.

(b) Möglicherweise spielt auch die *Unterordnung der Jüngeren unter die Älteren* eine Rolle bei der Herausbildung von Klassengesellschaften, die Stellung Letzterer veränderte sich wahrscheinlich, als sich ab ca. 10000 v.u.Z. das Leben der Menschen in Europa und dem vorderen Orient fundamental wandelte.¹³ Die Jäger und Sammler wurden sesshaft, sie domestizierten unterschiedliche Getreidearten und schließlich auch Tiere (Ziegen, Schafe, Schweine und Rinder). Ab ca. 7000 v.u.Z. breitete sich der Getreideanbau nach Europa aus, um 5000 v.u.Z. war der Ackerbau mit Ausnahme der nördlichen Ränder des Kontinents (Skandinavien und die britischen Inseln) dort überall an Stelle der ursprünglichen Lebensweise der Jäger und Sammler getreten (vgl. Cunliffe 2015: 53ff.). Die in unserem Zusammenhang zentrale Frage lautet, welche sozialen Konsequenzen diese Entwicklung nach sich zog.¹⁴

Für Claude Meillassoux (1975) führt die Verwaltung des für die Aussaat bestimmten Getreides durch den oder die Gruppenältesten nachgerade zwangsläufig zu Entstehung von Klassengesellschaften. Diese Annahme ist aber durchaus unplausibel, Meillassoux setzt fälschlich das Vorhandensein von "Anführern" mit der Existenz von Klassen gleich; Häuptlinge oder Älteste unterminieren aber das egalitäre Ethos einer Gesellschaft solange nicht, wie sie gewählt werden und dieses Amt nicht an eine einzelne Familie gebunden ist. Oder anders formuliert: die Existenz spezifischer Funktionen in einem Gemeinwesen impliziert nicht, dass diese auch vererbt werden – was wie gesehen die Vorbedingung für die Existenz sozialer Klassen ist. Segmentäre Gesellschaften sind durchaus imstande, die landwirtschaftliche Produktion zu organisieren; dies gilt auch

13 Es handelte sich dabei aber nicht, wie V. Gordon Childe in den 1930er Jahren postulierte, um eine "Revolution", sondern um eine langsame, Jahrtausende dauernde Entwicklung, die durch den klimatischen Wandel am Ende der letzten Eiszeit ausgelöst wurde.

14 In gewisser Hinsicht war der Übergang zum Ackerbau tatsächlich so etwas wie eine "Vertreibung aus dem Paradies": Der Mensch war fortan verdammt, sein Brot im Schweiß des Angesichts zu essen. Das Leben der Menschen wurde mit dem Übergang zum Ackerbau keinesfalls leichter; das von Marshall Sahlins für die Jäger und Sammler-Kulturen verwendete Etikett der "ursprünglichen Überflußgesellschaft" kann zwar auch auf die Trobriand-Insulaner übertragen werden, aber keinesfalls auf die frühen Bauern. Die von Theya Molleson (1994) vorgenommene Rekonstruktion des Lebens in einem frühen neolithischen Dorf steht jedenfalls in drastischem Kontrast zum fröhlichen Treiben der Trobriander. Es wäre allerdings verfehlt, die Lebensbedingungen unter vollkommen unterschiedlichen klimatischen Bedingungen vergleichen zu wollen.

für den Getreideanbau, selbst wenn hierfür die Anlage und der Unterhalt von aufwendigen Bewässerungssystemen erforderlich ist. Der Übergang von der Jagd- und Sammel-tätigkeit zum Ackerbau dürfte deshalb schwerlich für sich genommen den Übergang von einer egalitären zu einer hierarchischen Sozialorganisation erklären.

Etliche Indizien weisen im Gegenteil darauf hin, dass die agrarischen Gemeinwesen im "alten Europa" (noch) über eine segmentäre Sozialorganisation verfügten, in welcher Gleichheit und Gegenseitigkeit das Zusammenleben bestimmten. Zwischen 3700 und 3400 v.u.Z. existierten z.B. in der heutigen Westukraine Siedlungen der sog. Cucuteni-Tripolye-Kultur, die zwar deutlich größer waren als die zeitgleich in Mesopotamien entstehenden Proto-Städte (für eine dieser Siedlungen wurde die Bevölkerungszahl auf 5.500 bis 7.500 Menschen geschätzt), aber mit Ausnahme eines zentralen Platzes keine Tempel oder Palastanlagen aufwiesen (vgl. Anthony 2007: 279ff. und Cunliffe 2015: 80ff.). Dies spricht dafür, dass die Gesellschaften, die diese Siedlungen hervorbrachten, ähnlich organisiert waren wie die ethnographisch dokumentierten Clangesellschaften, mit letzter Sicherheit ist das aber nicht zu konstatieren. Diese Siedlungen entwickelten sich aber nicht zu Städten, sondern wurden verlassen – vielleicht war mit ihnen tatsächlich eine Obergrenze der Integrationsfähigkeit segmentärer Strukturen erreicht (wie David Anthony nahelegt), vielleicht waren sie aber auch gar nicht als Resultat des Anwachsens der Bevölkerung errichtet worden, sondern um den Menschen Schutz zu bieten vor räuberischen Gruppen, die aus den angrenzenden Steppen vordrangen (ich komme gleich darauf zurück).

Weder die mit der Selbsthaftigkeit und der Umstellung der Wirtschaftsweise auf den Anbau von Getreide einhergehende Notwendigkeit zur Vorratswirtschaft, noch die später mit der Ausweitung der Anbaufläche erfolgende Anlage von Bewässerungssystemen kann also für sich genommen die Herausbildung einer herrschenden Klasse erklären, da sämtliche gemeinschaftlichen Aufgaben im Kontext des Systems der wechselseitigen Verpflichtungen auch in einer egalitären Gesellschaft organisiert werden können. (Um es nochmals hervorzuheben: es geht hier nicht um die Existenz gewählter Anführer oder "Ältester", sondern um erbliche Statusunterschiede). Die Ursachen des Transformationsprozesses sind jedenfalls nicht umstandslos in einer Art unhintergebarer sozio-ökonomischer Eigenlogik zu verorten. Wesentlich plausibler erscheint mir die Annahme, dass die Klassengesellschaft nicht aus dem Gemeinwesen selbst hervorgeht, sondern Resultat der Eroberung durch eine feindliche Gruppe ist.

(c) Das *Verhältnis zum "Fremden"* ist dergestalt eine weitere mögliche Wurzel sozialer Ungleichheit. Die Regeln, welche das Zusammenleben innerhalb einer egalitären Gesellschaft bestimmen, gelten nämlich nicht notwendig außerhalb dieses Gemeinwesens. Der bereits zitierte Marshall Sahlins weist diesbezüglich darauf hin, dass moralische Verpflichtungen kontextabhängig sind:

»Normen sind charakteristischerweise eher relativ und situationsabhängig denn absolut und universell. Eine gegebene Handlung ... ist nicht so sehr aus sich heraus gut oder schlecht, es hängt davon ab, wer der andere ist. Die Aneignung der Güter oder der Frau eines anderen Mannes, die ein schweres Vergehen im Schoße des eigenen Gemeinwesens ist, kann nicht allein geduldet sein sondern sogar von den eigenen Gefährten belohnt werden – wenn sie einen Außenseiter betrifft« (Sahlins 1972: 199).

Um dies zu illustrieren, bedarf es keines ethnographischen Materials, ein Blick in das "alte Testament" der Bibel ist vollkommen ausreichend: Die Gebote "du sollst nicht töten" und "du sollst nicht stehlen" galten lediglich innerhalb des israelitischen Gemein-

wesens, und nicht für die (der Überlieferung) nach getöteten "fremden" Bewohner der eroberten Stadt Jericho.

Das Verhältnis zu Fremden ist aber keineswegs notwendig von moralischer Abwertung, Mißtrauen und Feindseligkeit geprägt – die oben kurz angerissenen ethnographischen Beispiele für "primitive" Handelsbeziehungen verdeutlichen dies hinreichend. Und ähnlich wie die ethnographisch dokumentierten Wildbeuter-Gesellschaften lebten auch die einzelnen steinzeitlichen Gruppen Europas nicht völlig isoliert. Die Annahme erscheint plausibel, dass sich eine Anzahl von ihnen zu festen Zeitpunkten an einem zentralen Platz trafen, um begehrte Güter zu tauschen, wie z.B. Feuerstein und Ocker und vielleicht auch Ehen zu schließen. Ersteres ist archäologisch belegt (vgl. die vielfältigen Beispiele in Fagan 2012), ob die einzelnen Gruppen exogam waren, d.h. die jungen Frauen und Männer sich ihren Ehepartner außerhalb der eigenen Gemeinschaft suchen mussten, kann nicht mit letzter Sicherheit gesagt werden, es ist aber durchaus wahrscheinlich.

Die vielfältigen Beispiele für die "friedfertige Koexistenz" repräsentieren allerdings nur eine Möglichkeit des Umgangs mit "fremden" Kulturen. Raub ist stets eine Alternative zum Handel, der Fremde kann Freund sein, aber auch Feind, und mithin der Gleichbehandlung nicht würdig. Letzteres ist z.B. bei den Guayaki der Fall:

»Die Weißen, die Machitara-Guarani und selbst die "fremden" Aché, sie alle sind potentielle Feinde. Nur eine Sprache gibt es mit ihnen, die der Gewalt. Ein überraschender Kontrast zur sichtbaren beständigen Sorge, ausdrücklich jede Gewalt aus den Beziehungen mit den Gefährten auszusparen. Äußerste Höflichkeit herrscht da, die nie versiegt, die strikte Ablehnung einer Rollenhierarchie, die eine Personengruppe gegenüber der anderen unterlegen machen könnte, ein gemeinsamer Wille, sich zu verständigen, miteinander zu reden und im Austausch von Worten alles aufzulösen, was das tägliche Leben unvermeidlich an Aggression und Groll in der Gruppe aufkommen läßt« (Clastres 1972: 155).

Die Beziehungen zwischen unterschiedlichen "Stämmen" *müssen* also nicht notwendigerweise feindselig sein, sie *können* es sein – und sind es allzu oft. Die einen Kulturen pflegen friedfertige Beziehungen und "Handelsfreundschaften", andere betreiben rituelle Kopfjagden und Viehdiebstahl – und verherrlichen die (männliche) Gewalt.

Während sich wie gerade gesehen im westlichen Teils Europa in der Jungsteinzeit seßhafte bäuerliche Gemeinwesen ohne in der archäologischen Evidenz sichtbare Statusunterschiede ausbreiteten, bewegten sich Gesellschaft und Ökonomie im von weiten Steppenregionen dominierten südöstlichen Teil des Kontinents in eine gänzlich andere Richtung. Die frühen Bauern des "alten Europa" (die schließlich die riesigen Dörfer errichten sollten, von denen bereits die Rede war) bestellten vornehmlich die fruchtbaren Flußtäler, sie jagten in den nach wie vor ausgedehnten Wäldern vor allem Rotwild und hielten Rinder und Schweine als Haustiere. In den Steppen hingegen, wo Menschen lebten, die eine frühe Form des späteren Indogermanischen¹⁵ sprachen, war das Pferd von überragender Bedeutung. Die großen Herden wilder Pferde wurden zunächst gejagt, im fünften Jahrtausend v.u.Z. domestiziert (aber zunächst lediglich als Milch- und Schlachtvieh gehalten), und schließlich gegen Ende des fünften Jahrtausend als Zugtier genutzt und geritten (vgl. Cunliffe 2015: 75-80).

Diese Steppenkulturen waren so etwas wie "extremely violent societies" (die Formulierung von Christian Gerlach bezieht sich zwar auf Genozide des 20. Jahrhundert, scheint mir aber durchaus übertragbar) – sie waren gewalttätig und verherrlichten die

15 Zu dieser Sprachfamilie gehören z.B. die germanischen und romanischen Sprachen, aber auch Griechisch, Farsi, Hindi und Urdu.

Gewalt. Eine ihrer Lieblingswaffen scheint die Keule in Form eines Pferdekopfes gewesen zu sein (in Anthony 2007: 235 findet sich eine eindrucksvolle Zusammenstellung). Ob diese Hinterlassenschaften tatsächlich dazu verwendet wurden, Feinden den Schädel zu zertrümmern oder sie primär im rituellen Kontext verwendet wurden, ist bedeutungslos angesichts des Selbstverständnisses, welches sie zum Ausdruck bringen. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass es sich um eine Kultur handelte, die von einem sehr spezifischen Ideal von "Männlichkeit" geprägt war und in der Konzepte wie "Ehre" und "Ruhm" eine zentrale Rolle spielten – die griechischen und insbesondere die "nordischen" Götter spiegeln diese Ethik exemplarisch wider.¹⁶

Obwohl diese Proto-Indogermanen einige Personen in aufwendigen Grabanlagen bestatteten, muss ihre Gesellschaft selbst allerdings nicht notwendig stratifiziert gewesen sein. Bei diesen herausgehobenen Persönlichkeiten kann es sich auch um sogenannte "Big Men" gehandelt haben, um Individuen, die sich durch Mut und Klugheit besonders auszeichneten und von der Gruppe zu Anführern gewählt wurden. Die Big Men haben ihre Stellung aber nur inne, weil diejenigen, die ihnen folgen, sich davon Vorteile verschaffen. Die primäre Verpflichtung des großen Mannes ist deshalb die Großzügigkeit gegenüber seinen Gefolgsleuten; er kann nicht dauerhaft Reichtümer anhäufen, ohne seine Stellung einzubüßen, denn das Band, welches die Gefolgschaft zusammenhält, beruht gänzlich auf Freiwilligkeit. Es mag durchaus sein, dass die Kinder des großen Mannes von Charisma ihres Vaters profitieren, ohne entsprechende eigene Leistungen können sie aber seinen Status nicht übernehmen.¹⁷ Erst wenn einige Kinder ebenso aufwendig bestattet werden wie deren Eltern können wir vermuten, dass in den entsprechenden Gesellschaften sozialer Status über die Generationen weitergegeben wird und erbliche Statusunterschiede bestehen (vgl. Anthony 2007: 181).

Auch wenn also die Gesellschaft der räuberischen Steppenbewohner selbst vielleicht nicht stratifiziert war, könnte die Klassengesellschaft mit den für sie charakteristischen erblichen Statusunterschieden historisch in dem Moment entstanden sein, als eine derartige Gruppe ein bäuerliches Gemeinwesen überfiel und dessen Bewohner zwang, fortan für sie zu arbeiten (d.h. ihnen die Überschüsse aus ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit abzuliefern). Das ist zwar ein spekulatives Szenario, es stimmt aber wesentlich besser mit der Realität der Klassengesellschaft überein – insbesondere mit den frappierenden Übereinstimmungen der sozialen Konstruktion von "Rasse" und "Klasse", ich komme später darauf zurück – als die Annahme einer diese Differenz erzeugenden sozialen "Eigenlogik".

Mit der ab ca. 3300 v.u.Z. einsetzenden Ausbreitung der indogermanischen Sprachen über nahezu das gesamte westliche Europa setzte jedenfalls ein gesellschaftlicher Wandel ein, der zur Konsequenz hatte, dass alle bronzezeitlichen Gesellschaften von ausgeprägten Statusunterschieden gekennzeichnet waren. Ob die Gründe hierfür in der Übernahme von kulturellen Mustern (und der mit diesen verbundenen Sprache) durch autoktöne Gruppen zu suchen ist (wie David Anthony annimmt, vgl. *Ibid.*: 340ff.), oder

¹⁶ Die proto-indogermanischen Gruppen waren vielleicht die ersten, welche die Gewalt religiös überhöhten und zum Lebensinhalt machten. Ihre Nachfahren kultivierten noch lange dieses Ethos. Der römische Geschichtsschreiber Tacitus merkte zu den Germanen an: »Sie halten es tatsächlich für zahm und dumm, im Schweiß ihres Angesichts zu erlangen, was sie auch mit ihrem Blut gewinnen können« (zit. nach Armstrong 2014: 50). Es entbehrt allerdings nicht einer gewissen Ironie, dass dies ausgerechnet ein Angehöriger der römischen Oberschicht schreibt.

¹⁷ Reiche Grabbeigaben tragen in einem solchen System (intendiert oder nicht intendiert) dazu bei, die Herausbildung erblicher Hierarchien zu verhindern, da die Nachkommen buchstäblich mit leeren Händen dastehen.

aber tatsächlich Horden von Reitern den gesamten Kontinent eroberten und die ansässige Bevölkerung unterwarfen (wie aktuelle Untersuchungen des genetischen Wandels nahelegt, vgl. Olade et. al. 2018 und Schroeder et. al. 2019), die ihren Waffen nichts entgegenzusetzen hatten, ist unklar.

Man sollte das Bild der friedfertigen und egalitären Bauern des "alten Europa" allerdings nicht überstrapazieren, die Hinterlassenschaften sind zu dürftig, um belastbare Aussagen hinsichtlich der gesellschaftlichen Verhältnisse dort zu treffen. Zwar ist durchaus wahrscheinlich, dass letztere deutlich egalitärer und wesentlich weniger kompetitiv und gewaltorientiert waren, und dass die Stellung der Frau bei ihnen deutlich stärker war als bei den frühen Indogermanen (wenngleich es sich kaum um matriachale Gesellschaften gehandelt haben dürfte),¹⁸ aber auch an sich friedfertige Gesellschaften können angesichts von Klimawandel und Missernten zu den Waffen greifen und bei ihren Nachbarn suchen, was die Natur ihnen verweigert. Vielleicht war diese Entwicklung letztlich tatsächlich in gewisser Hinsicht unvermeidlich, weil in der Geschichte zu oft die "Bösen" über die "Guten", die Gewalttätigen über die Friedfertigen triumphierten, aber sie war von daher nicht notwendig und schon gar nicht irreversibel, weil die (sozusagen) "alternative" Ethik von Gleichheit und Gegenseitigkeit im Zuge der Unterwerfung und Ausbeutung der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung durch eine räuberische "Elite" zu keinem Zeitpunkt gänzlich ausgelöscht wurde – ihre Geltung war aber fortan beschränkt, auf die Beziehungen zwischen Verwandten und Freunden.

Die vorstehend diskutierte Hypothese der Unterwerfung einer bäuerlichen Gesellschaft die "fremde" Eroberer ist wahrscheinlich auch nicht auf alle historischen Beispiele anzuwenden (die altägyptische Gesellschaft unterscheidet sich z.B. deutlich von der mesopotamischen), sie stimmt aber hervorragend mit der Geschichte der Herausbildung der mittelalterlichen Feudalgesellschaft überein. Bevor wir uns allerdings mit den Transformationsprozessen befassen, die zur Entstehung der modernen Industriegesellschaften führten, will ich in einem kurzen Exkurs noch einige klärende Anmerkungen zur Rolle von Kultur und Religion bei der Legitimation der Herrschaft des Menschen über den Menschen machen (der historische Hintergrund, vor dem die Klassengesellschaft entstand ist in Abb. 1 auf der folgenden Seite nochmals zusammenfassen dargestellt).

¹⁸ Die Existenz von weiblichen Gottheiten ist aber für sich genommen ebenso wenig Indiz für die Gleichberechtigung der Geschlechter wie die Wahl einer Premierministerin. Einen guten aktuellen Überblick über die Diskussion zur Stellung der Frau in Prähistorischen Gesellschaften liefert Cohen 2023.

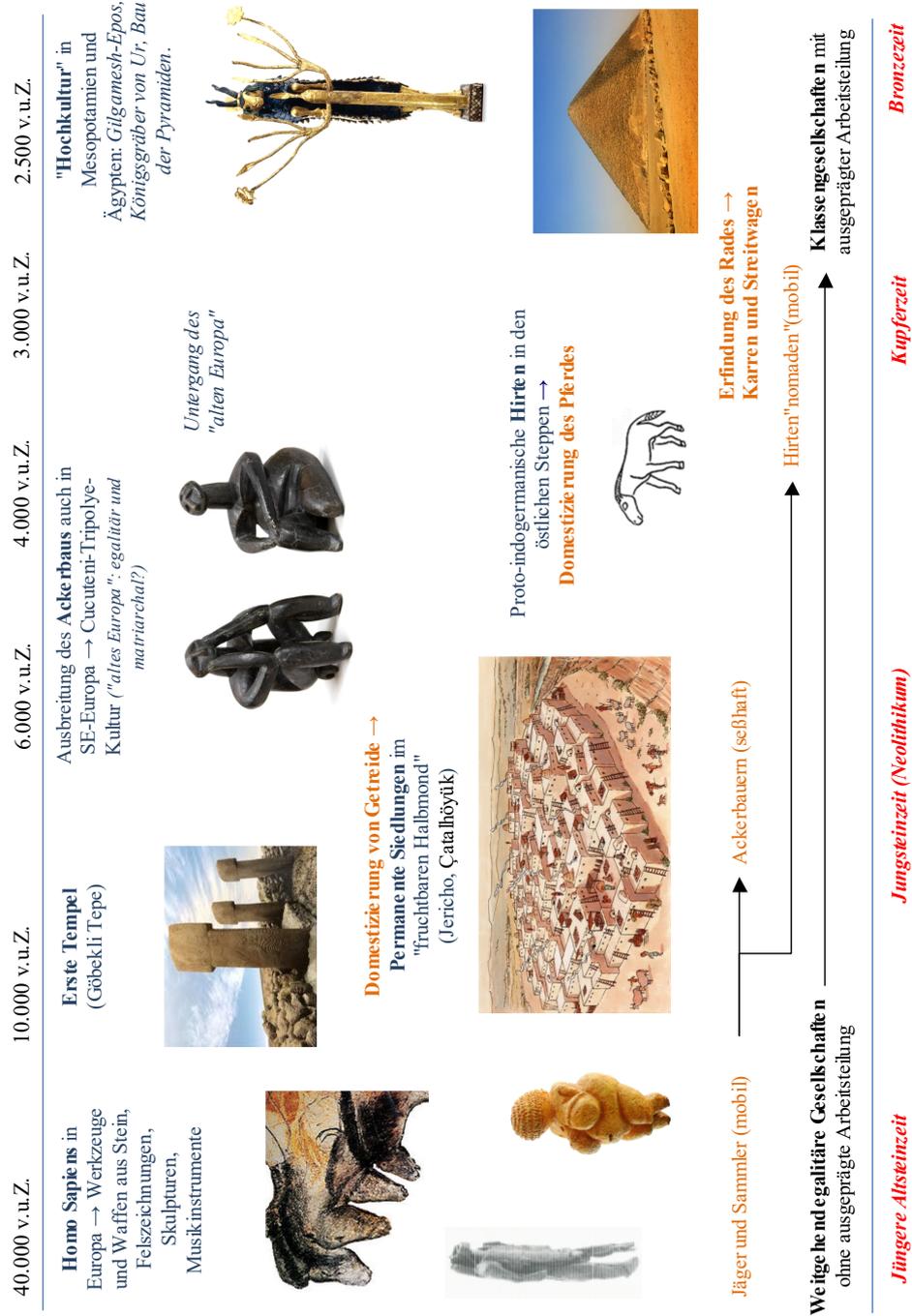


Abb. 1: Die Entstehung der Klassengesellschaft - Überblick

Glaube, Ideologie und Legitimität von Herrschaft

Für die oben bereits zitierte Karen Armstrong, die den Zusammenhang zwischen Religion und Gewalt untersucht, sind Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Massen der Preis, welcher für die Zivilisation zu zahlen ist, bzw. historisch zu zahlen war. Erst die Aristokratie machte demnach »den Fortschritt der Menschheit erst möglich. Hätte man den Bauern ihre Überschüsse nicht genommen, dann hätte es keine Ressourcen gegeben, um die Techniker, Wissenschaftler, Erfinder, Künstler und Philosophen zu unterstützen, die unsere moderne Zivilisation irgendwann ins Leben riefen« (2014: 42). Nichts könnte unzutreffender sein als diese Generalisierung. Die menschliche Kultur ist mindestens 30.000 Jahre älter als die Tempelanlagen des alten Sumer, die ersten Monumentalbauten der Menschheitsgeschichte waren bereits seit ca. 5.500 Jahren verlassen, als die ägyptischen Pyramiden errichtet wurden.

Die künstlerischen Hinterlassenschaften der Menschen der jüngeren Altsteinzeit (wie z.B. der Löwenmensch von der schwäbischen Alb oder die Höhlenmalereien von Chauvet) lassen keine belastbaren Rückschlüsse auf ihre Religion zu, wir können wiederum nur vermuten, dass sie ähnlich wie die ethnographisch dokumentierten Naturvölker dem sog. "Animismus" anhängen, d.h. dass sie ein "magisches Universum" bewohnten, in welchem Tiere, Pflanzen und topographische Gegebenheiten mit einer anderen Ebene der Wirklichkeit verbunden sein konnten. Wir wissen, dass sie ihre Toten bestatteten, ob sie aber eine klare Vorstellung von einer jenseitigen Existenz hatten, ist nicht zu rekonstruieren. Es bleibt mithin unklar, ob die unbekannteren Frauen und Männer die wunderbaren Kunstwerke an den Wänden der Chauvet-Höhle aus reiner Freude am Dasein erschufen, oder aber von tiefer Spiritualität erfüllt waren. Wir können aber davon ausgehen, dass sie noch keine Götter anbeteten und ihre Mythologien primär einen die Natur erklärenden und weniger die soziale Ordnung rechtfertigenden Charakter gehabt haben.¹⁹

Mit dem Ende der letzten Eiszeit veränderten sich auch die rituellen Praktiken der Menschen. Die Erbauer der vor ca. 12.000 Jahren auf dem Göbekli Tepe (in der heutigen Südosttürkei, siehe Abb. 2) errichteten frühesten Tempel der Menschheitsgeschichte waren nicht sesshaft (was die Anlage um so erstaunlicher macht); als um 8000 v.u.Z. im sog. "fruchtbaren Halbmond" die ersten Dörfer entstanden, war der Komplex bereits verlassen. Ob diese Tempel Ausdruck neuer Glaubensanschauungen waren oder den Höhe- und Endpunkt der animistischen Religion darstellen, wird wohl immer ein Rätsel bleiben. Für unseren Zusammenhang ist vor allem bedeutsam, dass Menschen weder sesshaft sein noch sich die Produkte der Arbeit anderer aneignen müssen, um Monumente wie die Anlage auf dem Göbekli Tepe zu errichten (vgl. Schmidt 2006: 243ff.). Möglicherweise traf auf sie aber das zu, was eine Gruppe von Archäologen bezogen auf eine monumentale steinzeitliche Grabanlage in Kenia vermutete: veränderte Umweltbedingungen führten dazu, dass Jäger und Sammler eine Tempelanlage errichte-

¹⁹ Folgende durchaus exemplarische amerikanische Mythen können den Unterschied recht gut verdeutlichen: »Fortan, sagte Coyote zu Mond, wirst du keine Menschen mehr töten. Der Mond wird an den Himmel versetzt und soll sein Licht verbreiten, damit man auch nachts unterwegs sein kann« (aus einem Mythos der Nez Percé, nach Lévi-Strauss 1991: 157) Oder: »Früher konnten die Verstorbenen auferstehen. Aber heutzutage kehren die Toten nicht mehr zurück und man muss sie begraben. Wenn man stirbt, dann für immer« (aus einem Mythos der Sinkaietk, nach Ibid.: 184). Ein anderer Mythos (der Cœur d'Alène) erzählt, »dass eine Frau ihre Zwillinge dabei überraschte, wie sie insgeheim diskutierten. Der eine sagte: "Lebendig sein ist besser", und der andere: "Tot sein ist besser". Als sie ihre Mutter bemerkten, schwiegen sie still, und seither sterben von Zeit zu Zeit manche Leute. Natürlich gibt es stets auch welche, die geboren werden, und andere, die zum gleichen Zeitpunkt dahinscheiden. Wenn die Frau, ohne sich bemerkbar zu machen, die Kinder ihre Diskussion hätte beenden lassen, hätte einer der Zwillinge die Oberhand über den anderen behalten, und es hätte kein Leben oder keinen Tod gegeben« (Ibid.: 248f.).

ten, um dort die Bande zwischen den einzelnen Gruppen zu bekräftigen. Ein Ort des Friedens und des Ausgleichs also, kein Symbol der Herrschaft der Götter über die Menschen, und des Menschen über den Menschen – die Gräber in Kenia weisen keine Anzeichen einer sozialen Stratifizierung auf (Hildebrand et.al. 2018). Die Menschen, die nach Höherem streben bedürfen vielleicht einzelner charismatischer Personen mit entsprechenden Visionen, sie bedürfen aber keiner erblichen "Elite", welche das Göttliche sozusagen inkorporiert.



Abb. 2: Göbekli Tepe (Rekonstruktion, Quelle: Universität Kiel)

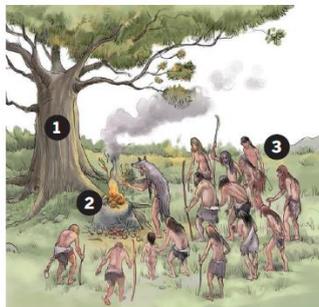
Im alten Zweistromland hatte dann aber (ebenso wie im alten Ägypten) die Kunst eine primär repräsentative Funktion, und die Religion war Rechtfertigung der Klassengesellschaft: Die Monumente bezeugten die Macht der Herrschenden, die Theologie begründete ihre soziale Stellung. Die sumerische Religion hatte (wie Karen Armstrong hervorhebt) fraglos eine legitimatorische Funktion, sie ist Ideologie, d.h. eine interessengeleitete Rechtfertigung der strukturellen Gewaltverhältnisse. Allerdings handelt es sich um eine Lüge, die sozusagen ihre eigenen Wahrheitskriterien erzeugt, denn die Legitimität der Priester und Könige bemißt sich letztlich daran, wie erfolgreich sie ihre Ämter (bzw. ihr Amt, wenn es sich um Priesterkönige handelt) ausfüllen. Opferrituale dienen dazu, die Götter zufrieden zu stellen, welche wiederum die Fruchtbarkeit des Landes erneuern. Bleibt aber der Regen aus, oder reißen verheerende Fluten die Saat mit sich, führt das Volk den Zorn der Götter auf ein Versagen derjenigen zurück, die für die Rituale verantwortlich sind; die resultierende Hungersnot wird zur politischen Krise – falls keine anderen Schuldigen identifiziert werden können.

Wie ein Herrscher von den Untertanen beurteilt wurde, hing aber nicht nur von diesen "kosmologischen" Faktoren ab, sondern auch von seinem Auftreten und Verhalten. Die Menschen in Mesopotamien hatten ebenso wie ihre Zeitgenossen in Ägypten (vgl. Frankfort 1948: 51f.) offenbar bereits eine klare Vorstellung von den Eigenschaften, die einen guten König ausmachen. So ist Gilgamesh zu Beginn des gleichnamigen

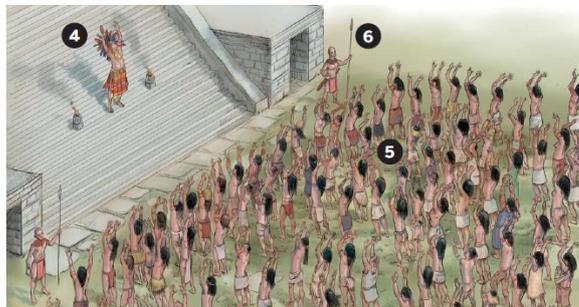
Epos (dessen Ursprünge in die Zeit der Königsgräber von Ur zurückreichen) das genaue Gegenteil des guten und gerechten Herrschers, was seine Untertanen lautstark beklagen. Man kann die Gilgamesh-Geschichte tatsächlich auch als eine Art Bildungsroman lesen, der mit der Läuterung des Helden angesichts der Unausweichlichkeit des Todes endet (im Schlußteil des Epos sucht Gilgamesh nach dem Tod seines Gefährten Enkidu die Unsterblichkeit, die ihm aber verwehrt wird). Erst die Demut macht ihn schließlich zum Herrscher, der "alle anderen Könige übertrifft" (vgl. George 1999: xxxv). – Wenn- gleich dergestalt der mythisch-religiöse Korpus auch die normativen Maßstäbe für das Königtum vorgibt und die arbiträre Ausübung von Gewalt eingrenzt, stellt er die Institution an sich aber nicht in Frage, sondern trägt auch mit diesem Diskurs eher zu ihrer Rechtfertigung bei.

As societies grow bigger, so do their gods

Small tribes worship spirits that pay little heed to human behavior, whereas moralizing "big" gods may help societies scale up to full-blown states.



The gods of small-scale societies, such as nature spirits (1), may demand offerings (2) or enforce taboos. But villagers watch each other (3) and enforce social norms without any supernatural help.



Big gods help bring big societies together. Omniscient, moralizing deities (4) keep a close eye on human behavior and punish those who are selfish or cruel. Rituals (5) and other costly displays of faith prove who is a trustworthy true believer. Increased cooperation helps societies grow into complex states with other prosocial institutions, like police forces (6).

920 28 AUGUST 2015 • VOL 349 ISSUE 6251

sciencemag.org SCIENCE

Abb. 3: Religion als Instrument zur Aufrechterhaltung der Ordnung

Letztlich ist das Königtum Bestandteil einer "gottgewollten" Ordnung. Es wäre allerdings unangemessen, Religion vollständig auf die ideologische Funktion zu reduzieren (wie es die der Zeitschrift "Science" entnommene Darstellung in Abb. 3 nahelegt); auch wenn sie unwahr ist, handelt es sich nicht zwingend um eine systematische Täuschung der Unterdrückten und Ausgebeuteten, sondern (in Bronislaw Malinowkis Worten) um den Ausdruck einer "sublimen Torheit der Hoffnung" (1925: 73f.) – im Minimum darauf, dass der Tod nicht das Ende bedeutet. Wenngleich auch der zentrale Kern der christlichen Religion, das Versprechen auf jenseitige Erlösung, selbstverständlich von den Herrschenden mißbraucht werden kann, entspringt dieser Glaube nicht notwendig politischem Kalkül, Schicksalsschläge treffen auch die Mächtigen.

Viele Elemente der altmesopotamischen Religion haben zudem jenseits der politischen eine primär explanative Funktion, bzw. einen eher "kosmologischen" Bezug, so zum Beispiel der Mythos von Inannas Abstieg in die Unterwelt. Die Göttin, Herrin von Himmel und Erde, will dort ihre Schwester Ereshkigal besuchen, die Herrscherin des Totenreichs (in der sumerischen Mythologie ein ausgesprochen unerfreulicher Ort), wird aber von dieser getötet, nachdem sie beim Abstieg alle Attribute der Göttlichkeit ablegen musste. Auch die anderen Götter haben keine Macht über Ereshkigal, können sie aber schließlich zu einem Kompromiß bewegen: die eine Hälfte des Jahres muss In-

anna künftig in der Unterwelt verbringen, in den restlichen sechs Monaten nimmt ihr Geliebter Dumuzi ihren Platz dort ein. Seither ist das Jahr in eine fruchtbare und eine unfruchtbare Hälfte geteilt, die Rückkehr Inannas aus dem Reich der Toten markiert den Beginn der fruchtbaren Jahreszeit (vgl. Kramer/Wolkstein 1983: 155-169).

Für unseren Kontext ist allerdings ausschließlich jener die Herrschaft des Menschen über den Menschen legitimierende Charakter der Religion von zentraler Bedeutung, der eine Art gesellschaftlichen Konsens garantieren soll. Der Mythos von der Erschaffung der Menschen und der Sintflut und das Gilgamesh Epos verweisen diesbezüglich auf die doppelte Tatsache, dass Herrschaft immer einer Rechtfertigung bedarf – zumindest wenn sie sich nicht mit der nackten Gewaltandrohung begnügt, sondern das innere Einverständnis der Beherrschten anstrebt; und dass dieses Einverständnis mit klaren Vorstellungen von der angemessenen Herrschaftsausübung einhergeht. Die alten "Hochkulturen" bringen in diesem Zusammenhang auch bereits das Idealbild des "guten Königs" hervor, der ägyptische Pharaosoll z.B. die Ideale von "Wahrhaftigkeit" und "Gerechtigkeit" (*Ma'at*) verkörpern (vgl. Frankfort 1948: 51) und somit die gottgewollte Ordnung aufrechterhalten – was auch beinhaltet, die Schwachen vor Übergriffen der Starken zu schützen (vgl. Snell 2011: 64), ein Motiv, welches nicht nur im europäischen Mittelalter noch präsent ist, sondern in säkularisierter Form auch in unserer Gesellschaft: die Politik wird daran gemessen, inwieweit sie Verteilungs- bzw. Leistungsgerechtigkeit garantiert – wobei das was gerecht ist, von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen selbstverständlich jeweils anders gesehen wird.

Von der Feudal- zur Industriegesellschaft

Die Ähnlichkeit zwischen der europäischen Gesellschaft des Hochmittelalters (ca. 1000 bis 1350 n.u.Z.) und derjenigen des alten Sumer ist nicht nur auf den ersten Blick verblüffend. Hier wie dort stand an der Spitze der Gesellschaft ein Adel, der seine gesellschaftliche Stellung als gottgewollt betrachtete (Königtum von "Gottes Gnaden"), und wengleich die mittelalterlichen Könige nicht in Personalunion als Priester fungierten, so wurden doch die hohen Positionen im Klerus von Angehörigen des Adels eingenommen.²⁰ In der Sozialhierarchie unter Klerus (im Mittelalter der "erste Stand") und Adel (dem "zweiten Stand") waren die "Gemeinen" verortet, im Unterschied zu den "Edlen" Menschen von "niederer Geburt". Die Angehörigen des aus Handwerkern, Kaufleuten und Bauern mit Grundeigentum bestehenden "dritten Standes" machten aber nicht annähernd die Mehrzahl der Menschen aus, denn sie genossen – im Unterschied zur großen Masse der Landbevölkerung – das Privileg, frei zu sein: sie zahlten Steuern und unterlagen der Rechtsprechung des Königs. Der überwiegende Teil der Landbevölkerung war hingegen unfrei, es handelte sich um "Leibeigene" oder "Hörige", die in zivilrechtlicher Hinsicht keine eigene Rechtspersönlichkeit besaßen, sondern der Gerichtsbarkeit des adligen Grundherren unterworfen waren. Sie waren an das von ihnen bestellte Land bzw. ihren Grundherren gebunden, mussten diesem jährliche Abgaben leisten (d.h. einen Teil seiner Ernteerträge abliefern) und für ihn Frondienste erbringen. Wie zu Zeiten des König Gilgamesh existierte die Landbevölkerung aus Perspektive der Herrschenden allein um zu dienen.

"Feudale Revolution" und "Krise des Feudalismus"

Die vermeintlich gottgewollte Ordnung des frühen 14. Jahrhundert war allerdings keineswegs uralte, sondern (in historischen Maßstäben) jüngeren Datums; sie entstand, als ab dem 10. Jahrhundert ehemals freie Bauern in die Knechtschaft gezwungen wurden. Zwar kannte die karolingische Epoche (ca. 750 bis 900 n.u.Z.) nach wie vor die antike Institution der Sklaverei und darüber hinaus diverse Abstufungen der Unfreiheit (vgl. Laudage et. al. 2006: 172ff.), aber während die unfreien Nachkommen von Sklaven im neunten Jahrhundert nur eine kleine Minderheit der Bauern bildeten,²¹ war bis zum zwölften Jahrhundert (zumindest in den fruchtbaren Tiefländern) der Großteil der Landbevölkerung von weltlichen und geistlichen Grundbesitzern zu "Leibeigenen" bzw. "Hörigen" gemacht worden. Die Burgen, die ab dem späten 10. Jahrhundert in zunehmender Zahl errichtet wurden, entstanden denn auch weniger aus der Notwendigkeit heraus, sich gegen feindliche Adelsfamilien zu verteidigen, als vielmehr zu dem Zweck,

20 Innerhalb des Adels bestand ebenso wie im Klerus eine Rangordnung, an der Spitze Päpste und Könige und an deren unterm Ende einfache Priester und Ritter standen.

21 Bei dieser Gruppe handelte es sich um Nachfahren von Sklaven, in die Sklaverei gezwungene Kriegsgefangene oder um Personen, die an den Rändern des christlichen Europa gekauft worden waren. Aus einer abstrakten juristischen Perspektive kann die mittelalterliche Knechtschaft als Fortschritt gegenüber der antiken Sklaverei betrachtet werden: Während der Sklave lediglich eine Sache und keine Person ist (und von daher de jure keine Persönlichkeitsrechte besitzt und auch kein Eigentum erwerben kann), ist der mittelalterliche Leibeigene eine Person mit eigenen, wengleich insbesondere in privatrechtlicher Hinsicht eingeschränkten, Rechten. Er kann z.B. im Unterschied zum Sklaven nicht verkauft werden, und er kann Eigentum erwerben (vgl. z.B. Devroey 1999: 8f.). Das ist zwar in formaler Hinsicht zutreffend, der Referenzpunkt der unfreien englischen Bauern, die sich gegen ihren Status wehrten, war aber die (reale oder imaginierte) ursprüngliche Freiheit, nicht die vormalige Sklaverei.

die Landbevölkerung zu unterwerfen (Moore 2000: 49ff.).²² Der Adel beraubte die in die Knechtschaft gezwungene Bevölkerung aber nicht nur traditioneller Rechte, sondern auch alternativer Subsistenzmittel; die Bauern wurden z.B. von der Nutzung der Wälder ausgeschlossen (die Jagd wurde ebenso wie der Krieg zum Symbol des aristokratischen Lebensstils), und ihnen war der Besitz von Handmühlen verboten, was sie zwang ihr Getreide in den Wassermühlen der Grundherren mahlen zu lassen.²³

1. Stand: Klerus

Papst
Kardinäle
Bischöfe, Äbte
(mittlerer Klerus)
Mönche,
Dorfpriester
(niederer Klerus)

2. Stand: Krieger

Kaiser, Könige
Hochadel (Herzöge, Grafen)
Niederer Adel (Burgherren)
Landlose Ritter
Fußsoldaten

3. Stand: Gemeine*

Kaufleute
Handwerksmeister
Freie Bauern mit Grundeigentum
Gesellen, freie Pächter
Hauspersonal, Lohnarbeiter

"4. Stand": Unfreie

Leibeigene, Hörige



* Freie Menschen sind zivilrechtlich unmittelbare Untertanen der Krone, sie zahlen Steuern und unterstehen der königlichen Gerichtsbarkeit. Unfreie unterstehen hingegen der Gerichtsbarkeit ihres Grundherren und schulden diesem Dienste und Abgaben.

Abb. 4: Die europäische Sozialordnung vor der großen Pestepidemie 1348-50

Die Epoche von 1000 bis 1300 n.u.Z. war aber nicht nur durch einen Wandel der sozialen Beziehungen gekennzeichnet, sondern auch durch ein substantielles Bevölkerungswachstum. Dieses wurde teilweise durch den Übergang von der sog. "Zweifelderwirtschaft" (bei der jeweils eine Hälfte des Landes brach lag, während auf der anderen Hälfte Getreide angebaut wurde) auf die "Dreifelderwirtschaft" ermöglicht (bei der Brache und der Anbau von Winter- und Sommergetreide alternierten), was die Erträge pro Hektar Ackerfläche zunächst deutlich steigerte. Wenngleich die technologische Ent-

22 Die von T.N. Bisson (1994) im Anschluß an vor allem Georges Duby aufgestellte These, es habe im späten 10. und im 11. Jahrhundert eine 'feudale Revolution' stattgefunden, in deren Verlauf der Adel großflächig ehemals freie Bauern mit Gewalt in die Knechtschaft zwang, wurde allerdings insbesondere im Hinblick auf die unterstellte tiefgreifende Zäsur vehement kritisiert (vgl. die Beiträge in 'Past and Present' No. 152 vom August 1996 und aktuell McHaffie 2018). Letztlich ist hier aber nicht entscheidend, ob es sich um eine graduelle oder "revolutionäre" Entwicklung handelte.

23 Die mittelalterliche Handmühle wurde für beide Seiten zu einem Symbol des "Klassenkampfes", des Widerstands der Bauern gegen die Ausbeutung durch die Feudalherren: So ließ z.B. der Abt des Benediktinerklosters St. Albans die Handmühlen seiner Pächter konfiszieren und pflasterte mit den Mühlsteinen den Boden seines Empfangszimmers. In einem ähnlich symbolischen Akt rissen die Bauern während des großen Aufstands von 1381 diesen Fußboden wieder auf (Hilton 1984a: 4).

wicklung also keineswegs völlig stagnierte (unter anderem wurden auch Wassermühlen errichtet), spielten Innovation und Investition im Hochmittelalter nichtsdestotrotz nur eine untergeordnete Rolle; vor allem wurde die landwirtschaftlich genutzte Fläche erheblich ausgeweitet, sei es durch die Rodung von Wäldern, das Trockenlegen von Feuchtgebieten oder den Bau von Deichen. Das wirtschaftliche Wachstum korrespondierte mithin weitgehend mit dem Anstieg der Bevölkerungszahl; einer von Moore wiedergegebenen Schätzung zufolge verdreifachte sich die Bevölkerung des nördlichen Europa zwischen 1000 und 1340 (Ibid.: 30). Im Zuge dieser Entwicklung wuchsen auch die Städte; ab dem ausgehenden im 10. Jahrhundert wurden nördlich der Alpen nicht nur Kathedralen errichtet und Universitäten gegründet wurden, es entstanden vielerorts auch zum ersten Mal in der Geschichte überhaupt signifikante und dauerhafte urbane Strukturen.²⁴

Das primär auf der Erschließung neuer Äcker beruhende Wachstum kam dann aber im 14. Jahrhundert zum Stillstand. Nach einer Phase des anhaltenden Bevölkerungsanstiegs vom 11. bis zum 13. Jahrhundert wurde in England (für das die Ereignisse am besten dokumentiert sind) zunächst ab 1315 durch eine Periode anhaltenden kalten und feuchten Wetters die "großen Hungernot" ausgelöst, der 10 bis 15 Prozent der Einwohner des Königreichs zum Opfer fielen. Nachdem sich die Wetterverhältnisse ab 1318 wieder normalisierten, stieg die Zahl der Menschen allerdings schnell wieder auf das Niveau von 1315 an. Dann aber verheerte 1348–50 eine Pestepidemie, der "schwarze Tod", das Land und führte zu einer nachhaltigen Zäsur in der demographischen Entwicklung. Die Bevölkerung Englands, die zwischen 1100 und 1300 von ca. 2 auf 5 bis 6 Millionen Menschen gewachsen war, befand sich 1400 wieder annähernd auf dem gleichen Stand wie zu Beginn des 12. Jahrhundert (Hatcher/Bailey 2001: 28f.).

Für Rodney Hilton manifestierte sich in diesen Katastrophen eine "Tendenz zur demographischen Selbsterstörung" der mittelalterlichen Gesellschaft (Hilton 1978: 7). Die "Krise des Feudalismus", die sich sowohl in der großen Hungersnot als auch in der dramatischen Sterblichkeitsrate während der Pestepidemie niederschlug, resultierte primär aus der Tatsache, dass die Wirtschaft des Hochmittelalters wie gesehen vor allem in die Breite expandierte, die Grundherren beschränkten sich weitgehend darauf, neue Äcker für den Getreideanbau zu erschließen. Die aus dem Mangel an Anbaufläche resultierenden hohen Preise für und Nahrungsmittel hatten nicht nur zur Konsequenz, dass bis dahin landwirtschaftlich nicht genutzte Areale gerodet oder trockengelegt wurden; Grundherren und Bauern machten zudem Weideflächen (Brachen und Grasland) zu Ackerland, um die Produktion zu steigern. In der Folge breitete sich eine Getreide-Monokultur über weite Teile des europäischen Kontinent aus, diese sog. "Vergetreidung" war tatsächlich eine der folgenreichsten Entwicklungen des Hochmittelalters (Postan 1966: 556).

Die zusätzlich erschlossenen Flächen waren aber in der Regel von Natur aus weniger fruchtbar als diejenigen, die sich bereits "unter dem Pflug" befanden, so dass mehr Arbeit für den gleichen Ertrag aufgewendet werden musste – d.h. die Produktivität sank, was das genaue Gegenteil der Verhältnisse in "kapitalistischen" Ökonomien ist (ich komme wenig später darauf zurück). Zudem wurden aufgrund des aus dem anhaltenden Bevölkerungswachstum resultierenden steigenden Bedarfs an Getreide auch die ursprünglich besseren Böden aufgrund von Überbeanspruchung ausgelaugt (Ibid.: 557f.). Die Abnahme der Ertragskraft des Landes manifestierte sich somit nicht allein an den

²⁴ Der bemerkenswerteste Aspekt der damals einsetzenden Urbanisierung war R.I. Moore zufolge, dass die neuen städtischen Siedlungen nicht allein und nicht einmal in erster Linie vom Fernhandel lebten, sondern sozusagen aus dem Land erwachsen, auf Grundlage einer neuen arbeitsteiligen Spezialisierung (Ibid.: 31ff.).

neu erschlossenen "Rändern", sondern auch im alten agrarischen "Zentrum". Zwar wurden durchaus Anstrengungen unternommen, den Ertrag je Flächeneinheit zu steigern, diese betrafen aber M.M. Postan zufolge in erster Linie intensivere Formen des Fruchtwechsels und einen erhöhten Einsatz von Arbeitskräften, nicht aber kapitalintensive Verfahren, die tatsächlich die Erträge nachhaltig hätten steigern können. Statt also in Zugtiere, verbesserte Gerätschaften und vor allem eine Aufwertung des Bodens z.B. durch die Zugabe von Mergelkalk zu investieren (die Bezeichnung "ausgemergelt" bezieht sich auf den Mangel an bestimmten Mineralien im Boden, das Ausbringen von Kalk wirkt z.B. der Übersäuerung entgegen), expandierte die englische Landwirtschaft weiterhin in die "Breite" – und steuerte direkt in die Katastrophe.

Die Umwandlung von bislang dem Vieh überlassenen Flächen in Weizenfelder war zwar geeignet, die Versorgung der Menschen mit Brot und Bier (den beiden wichtigsten Grundnahrungsmitteln des Mittelalters) kurzfristig zu verbessern, in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte war diese Umstellung aber mittelfristig kontraproduktiv, da mit der Abnahme der Zahl der Nutztiere weniger stickstoffhaltiger Dünger zur Verfügung stand. Die mangelhafte Düngung hatte zur Konsequenz, dass die Fruchtbarkeit der Felder stetig abnahm – während gleichzeitig die von den Bauern bewirtschafteten Parzellen immer kleiner wurden. Die englische Bevölkerung war schließlich derart angewachsen, dass die überbeanspruchten Böden sie mit Hilfe der vorhandenen Technologien in normalen Jahren gerade eben ernährten, aber keine Reserven vorhanden waren oder gebildet werden konnten, um Mißernten zu überstehen. Viele Menschen litten unter chronischer Unter- bzw. Mangelernährung (ihre Diät bestand weitestgehend aus Brot und Bier – letzteres nicht, weil sie in besonderem Maße dem Alkohol ergeben waren, sondern weil es an sauberem Trinkwasser mangelte, und der Gärungsprozeß Mikroben abtötet), was ihre Abwehrkraft gegen Krankheiten unterminierte und die verheerenden Bevölkerungsverluste während der großen Pestepidemie erklärt.

Das Volk darbt also, während die "Edlen" Kriege führten, Burgen bauten und Feste feierten (die Reichen und Mächtigen hungerten selbstverständlich nicht). Ob die "Krise des Feudalismus" primär auf deren Verschwendungssucht zurückzuführen ist, oder ob die Technologien zu einer nachhaltigen Steigerung der Erträge im 13. Jahrhundert fehlten,²⁵ kann allerdings nicht mit letzter Sicherheit geklärt werden. Bevor den Äckern im späten 19. Jahrhundert zunächst Guano und dann nach dem Ersten Weltkrieg industriell erzeugter Kunstdünger zugeführt wurde, wuchs deren Ertragskraft nur sehr langsam, weshalb vielleicht, wie der zitierte M.M. Postan nahelegt, im 13. und 14. Jahrhundert die Getreideerzeugung mit der Bevölkerungsentwicklung gar nicht Schritt halten konnte – Investitionen in Zugtiere, Geräte und Mergelkalk wären demnach nicht ausreichend gewesen, den Hunger langfristig in Schach zu halten, selbst wenn der Adel diese Strategie verfolgt hätte.²⁶ Allerdings besteht ein möglicherweise universeller Zusammenhang zwischen Armut und Geburtenrate (ich komme auch darauf später noch zurück), so dass das Bevölkerungswachstum während des Hochmittelalters durchaus eine Konsequenz der exzessiven Ausbeutung der Bauern durch den Adel gewesen sein könnte.

25 Die Intensivierung der Getreideproduktion führte Postan zufolge zu einer derart tiefgreifenden Auslaugung der Böden, dass die landwirtschaftlichen Flächen mehr als ein Jahrhundert brauchten, um sich zu erholen; die Erträge lagen ihm zufolge auch lange nach der demographischen Katastrophe des 14. Jahrhundert auf einem recht niedrigen Niveau.

26 Zwar nahm die handwerkliche Produktion und die kommerzielle Aktivität insgesamt im Zuge des Bevölkerungswachstums sowohl auf dem Land (größtenteils im Nebenerwerb) als auch in den Städten zu; dies konnte aber die Probleme im Bereich der Nahrungsmittelversorgung nicht lösen, da die Expansion des Gewerbes keine Rückwirkung auf die landwirtschaftliche Produktivität hatte (vgl. Hatcher/Bailey 2001: 43).

Viele, wenn nicht die meisten Grundherren preßten den Bauern so viel ab, wie sie irgend konnten, so dass diesen nur blieb, was sie zum nackten Überleben benötigten – und häufig nicht einmal das, wie gesehen verfügte die Landbevölkerung über keine Reserven die ihnen ermöglicht hätten, magere Jahre zu überstehen. Die Lage der arbeitenden Menschen verschlechterte sich in dem Maße, wie die Bevölkerungszahl wuchs; aufgrund der hohen Bevölkerungszahl und der resultierenden Knappheit des verfügbaren Landes waren die Jahrzehnte vor der Pestepidemie durch niedrige Löhne (Arbeitskräfte standen reichlich zur Verfügung) und hohe Getreidepreise gekennzeichnet – eine ausgesprochen vorteilhafte Position für die Grundeigentümer. Dies änderte sich radikal, nachdem der "schwarze Tod" seine grausame Ernte gehalten hatte.

Der "schwarze Tod" und das Ende der Knechtschaft

Die gerade skizzierten Verhältnisse wandelten sich grundlegend in Folge der großen Pestepidemie; die unmittelbarste Folge des "Schwarzen Todes" war die Verknappung der verfügbaren Arbeitskraft und ein daraus resultierender deutlicher Anstieg der Löhne in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhundert. Die sozialen Verhältnisse schienen auf den Kopf gestellt zu sein, was seinen sichtbarsten Ausdruck darin fand, dass nach Aussage eines Zeitgenossen aus Florenz im Jahr 1363 »Kinder und einfache Frauen sich mit der kostbaren und teuren Garderobe der Reichen einkleideten die gestorben waren« (nach Herlihy 1997: 48). Die von David Herlihy zitierte Quelle berichtet weiterhin: »Dienstmägde und Stallburschen verlangen wenigstens 12 Florin im Jahr, und die arrogantesten unter ihnen 18 oder 24 Florin, und auch Kindermädchen und kleine Handwerker fordern annähernd das dreifache der üblichen Entlohnung« (nach *ibid.*: 48f.).

Dieser plötzliche Anstieg des Wohlstands sollte zumindest in Nordwesteuropa kein vorübergehendes Phänomen bleiben. Die langfristigen Auswirkungen der beispiellosen demographischen Katastrophe waren für diesen Teil des Kontinents ausgesprochen positiv. Die Abnahme der Bevölkerung führte im landwirtschaftlichen Sektor dazu, dass ausgedehnte Flächen vom Getreidefeldern in Viehweiden umgewandelt werden konnten. In Bereichen mit fruchtbareren Böden wurde die Getreidemonokultur aufgegeben und eine Kombination aus Ackerbau und Viehzucht (insbes. Rinderhaltung) betrieben; weniger fruchtbarer Böden dienten hingegen gar nicht mehr als Ackerflächen sondern nur noch als Schafweiden. Durch die Konzentration des Getreideanbaus auf die besten Böden und die erhöhte Verfügbarkeit organischen Düngers wuchs der Ertrag je Flächeneinheit *und* die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit deutlich an, was auch das Einkommen der Bauern steigerte. Als Resultat der Ausweitung der Schafweiden stand zudem der gestiegenen Nachfrage einer wohlhabenderen Bevölkerung nach Kleidung ein wachsendes Angebot an Wolle gegenüber – die Menschen waren im 15. Jahrhundert nicht nur besser ernährt, sondern auch besser gekleidet als ihre Vorfahren im späten 13. und frühen 14. Jahrhundert. David Herlihy zufolge hatte der Mangel an Arbeitskräften nicht nur positive Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die hohen Löhne lösten ebenfalls einen Innovationsschub im gewerblichen Bereich aus, so dass auch dort die Arbeitsproduktivität anstieg (*Ibid.*: 50f.). Allerdings lag die "industrielle Revolution" noch in sehr ferner Zukunft (ich komme weiter unten auf die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe zurück).

Der ökonomische ging einher mit einem grundlegenden gesellschaftlichen Wandel. Während die mittelalterliche Sozialstruktur wie gesehen weitgehend von personalen Abhängigkeiten dominiert war, der sog. "Knechtschaft", veränderten sich im Jahrhundert nach der großen Pestepidemie die sozialen und ökonomischen Beziehungen auf dem Land grundlegend, die Gesellschaft wurde nicht länger durch das Verhältnis von Grund-

herren zu "Hörigen" bestimmt, sondern durch dasjenige von Grundeigentümern zu Pächtern (Wrightson 2000: 75). Die Institution der Leibeigenschaft verschwand innerhalb eines vergleichsweise kurzen Zeitraums nahezu vollständig, angesichts der veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen (die Adligen konnten Arbeitskräfte nur anwerben, wenn diesen günstige Bedingungen boten) war der anhaltende Kampf der Bauern um ihre Freiheitsrechte letztlich erfolgreich (siehe hierzu vor allem Hilton 1973).

Insbesondere diejenigen Teile der Landbevölkerung, die erst im späten zwölften Jahrhundert zu "Unfreien" erklärt worden waren, hatten sich schon früh diesem Verdikt widersetzt. "Leibeigene" Bauern versuchten z.B. die königlichen Gerichte anzurufen,²⁷ weil »sie glaubten, dass sie einstmals frei gewesen waren, und die Macht des Königs ihre überkommenen Freiheitsrechte erneuern konnte« (Dyer 2002: 181).²⁸ Der Widerstand gegen die Knechtschaft kulminierte schließlich im "Großen Aufstand" von 1381, der primär die Wiederherstellung der ursprünglichen Freiheitsrechte zum Ziel hatte. Zwar wurde die Erhebung gewaltsam niedergeschlagen, letztlich aber gehörte die Knechtschaft bereits im 15. Jahrhundert der Vergangenheit an. Die "Befreiung" der Bauern sollte allerdings nicht mit einer politischen "Emanzipation" der großen Masse der arbeitenden Menschen verwechselt werden. Der Adel beherrschte weiterhin das Land, aber die Landbevölkerung war zumindest formalrechtlich vor willkürlichen Übergriffen der Grundherren geschützt.

vor 1350	nach 1350
Überangebot an Arbeitskräften → niedrige Reallöhne → wenig Anreiz für Investitionen → Grund und Boden sind knapp → sinkende Ertragskraft der Böden → hohe Getreidepreise	Arbeitskräftemangel → hohe Reallöhne → produktive Investitionen, Umwandlung von Äckern in Weideflächen → steigende Ertragskraft der Böden → niedrige Getreidepreise → "Freisetzung" von Menschen für gewerbliche Tätigkeiten → Geringes Bevölkerungswachstum

Tab. 1: Ökonomische Situation vor und nach der Pestepidemie

Am bemerkenswertesten an der fraglichen Epoche ist allerdings die Bevölkerungsentwicklung in Nordwesteuropa. Dass die gerade skizzierte sozioökonomische Dynamik nicht von einem erneuten dramatischen Wachstum der Bevölkerung zunichte gemacht wurden, war neben der weiterhin hohen Mortalitätsrate²⁹ wahrscheinlich vor allem auf ein verändertes Heiratsmuster zurückzuführen, das von John Hajnal als "*European Marriage Pattern*" (EMP) bezeichnet wurde. Hajnal (1965) zufolge heirateten die Menschen in Europa in der frühen Neuzeit deutlich später als ihre Zeitgenossinnen und Zeitgenos-

27 Die königlichen Gerichtshöfe waren in zivilrechtlichen Fragen, also allen Angelegenheiten, die Grundbesitz und Abgaben betrafen, nur für den "freien" Teil der Bevölkerung zuständig. Behauptete ein Bauer, frei zu sein während sein Grundherr dies bestritt, musste zunächst die Zuständigkeit des Gerichts, mithin der rechtliche Status des Klägers festgestellt werden (vgl. Ibid. und Carpenter 2003: 412ff.).

28 In der expansiven Phase des Hochmittelalters konnten sich Bauern noch "bei Nacht und Nebel vom Acker machen" um allzu drückenden Verhältnissen zu entfliehen und neu erschlossenes Land zu besseren Bedingungen zu bestellen. Dies war zwar nicht legal, aber offenbar gängige Praxis. Diese Option bestand allerdings um 1300 nicht mehr. (Ob die gerade bemühte Redewendung tatsächlich aus dem Mittelalter stammt, kann ich nicht mit Sicherheit sagen).

29 Im Jahr 1458 starben z.B. 2.627 Einwohner Coventrys an der Pest, bei einem weiteren Ausbruch 1479-80 fielen in der Stadt ca. 3.300 Menschen der Epidemie zum Opfer (Liddy 2015: 44).

sen in anderen Weltteilen, und sowohl Männer als auch Frauen verbrachten ihre Zeit als unverheiratete junge Erwachsene mit produktiver Arbeit, wobei sie einen Teil ihres Lohns sparten, um später einen Hausstand gründen zu können.³⁰ Die Bevölkerungszahl Englands erreichte einigen Schätzungen zufolge erst nach 1700 wieder den Stand von vor der großen Pestepidemie. David Herlihy unterstellt diesbezüglich einen ursächlichen Zusammenhang von Produktivitätssteigerung und Bevölkerungsentwicklung, seiner Ansicht nach war die Herausbildung des europäischen Heiratsmusters primär Resultat der kollektiven Erfahrung des gewachsenen Wohlstandes (Herlihy 1997: 50ff.). Tatsächlich scheint eine direkte Wechselbeziehung zwischen Wohlstandsniveau und Geburtenrate zu bestehen, viele Kinder in die Welt zu setzen *kann* auch eine Strategie zur Absicherung der eigenen Familie sein (Kinder sind auch potentielle Arbeitskräfte). Ist das Lohnniveau hingegen hoch und die eigene ökonomische Situation gesichert (z.B. weil die Arbeitslosigkeit niedrig ist und darüber hinaus noch, wie es in England in der frühen Neuzeit der Fall war, ein funktionierendes System der Sozialfürsorge existiert), gefährden Kinder aus Sicht der Eltern möglicherweise sogar den Wohlstand. Was auch immer die Menschen bewog, relativ spät zu heiraten und nur vergleichsweise wenige Kinder zu bekommen, in England hielt jedenfalls im Unterschied zu vielen anderen Teilen der Welt die Nahrungsmittelproduktion bis ca. 1800 mit dem Bevölkerungswachstum schritt – im 19. Jahrhundert konnten dann nahezu beliebige Mengen preiswerten Getreides gegen Industrieprodukte gehandelt werden.

In anderen teilen der Welt warf der "Schwarze Tod" hingegen einen langen Schatten, die Bevölkerungsverluste zogen dort offenbar gänzlich andere Folgen nach sich – was langfristig zur globalen Dominanz des "Westens" beitrug. Während in England die feudalen Bindungen zerbrachen, und die Bauern zu Pächtern der Grundherren wurden, geschah z.B. in den Regionen östlich der Elbe das genaue Gegenteil, dort setzte eine Re-Feudalisierung der sozialen und ökonomischen Beziehungen ein. Diese Entwicklung resultierte nicht zuletzt aus der engen ökonomischen Verflechtung von Nord- und Ostsee-raum: Als sich die Bevölkerung in Westeuropa langsam von der demographischen Katastrophe erholte, wurde der erhöhte Bedarf an Getreide dort nicht etwa durchgängig mittels Ausweitung der inländischen Anbauflächen und Intensivierung der Produktion, sondern zu einem nicht unerheblichen Teil durch Importe aus den Gebieten östlich der Elbe abgedeckt. Dies ermöglichte einerseits den Ländern am westlichen Ende der Handelsrouten (insbesondere den Niederlanden), einen proportional höheren Anteil der Bevölkerung im Handwerk zu beschäftigen, andererseits führte es im Osten zu intensiven Anstrengungen der Grundherren, die Bauern an den Boden zu binden, und ihnen gerade nicht jene Freizügigkeit zu gestatten, die sie in England oder den Niederlanden genossen – der Adel in Preußen, Polen und Litauen maximierte die Erträge seiner Güter durch Aufrichtung der sog. "zweiten Knechtschaft" (vgl. Findlay und O'Rourke 2007: 122f.).

30 In den zwangsläufig kleineren Familien war die Relation zwischen produktiven und unproduktiven Köpfen günstiger, d.h. es musste ein geringerer Teil des Familieneinkommens für Nahrungsmittel aufgewandt werden (vgl. de Vries 2008: 17). Keith Wrightson geht allerdings von ein genau umgekehrten Verhältnis von Ursache und Wirkung aus: Die englischen Haushalte waren ihm zufolge bereits im 16. Jahrhundert im Unterschied zu dem Verhältnissen auf dem Kontinent vergleichsweise klein und umfaßten selten mehr als die Kernfamilie, und – je nach wirtschaftlicher Lage – Bedienstete (Diener, Hausmädchen, Köchinnen etc.) und Lehrlinge. Die geringe Familiengröße korrespondierte mit der Praxis, dass von einem Paar nach der Eheschließung erwartet wurde, seinen eigenen Hausstand zu begründen. Daraus folgte wiederum, dass die Heirat nur möglich war, wenn die Eheleute über hinreichende materielle Ressourcen verfügten bzw. deren Einkommen ausreichte, die Familie zu unterhalten (Wrightson 2000: 30ff.).

Die Pestepidemie war somit innerhalb Europas Ausgangspunkt einer frühen Form der "internationalen Arbeitsteilung" – zugunsten des Westens und zu Lasten des Ostens (ich komme im folgenden Kapitel auf die Konsequenzen des "asymmetrischen" Austauschs von Fertigwaren gegen Rohstoffe zurück).

<p>Geringe Produktivität (<i>der Arbeit und des Bodens!</i>)</p> <p>Arbeitsintensive Produktion Relative Überbevölkerung</p> <p>Niedrige Löhne</p>	<p>Subsistenzökonomie vorherrschend → <i>Arbeit für den eigenen Bedarf</i></p> <p>Überwiegend Naturalwirtschaft → <i>Abgaben in Form von Naturalien und Arbeitsleistung</i></p> <p>Wenig Investitionen</p>	<p>Knechtschaft → Politische und ökonomische Subordination der Bauern unter die Grundherren (Arbeitsbeziehung ist auch politische Beziehung)</p> <p>Ausbeutung der Bauern durch die Grundherren → Aneignung aller Überschüsse jenseits des Existenzminimums</p>
<hr/>		
1350 – Pestepidemie		
<p>Arbeitskräfte mangel</p> <p>Hohe Löhne → Wachsender Wohlstand der arbeitenden Menschen</p> <p>Niedrige Geburtenrate</p>	<p>Investitionen zur Steigerung der Produktivität (<i>zunächst primär in der Landwirtschaft</i>)</p> <p>Ablösung der Natural- durch Geldwirtschaft</p> <p>Zunehmender Anteil von im Handwerk tätigen Menschen (langsameres Anwachsen des sekundären Sektors)</p> <p>Wachsende Bedeutung von Märkten im Zuge der Ausbreitung der arbeitsteiligen Spezialisierung</p>	<p>Pacht, Lohnarbeit, selbständiges Handwerk ("Verlagswesen") → Zuverdienst durch Heimarbeit insbes. auf dem Land (<i>Spinnen, Weben, Stricken etc.</i>)</p> <p>Erweiterte politische Partizipation des Bürgertums, aber weiterhin Ausschluß der arbeitenden Bevölkerung</p>
<hr/>		
1750 – Einsetzende Industrialisierung		
<p><i>Erneut hohes Bevölkerungswachstum</i></p> <p>Kapitalintensive Produktion Zunehmende Exportorientierung (insbes. Baumwollindustrie!)</p>	<p>Produktive Investitionen auch im Gewerbe → Rationalisierung und Industrialisierung: Steigerung der Produktivität, größere Betriebseinheiten, menschliche Arbeitskraft wird durch Maschinen ersetzt</p> <p>Marktwirtschaft</p>	<p>Lohnarbeit wird zur Norm</p> <p>Asymmetrische Vertragsbeziehungen zwischen "Kapitalisten" und Arbeitern</p> <p>Löhne orientieren sich am Existenzminimum</p> <p>Ausbeutung (Arbeiter partizipieren kaum an der Wertschöpfung) und politische Unterdrückung (Arbeiter haben kein Wahlrecht)</p> <p><i>"Entfremdung" (K. Marx) der Arbeiter im Arbeitsprozeß</i></p>
<p>Mobilisierung von Arbeitskräften durch Entzug von Subsistenzmitteln: Einbelegung der Allmenden, Ablösung der Gemeindefürsorge durch das Armenloos. Verlust von Heimarbeitsmöglichkeiten durch Verlagerung der Produktion in die Fabriken</p> <p>Niedriglohn doktrin ("Mangel befördert den Fleiß") → bestenfalls stagnierender Lebensstandard, objektive oder gefühlte "Verelendung"</p>		

Abb. 5: Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation in der frühen Neuzeit

Vom Handwerk zur Industrie

Die ökonomische Entwicklung Englands zwischen 1350 und 1750 war durch ein langsames aber stetiges Wachstum der Volkswirtschaft gekennzeichnet, welches von sukzessiven technologischen Innovationen insbesondere im Schiffbau und der Metallurgie begleitet wurde. Die Zahl der im gewerblichen Bereich tätigen Personen nahm in Relation zur Landwirtschaft kontinuierlich zu, weil durch die gestiegene Produktivität mehr Menschen vom agrarischen Sektor ins Handwerk wechseln konnten. Zudem begannen insbesondere die ärmeren Teile der Landbevölkerung in Heimarbeit z.B. Wolle zu spinnen, Strümpfe zu wirken oder Knöpfe herzustellen. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung vertiefte sich dahingehend, dass immer mehr Personen Produkte für den Verkauf produzierten und im Gegenzug Dinge, die sie bis dahin selbst hergestellt hatten, auf dem Markt kauften. Zwar hatte es auch im Mittelalter Märkte gegeben, diese spielten aber ebenso wie die Geldwirtschaft in weiten Landstrichen eine eher untergeordnete Rolle, die Ökonomie beruhte weitgehend auf der Erzeugung für den eigenen Bedarf (Subsistenzwirtschaft) und dem Tausch von Naturalien. In der neu entstehenden "Marktwirtschaft" waren die Menschen hingegen zunehmend davon abhängig, die Dinge des täglichen Bedarfs käuflich zu erwerben. Auf den Märkten wurden aber auch gänzlich neue Erzeugnisse angeboten, die aus fernen Weltteilen stammten: indische Baumwollstoffe, chinesische Seide und Porzellan, Gewürze aus dem malaiischen Archipel und Zucker aus Westindien.

Insbesondere ab dem 17. Jahrhundert wuchs das Volumen des Überseehandels deutlich an, insbesondere Zucker und Tee wurden zu "Gütern des täglichen Bedarfs", die in England bereits Mitte des 18. Jahrhundert nahezu alle Bevölkerungsschichten konsumierten. Auch Porzellan wurde in großen Stückzahlen aus China importiert und schon bald in England erfolgreich kopiert. Den Ausgangspunkt der nach 1750 einsetzenden "industriellen Revolution" bildete aber die Verarbeitung der damals vor allem aus Indien importierten Baumwollstoffe. Ein Mitglied des *Manchester Athenaeum* schrieb rückblickend 1844 zu den Ursprüngen der englischen Baumwollindustrie: »Vor nicht mehr als siebzig oder achtzig Jahren gelang es einigen bescheidenen Handwerkern, die über kaum mehr verfügten als technisches Geschick und Beharrlichkeit, einige wenige, aber bedeutende Erfindungen zu machen, welche die gesamte britische Gesellschaft revolutionierten und, in nicht geringem Ausmaß, das Fortschreiten der Zivilisation in jedem Winkel des Erdballs beeinflussten« (nach Perkin 1969: 123). Diese großen Fortschritte betrafen neben der (erst relativ spät einsetzenden) Nutzung der Dampfkraft zunächst primär die Mechanisierung des Spinnens und Webens der Pflanzenfaser.

Der Prozeß der Mechanisierung und Rationalisierung in der Baumwollverarbeitung begann beim Spinnen des Garns. Mit der Erfindung von James Hargraves' *spinning jenny* (1767)³¹ und Richard Arkwrights *water-frame* (1769) konnte die Produktivität, d.h. die pro Arbeitsstunde hergestellte Menge, enorm gesteigert werden. Bereits Arkwrights Konstruktion war im Unterschied zur *jenny* von Beginn an für den Antrieb durch eine externe Quelle mechanischer Energie konzipiert. Er begann 1772 in Cromford (Derbyshire) eine entsprechende Fabrikanlage zu errichten, die mit Wasserkraft betrieben wurde, musste aber einiges an Lehrgeld zahlen, bis er den *water-frame* an die Anforderungen maschineller Produktion angepaßt hatte und die Abläufe in seiner Fabrik

31 Die *jenny* war eine kleine manuell betriebene Maschine, von der Joel Mokyr zufolge 1811 über 150.000 in Betrieb waren. Die mit den *jennies* gesponnenen Garne waren den indischen schließlich gleichwertig (Mokyr 2009: 128). Einen sehr detaillierten Überblick über die technologische Entwicklung den Anstieg der Produktivität bei der Garnherstellung gibt Allen (2009: Kap. 8).

soweit aufeinander abgestimmt waren, dass die Arbeit störungsfrei vonstatten ging. Diese Erfahrungen flossen in die Konzeption einer zweiten Fabrik ein, der "Cromford Mill Number 2", die zur Blaupause für Baumwollspinnereien nicht nur in England, sondern auch auf dem Kontinent und in Nordamerika wurde (Allen 2009: 202). Die von Samuel Crompton 1779 entwickelte *mule* verband schließlich die Konzepte von *spinning jenny* und *water-frame* und revolutionierte das Spinnen von Baumwollgarn, weil die Maschine ermöglichte, auch hohe Qualitäten (insbesondere Garne für Hemden) maschinell herzustellen. Die technologische Entwicklung kulminierte schließlich in der von Richard Roberts Ende der 1820er Jahre entwickelten *self-acting mule*, einer Maschine welche den Einsatz menschlicher Arbeitskraft im Prozeß des Baumwollspinnens und damit auch die Herstellungskosten noch weiter reduzierte (Ibid.: 207f.).³² Bis 1836 sanken die Produktionskosten für Baumwollgarn, die um 1760 noch bei 35 d/lb gelegen hatten, auf 18,22 d/lb (Ibid.: 185f). Um 100 Pfund Baumwolle zu verarbeiten, benötigte ein Handspinner 50.000 Arbeitsstunden, Cromptons *mule* um 1780 hingegen nur 2.000 Stunden, eine *mule* mit 100 Spindeln 1790 1.000 Stunden und eine dampfbetriebene *mule* 1795 lediglich noch 300 Stunden; 1825 hatte Richard Roberts automatische *mule* diese Zeit auf 135 Stunden reduziert (Porter 1991: 313).

Im Vergleich zum Spinnen des Garns war der Prozeß des Webens weniger arbeitsintensiv, weshalb hier die technologische Entwicklung zunächst auf die Einführung eines Handwebstuhls mit "fliegendem Schiffchen" beschränkt blieb, der 1733 das Arbeitstempo der Weber verdoppelte. Schließlich aber baute Edmund Cartwright 1784 einen automatischen Webstuhl, den sog. "Power Loom", ein Gerät, welches zunächst von zwei Männern mittels einer Handkurbel, dann aber mittels Dampfkraft betrieben wurde. Die durch derartige Erfindungen erzielten Produktivitätssteigerungen waren enorm; Porter zufolge sanken die Herstellungskosten im gesamten Produktionsprozeß von 16s. pro Einheit im Jahr 1779 auf 2s. 6d. in 1812 (vgl. Tabelle 2).

	1779	1784	1799	1812
Rohbaumwolle	2s.	2s.	3s. 4d.	1s. 6d.
Kapital und Arbeit	14 s.	8s. 11d.	4s. 2d.	1s.
Summe	16s.	10s. 11d.	7s. 6d.	2s. 6d.

Tab. 2: Produktionskosten in der englischen Baumwollindustrie (nach Allen 2009: 185)

Die "Fabrik" besteht aber nicht nur in einer Ansammlung arbeitssparender Gerätschaften, sie ist auch Organisationsform. Als die ersten Spinnmaschinen eingeführt wurden, optimierte das Metallgewerbe bereits systematisch die Betriebsabläufe. So bewunderte z.B. ein gewisser Dan Tucker im Jahr 1758 die Erhöhung der produktiven Effizienz in einer Manufaktur für Metallknöpfe:

»Wenn ein Mann mit Hilfe einer Maschine einen metallenen Knopf stanzt, steht neben ihm ein Kind, das den Knopf unter dem Stempel plaziert und ihn nach dem Stanzvorgang wieder entfernt, um ihn durch einen neuen zu ersetzen. Auf diese Weise kann der Mann an der Maschine mindestens die doppelte Menge stanzen, als ihm möglich gewesen wäre, wenn er jedesmal hätte innehalten müssen um, den Knopf zu wechseln. Und sein Verdienst mag 14d. bis 18.d betragen, und derjenige des Kindes 2d. pro Tag, um die gleiche Menge an Arbeit zu leisten, die das Doppelte gekostet hätte, wäre nur der Mann allein beschäftigt gewesen; dieser einzelne Umstand sparte allein 80 oder sogar 100 Prozent, während er gleichzeitig, nahezu von dem Zeitpunkt an, da sie sprechen können, die Kinder zur Arbeit erzieht« (nach Porter 1991: 197).

³² Allen zufolge wurde der Bau komplexer Maschinen in England begünstigt durch die Verfügbarkeit einer großen Zahl von Feinmechanikern die aus dem Uhrmacherhandwerk stammten, was wiederum daraus resultierte, dass die hohen Löhne in Britannien eine große Nachfrage nach Uhren generiert hatte (Ibid.: 205).

Derartige Ansätze zur Analyse und Optimierung der Arbeitsabläufe trugen im 18. Jahrhundert offenbar mindestens so viel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität bei wie der Einsatz von "Maschinen" und Wind-, Wasser- und Dampfkraft. Menschliche Arbeitskraft und deren Organisation stand mithin noch lange im Fokus der wirtschaftlichen Entwicklung; Richard Price schätzt, dass bis ca. 1860 die nicht noch nicht mechanisierten Bereiche des produzierenden Gewerbes 50 Prozent zum Anstieg der Gesamtproduktivität beitrugen (Price 1999: 26f.). Die ökonomische Transformation bedurfte mithin zunächst keiner substantiellen neuer Erfindungen, eher scheint das wirtschaftliche Wachstum den Boden für den späteren technologischen Fortschritt bereitet zu haben. Die veränderte Arbeitsorganisation und die neuen Technologien waren aber nur Teil einer umfassenderen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, der umfassenden Durchsetzung der industriellen Produktions- und der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Industrie und Kapital

Auch wenn "kapitalistische" Handlungsorientierungen sich seit dem Ende der großen Pestepidemie sukzessive in der Landwirtschaft und dem gewerblichen Bereich ausgebreitet hatten, waren die nordwesteuropäischen Zentren der ökonomischen Entwicklung in der frühen Neuzeit (d.h. bis ca. 1815) noch längst nicht einem derart radikalen Wandel unterworfen, wie er zunächst in Britannien nach dem Ende der napoleonischen Kriege einsetzte. Hatten die meisten Menschen im 18. Jahrhundert im großen und ganzen noch so gelebt wie ihre Vorfahren, waren sie nunmehr direkt von den tiefgreifenden Umwälzungen in der ökonomischen Sphäre betroffen. Zunächst in England, dann auch in Frankreich und Deutschland setzte im 19. Jahrhundert ein sich selbst verstärkendes Wachstum ein, welches primär durch technologische Innovationen und Investitionen in diese Technologien vorangetrieben wurde.

Diese Dynamik ist vor allem auch dadurch zu erklären, dass mit Errichtung von Fabriken sämtliche anderen Formen der Produktionsorganisation notwendig vom Markt gedrängt wurden. Das folgende Beispiel zweier *auf dem Markt miteinander konkurrierender* Unternehmen sollte das hinreichend verdeutlichen (Tabelle 3):

- (1) Die Ausgangslage im Jahr 1 ist folgende: Betrieb A produziert in Handarbeit zu Stückkosten von 100,- eine Einheit pro Tag, Betrieb B hat in Maschinen investiert und produziert bei gleichem Arbeitseinsatz die doppelte Menge (die Arbeitsproduktivität von B ist nach der Mechanisierung mithin doppelt so hoch wie diejenige von A). Trotz der zu berücksichtigenden Kapitalkosten liegen die Stückkosten bei B um 25 Prozent niedriger als bei A. D.h. B erwirtschaftet im Unterschied zu A einen Gewinn von 10.000,- pro Jahr.
- (2) Nach zehn Jahren investiert Betrieb B die akkumulierten Gewinne in eine Erweiterung des Maschinenparks. Die Produktion steigt nochmals um 100 Prozent, die Stückkosten fallen auf 50 Prozent des Ausgangswerts.
- (3) Um den Absatz angesichts der gesteigerten Produktion zu sichern, senkt B den Preis von 100,- auf 80,- pro Stück, gleichzeitig werden die Löhne um 20 Prozent erhöht. Da Betrieb A in direkter Konkurrenz zu B steht, muss auch hier der Preis gesenkt werden, dies kann aber nur durch eine Intensivierung der Arbeit und somit eine de facto Lohnsenkung erreicht werden. In Betrieb A wird jetzt *für weniger Geld mehr gearbeitet* als bei B!
- (4) Nach weiteren 10 Jahren investiert B nochmals akkumuliertes Kapital in die Mechanisierung der Produktion.
- (5) Wiederum kann bei B gleichzeitig der Preis gesenkt und die Löhne erhöht werden. A muss bei den Preisen erneut mitziehen, so dass schließlich bei A 66 Prozent

mehr gearbeitet wird für einen Lohn, der nur noch 55 Prozent des bei B gezahlten Entgelts beträgt. Bei der nächsten Rationalisierungswelle wird A schließlich keine weiteren Preissenkungen vornehmen können und sich vom Markt zurückziehen müssen. Die in diesem Betrieb Beschäftigten werden arbeitslos und müssen sich eine andere Beschäftigung suchen.

Betrieb A - arbeitsintensive Produktion									
Jahr	Arbeitstage	Produktion	Arbeitskosten	Anlagevermögen	Kapitalkosten	Stückkosten	Preis	Erlös	Gewinn
1	200	200	20.000,-			100,-	100,-	20.000,-	
10	200	200	20.000,-			100,-	100,-	20.000,-	
11	③	250	20.000,-			80,-	③	20.000,-	
20	250	250	20.000,-			80,-	80,-	20.000,-	
21	⑤	333	20.000,-			60,-	⑤	20.000,-	

Betrieb B - kapitalintensive Produktion									
Jahr	Arbeitstage	Produktion	Arbeitskosten	Anlagevermögen	Kapitalkosten	Stückkosten	Preis	Erlös	Gewinn
1	200	400	20.000,-	①	100.000,-	75,-	100,-	40.000,-	10.000,-
10	200	800	20.000,-	②	200.000,-	50,-	100,-	80.000,-	40.000,-
11	200	800	24.000,-	③	200.000,-	55,-	③	64.000,-	20.000,-
20	200	1600	24.000,-	④	400.000,-	40,-	80,-	128.000,-	64.000,-
21	200	1600	36.000,-	⑤	400.000,-	48,-	⑤	96.000,-	20.000,-

Tab. 3: Konsequenzen der Mechanisierung

Die Modellrechnung illustriert zunächst die Situation, in welcher sich Handwerker- und Heimarbeiter-Familien in der Epoche der Industrialisierung befanden. Gleichzeitig wird deutlich, welches Potential produktive Investitionen in arbeitssparende Maschinen freisetzen: Nicht nur die Gewinne der Unternehmen steigen, auch die Preise sinken, während sich das Volumen der Produktion gleichzeitig potentiell vervielfacht. Damit

dieses Potential aber tatsächlich realisiert werden kann, muss aber auch eine entsprechende Nachfrage vorhanden sein, d.h. die Menschen müssen über das nötige Geld verfügen, die Produkte zu kaufen. Es sollte unmittelbar einsichtig sein, dass selbst bei sinkenden Preisen der Markt recht schnell "gesättigt" ist, wenn keine korrespondierende Kaufkraft besteht. Das Anwachsen des Wohlstands immer weiterer Kreise der Bevölkerung ist tatsächlich eine der zentralen Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum. Nur die immense Ausweitung der Güterproduktion führte und führt dazu, dass der Anstieg der Produktivität nicht zu massenhafter Arbeitslosigkeit führte – und die ökonomische und soziale Umwälzung letztlich nicht (wie Karl Marx prophezeit hatte) zu einem Umsturz der bestehenden Ordnung. Tatsächlich wurden immer neue Produkte entwickelt, und neue Branchen entstanden, in denen die Menschen Beschäftigung fanden. Metallverarbeitende Betriebe stellten nicht länger lediglich Messer und Gabeln her, sondern Fahrräder, Nähmaschinen und schließlich Automobile; andere Unternehmen begannen im Zuge der Elektrifizierung Waschmaschinen, Kühlschränke und Staubsauger zu produzieren, und schließlich auch Rundfunk- und Fernsehgeräte. Auch wenn die Herstellung all dieser Produkte ebenfalls sukzessive rationalisiert und automatisiert wurde (die ersten Automobile waren mehr oder weniger handwerklich hergestellte Einzelstücke) stieg doch das Volumen der industriellen Produktion insgesamt derart an, dass der bei weitem größte Teil der Bevölkerung sich in "Lohn und Brot" befand und sich eines wachsenden Wohlstands erfreute. – Ich komme im übernächsten Kapitel auf die expansive Dynamik der Industriegesellschaft und den damit einhergehenden "Zwang zum Wachstum zurück", will aber zunächst den im 19. Jahrhundert einsetzenden Strukturwandel in Ökonomie und Gesellschaft weiter thematisieren.

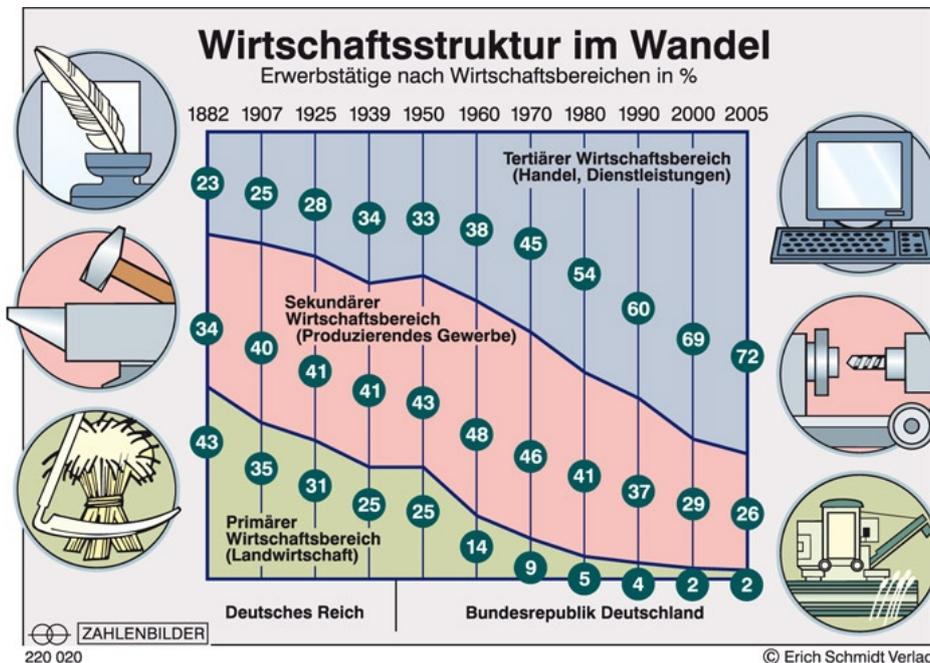


Abb. 6: Beschäftigte nach Sektoren (Quelle: www.bpb.de/izpb/8588/schoene-neue-arbeitswelt-der-zukunft-der-arbeit)

Die Industrialisierung betraf nicht nur den gewerblichen Bereich, sondern auch die Landwirtschaft, wo die Mechanisierung der Produktion mittels neuer Landmaschinen sowie der Einsatz von mineralischem Dünger (zunächst Guano und Phosphate, ab dem 20. Jahrhundert dann Kunstdünger) die Erträge pro Hektar und pro Kopf dramatisch anstiegen ließ. Die auf dem Land nicht mehr benötigten Menschen zogen in die entstehenden industriellen Zentren, wo sie nicht nur in den Fabriken Arbeit fanden, sondern vor allem auch im sich ausbreitenden Dienstleistungssektor. Wie Abbildung 6 zeigt, wuchs der Bereich von Handel und Dienstleistungen tatsächlich stärker an als der gewerbliche, was durchaus einsichtig ist, wenn man in Rechnung stellt, dass aufgrund der ständig fortschreitenden Mechanisierung im produzierenden Gewerbe wiederum permanent Arbeitskräfte "freigesetzt" wurden und der Bedarf der Industrie an Arbeitskräften mithin begrenzt war. Der sog. "tertiäre Sektor" umfasste (und umfasst) so heterogene Bereiche wie Handel (Verkäuferinnen und Verkäufer), Verkehr (Kutscher, Eisenbahner, Kraftfahrer), Post und Telegraphie, sowie das im 19. Jahrhundert noch zahlreiche Hauspersonal. Insbesondere wuchs die Zahl der in unterschiedlichen Bereichen der Verwaltung tätigen Personen an, die "Angestellten" machten einen immer größeren Teil der Beschäftigten aus – die Unterscheidung zwischen ihnen und den Arbeitern hatte lange Zeit eine hohe soziale Signifikanz. Da ich auf den Dienstleistungssektor weiter unten noch näher eingehe, werde ich an dieser Stelle aber zunächst den Fokus weiterhin auf die Industrialisierung der Güterproduktion legen.

Ausgangspunkt der tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, von denen in den vergangenen 200 Jahren die allermeisten Menschen in Europa betroffen waren, ist wie bereits erwähnt die umfassende Durchsetzung der "kapitalistischen" Produktionsweise – ein vielschichtiges Phänomen, welches durchaus einer dezidierten Aufschlüsselung bedarf: Grob gesprochen ist ein "Kapitalist" zunächst ein Unternehmer, der eine andere Person beschäftigt, und von dessen Arbeit dahingehend profitiert, dass die Verkaufserlöse der hergestellten Produkte die Lohn- und Materialkosten übersteigen. Das ist zwar eine notwendige Bedingung, reicht als Definition aber nicht aus. Den "Kapitalisten" zeichnet vor allem aus, dass er den erzielten Profit nicht für seinen eigenen Luxuskonsum verschwendet, d.h. unproduktiv verausgabt, sondern im Gegenteil einen großen Teil des Gewinns in die Ausweitung und/oder Intensivierung der Produktion investiert – sein Reichtum wächst in dem Maße, wie dergestalt seine Gewinne im Unternehmen verbleiben, also dort "akkumuliert" werden. Der Begriff "Kapitalismus" wird allerdings in der Regel nicht allein auf dieses Verhaltensmuster bezogen, sondern bezeichnet einen sozio-ökonomischen "Komplex", der aus einer Reihe von miteinander verbundenen Elementen besteht.³³

- (a) In ökonomischer Hinsicht meint "Kapitalismus" zunächst den gerade skizzierten Zusammenhang von Industrialisierung und Kapitalakkumulation. Die Errichtung von Fabriken und die Herstellung der dort eingesetzten Maschinen erfordert erhebliche finanzielle Mittel, deshalb wuchs und wächst das in den Unternehmen gebundene Kapital im Zuge der fortschreitenden Ausweitung und Mechanisierung der Produktion notwendig an. Diese Maschinen haben aber eine begrenzte Lebensdauer, und müssen regelmäßig ersetzt werden; die hieraus (und aus dem Energiebedarf der Maschinen) resultierenden Kosten können schließlich die Arbeitskosten eines Unternehmens deutlich übersteigen.

³³ Ob diese Verbindung lediglich historischer oder systematischer Natur ist, sei an dieser Stelle einmal dahingestellt, eine ausführliche diesbezügliche Diskussion würde den Rahmen dieser Ausführungen sprengen.

- (b) Durch Investitionen in arbeitssparende Technologien wurde und wird menschliche Arbeitskraft durch Maschinen ersetzt – durchaus auch im reinen Wortsinn: Dampfkraft tritt an Stelle von Muskelkraft. Fabriken wurden (und werden) mit fossilen Energieträgern betrieben, vor allem mit Kohle. Das Sinnbild der Industrialisierung sind tatsächlich die rauchenden Fabrikschlote, welche Landschaft und Umwelt ebenso nachhaltig veränderten wie die Eisenbahnlinien, welche gebaut wurden, um die industriellen Zentren mit den benötigten Roh- und Betriebsstoffen zu versorgen und die Erzeugnisse der Fabriken abzutransportieren.
- (c) Die kapitalistische Ökonomie ist zudem notwendig eine "Marktwirtschaft", Fabriken produzieren für anonyme Kunden, die ihre Produkte an weit entfernten Orten erwerben. Bei der "handwerklichen" Produktion sind hingegen Produzent und Konsument (zumindest idealerweise) persönlich bekannt, sie stehen in einer sozialen Beziehung, welche nicht auf die ökonomische Transaktion beschränkt ist. Ein derartiges Band besteht hingegen bei der industriellen Fertigung nicht, schon gar nicht, was die Arbeiterschaft betrifft. Man kann diesbezüglich durchaus eine soziale Entkopplung von Produzenten und Konsumenten konstatieren, eine Art gesellschaftliche "Entfremdung".³⁴ Jedenfalls decken wir heutzutage nahezu alle materiellen Bedürfnisse auf dem "Markt", d.h. wir erwerben Produkte, welche von Menschen hergestellt wurden, die uns vollkommen unbekannt sind.³⁵
- (d) In gesellschaftlicher Hinsicht meint "Kapitalismus", dass die Produktionsmittel (Maschinen, Werkzeuge, Fabrikgebäude) Privateigentum der Kapitalisten sind. Lohnarbeiter haben und hatten daran keinen Anteil, sie verkaufen ihre Arbeitskraft als Ware auf dem Arbeitsmarkt (und schließen in diesem Zusammenhang einen Arbeitsvertrag mit dem Unternehmen ab).
- (e) In politischer respektive moralischer Hinsicht bedeutet "Kapitalismus" schließlich Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterschaft. Obwohl den "Kapitalisten" in zivilrechtlicher Hinsicht formal gleichgestellt, war die Arbeiterschaft dennoch lange von der politischen Macht ausgeschlossen, d.h. sie verfügte zum Beispiel weder über das Wahlrecht, noch über Koalitionsfreiheit (d.h. das Recht, Gewerkschaften zu gründen und kollektive Arbeitsverträge auszuhandeln bzw. zu streiken). Ihre politische Dominanz befähigte die Kapitalisten somit, die Löhne niedrig zu halten.

Allerdings war im industriellen Zeitalter die politische Unterordnung der Arbeitenden unter ihre "Arbeitgeber" kein Novum, und die "freie" Lohnarbeit hatte sich wie gesehen zumindest in England bereits vor 1500 als Norm durchgesetzt (vgl. Abbildung 5), weshalb ich an dieser Stelle diese sozio-politische Dimension zunächst nicht weiter thematisieren will. Die mit der Industrialisierung, d.h. der fortschreitenden Rationalisierung bei gleichzeitiger Ausweitung der Produktion einhergehende "Kapitalakkumulation" ist hier zunächst von größerer Relevanz, da dieser Prozess bis heute fortwirkt. Wie bereits angedeutet, wuchs im 19. und 20. Jahrhundert das in den entstehenden Industrien "gebundene" Kapital beständig an – die Maschinen und Anlagen werden immer wertvoller. Im

34 Karl Marx verwendet den Begriff der Entfremdung (wenn ich es richtig verstanden habe) anders, mir scheint er aber hier am passendsten zu sein. Ich beziehe mich hier übrigens nicht auf Marx, weil er das Verständnis der Sachverhalte eher behindert als befördert. Sein sog. "Materialismus" negiert zentrale Aspekte des gesellschaftlichen Lebens, die ebenso real und "material" sind (vgl. Sahlins 1976).

35 Auch vor der einsetzenden Industrialisierung waren Menschen in Märkte involviert, man kann aber Karl Polanyi zufolge erst dann von Marktwirtschaft sprechen, wenn erstens (fast) ausschließlich für den Markt produziert wird, alle Menschen zweitens auch ihre elementarsten Grundbedürfnisse (Nahrung, Behausung) auf dem Markt decken müssen, drittens Arbeitskraft und Grund und Boden käufliche Waren sind, und viertens der Austausch durch Geld als universelles Äquivalent vermittelt wird (Polanyi 1947: 137).

Gegenzug stieg aber auch deren Kapitalbedarf, die Anpassung der bestehenden Fabriken an neue technische Verfahren erforderte schließlich ebenso wie der Aufbau neuer Produktionsstätten allzu oft Mittel, über welche eine einzelne Person oder Fabrikantenfamilie nicht verfügte. Um das benötigte Kapital zu beschaffen, mussten dann entweder Darlehen bei Banken aufgenommen werden, oder aber das Unternehmen in eine sog. "Kapitalgesellschaft", in der Regel eine Aktiengesellschaft, umgewandelt werden. Heutzutage firmieren nahezu alle großen Unternehmen als Aktiengesellschaften, das war aber selbst um 1900 Jahrhundert noch längst nicht der Fall.

Die ersten Aktiengesellschaften waren bereits zu Beginn des 17. Jahrhundert errichtet worden – eine davon in Amsterdam zu dem Zweck, den Portugiesen das Monopol im Überseehandel mit asiatischen Gewürzen und chinesischer Seide zu entreißen. Da es sich um ein militärisches Unterfangen handelte, welches den Bau von Flotten und die Errichtung von Festungen erforderte, überstieg der Kapitalbedarf bei weitem das, was eine Gruppe von Kaufleuten hätte aufbringen können. Es bedurfte einer wesentlich breiteren Basis, und mithin eines neuen Modells der "Kapitalgesellschaft". Über 1.800 Investoren brachten schließlich das Gründungskapital der im März 1602 errichteten *Vereenigde Oost-Indische Compagnie* (V.O.C.) in Höhe von 6.424.588 Gulden auf. Bei den Anteilseignern wurde unterschieden zwischen Großanlegern, den sog. *bewindhebbbers* (dt. "Befehlshaber") und den *participanten* ("Teilhabern"). Die zunächst 76, später 60 *bewindhebbbers* bestimmten die Geschicke des Unternehmens, das für die *participanten* eine profitable Anlagemöglichkeit bot. Menschen aus dem ganzen Land kauften Anteilsscheine der Gesellschaft, in Amsterdam allein waren es 1.143 Personen, von denen 80 über 10.000 und 445 weniger als 1.000 Gulden investierten. Die V.O.C. war schließlich mit einem Kapital von 6,45 Millionen Gulden ausgestattet, was sie zur bei weitem größten wirtschaftlichen Unternehmung ihrer Zeit machte – die 1600 gegründete englische *East India Company* verfügte über umgerechnet lediglich 820.000 Gulden Kapital, welches von 219 Personen aufgebracht worden war (de Vries/van der Woude 1995: 385).

Die Rechtsform der Aktiengesellschaft blieb aber bis ins 19. Jahrhundert die absolute Ausnahme, sie war auf Unternehmungen beschränkt, welche ein exorbitant hohes Kapitalvolumen benötigten – in der Regel handelte es sich um koloniale Abenteuer. Dies betraf nicht nur den gewerblichen Bereich, sondern auch das Kreditwesen. Bis 1826 war die 1694 gegründete *Bank of England* das einzige auf Aktienbasis konstituierte Kreditinstitut; das Kapital aller anderen Banken war auf die Summe beschränkt, welche eine Partnerschaft von maximal sechs Personen aufbringen konnte. Das änderte sich erst mit dem einsetzenden Eisenbahnbau; im genannten Jahr wurde die Beschränkung der Zahl der Gesellschafter aufgehoben, und sehr schnell hatte sich eine Reihe weiterer Banken als Aktiengesellschaft konstituiert (allerdings weiterhin mit persönlicher Haftung der Anteilseigner). Die neuen Institute waren kapitalkräftig genug, um die nach damaligen Verhältnissen beispiellosen Investitionen in Schienennetz, Infrastruktur, Lokomotiven und Waggons zu finanzieren, was eine einzelne Person oder eine Partnerschaft nicht vermocht hätte. Die Eisenbahngesellschaften selbst bedurften für ihre Gründung zwar weiterhin eines formellen Parlamentsbeschlusses; der vor allem die Genehmigung der Streckenführung beinhaltete. Im Unterschied zu den Banken, bei denen die Anteilseigner nach wie mit ihrem Privatvermögen vor für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft hafteten, waren sie aber "echte" Aktiengesellschaften mit beschränkter Haftung (vgl. Wolmar 2007: 60f. und Mokyr 2009: 222).

Heutzutage firmieren die meisten Großunternehmen als Aktiengesellschaften, was hier durchaus von soziologischer Relevanz ist, da sich damit die Beziehung zwischen "Arbeit" und "Kapital" verändert. Der Unterschied zwischen Unternehmer und Investor verdeutlicht das recht gut: Die frühen Industriellen hatten in der Regel das von ihnen geführte Unternehmen selbst aufgebaut (zum Teil auf Grundlage eigener Erfindungen, wie Alfred Krupp, Werner von Siemens oder Carl Benz). Ihren Arbeitern gegenüber mochten sie als strenge Patriarchen auftreten, aber auch wenn sie jegliche "Gleichmacherei" verabscheuten und die Gewerkschaften bekämpften, bestand zwischen ihnen und den Arbeiterinnen und Arbeitern nichtsdestotrotz eine soziale Beziehung, die sich in einer Art patriarchaler Verantwortungsethik manifestierte – die Arbeiter waren selbstverständlich nicht gleichberechtigt, aber man war für deren Wohlergehen verantwortlich. Ich kann und will hier nicht auf die Details eingehen, sondern nur hervorheben, dass in den inhabergeführten Unternehmen die Arbeiterinnen und Arbeiter zwar "ausgebeutet", aber gleichzeitig auch als Subjekte wahrgenommen wurden.

Im Fall des anonymen Anteilseigners bzw. der Anteilseignerin einer Kapitalgesellschaft ist dies in der Regel nicht der Fall. Zumindest idealtypisch stehen Investoren in keiner sozialen Beziehung zu den Objekten ihres Investments – wozu auch die im Unternehmen arbeitenden Menschen gehören. In aller Regel sind sie primär an der Maximierung ihrer Renditen interessiert, und nicht an den sozialen Konsequenzen, welche das Streben nach Kapitalerträgen hat. Für Investoren spielt keine Rolle, wo sie ihr Geld anlegen, ihr Handeln orientiert sich zumindest idealtypisch allein an der Relation von Risiko und Rendite. Ob das Vermögen verwendet wird, um eine neue Fabrik zu finanzieren, oder an der Terminbörse zu spekulieren, ist somit letztlich gleichgültig. Ich kann hier nicht näher auf die Konsequenzen eingehen, welche diese "soziale Entkopplung" von Kapital und Arbeit hat, sondern wollte lediglich darauf hinweisen, dass diesbezüglich in den vergangenen 100 Jahren ein durchaus signifikanter Wandel stattgefunden hat. In jedem Fall dürften heutzutage die meisten Investitionen mehr oder weniger spekulativer Art sein.

Interessanterweise ist die Geschichte der Aktiengesellschaften auch eine Geschichte der Spekulation. So waren die Niederlande der Ort der ersten großen "Spekulationsblase", der sogenannten "Tulpenmanie". Im Sommer 1636 breitete sich der Handel mit Tulpenzwiebeln in Amsterdam aus, eine einzelne Zwiebel wurde für 5.500 Gulden verkauft. In den ersten Monaten des folgenden Jahres erreichte die Manie ihren Höhepunkt »als Hunderte von gewöhnlichen Bürgern sich in Tavernen trafen, um Tulpenzwiebeln zu kaufen und zu verkaufen, die sie weder haben wollten noch liefern konnten. Sie schlossen Wetten auf den zukünftigen Preis der Zwiebeln ab«. Dieser *windhandel*, wie Termingeschäfte bald genannt wurden, kollabierte schließlich in der zweiten Februarwoche 1637 aus unbekannter Ursache, und die vor Gericht nicht einklagbaren Kontrakte blieben ebenso unerfüllt wie die Hoffnungen auf schnellen Reichtum (de Vries / van der Woude 1995: 150f.).

Die Spekulation mit Aktien hatte hingegen ihren Ursprung in England. Die *South Seas Company* war 1711 während des Spanischen Erbfolgekriegs gegründet worden. Sie sollte die Staatsschulden übernehmen, welche aus der Führung jenes Krieges resultierten, und im Gegenzug (zusätzlich zu einer relativ niedrigen Basisverzinsung von 6 Prozent) das Privileg erhalten, den Handel Englands mit Spanisch-Amerika sowie die Versorgung der spanischen Kolonien mit Sklaven exklusiv zu betreiben; insbesondere das zweite Vorrecht das sog. *Asiento*, schien erhebliche Profite zu versprechen. Bis 1713 konnten Inhaber von kurzfristigen Schuldverschreibungen des Staates im Wert von etwa

£10 Millionen überzeugt werden, diese Papiere gegen Anteilsscheine der South Sea Company einzutauschen – was für die Regierung vor allem den großen Vorzug hatte, dass rückzahlbare Kredite in dauerhafte Kapitalanlagen verwandelt wurden. Obwohl die im 1713 geschlossenen Frieden von Utrecht getroffenen Vereinbarungen mit Spanien längst nicht so vorteilhaft waren wie erwartet (es durfte nur ein Schiff pro Jahr, das sog. *Navio de Permiso* die Häfen Spanisch-Amerikas anlaufen) und die Geschäftstätigkeit der South Seas Company nur sehr schleppend anließ, übernahm die Gesellschaft in den Jahren bis 1720 einen immer größeren Anteil der Staatsschulden zu für die "öffentliche Hand" noch günstigeren Konditionen (die Zinszahlungen des Staates wurden auf 5 Prozent und ab 1727 lediglich 4 Prozent des Nennwerts der Aktien festgesetzt). Zunächst sah es so aus, als würden auf diese Weise alle profitieren: Die Regierung musste die für die Kriegführung aufgenommenen Gelder nicht zurückzahlen, da diese in Anteile der South Seas Company transformiert waren, und sie profitierte von den angesichts der hohen Staatsverschuldung durchaus moderaten Zinszahlungen, die sie an die Company leistete – wobei die Regierung darauf baute, diese mittelfristig durch Zolleinnahmen aus dem Amerikahandel gegenfinanzieren zu können.

Die Inhaber der Schuldverschreibungen erhofften sich hingegen sagenhafte Gewinne aus dem Handel mit Spanisch-Amerika, die ihnen Renditen bescherten, welche weit über die relativ bescheidenen Erträge der Anleihen hinausreichten. Diese Gewinnerwartungen führten in Verbindung mit zunächst weit überhöhten Dividendenausschüttungen dazu, dass jene Spekulationsblase entstand, die im Nachhinein als *South-Sea Bubble* bekannt wurde. Der Kurs der Aktien mit £100 Nennwert stieg von £128 im Januar 1720 auf £175 im Februar, £330 im März und £550 Ende Mai; Anfang Juni wurde das Papier mit £750 gehandelt und am 24.6.1720 schließlich kostete eine einzige Aktie der South Sea Company £1.050. Bis Ende Juli hielt sich das Papier bei £950 bis £1.000, dann stürzte es rasant ab: Ende September war es nur noch £300, und am Jahresende £200 wert.

Nicht nur die Gesellschaft selbst heizte die Kursexplosion an – Zahlungen an die Anteilseigner wurden von der South Seas Company wie bei einem Schneeballsystem durch den Verkauf neuer Anteilsscheine zum Marktwert finanziert –, sondern auch die Gesetzgebung trug ihren Teil bei. Der sog. *Bubble Act*, der die Gründung von Aktiengesellschaften von der Erteilung eines königlichen Freibriefs abhängig machte, wurde nicht etwa zum Zweck der (künftigen) Eindämmung von Spekulationsblasen erlassen, sondern vielmehr um die Spekulation zu kanalisieren; die Verabschiedung des Gesetzes datiert zwei Monate vor dem Kurssturz und befeuerte die Nachfrage nach Aktien der South Seas Company noch weiter (Harris 1994: 613).

Zudem scheint die Spekulation eine Eigendynamik entwickelt zu haben, Peter Temin und Hans-Joachim Voth zufolge war vielen Zeitgenossen sehr wohl bewußt, dass der Preis der Anteilsscheine der *South Seas Company* weit über dem lag, was selbst bei den optimistischsten Renditeerwartungen zu rechtfertigen gewesen wäre – wenn es sich um eine langfristige Investition gehandelt hätte. Aber offenbar kauften zumindest viele die unter diesem Blickwinkel bereits deutlich überteuerten Aktien, weil sie auf weiter steigende Kurse spekulierten, und die Papiere später mit Gewinn wieder abstoßen wollten. So instruierte z.B. eine Investorin ihren Börsenmakler, so viele Anteilsscheine wie möglich zu kaufen, um sie in der folgenden Woche wieder zu veräußern; dem Erzbischof von Dublin zufolge hofften zu diesem Zeitpunkt die meisten Anteilseigner, ihre Aktien abzustoßen, bevor der Preis wieder fiel (Temin und Voth 2004: 1664f.). Das gelang etlichen nicht. Aber während viele Investoren, unter ihnen Sir Isaak Newton große Sum-

men verloren, verdienten andere in erheblichem Umfang an dem Spekulationswahn, so hatte das Bankhaus Hoare's ein gutes Gespür für die Kursentwicklung, und war schließlich um £28.000 reicher – im frühen 18. Jahrhundert ein veritables Vermögen (Ibid.: 1654).

Letztlich handelte es sich bei der "Südseeblase" um eine Nullsummenspiel; der Gewinn des einen war der Verlust des anderen. Das Beispiel sollte vor allem illustrieren, dass mit der Aktiengesellschaft historisch auch der "Casino-Kapitalismus" der Wertpapierbörsen auf der Bildfläche erscheint.³⁶ Die Geschichte der *South Seas Company* liefert aber einen guten Übergang zur Thematisierung des europäischen Kolonialismus und der sich ab Mitte des 18. Jahrhundert vertiefenden globale Ungleichheit. Wie aus den vorstehenden Erläuterungen bereits deutlich wurden, gewannen in der frühen Neuzeit die "überseeischen" Gebiete in Afrika, Amerika und Asien zunehmend an ökonomischer Bedeutung für Europa – hier waren weit größere Profite zu erzielen als in der Heimat. Während es um 1900 ebenso wie 1700 in England arme und reiche Menschen gab, entstand in dieser Epoche erst jene strukturelle Ungleichheit, welche die heutige Weltwirtschaft kennzeichnet: die Welt zerfiel in reiche Nationen, die primär Fertigerzeugnisse exportieren, und arme Länder, die den industriellen Zentren die benötigten Rohstoffe liefern.

³⁶ Der Unterschied zwischen produktiven und letztlich unproduktiven Geldanlagen wird uns weiter unten noch näher beschäftigen, ein Unternehmen, welches sich primär im Sklavenhandel engagierte wäre ein denkbar schlechtes Beispiel, das zu diskutieren.

Weltwirtschaft und "internationale Arbeitsteilung"

Soziale Ungleichheit existiert nicht nur innerhalb einer Gesellschaft, sondern auch zwischen Gesellschaften. Die heutzutage im globalen Maßstab höchst unterschiedliche Verteilung des Reichtums ist ebenfalls nicht naturgegeben, sondern durchaus erklärungsbedürftig. Zumindest was Europa, Nordafrika, den Mittleren Osten, sowie Indien, Indonesien und China betrifft, dürften sich die Lebensumstände der Menschen am Vorabend der großen Pestepidemie nur sehr geringfügig unterschieden haben. Die überwältigende Mehrheit rang dem Boden unter mehr oder weniger drückenden Verhältnissen einen nach heutigen Maßstäben mageren Ertrag ab. Die quasi totale politische und ökonomische globale Dominanz Europas (und Nordamerikas) zeichnete sich auch dann nicht einmal im Ansatz ab, als die ersten portugiesischen Entdecker in See stachen, um in den Jahrzehnten nach 1420 die afrikanische Küste auf der Suche nach einer Route zu den Häfen des Indischen Ozeans zu erkunden.

Ich will im Folgenden kurz die Geschichte der europäischen Expansion nach "Übersee" rekonstruieren, und im Anschluss daran diskutieren, warum die Verhältnisse in Europa sich derart anders entwickelten als in Afrika und Lateinamerika, Indien und China.

Entdecker und Eroberer

Der große schottische Moralphilosoph und Ökonom Adam Smith erklärte rückblickend die Entdeckung Amerikas und der Route nach dem Fernen Osten um das Kap der Guten Hoffnung zu den beiden größten und wichtigsten Ereignissen in der Geschichte der Menschheit (1776: 452); als am 20. Mai 1498 eine von Vasco da Gama befehligte portugiesische Flotte vor der an der südwestindischen Malabarküste gelegenen Stadt Kalikut vor Anker ging, dürften die Bewohner der Stadt die welthistorische Bedeutung dieses Ereignisses allerdings kaum erahnt haben. Für den Augenblick unternahm lediglich ein vergleichsweise armes Land eine wagemutige Expedition, um Pfeffer, Zimt, Muskatnüsse und Gewürznelken unter Ausschaltung der arabischen Zwischenhändler sozusagen an der Quelle zu erwerben.³⁷ Darüber hinaus wollten sie Verbündete für den Kampf gegen den Islam gewinnen; die portugiesischen Könige hatten nur insofern vor eine "neue Weltordnung" zu errichten, als sie danach trachteten, das "Heilige Land" zurück zu erobern – ein Vorhaben, für das sie sehr viel Geld und mächtige Verbündete benötigten.

Allerdings mussten die Portugiesen schnell feststellen, dass sie über keine Waren verfügten, die im Raum des indischen Ozean nachgefragt wurden; die groben europäischen Wollstoffe z.B. waren den feinen Baumwolltuchen des Ostens weit unterlegen. Um an die begehrten Gewürze zu gelangen, benötigten sie Geld, und genau daran mangelte es ihnen. Es gab allerdings genau einen Bereich, in dem "der Westen" den Ländern "des Ostens" überlegen war: Ihre Schiffe waren mit Kanonen ausgestattet, und die portugiesischen Befehlshaber in Ermangelung von Alternativen gewillt, diese auch einzusetzen und ihren einzigen Trumpf in klingende Münze zu verwandeln. In den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhundert errichteten die Portugiesen eine Reihe von befestigten Stützpunkten an strategisch wichtigen Punkten (von Hormuz am Persischen Golf bis Malakka an der gleichnamigen Meerenge) und vermochten, einen großen Teil des maritimen Handels im indischen Ozean zu kontrollieren. Das Vizekönigreich Indien, der

³⁷ Die Händler aus Genua und Venedig, welche zu diesem Zeitpunkt Europa mit den begehrten Gewürzen versorgten, mussten diese in Ägypten oder an der Levante-Küste einkaufen.

Estado da Índia, war trotz des hochtrabenden Namens primär ein Projekt, welches auf Schutzgelderpressung und Piraterie gründete; wer keinen von einem portugiesischen Gouverneur ausgestellten Schutzbrief besaß, lief Gefahr, dass sein Schiff aufgebracht und geplündert wurde. Da aber auch diese Einnahmen nicht ausreichten, um die Gewürzexporte nach Europa zu finanzieren, engagierte der *Estado* sich zunehmend im regionalen Handel, insbesondere der Transport von chinesischen Seidenstoffen nach Japan erwies sich als lukrativ, ebenso wie der Verkauf von Baumwolltuch in Ostafrika. Der innerasiatische Handel war schließlich insgesamt weit umfangreicher als der mit seiner Hilfe finanzierte Gewürzhandel mit Europa.

Die Fähigkeit der Portugiesen, ihr östliches "Imperium" zu konsolidieren und danach ein Jahrhundert lang zu behaupten, lag nach Einschätzung K.N. Chaudhuri (1985: 157) letztlich weniger an der technologischen Überlegenheit der Europäer, sondern resultierte vielmehr daraus, dass die lokalen Herrscher und Kaufleute kein Interesse an einer erbitterten militärischen Auseinandersetzung hatten, zumal die Warenströme nach den Verwerfungen zu Beginn des 16. Jahrhunderts schnell wieder flossen. Letztlich erschien demnach den einheimischen Händlern und Fürsten die Zahlung der Schutzzölle im Vergleich zu einem anhaltenden Handelskrieg als kleineres Übel. Ebenso wenig, wie das portugiesische Kernland durch die Landmächte des Nahen und Mittleren Osten angegriffen werden konnte, stellten die Portugiesen eine substantielle Bedrohung für irgendeine dieser Territorialmächte dar. Die Präsenz portugiesischer Schiffe war angesichts der Ausdehnung der Ozeane und vor allem der asiatischen Landmassen letztlich marginal – und der *Estado da Índia* wenig mehr als eine vorübergehende, periphere Erscheinung in der langen und komplizierten Geschichte des indischen Subkontinents. So bedeutsam die maritimen Unternehmungen für das kleine Land im Westen der Iberischen Halbinsel auch gewesen sein mochten; im Indischen Ozean und im Südchinesischen Meer führten die Portugiesen eine eher randständige Existenz. Sie nahmen zwar hinsichtlich ihrer Attitüde die von Europa und Nordamerika dominierte Weltordnung des 19. und 20. Jahrhundert vorweg, agierten aber weder als Kolonialmacht noch waren sie Wegbereiter einer "internationalen Arbeitsteilung". Mit Ausnahme der wenigen Bauern und Händler, die ihren Lebensunterhalt zumindest zum größten Teil mit dem Anbau und Transport der Gewürze bestritten, war niemand vom Überseehandel abhängig – dieser war nach wie vor auf wenige hochwertige Güter beschränkt.

Als die portugiesischen Seefahrer nach jahrzehntelangen Bemühungen endlich das Kap der Guten Hoffnung umrundet hatten, waren spanische Schiffe bereits in der Karibik vor Anker gegangen. Bekanntermaßen suchte auch Christoph Columbus einen Seeroute nach Asien als er nach Westen segelte, er hatte den Umfang des Globus drastisch unterschätzt und ahnte nichts von der Existenz der "neuen Welt", die er entdeckte. Die Motive der Spanier ähnelten weitgehend denen der Portugiesen, auch sie verfolgten Kreuzzugsphantasien, und es mangelte ihnen an dem nötigen Geld. In Amerika gab es allerdings weder Pfeffer, noch Gewürznelken und Muskatnüsse, und schon gar keine Seide oder Porzellan. Später sollten Tabak und Kakao zu Säulen der globalen Konsumkultur werden, und Kartoffeln wie Tomaten irreduzible Elemente der spanischen Küche – für den Augenblick aber hatte der Kontinent scheinbar nur eine Sache zu bieten, welche die Mühen der Atlantiküberquerung tatsächlich lohnte: Gold. In den auf die Entdeckung folgenden Jahrzehnten durchquerten Gruppen von Desperados auf der Jagd nach dem Edelmetall den Kontinent. Einige von ihnen waren vom Schicksal begünstigt, sie unterwarfen die Reiche der Azteken und Inka, gingen (wenngleich nicht unbedingt als strahlende Helden) in die Geschichte ein und kehrten mit sagenhaften Reichtümern beladen

heim. Viele andere verschwanden hingegen spurlos auf ihrer Suche nach Schimären wie "El-Dorado", den "Sieben Städten von Cibola" oder dem "Jungbrunnen" in den Urwäldern, Gebirgen und Wüsten des Kontinents.³⁸

Die Eroberung und Erschließung Amerikas durch die Spanier ging insgesamt nur sehr zögerlich vonstatten, es war kein systematisch von der Krone betriebener Prozeß, sondern Resultat einer Reihe von Beutezügen. Die Krone stattete Abenteurer mit militärischen Kommandos (*adelantamientos*) aus und belohnte sie mit Grundherrschaften (*repartimientos*). Für lange Zeit nach Kolumbus Landung war denn auch der Einfluß der Spanier in der "Neuen Welt" kaum wahrnehmbar. »Beinahe 30 Jahre ... sollten vergehen, bevor eine substantielle spanische Präsenz auf dem Festland etabliert war. Amerika blieb eine halb vergessene Realität, die die Pioniere enttäuschte, weil [der Kontinent] weder sofortigen Reichtum noch einen Weg zu den Gewürzinseln bot« (Kamen 2003: 82). Noch einmal 30 Jahr später behauptete hingegen López de Gómara, ein offizieller Historiker, die Entdeckung Westindiens sei "das bedeutendste Ereignis seit Erschaffung der Welt" gewesen (nach *ibid.*). Zu diesem Zeitpunkt waren die Reiche der Inka und Azteken in den Staub gesunken, und die Silberminen Mexikos und Perus hatten begonnen, nach damaligen Verhältnissen ungeheure Mengen des begehrten Edelmetalls zu liefern.

dass die Entdeckung Amerikas so etwas wie den Beginn einer "Weltwirtschaft" markiert, liegt vor allem am amerikanischen Silber. Der wichtigste Exportartikel Spanisch-Amerikas war für Jahrhunderte das Edelmetall aus den Minen in Mexiko und Peru, dessen Abbau und Verschiffung die spanische Kolonialökonomie ab Mitte des 16. Jahrhundert dominierte. Die Erträge der Bergwerke blieben zunächst gering, bis ab den 1570er Jahren das Quecksilber-Amalgam-Verfahren zum Einsatz kam. Die Ausbeute der Minen in Potosí (im heutigen Bolivien) stieg daraufhin zwischen 1572 und 1585 um das Siebenfache; 1650 lebten in der auf 4.000 m Höhe im unwirtlichen Altiplano am Fuß des Cerro Rico, des sagenhaften Silberbergs, gelegenen Siedlung fast 160.000 Menschen, damit war Potosí die größte Stadt im spanischen Imperium. Die von indianischen Lohn- und Zwangsarbeitern unter großen Opfern betriebenen Bergwerke in Mittel- und Südamerika lieferten zwischen 1550 und 1800 schätzungsweise 80 Prozent der weltweiten Silberproduktion (*Ibid.*: 285f.). Das Silber ermöglichte den Spaniern, die ebensowenig wie die Portugiesen über Waren verfügten, die sie in Asien hätten verkaufen können, schließlich auch Seide und Porzellan aus China nach Europa zu exportieren – via die Philippinen und Mexiko. Im Jahr 1573 segelten die ersten mit 712 Rollen Seide und 22.300 Stück Porzellan beladenen Schiffe von Manila über den Pazifik nach Acapulco, wo die Seidenballen umgeladen und über Land nach Veracruz an der Karibikküste transportiert wurden, von wo aus sie über Havanna nach Spanien gelangten (*Ibid.*: 205f.). Die letzten dieser Galeonen verließen Manila im Jahr 1815, sechs Jahre vor der Unabhängigkeit Mexicos.

Die Spanier "entwickelten" ihre spanischen Kolonien letztlich nicht, sie plünderten sie aus. Im Unterschied zu den englischen Ansiedlungen in Nordamerika blieb Lateinamerika in feudalen Strukturen und einer unproduktiven, auf die Bedürfnisse Europas ausgerichteten "extraktivistischen" Ökonomie gefangen – Strukturen, die bis heute die wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents hemmen. In Spanien selbst hatte der Edelmetallzufluß ebenfalls keine positiven Rückwirkungen auf die Ökonomie, das Silber wurde in schier endlosen Kriegen buchstäblich "verpulvert" – und wanderte zu ei-

38 In ihrem Gepäck hatten die Abenteurer unter anderem Ritterromane, was einiges über ihre Mentalität aussagt (Thomas 2003: 288f.).

nem nicht unerheblichen Teil in die Taschen der Erzfeinde des Landes, der Niederländer und Engländer.

Entwicklung und "Unterentwicklung"

Um ein kurzes Zwischenfazit zu ziehen: Einerseits begann mit der Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Indien ebenso wie mit der protestantischen "Reformation" die europäische Neuzeit, andererseits wäre es ein Trugschluß, sich das 16. Jahrhundert als allzu "modern" vorzustellen. Insbesondere die Mentalität der Monarchen und "Edlen" war von mittelalterlichen Idealen geprägt, sie wollten keine neue Gesellschaft und Ökonomie erschaffen, sondern sich ewigen Nachruhm sichern. Dies gilt gleichermaßen für Heinrich VIII. von England, der zeitlebens davon träumte, als siegreicher Kriegsherr und edelster aller Ritter in die Geschichte einzugehen. Statt dessen verewigte er sich im kollektiven Gedächtnis als der übergewichtige König mit den sechs Frauen (geschieden, geköpft, gestorben, geschieden, geköpft, überlebt) – und als derjenige, der die englische Kirche reformierte, was wiederum viel mit der Weigerung des Papstes zu tun hatte, der Scheidung von Katharina von Aragon zuzustimmen.

Als Heinrich 1547 starb wies noch nichts darauf hin, dass England 200 Jahre später den Grundstein für die Industrialisierung und (sowohl im Westen als auch im Osten) die moderne "internationale Arbeitsteilung" legen sollte. Die zu Beginn des 17. Jahrhunderts gegründete *East India Company of London* (EIC) versuchte ebenso wie ihr niederländisches Pendant, die bereits erwähnte *Vereenigde Oost-Indische Compagnie* in den Asienhandel einzusteigen, stand aber lange im Schatten ihrer Amsterdamer Widersacher. Während die V.O.C. systematisch die Portugiesen attackierte und sie sowohl von Gewürzinseln vertrieb als auch aus dem Japanhandel drängte, spielte die EIC nur eine untergeordnete Rolle. Der Versuch der Engländer, sich direkten Zugang zu Muskatnüssen (die damals in Europa noch mit Gold aufgewogen wurden) und Gewürznelken zu verschaffen, scheiterte 1623 kläglich. Die EIC stand Mitte des 17. Jahrhundert am Rand des Ruins, vor dem sie nur das persönliche Eingreifen des englischen Lordprotektors Oliver Cromwell bewahrte. Die 1659 erneuerte Gesellschaft richtete ihr Augenmerk nun auf Indien, wo sie in Surat und Madras bereits Niederlassungen besaß, zu denen bald Bombay und Kalkutta hinzukommen sollten. Die Niederlage im Kampf um die Gewürzquellen – die EIC hatte schließlich 1682 mit Bantam auch ihre wichtigste Quelle für Pfeffer an die Niederländer verloren – erwies sich langfristig als Glücksfall für die Briten. Dass die England schließlich die Niederlande als führende Handelsmacht ablöste, lag unter anderem an der begrenzten Nachfrage nach Gewürzen, der Markt für Baumwollstoffe expandierte hingegen dynamisch.

Der Handel mit Pfeffer und feinen Gewürzen, die ursprüngliche Triebkraft der überseeischen Expansion trat zusehends in den Hintergrund; indischer Pfeffer fungierte nicht zuletzt aufgrund sinkender Verkaufspreise im 18. Jahrhundert primär als Ballast der von Indien nach England abgehenden Schiffe (Chaudhuri 1978: 313). Eine regelrechte "Marketingoffensive" der *East India Company* führte schließlich dazu, dass in England im Jahr 1700 die sog. Kaliko-Gesetze erlassen und der das heimische Textilgewerbe vermeintlich schädigende Import von bedruckten Baumwollstoffen verboten wurde. Zudem belasteten die Einfuhren die Handelsbilanz, immer noch verfügten die Europäer über keine heimischen Fertigerzeugnisse, die sie in Indien hätten verkaufen können; die nach dem Osten auslaufenden Schiffe hatten nach wie vor primär Silber geladen (vgl. Ibid.: 216ff.). Nur ein Jahrhundert später hatten sich die Verhältnisse umgekehrt, England exportierte in großem Stil Baumwollstoffe, und die EIC führte Rohbaumwolle aus eben jenen Regionen ein, in denen sie zuvor die bedruckten Tuche bezo-

gen hatte. Während (wie im vorigen Kapitel bereits dargestellt) in England die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung eine in historischen Maßstäben bis dahin einzigartige Dynamik entwickelte, verharrte der indische Subkontinent (ebenso wie China) in Stagnation und wurde zu einer im Vergleich mit Britannien unterentwickelten Region.

Die Frage nach den Ursachen dieser divergenten Entwicklung wird seit Jahrzehnten intensiv diskutiert. Ich will im Folgenden die wichtigsten Argumente nur kurz rekapitulieren, eine ausführlichere Diskussion findet sich in meinem Skript zur Transformation der europäischen Gesellschaften im Zeitalter der Entdeckungen (2018):

1. Mentalität: Für einige Autoren entspringt die Überlegenheit Europas der Tatsache, dass die Menschen im Westen sich in der Summe rationaler verhielten als ihre Zeitgenossen im Osten (und auch als ihre Vorfahren).

(a) *Zweck- versus Wertrationalität:* Max Weber unterschied diesbezüglich zwischen "Zweckrationalität" und "Wertrationalität". Am einfachsten verdeutlicht man sich die Differenz vielleicht an der unterschiedlichen Einstellungen von neuzeitlichen Kapitalisten und mittelalterlichen adligen Grundherren. Während erstere primär ihren Reichtum mehren wollen, und zu diesem Zweck produktiv investieren, ist das Handeln letzterer auf die Mehrung ihres Ruhms ausgerichtet; sie verausgaben ihr Vermögen in Kriegen oder in Akten demonstrativer Großzügigkeit.³⁹ Die Handlungsorientierung der Kaufleute und Proto-Industriellen manifestiert sich hingegen in einer Ethik der Investition und Akkumulation. Ich hatte bereits im vorigen Kapitel ausgeführt, wie bedeutsam produktive Investitionen für die wirtschaftliche Entwicklung waren und sind, von daher wäre es töricht der historischen Gegenüberstellung widersprechen zu wollen.

(b) *Protestantische Ethik:* Ob diese Unterscheidung aber auch die divergente Entwicklung in England und Indien zu erklären vermag ist zwar fraglich (ich komme noch darauf zurück). Für Max Weber stellte die überlegene Handlungsrationale aber ein Alleinstellungsmerkmal Nordwesteuropas dar. Als Keimzelle der "rationalen Lebensführung" identifizierte er eine spezifische "protestantische Ethik", welche die Menschen zur Sparsamkeit, Investition und Akkumulation anhält. Folgt man dieser Argumentation, entspränge die Zweckrationalität einer spezifischen Form von "Wertrationalität", nämlich dem Calvinismus (einer Spielart des Protestantismus). Der Reformator Calvin glaubte an die sog. "Prädestination", ihm zufolge sind alle Seelen von Anbeginn der Schöpfung entweder zur Erlösung oder zu ewiger Verdammnis bestimmt. Es ist unmittelbar einsichtig, dass die Anhänger Calvins darauf erpicht waren zu erfahren, welcher Gruppe sie angehörten; in der Folgezeit setzte sich unter ihnen deshalb die Auffassung durch, wirtschaftlicher Erfolg im Diesseits sei ein Anzeichen für die "Erwähltheit" durch Gott – und da alle sich zu den Auserwählten rechnen wollten, arbeiteten sie rastlos daran, ihren Reichtum zu mehren.⁴⁰ Auf diese Weise erwuchs Weber zufolge der "Geist des Kapitalismus" aus der Religion.

(c) *Literalität:* Unabhängig davon, was man von Webers gerade wiedergegebenem Konstrukt hält, eine wichtige Konsequenz hatte die protestantische "Reformation" in jedem Fall: Indem die Reformatoren die individuelle Lektüre der Heiligen Schrift zum

39 Zwar überschneiden sich die Handlungsorientierungen dahingehend, dass auch die reichen Kaufleute eine Kultur der Repräsentation pflegen, sie verschwenden aber nicht ihr Vermögen in demonstrativen Gesten.

40 Die von Weber unterstellte Kausalbeziehung ist mindestens fragwürdig, die Prädestinationslehre könnte durchaus auch zum Erfolg des Calvinismus im städtischen Bürgertum beigetragen haben. D.h. nicht der Protestantismus brachte den Kapitalismus hervor, sondern das entstehende Bürgertum begünstigte die Ausbreitung der Häresie.

zentralen Element der religiösen Praxis machten (Luther übersetzte nicht zuletzt die Bibel ins Deutsche um dies zu ermöglichen), war für die Gläubigen nachgerade notwendig, lesen zu können. Inwieweit die Zunahme der Literalität in Nordwesteuropa die großen Fortschritte in Technik und Wissenschaft begründete, ist schwer zu sagen; sie dürfte aber mindestens dazu beigetragen haben, denn "Bildung" war nicht länger Privileg einer kleinen Schicht von Klerikern.

(d) *Innovation*: Schließlich ging das wirtschaftliche Wachstum spätestens seit dem 18. Jahrhundert mit einem kontinuierlichen technologischen Fortschritt einher, Joel Mokyr (2009) spricht in diesem Zusammenhang von einer "industriellen Aufklärung". Zwar hatten die Chinesen einst das Papier, den Buchdruck und das Schießpulver erfunden, aber das lag zu diesem Zeitpunkt bereits Jahrhunderte zurück. All jene Erfindungen, die das Substrat der Industriegesellschaft bilden, vom automatischen Webstuhl über Eisenbahn, Dampfmaschine, Rotationspresse, Telefon, Kunstdünger, Kunststoff, Automobil, Flugzeug, Fernseher und Transistor bis hin zum Computer wurden in Europa oder Nordamerika gemacht. Die "Kultur des Kapitalismus" ist auch eine Kultur der wissenschaftlich-technologischen Innovation.

(e) *Konsumverhalten*: Ich hatte weiter oben bereits die Hypothese von Jan de Vries erwähnt, wonach im ausgehenden 17. Jahrhundert ein Präferenzwandel einsetzte, der insbesondere die "einfachen" Schichten der Bevölkerung erfaßte. De Vries bezeichnet diese Entwicklung als *industrious revolution* ("Revolution des Fleißes"). Diese war demzufolge dadurch gekennzeichnet, dass erstens die Menschen gewillt waren, mehr und härter zu arbeiten, um mehr konsumieren zu können; zweitens das Familieneinkommen wuchs, und zwar durch stärkere Einbeziehung von Frauen und Kindern in die produktive Arbeit; drittens man auf dem Markt gegen Geld erworbene Produkte solchen vorzog, die selbst hergestellt wurden; viertens zur Finanzierung des Kaufs dieser Produkte von den Familien im Gegenzug in "Heimarbeit" Waren für den Markt produziert werden mussten (de Vries 1994: 255ff.).

Nicht nur Händler und Fabrikanten, sondern auch Konsumentinnen und Konsumenten trieben folglich die ökonomische Entwicklung voran – ich hatte bereits darauf hingewiesen, dass Wirtschaftswachstum notwendig eines Anstiegs des Konsumniveaus bedarf, bzw. nur möglich ist, wenn eine entsprechende Nachfrage besteht. Allerdings bedürfen Fleiß und Strebsamkeit wiederum bestimmter fördernder Bedingungen, um sich zu entfalten. Insbesondere muss Mehrarbeit sich auch tatsächlich lohnen. Diese Feststellung leitet über zum institutionellen Rahmen wirtschaftlichen Handelns.

2. Institutionen: Diese neue Ethik der Innovation, Investition und Akkumulation konnte wie gerade angedeutet nur in einem ihr zuträglichen politisch-gesellschaftlichen Umfeld zur Entfaltung kommen, die ökonomische Transformation in Europa korrespondierende auch mit einem Wandel bzw. einer Anpassung der Institutionen.

(a) *Rechtssicherheit ("Good Governance")*: Joel Mokyr zufolge war das größte Hindernis, welches historisch das Wirtschaftswachstum begrenzte, die Existenz parasitärer Gruppen oder Klassen, die es vorzogen, auf Kosten anderer zu leben anstatt selbst produktiv tätig zu werden. Die fortwährenden Versuche, sich an der Arbeit anderer zu bereichern – »ob es sich um des Königs oder des Bischofs Steuereintreiber handelte, um Straßenräuber, korrupte Amtsträger, gierige lokale Monopolisten, um Zünfte, welche Mitgliedschaft und Produktion restriktiv kontrollierten, oder um feindliche Invasionsarmeen« – führten demnach immer wieder dazu, dass produktive Aktivitäten unterbunden wurden (Mokyr 2009: 7). Der Schutz der Gewerbetreibenden durch die Errichtung und Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols, die gesetzliche Absicherung von materi-

ellem und geistigem Eigentum (Patentrecht) sowie ausstehenden Forderungen (Gläubigerschutz), und die Abschaffung von Privilegien und Zunftzwängen bildete demzufolge den normativen Rahmen, welcher im frühneuzeitlichen Europa das wirtschaftliche Wachstum begünstigte.

(b) *Transaktionskosten*: Darüber hinaus entstanden Institutionen, welche halfen, die sog. "Transaktionskosten" entscheidend zu senken – der Begriff bezeichnet all jene Aufwendungen, die dem Produktionsprozeß vor- oder nachgelagert sind, also Kosten für die Beschaffung von Informationen über Preise und Verfügbarkeit von Rohstoffen (Informationskosten), Kosten für den Transport und die Vermarktung der erzeugten Waren, sowie diejenigen Kosten die für die Finanzierung der Geschäftstätigkeit und die Abwicklung des Zahlungsverkehrs anfallen. Nicht nur die Gründung von Banken, Aktiengesellschaften und Wertpapierbörsen trieb die wirtschaftliche Entwicklung an, sondern vor allem auch Investitionen in Straßen, Brücken, Kanäle, Häfen und nicht zuletzt Tefegrafenleitungen.

3. Asymmetrische Handelsbeziehungen: Die Armut der Menschen in Lateinamerika, Afrika und Asien wäre aus dieser Perspektive das Resultat von Korruption und Mißwirtschaft, inadäquater Institutionen, stagnierender technischer Entwicklung und einer Mentalität, die Verschwendung und Müßiggang harter Arbeit und Sparsamkeit vorzieht. Tatsächlich dürfte sie eher das Resultat jahrhundertelanger Unterdrückung und Ausbeutung sein, Konsequenz der Schaffung einer "Weltwirtschaft", welche (als Teil des kolonialen Erbes) den "globalen Süden" systematisch banchteilt.

(a) *Ungleicher Austausch im "Weltsystem"*: An auf Mentalität bzw. Handlungsrationalität rekurrierenden Erklärungsansätzen wurde insbesondere in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg heftige Kritik geübt. Insbesondere die Tatsache, dass die ehemaligen Kolonien in Mittel- und Südamerika trotz intensiver Anstrengungen die Kluft zu den westlichen Industrienationen nicht schließen konnten, geriet in den Fokus der Debatte über Entwicklung und Unterentwicklung. Raúl Prebisch legte bereits 1949 ein Modell der asymmetrischen Beziehungen zwischen einem industrialisierten "Zentrum" und einer agrarischen "Peripherie" vor,⁴¹ um die andauernden (und z.T. sich vertiefenden) Entwicklungsdefizite der lateinamerikanischen Staaten zu erklären. Im Kern besagt Prebischs These vom "ungleichen Austausch", dass zu gleichen Kosten produzierte Produkte zu unterschiedlichen Preisen gehandelt werden, d.h. dass die Preise für Industrieprodukte "über Wert" und diejenigen für Rohstoffe "unter Wert" liegen, was eine permanente Abschöpfung von in der Peripherie geschaffenen Werten durch das Zentrum und einen anhaltenden Kapitalmangel in den "Entwicklungsländern" zur Folge hat. Mit anderen Worten: eine Arbeitsstunde in Lateinamerika ist *bei gleicher Arbeitsproduktivität* weniger wert als eine Arbeitsstunde in England oder Deutschland.

Prebischs Ansatz wurde insbesondere von Immanuel Wallerstein weiterentwickelt, dessen Buch *"Das moderne Weltsystem"* (1974) so etwas wie den Kulminationspunkt des Diskurses über ungleichen Austausch darstellte. Wallerstein zielte primär darauf ab den *systematischen* Zusammenhang zwischen "Entwicklung" und "Unterentwicklung" herauszuarbeiten. Der Reichtum des Zentrums wird sich ihm zufolge *nicht* mittels "Welthandel" ausbreiten, er *entspringt* vielmehr zum großen Teil der institutionalisierten Ungleichheit innerhalb der internationalen Handelsbeziehungen – die mit einem ausgeprägten Machtgefälle zwischen "Erster" und "Dritter" Welt korrespondiert, welches die Staaten des Zentrums befähigt, die ungleichen *terms of trade* politisch durchzusetzen

41 In einem Bericht der CEPAL, der "Comisión Económica para América Latina", welcher Prebisch von 1950 bis 1962 vorstand. Einen Überblick über die von Prebisch ausgearbeiteten Konzepte gibt Nohlen (1999).

und zu perpetuieren. Die anhaltende Dynamik der Ökonomien des Westens resultiert in Wallersteins Lesart vor allem daraus, dass die Peripherien das Wachstum und den Wohlstand des Zentrums finanzieren. "Entwicklung" und "Unterentwicklung" bedingen sich (vermittelt durch "ungleichen Austausch") folglich wechselseitig.

Diese systematischen Implikationen wurden von Wallerstein primär historisch begründet. Grob gesprochen stellte er die These auf, dass die ökonomische Entwicklung Westeuropas nur möglich war, weil die Staaten im "Zentrum" sich ab dem 16. Jahrhundert eine "Peripherie" schufen, welche sie mit (billigen) Nahrungsmitteln und Rohstoffen versorgte, um im Gegenzug mit hochpreisigen Handwerkserzeugnissen beliefert zu werden. Afrikanische Sklaven produzierten auf brasilianischen und karibischen Plantagen Zucker, indianische Zwangsarbeiter gruben in Potosí nach Silber, und leibeigene Bauern bauten östlich der Elbe Getreide für das nordwesteuropäische "Zentrum" an, welches im Gegenzug Textilien, Metallwaren, Geschirr und andere Fertigwaren in diese Regionen exportierte – das ist in den Grundzügen jene internationale Arbeitsteilung, die Wallersteins "Weltsystem" ausmacht. Dass diese Strukturen bis in die Gegenwart fortbestehen, muss wohl nicht extra hervorgehoben werden. Nicht nur die Rohstoffe, welche die Industrien in den "entwickelten" Staaten benötigen, werden unter zum Teil erbärmlichen Bedingungen in Ländern der sog. "Dritten Welt" erzeugt, gleiches gilt für Erzeugnisse, deren Herstellung nur begrenzt automatisiert werden kann und die von daher einen hohen Arbeitsaufwand benötigen, wie zum Beispiel Textilien (ich komme im folgenden Kapitel darauf zurück).

(b) *Unterwerfung und Plünderung*: Im gerade beschriebenen ökonomischen Gefälle zwischen "Erster" und "Dritter" Welt manifestiert sich auch ein Machtgefälle, welches Teil des (längst nicht überwundenen) "kolonialen Erbes" ist. Vor allem die Eroberung und Unterwerfung Indiens steht in direktem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung in England. Man kann durchaus darüber streiten, welche Bedeutung der Subkontinent für Britannien hatte, dass eine enge Wechselbeziehung zwischen der Entwicklung im Westen und im Osten bestand, ist aber schwerlich zu bezweifeln.

Nachdem die Truppen der East India Company unter Robert Clive 1757 in der Schlacht von Plassey die Armee des Nawab von Bengalen besiegt hatten, herrschte die Aktiengesellschaft unversehens über die reichste Provinz Indiens. Zu Clives Zeiten betrugen die Steuereinnahmen Bengalens ungefähr £3 Millionen jährlich.⁴² Damit konnten nicht nur die indischen Exporte nach England komplett finanziert werden, Teile dieser Einnahmen wurden zudem direkt als sog. "home charges" nach London verschifft; gemeinsam mit den transferierten Gehältern der EIC-Angestellten und den in Indien zusammengerafften Vermögenswerten belief sich der direkte Geldabfluß um 1820 auf ca. £6 Millionen jährlich (Bayly 1988: 116).⁴³ Die Behauptung, erst die bengalischen Bauern hätten ermöglicht, dass Tee zum Nationalgetränk der Engländer werden konnte, ist vielleicht übertrieben, aber auch nicht zu weit von der historischen Wahrheit entfernt. Die EIC war überhaupt nur in der Lage, derart große Mengen Tee aus China nach Eng-

42 Den überzeugendsten Beleg für die Leistungsfähigkeit der indischen Wirtschaft sieht Christopher Bayly in der Tatsache, dass obwohl die EIC nach der Schlacht von Plassey keine Edelmetalle mehr nach Indien einfuhrte (sondern das in Bengalen vereinnahmte Steueraufkommen verwendete, um die Ausfuhren nach Europa zu finanzieren), dies zu keiner generellen monetären Krise führte, wenngleich die verringerte Geldmenge im östlichen Indien Probleme verursachte (Bayly 1988: 35; 64). Ein Nebeneffekt der Schlacht von Plassey war zudem, dass Großbritannien von diesem Zeitpunkt an etwa 70 Prozent der weltweiten Salpeterproduktion kontrollierte (Cressy 2011: 109).

43 1818 nahm die EIC in Indien insgesamt ca. £22 Millionen ein, eine für damalige Verhältnisse gewaltige Summe (Ibid.). Die gesamten Staatseinkünfte Englands beliefen sich Patrick O'Brien zufolge im Jahr 1815 auf ca. £62 Millionen (was in etwa 18,2 Prozent des Nationaleinkommens entsprach, O'Brien 1988: 3).

land zu verschiffen, weil sie anstelle von Silberbarren nunmehr in großem Stil (mit bengalischen Steuereinnahmen aufgekaufte) Rohbaumwolle und später in Indien angebautes Opium in das Reich der Mitte exportieren konnte. Ohne die Eroberung Bengalens wäre die Ausweitung des Handels mit China, einem Land welches nach wie vor kein Interesse am Erwerb europäischer Fertigwaren hatte, wahrscheinlich in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen (vgl. Darwin 2007: 180). Die indische Baumwolle steht mithin in einer doppelten Beziehung zur im 18. Jahrhundert einsetzenden Transformation der englischen Gesellschaft und Ökonomie: Einerseits wurde die Pflanzenfaser benötigt, um die Teeimporte nach England gegenzufinanzieren, andererseits fand sie zunehmend als Rohstoff im inländischen Textilgewerbe Verwendung. Während sich in England neben einer neuen Kultur des Konsums auch veränderte Produktionsweisen ausbreiteten – die Fortschritte in der Verarbeitung von Baumwolle markierten wie gesehen den Beginn der Industriellen Revolution –, setzte in Indien ein Prozeß der Deindustrialisierung ein, das Land wurde in kolonialer Zeit vom Fertigwaren- zum Rohstoffexporteur und führte statt kostbaren Stoffen preiswerte Rohbaumwolle aus (vgl. z.B. Bayly 1988: 146f.).

Welche Entwicklung die indische Wirtschaft und Gesellschaft im Fall einer Niederlage der EIC bei Plassey genommen hätte ist selbstverständlich nicht zu beantworten. Es ist aber nicht zu bestreiten, dass die englischen Kolonialherren jegliche Entwicklungsdynamik auf dem Subkontinent nachhaltig hemmten. dass heutzutage in Bengalen wieder in großen Stil Textilien für den Export produziert werden, ist eine Ironie der Geschichte, aber nach wie vor ist die Arbeit einer bengalischen Arbeiterin weniger wert als die einer Europäerin.

4. Kohle und Kolonien: Neben Indien waren die amerikanischen Kolonien für die Entwicklung der britischen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Bei wachsender Bevölkerungszahl muss (wie bereits dargestellt) die landwirtschaftliche Produktion kontinuierlich gesteigert werden um mit dem Bedarf an agrarischen Erzeugnissen Schritt zu halten, einerseits durch Verbesserung der Erträge pro Flächeneinheit, andererseits durch Erschließung neuer Anbauflächen. Da der Ertragssteigerung unter vormodernen Bedingungen enge Grenzen gesetzt sind und Ackerland eine begrenzte Ressource ist, stößt die demographische Entwicklung früher oder später an eine natürliche Grenze. Irgendwann ist der vormals leere Raum besiedelt, die Berge sind abgeholzt und die Grenzen des Wachstums erreicht. Der steigende Bedarf an Lebensmitteln konkurriert dann zunehmend mit der Nachfrage nach Brennstoff, nach Genußmitteln und Bekleidung, und jede klimatische Störung kann in einer katastrophalen Hungersnot münden. Ein derartiger Schematismus ist Kenneth Pomeranz zufolge in historischen Maßstäben keinesfalls originär, er stellt vielmehr den Normalfall dar. Chinas Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum endete zu Beginn des 19. Jahrhundert demzufolge tatsächlich in einer derartigen Sackgasse, während dies in Nordwesteuropa zum gleichen Zeitpunkt nicht der Fall war (Pomeranz 2003: 18). Auch in England wuchs die Bevölkerung ab Mitte des 18. Jahrhundert wieder stark an, aber vor allem zwei Faktoren befähigten demnach das Land, den Teufelskreis der "alten biologischen Ordnung" zu durchbrechen und die industrielle Entwicklung in Gang zu setzen: Kolonien und Kohle.

(a) Erstens konkurrierte demnach die wachsende Nachfrage nach Zuckerrohr, Tee, Tabak und Baumwolle in Europa *nicht* mit der Nahrungsmittelproduktion, denn in der neuen Welt stand reichlich (im Zuge der *Conquista* entvölkertes) Land zur Verfügung, welches mit Hilfe afrikanischer Sklaven zu geringen Kosten bewirtschaftet werden konnte. Nach Pomeranz entsprach im Jahr 1830 allein die nach Großbritannien importierte Baumwolle dem Äquivalent einer landwirtschaftlichen Fläche von ca. 93.000 km²,

was die Ausdehnung sämtlicher Felder und Weiden des Vereinigten Königreichs und Nordirlands übersteigt (Ibid.).⁴⁴ Diejenigen Regionen hingegen, welche China als agrarische Peripherie hätten dienen können, standen zu dem Zeitpunkt, als sich dort im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts die demographische Krise zuspitzte, bereits seit langer Zeit unter Kontrolle der Europäer.

(b) Zweitens waren die englischen Kohlereviere mit ihren aus damaliger Perspektive unerschöpflichen Brennstoffvorräten leicht zu erschließen, so dass einer Ausweitung der Eisen- und Stahlproduktion sowie der Mechanisierung der Industrie mittels des Einsatzes von Dampfmaschinen keine natürlichen Grenzen gesetzt waren. In England befanden sich die wichtigsten Kohlereviere zudem in der Nähe der Küste, so dass die Kohle leicht in die Ballungszentren verschifft werden konnte.⁴⁵ In China hingegen waren laut Pomeranz die Kohlevorkommen nur schwer zugänglich, und die Forstwirtschaft konkurrierte folglich mit der Landwirtschaft; Holzkohle blieb lange der wichtigste Energieträger. Selbst wenn die Krise rechtzeitig erkannt worden wäre, lagen demnach die Transportkosten im 18. Jahrhundert zu hoch, um den Aufwand der Erschließung der chinesischen Kohlereviere zu rechtfertigen.

5. Demographische Entwicklung: Ich hatte bereits erläutert, dass die vergleichsweise niedrigen Geburtenraten die ökonomische Entwicklung in Nordwesteuropa begünstigte. Da die landwirtschaftliche Produktion mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hielt, blieb England im Unterschied zu weiten Teilen des Kontinents von Hungernöten verschont. Welche Bedeutung dieser Sachverhalt für die wirtschaftliche Entwicklung genau hatte, ist selbstverständlich nur schwer zu rekonstruieren, dass wir es hier mit einem fördernden Faktor zu tun haben, sollte aber unstrittig sein. Der Zusammenhang wird unmittelbar einsichtig, wenn wir uns den umgekehrten Fall anschauen: wächst die Bevölkerung schneller als die Ökonomie, führt dies notwendig zu einer Verknappung von Ressourcen (seien es Lebensmittel, gewerbliche Erzeugnisse oder Arbeit), der Lebensstandard sinkt und die Zukunftsaussichten sind unsicher. In einer derartigen Situation sind soziale Konflikte und politische Instabilität wesentlich wahrscheinlicher. Fatalerweise ist das Bevölkerungswachstum ganz offenbar eine abhängige Größe, keine unabhängige Determinante. Auch wenn die genauen Zusammenhänge unzureichend untersucht sind, können wir davon ausgehen, dass Unsicherheit und fehlende Perspektiven mit hohen Geburtenraten korrelieren, während Menschen, die in (relativem) Wohlstand und vergleichsweise Sicherheit leben, weniger Kinder bekommen. Auch die Stellung der Frau in der Gesellschaft spielt diesbezüglich eine bedeutende Rolle, es besteht offenbar ein kausaler Zusammenhang zwischen dem Schulbesuch von Mädchen einerseits und deren Heiratsalter und späterer Kinderzahl (vgl. z.B. Kebede et. al. 2019).

6. Soziale Ungleichheit: Ein hohes Bevölkerungswachstum erzeugt mithin (wenn die Wirtschaft nicht in gleichem Maß wächst) Unsicherheit und Instabilität, was wiederum

44 Pomeranz legt bei dieser Berechnung zugrunde, dass die Baumwollimporte auch in Übersee durch heimische Wollerzeugung substituiert werden müßte, von daher die hohe Zahl, die auf die relativ geringe Produktivität der Schafzucht pro Flächeneinheit im Vergleich zum Anbau von Baumwolle reflektiert.

45 Tony Wrigley zufolge wäre eine Industrialisierung Englands ohne die Erschließung der Kohlevorkommen niemals möglich gewesen (2010: 193). Das einzig gravierende Problem bestand darin, dass sich die Gruben mit Wasser füllten, sobald sie tiefer reichten. Stellte man aber Dampfmaschinen an den Schächten auf, war es möglich diese mit einem einfachen Mechanismus leer zu pumpen. Die geringe Energieeffizienz der frühen Dampfmaschinen spielte keine Rolle, Brennstoff war vor Ort in großen Mengen fast kostenlos verfügbar (Pomeranz 2000: 67f.).

zu hohen Geburtenraten führt. Armut ist aber fast immer auch eine relative Kategorie (ich komme weiter unten noch darauf zurück), so dass der Ausweg aus dieser fatalen negativen Rückkopplungsschleife mindestens zum Teil in einer gerechteren Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen liegen dürfte – zumindest scheint empirisch belegt zu sein, dass ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit die politischen "Eliten" diskreditiert (vgl. Han/Chang 2016). Eine gerechtere (bzw. als gerecht empfundene) Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen dürfte nicht nur die politische Stabilität befördern, ein funktionierendes Sozialsystem könnte zudem Unsicherheit und Perspektivlosigkeit durch ein Gefühl der Sicherheit und "Solidarität" ersetzen – womit wir wieder beim oben bereits aufgeführten Faktor "good governance" angelangt wären.

Ich muss es an dieser Stelle bei diesen knappen Bemerkungen belassen, der Sachverhalt müßte anhand belastbarer Fallstudien und historischer Vergleiche noch genauer examiniert werden. Es erscheint mir aber zumindest als wahrscheinlich, dass die englische Sozialfürsorge (ich komme darauf noch zurück) und der möglicherweise im Vergleich zu Indien oder China deutlich geringere Abstand zwischen "oben" und "unten" einen entscheidenden Anteil an der divergenten Entwicklung hatte.

Um ein kurzes Fazit der obigen Auflistung zu ziehen: Es sollte deutlich geworden sein, dass kein einzelner der genannten Faktoren für sich genommen ausreichend ist, die unterschiedlichen Niveaus der sozio-ökonomischen Entwicklung zu erklären. Dies liegt daran, dass sie einerseits teilweise interdependent sind, d.h. sich wechselseitig bedingen und verstärken, und andererseits für sich genommen jeweils zwar notwendig, aber nicht hinreichend sind. Das schwächste Glied in der Kette ist allerdings die auf die geographischen Verhältnisse abzielende Argumentation, denn zu der Zeit, als England die lokalen Kohlevorkommen in zunehmendem Maße ausbeutete, zeichneten sich bereits die Grundzüge der späteren "internationalen Arbeitsteilung" ab, so dass der benötigte Brennstoff ebenso wie andere Rohstoffe und Agrarerzeugnisse hätten importiert werden können. Tatsächlich generierte die ökonomische Entwicklung in den "Zentren" eine Eigendynamik, welche in Gestalt einer "positiven Rückkopplungsschleife" die oben aufgeführten Bedingungen dort fortwährend verstärkte, während sie in den politisch und ökonomisch abhängigen Ländern der späteren "Dritten Welt" sich gar nicht erst in hinreichendem Maß herausbilden konnten.

"Globaler Süden" und "globaler Osten"

Die Vergangenheit wirkt mithin in der Gegenwart fort; die Etablierung eines auf Westeuropa und Nordamerika zentrierten "Weltsystems", in welchem die mächtigen und wohlhabenden Nationen des "globalen Nordens" sich die Früchte der Arbeit der Menschen im "globalen Süden" aneignen hatte letztlich zur Folge, dass die einen immer reicher und mächtiger wurden, während die anderen in Armut verharrten und verharrten – nicht zuletzt ganz einfach deshalb, weil der größte Teil der globalen Wertschöpfung nach wie vor in den industriellen Zentren anfällt, und nicht in jenen Staaten, die mineralische Rohstoffe und Lebensmittel exportieren. Deren wirtschaftliche Stagnation geht schließlich in der Regel mit einem hohen Maß an politischer Instabilität (und auch Korruption) einher; stabile Demokratien können sich ganz offensichtlich nur Staaten dauerhaft etablieren, welche über ein gewisses Wohlstandsniveau verfügen, bzw. den Menschen Chancen und Perspektiven auf ein besseres Leben bieten können.⁴⁶ Zudem dürfte

⁴⁶ Eine Ausnahme bildet hier vor allem Indien, wo derzeit der wachsende Wohlstand offenbar mit einem Abbau demokratischer Institutionen einhergeht (vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/indien-demokratie->

wie gerade erwähnt diesbezüglich eine Rolle spielen, dass in armen Nationen zumeist auch die soziale Ungleichheit besonders ausgeprägt ist.

Die vorstehende Kontrastierung von "Nord" und "Süd" im Hinblick auf die Reproduktion von "Unterentwicklung" innerhalb der "internationalen Arbeitsteilung" mag zwar angesichts der heutzutage sehr diversen Realität als allzu schematisch erscheinen (der Verweis auf China, Indien und Saudi-Arabien soll hier genügen), sie trifft aber meines Erachtens nichtsdestotrotz nach wie vor mindestens auf den gesamten afrikanischen Kontinent und den größten Teil Lateinamerikas zu. Ein deutlicher Abstand im Hinblick auf das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung, und damit auch den Lebensstandard besteht aber nicht nur zwischen den Ländern des industrialisierten "globalen Nordens" und den Staaten des "globalen Südens", sondern auch zwischen West- und Osteuropa. Während im Nordwesten des Kontinents spätestens nach Ende des Dreißigjährigen Kriegs jene sich selbst verstärkende wirtschaftliche Entwicklung einsetzte, die ich im vorangegangenen Abschnitt skizziert hatte, verharrten die Regionen östlich der Elbe weitgehend in feudalen Strukturen. Die dort weiterhin dominierenden Feudalherren exportierten agrarische Erzeugnisse (vor allem Getreide und Ölsaaten) und bezogen im Gegenzug Fertigwaren aus den zukünftigen industriellen Kerngebieten, die allesamt an der Nordsee lagen. Nicht nur die Niederlande selbst, sondern auch Spanien war bereits im 16. Jahrhundert von den Getreideimporten aus dem Ostseeraum abhängig.

Die Frage, ob schon in der frühen Neuzeit ein Wohlstandsgefälle innerhalb des Kontinents bestand, oder sich dieses erst im Zuge der vertieften Arbeitsteilung zwischen Nord- und Ostseeraum entwickelte, kann ich derzeit nicht beantworten. Im 19. Jahrhundert war die Kluft aber deutlich sichtbar, während im nordwestlichen Teil des Kontinents im Zuge der einsetzenden Industrialisierung die Wirtschaftsleistung (wie im vorstehenden Abschnitt) enorm wuchs und auch die gesellschaftlichen Verhältnisse sich tiefgreifend wandelten, verharrte der Osten weitgehend in sozialer und ökonomischer Stagnation. Das motivierte viele Menschen aus den Regionen östlich der Elbe, sich in Richtung der neu entstehenden Industriezentren (z.B. dem Ruhrgebiet) aufzumachen oder auch nach Amerika auszuwandern, wo sie sich bessere Lebensbedingungen versprachen – Osteuropa exportierte nicht länger nur Getreide oder Holz in den Westen, sondern auch Arbeitskräfte.

Diese Entwicklung detailliert nachzuzeichnen würde hier allerdings den Rahmen sprengen, in unserem Kontext ist vor allem bedeutsam, dass Osteuropa heutzutage nach wie vor – und nach dem Fall des "eisernen Vorhangs", d.h. insbesondere der EU-Osterweiterung mehr denn je – für Länder wie Deutschland, die Niederlande, Belgien, Frankreich usw. ein Reservoir billiger Arbeitskräfte bereithält. Das gewichtete verfügbare Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland war 2017 annähernd viermal so hoch wie z.B. in Rumänien (vgl. unten S. 96). Die niedrigen Löhne in den Ländern des ehemaligen Ostblock – 2023 betrug der Mindestlohn in Rumänien 604,- € im Monat, in Ungarn 624,- € und in Tschechien 729,- €⁴⁷ – machen diese Staaten in Kombination mit deren geographischer Nähe zu durchaus attraktiven Industriestandorten. Ob aber der Export von Arbeitskräften und niedrige Löhne als Standortvorteil auf lange Sicht zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse in Nordwest- und Ost-

[101.html](#) und <https://www.tagesspiegel.de/internationales/wie-umgehen-mit-indien-die-grosste-demokratie-der-welt-wird-immer-undemokratischer-8979865.html>). Das Beispiel Indien sollte hinreichend illustrieren, dass die Zusammenhänge in der Realität beizeiten komplexer sind, als einfache Modelle nahelegen.

47 In Deutschland verdient eine Vollzeitkraft bei einem Mindestlohn von 12,- € pro Stunde 1.997,- €/Monat. (<https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Arbeitsmarkt/Mindestloehne.html>)

europa führen oder das vorhandene Ungleichgewicht lediglich perpetuiert wird, ist allerdings nur schwer zu prognostizieren, weshalb ich es bei dieser knappen Problemskizze belasse.⁴⁸

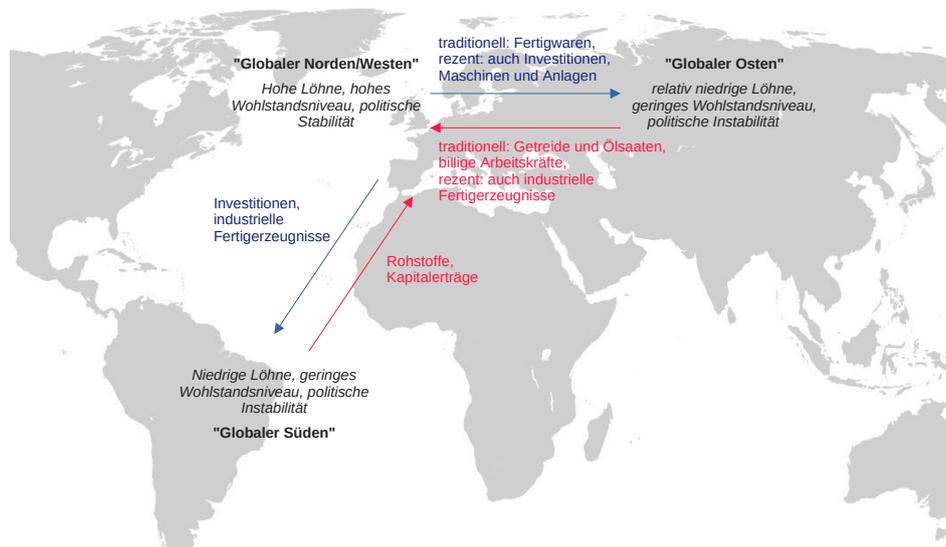


Abb. 7: Struktur der "internationalen Arbeitsteilung"

Wenn wir soziale Ungleichheit im globalen Kontext betrachten, d.h. nicht innerhalb von Gesellschaften sondern zudem als Wohlstandsgefälle zwischen Staaten, genügt es mit-hin nicht, lediglich die Beziehungen zwischen den industriellen Zentren und den ehemaligen Kolonien in Lateinamerika, Afrika und Asien in den Blick zu nehmen, das Problem beginnt sozusagen vor der eigenen Haustür – wenn auch vielleicht nicht mehr an der Elbe, so doch in jedem Fall aber an der Oder, d.h. der deutsch-polnischen Grenze.

48 Ich will aber noch darauf hinweisen, dass auch hinsichtlich der politischen Entwicklung eine deutliche Kluft zwischen dem Westen und dem Osten Europas bestand. Während sich westlich der Elbe recht früh Nationalstaaten herausbildeten, waren die Länder Osteuropas teilweise bis zum Ende des Ersten Weltkriegs Teil von Imperien, d.h. des Osmanischen Reichs (das einen großen Teil des Balkan beherrschte), Österreich-Ungarns und des Zarenreichs. Nach einem kurzen Zwischenspiel standen sie dann nach dem Zweiten Weltkrieg de facto unter sowjetrussischer Herrschaft. Inwiefern das die wirtschaftliche und politische Entwicklung beeinflusst bzw. beeinträchtigt hat, müsste allerdings noch genauer untersucht und bewertet werden. Diesbezüglich wäre insbesondere ein systematischer Vergleich zwischen den Regionen nördlich und südlich der Ostsee instruktiv, denn obwohl auch Skandinavien im 18. Jahrhundert große Mengen an Rohstoffen in den Nordseeraum exportierte, verlief die weitere Entwicklung in Schweden, Norwegen und Dänemark gänzlich anders.

Grenzenloses Wachstum

Wirtschaftliches Wachstum ist in den reichen Industriegesellschaften gleichzeitig Problem und Notwendigkeit, für die Länder des globalen Südens gilt es hingegen als Vehikel, die endemische Armut der Menschen zu besiegen und Anschluss an das Wohlstandsniveau Europas und Nordamerikas zu gewinnen. Ob ihnen dies im Rahmen der globalisierten Ökonomie gelingt, ist allerdings mehr als fraglich. Bevor ich die Problematik der aktuell von den "unterentwickelten" Staaten verfolgten Wachstumsstrategien anreißer, will ich aber zunächst die "Wachstumsfalle" skizzieren, in welcher sich die Industriegesellschaften derzeit befinden.

Der Zwang zum Wachstum

Angesichts der globalen Umweltzerstörung sollte unmittelbar evident sein, dass ein Wirtschaftswachstum, welches im ständig wachsenden Verbrauch natürlicher Ressourcen gründet, nicht "nachhaltig" ist. Was für den ökologischen Bereich gilt, trifft gleichermaßen auf die Gesellschaft zu; der permanente Anstieg des Konsumniveaus in den vergangenen Jahrzehnten hat die Menschen ganz offensichtlich nicht glücklicher oder zufriedener gemacht. Wenngleich fraglos ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Konsumverhalten besteht, will ich an dieser Stelle nicht ausführlicher diskutieren, warum Menschen hart arbeiten, um Dinge zu kaufen, von denen sie im Grunde wissen, dass diese sie nicht glücklich(er) machen; ich habe mich in meinem Skript zur Konsumsoziologie intensiv mit diesem Paradox befaßt und will die dortigen Ausführungen hier nicht wiederholen. An dieser Stelle soll die Feststellung ausreichen, dass der unaufhörliche Anstieg der Konsumniveaus Teil einer "Wachstumsökonomie", und letztlich innerhalb deren Eigenlogik eine Notwendigkeit darstellt.

Die folgende kurze Skizze der Dynamik der Volkswirtschaft in den modernen Industriegesellschaften sollte zunächst ausreichen, um die Interdependenz von Bruttoinlandsprodukt, Produktivität, Lohn- und Konsumniveau und nicht zuletzt Arbeitslosenquote zu verdeutlichen: Unsere kapitalistische Ökonomie ist auch eine Marktwirtschaft, ich hatte weiter oben bereits darauf hingewiesen, das "Wesen" des Marktes aber noch nicht hinreichend herausgearbeitet, was ich zunächst nachholen will: Die Essenz der Marktwirtschaft besteht letztlich in den Handlungsorientierungen der Akteure: Konsumenten (Nachfrager) wollen ihren Nutzen maximieren, Produzenten (Anbieter) hingegen ihren Profit. Da die Konsumenten aus mehreren Angeboten das für sie jeweils günstigste wählen, lösen sie einen Wettbewerb unter den Produzenten aus – Konkurrenz ist nachgerade das definierende Merkmal des "Marktes", die unterschiedlichen Hersteller befinden sich bei Herstellung von nahezu sämtlichen Konsumgütern in einem permanenten Wettstreit um die niedrigsten Preise befinden (bzw. um das beste Preis-Leistungs-Verhältnis, die Produkte werden auch ständig verbessert). Der primäre Weg, in diesem Wettstreit langfristig zu bestehen, besteht darin, die Kosten durch eine Erhöhung der Produktivität zu senken – das sollte bis hierhin hinreichend deutlich geworden sein.

Die Nutzenmaximierung der Konsumentinnen und Konsumenten und das Bemühen, der Unternehmen, ihre Kosten zu minimieren (mit dem Ziel, die Erlöse zu maximieren), haben aber über den privaten bzw. betriebswirtschaftlichen Kontext hinaus tiefgreifende gesellschaftliche respektive volkswirtschaftliche Konsequenzen (vgl. Abbildung 8):

- (1) Auf einem "freien", d.h. nicht regulierten Markt entscheiden die Verbraucher sich typischerweise für das preiswerteste Produkt, bzw. dasjenige mit den günstigsten Preis-Leistungs-Verhältnis.
- (2) Die um Marktanteile konkurrierenden Anbieter sind permanent genötigt, Preise zu senken und/oder die Qualität zu verbessern. Dies wiederum impliziert die Senkung der Herstellungskosten. Eine Intensivierung der Arbeitsabläufe kann mittels der Reorganisation der Produktion (z.B. durch Einführung des Fließbands) oder des sog. "Outsourcing" arbeitsintensiver Tätigkeiten erfolgen, wird aber primär durch den vermehrten Einsatz von arbeitssparenden Maschinen erreicht.
- (3) Unternehmen sind mithin fortlaufend genötigt zu investieren.
- (4) Im Zuge der Mechanisierung der Produktion wird fortwährend menschliche Arbeitskraft durch kapitalintensive Maschinen substituiert.
- (5) Die dadurch bewirkte Erhöhung der Produktivität bewirkt einerseits, dass bei mengenmäßig gleichbleibender Produktion permanent Arbeitskräfte freigesetzt werden.
- (6) Andererseits partizipieren die Arbeitenden an der Produktivitätsentwicklung da die Steigerung der Wertschöpfung pro Beschäftigtem nicht nur die Erhöhung der Löhne, sondern auch die Reduzierung der Arbeitszeiten ermöglicht (die 40-Stunden Woche wurde in der Bundesrepublik erst ab den 1960er Jahren zur Norm).
- (7) Die Erhöhung des Lohnniveaus führt wiederum zu einer Steigerung der Nachfrage, was eine Ausweitung der Produktion nach sich zieht.

Für die Konsumenten hat diese "Eigenlogik" der Marktwirtschaft den Vorteil, dass die Produkte kontinuierlich billiger und/oder besser werden; es wird immer mehr immer kostengünstiger produziert. Allerdings werden mit der Erhöhung der Produktivität mittels Investitionen in arbeitssparende Technologien auch immer weniger Arbeitskräfte zur Herstellung der gleichen Menge an Produkten benötigt. *Würden wir nicht (wertmäßig) immer mehr Waren und Dienstleistungen konsumieren, nähme die Zahl der benötigten Arbeitskräfte im Zuge der Produktivitätsentwicklung kontinuierlich ab.* Es muss also immer mehr produziert und verkauft werden; dies ist der entscheidende Sachverhalt, dem die Wirtschaftspolitik Rechnung zu tragen hat, und deshalb ist die Förderung des "Wachstum" deren zentrale Aufgabe (und auch die Sicherstellung der "Wettbewerbsfähigkeit", da einheimische Unternehmen mit ausländischen konkurrieren)!



Abb. 8: Eigenlogik der expansiven Marktwirtschaften

Ein mit der Produktivitätsentwicklung Schritt haltendes Wirtschaftswachstum ist mithin zwingend notwendig, um ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Wie Abbildung 9 verdeutlicht, war dies in Deutschland seit 1950 weitgehend der Fall, zwar übertraf die Steigerung der Produktivität seit Anfang der 1970er Jahre das Wachstum, gleichzeitig sank aber auch aufgrund von Arbeitszeitverkürzungen die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Das Wachstum wiederum kann aber *nur* durch eine Steigerung der Nachfrage gesichert werden, entweder durch die Vermarktung neuer oder verbesserter Produkte im Inland,⁴⁹ oder durch die Erschließung ausländischer Absatzmärkte. Bezüglich des zweiten Punkts sind Freihandelsabkommen, d.h. der Abbau von "Handelshemmnissen" als Element einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik bedeutsam. Ob es ökologisch sinnvoll ist, deutsche Autos in die USA zu exportieren um im Gegenzug Hähnchenfleisch einzuführen, ist angesichts der ökonomischen Zwänge offenbar gar nicht mehr diskussionsfähig. (Die diesbezügliche "Spitze des Eisbergs" stellt der Export von subventionierten EU-Agrarerzeugnissen nach Afrika dar.)

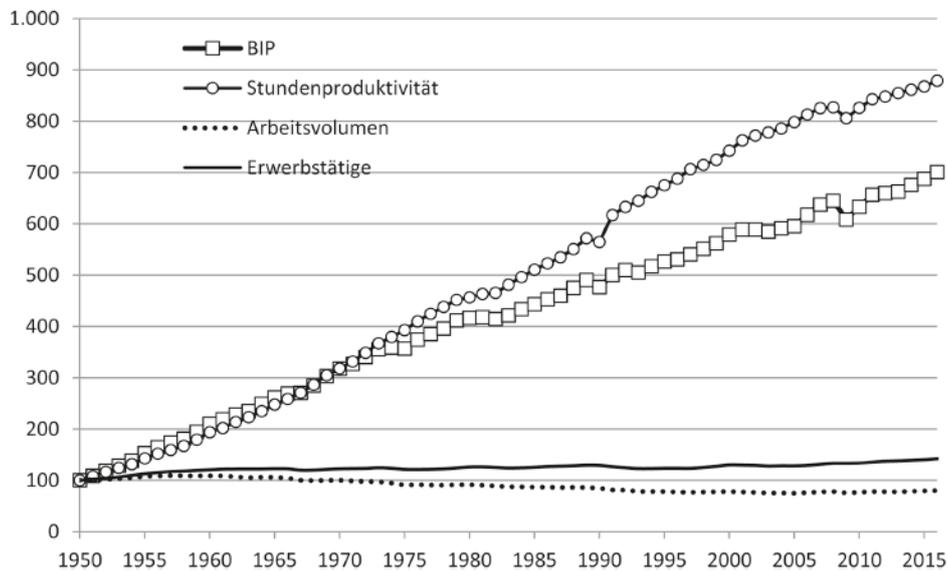


Abb. 9: Produktivitätsentwicklung und Wirtschaftswachstum in Deutschland seit 1950 (aus Geiger/Prettner/Schwarzer 2018: 62)

Kann ein Unternehmen aber keine neuen Absatzmärkte erschließen, werden bei Sättigung der Nachfrage zwangsläufig als Folge der fortlaufenden Produktivitätssteigerung Arbeitsplätze abgebaut. (D.h., wenn jede einzelne Person immer mehr produziert, benötige ich wie gesehen bei gleichbleibender Menge weniger Arbeitende). Diese nicht benötigten Arbeitskräfte müssen in anderen Branchen unterkommen. Ein weiteres Element einer auf Wachstumsförderung ausgerichteten Wirtschaftspolitik kann deshalb die Förderung der Schaffung neuer Arbeitsplätze sein, um die im Zuge der weitgehenden Automatisierung der Produktion nicht mehr benötigten Beschäftigten "aufzufangen" – was insbesondere jene Personen betrifft, die manuelle Arbeiten ausführten, die nunmehr von

⁴⁹ Auch eine geringere "Haltbarkeit" von Produkten fördert selbstverständlich das Wachstum, das Stichwort "Fast Fashion" soll hier ausreichen.

Maschinen bzw. Robotern erledigt werden. Ich komme auf diesen Aspekt wenig später noch zurück.

Eine neue internationale Arbeitsteilung

Der Produktivitätssteigerung sind allerdings Grenzen gesetzt. Entweder ist es zu einem gegebenen Zeitpunkt technisch nicht möglich, Arbeitsabläufe weiter zu automatisieren, oder die entsprechenden Maschinen und Anlagen sind derart teuer, dass die aus ihrer Anschaffung resultierenden Kosten die Einsparungen beim Personalaufwand übersteigen. In dieser Situation bleibt einem Unternehmen, welches seine Position am Markt verbessern will, im Grunde nur die Möglichkeit, Löhne zu senken. Da in Deutschland im produzierenden Gewerbe aber die Vergütung der Beschäftigten in der Regel durch Tarifverträge festgeschrieben ist, verlagern Unternehmen die Produktion ins Ausland, in sog. "Billiglohnländer"; die massive Auslagerung ganzer Branchen aus den industriellen Zentren in ehemalige Kolonien hat seit den 1960er Jahren eine neue Art der internationalen Arbeitsteilung entstehen lassen.

Die ursprüngliche Arbeitsteilung zwischen "Zentrum" und (abhängiger) "Peripherie" bestand (wie gesehen) darin, dass letztere Rohstoffe produzierten, welche nach Europa verschifft wurden, um dort teilweise zu Fertigerzeugnissen verarbeitet zu werden – welche europäische Kaufleute dann wiederum in die Peripherie exportierten. Die Importe von industriell erzeugten Gütern ersetzten in Afrika und Asien vielfach Produkte aus einheimischer Herstellung. So verschiffte (wie ebenfalls bereits erwähnt) die East India Company ursprünglich bedruckte Baumwollstoffe aus Indien nach Europa, nach der Eroberung des Landes kehrte sich dieses Verhältnis aber um, der Subkontinent importierte in englischen Fabriken hergestellte Baumwollstoffe und exportierte die begehrte Rohbaumwolle – Bengalen wurde von einem bedeutenden Zentrum der Textilherstellung in ein Agrarland verwandelt.⁵⁰

Heute ist die Region an den Mündungen von Ganges und Brahmaputra hingegen erneut ein Zentrum der Textilindustrie, was insbesondere daran liegt, dass wie gerade ausgeführt der Mechanisierung in dieser Branche Grenzen gesetzt sind. Man kann dies recht einfach anhand der Herstellung von Hemden verdeutlichen: Wurden Kleidungsstücke zunächst mühsam per Hand genäht, ermöglichte die Anschaffung von Nähmaschinen eine Vervielfachung der Arbeitsproduktivität (selbst wenn sie zunächst noch mit Fußpedalen betrieben wurden). Die Verbesserung der Technik (elektrischer Antrieb, Programmsteuerung etc.) führte dann zu einem weiteren Produktivitätszuwachs. Ich kann die Zahlen nicht verifizieren, aber mir scheint durchaus plausibel, dass eine Schneiderin mit einer einfachen Nähmaschine zehnmal so viele Hemden nähen kann wie per Hand, die automatisierte Maschine verdoppelt dann vielleicht ihre Tagesleistung nochmals. Wie dem aus sei: Irgendwann ist schließlich das Potential zur Produktivitätssteigerung ausgereizt, und da immer noch jede einzelne Nähmaschine von einer Schneiderin bedient werden muss, geraten nun die Lohnkosten in den Fokus. Wenn also keine weitere Produktivitätssteigerung durch technische Innovation mehr möglich bzw. ökonomisch sinnvoll, der Bedarf an Arbeitskräften aber weiterhin hoch ist, werden Länder wie Indien, Bangla Desh, Kambodia oder Vietnam aufgrund ihrer niedrigen Löhne wiederum als Industriestandort interessant – in diesem Fall befinden

⁵⁰ Die im vorletzten Kapitel wiedergegebenen Schätzungen zu den Kostensenkungen, welche der Einsatz von Maschinen im englischen Textilgewerbe ermöglichte verdeutlichen, dass die indischen Baumwollspinner und –Weber selbst dann in Ermangelung der entsprechenden Technologien möglicherweise Probleme gehabt hätten, konkurrenzfähig zu bleiben, wenn die britischen Kolonialherren keine gezielte Politik der "Deindustrialisierung" betrieben hätten.

sie sich aber nicht in einem Wettbewerb um die höchste Produktivität (wie die Industrienationen), sondern konkurrieren mit anderen Staaten um die niedrigsten Löhne und Unternehmenssteuersätze.

Mit der Textilindustrie wurde gerade jener Bereich aus den industriellen Kernregionen in die "Peripherie" ausgelagert, mit dem die "industrielle Revolution" ihren Ausgang nahm. Ein ähnliches Schicksal traf dann nur wenige Jahre später noch weitere Schlüsselindustrien des 19. Jahrhundert, die Stahlerzeugung und den Schiffbau – wengleich primär die neu entstandene Konkurrenz asiatischer Werften Ursache des "Werftensterbens" war; deutsche Schiffbauer konnten am Markt nicht bestehen. Schließlich wurde auch noch nahezu die gesamte einheimische Produktion von sog. "Unterhaltungselektronik" durch Produkte aus dem fernen Osten ersetzt – die Fernsehgeräte, welche wir heute besitzen, stammen nicht mehr von Nordmende, Grundig oder Telefunken, d.h. aus Bremen, Nürnberg oder Berlin, sondern werden in der Regel in Asien hergestellt, in Südkorea, Taiwan oder Singapur.

dass diese Entwicklung in Deutschland keineswegs zu einem allgemeinen Niedergang führte, liegt grob gesprochen daran, dass die heimische Industrie nicht länger primär Fertigerzeugnisse herstellt (mit Ausnahme der Automobilbranche), sondern Maschinen und Anlagen. Um beim Beispiel der Textilindustrie zu bleiben: Hierzulande werden nicht länger Stoffe hergestellt, sondern die Maschinen, auf welchen sie in "Niedriglohnländern" gewebt werden; wir nähen auch keine Hemden mehr, sondern exportieren Nähmaschinen. Das soll an dieser Stelle als illustratives Beispiel ausreichen, die Entwicklung einzelner Branchen nachzuzeichnen würde den Rahmen dieser Ausführungen bei weitem sprengen.

Die Verlagerung der Produktion von Fertigerzeugnissen in Länder mit deutlich niedrigerem Lohnniveau hat Deutschland nicht ärmer gemacht, das Gegenteil ist der Fall. Aber wie steht es mit jenen Regionen, in denen nunmehr unsere Konfektionskleidung und unsere Fernsehgeräte hergestellt werden? Kann z.B. die Textilindustrie in Bengalen zum Ausgangspunkt einer mit der des Westens vergleichbaren Entwicklung sein? Pauschale Antworten bezüglich der "Entwicklungsperspektiven" einzelner Regionen sind schwierig, dazu unterscheiden sich die einzelnen Staaten zu sehr.⁵¹ Ob der Weg vom Niedriglohnland zur "entwickelten" Industrienation mit hohem Lohnniveau führt, erscheint aber zumindest dann fraglich, wenn relativ geringwertige Erzeugnisse wie Textilien hergestellt und exportiert werden. Ich kann hier allerdings nicht im Detail die Voraussetzungen diskutieren, welche gegeben sein müssen, um einen erfolgreichen Prozeß "nachholender Modernisierung" in Gang zu setzen, ebenso wenig wie ich eine Prognose darüber abgeben kann, ob z.B. China, Indien und Brasilien sich diesbezüglich auf einem langfristig erfolgreichen Weg befinden. Diese Frage ist wie bereits erwähnt auch bezüglich der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung der europäischen Staaten des ehemaligen "Ostblock" zu stellen, die mittlerweile der Europäischen Union angehören.

In diesem Zusammenhang wäre grundsätzlich zu diskutieren, inwieweit die "Entwicklungsmodelle" von Institutionen wie Weltbank und Währungsfonds und auch der Europäischen Union tatsächlich eine nachhaltige gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung befördern, welche die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen und deren gesellschaftliche und politische Partizipation verbessert. Möglicherweise ist das nicht der Fall, und die von diesen Institutionen verfolgten Politiken führen vor allem zu einer Spaltung der Gesellschaft in "Modernisierungsgewinner" und "–Verlierer". Diese

51 Zu den Perspektiven der "Entwicklung durch Freihandel" siehe vor allem Kotte 2010.

Thematik bedarf aber in jedem Fall einer gesonderten Analyse, was an dieser Stelle nicht zu leisten ist. Ich hatte im vorstehenden Kapitel bereits jene Faktoren aufgelistet, welche die wirtschaftliche Entwicklung in Nordwesteuropa ermöglichten, beförderten und begünstigten und belasse es bei der Feststellung, dass jener Prozeß, der gemeinhin als "Globalisierung" bezeichnet wird – mithin die Herausbildung und Vertiefung einer "internationalen Arbeitsteilung" – heutzutage nicht nur, und vielleicht nicht einmal in erster Linie, durch die unterschiedliche Verteilung natürlicher Ressourcen (von Erdöl bis Kupfer und Zinn) vorangetrieben wird, sondern auch durch die gravierenden Differenzen im Wohlstandsniveau der einzelnen Staaten.⁵²

Schöne neue Arbeitswelt

Wie die vorstehenden Abschnitte verdeutlicht haben, kommt unserer Gesellschaft permanent Arbeit abhanden, sei es im Zuge der Produktivitätsentwicklung, sei es aufgrund der Verlagerung von Industrien in Niedriglohnländer. Das hat allerdings weder den Wohlstand der Menschen beeinträchtigt, noch leben wir mittlerweile in einer "Freizeitgesellschaft" – die Menschen arbeiten heute ebenso viel wie vor drei oder vier Jahrzehnten, und die Arbeitslosenquote ist recht niedrig. Das widerspricht deutlich der von dem Ökonomen John Maynard Keynes im Jahr 1930 formulierten Prognose, dass der bei konstantem Produktivitätszuwachs in Zukunft Freizeit und müsse einen deutlich höheren Stellenwert haben würden als die Arbeit – er hielt für das Jahr 2000 eine 15-Stunden-Arbeitswoche als Norm für realistisch (vgl. de Vries 2009: 41f. und Graeber 2018: 13). Derartige Erwartungen mögen damals durchaus plausibel erschienen sein, nicht zuletzt auch angesichts des anhaltenden Kampfs der Gewerkschaften um die Verkürzung der Arbeitszeit; heutzutage wirken sie hingegen überaus naiv – die Zeiten, in denen sich der Produktivitätszuwachs gleichzeitig in Lohnerhöhungen *und* einer Reduzierung der Arbeitszeit manifestierte, sind längst vergangen. Seit in den 1960er und 1970er Jahren flächendeckend die 40-Stunden-Woche eingeführt wurde, haben sich die wöchentlichen Arbeitszeiten kaum noch verändert; Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten heute ebenso lange wie ihre Eltern und Großeltern.

Dies ist auf den ersten Blick verblüffend, da aufgrund des anhaltenden Anstiegs der Produktivität immer weniger Menschen im produzierenden Gewerbe tätig sind, bzw. tätig sein müssen, um den materiellen Wohlstand zu sichern. Allerdings wächst der tertiäre Sektor kontinuierlich an, wie Abbildung 6 verdeutlichte, arbeiteten in Deutschland im Jahr 2005 ca. 72 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich. Stellt man in Rechnung, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen von Industrieunternehmen hierbei noch gar nicht berücksichtigt sind, ist der tatsächliche Anteil derjenigen, die nicht direkt in der Güterproduktion tätig sind noch höher.

⁵² Ich will hier nur noch ergänzend die mögliche Antwort auf die Frage liefern, warum in Griechenland keine Autos gebaut oder andere Fertigerzeugnisse hergestellt werden (was eine der Ursachen "griechischen Misere" ist): Die Unternehmen, die in diesem Wettbewerb erfolgreich sind, produzieren nicht nur immer kostengünstiger, sie werden auch immer größer (teilweise durch Fusionen, die ihnen weitere Kostenvorteile verschaffen sollen). Ein vergleichsweise kleines Land wie Griechenland könnte wahrscheinlich keine eigene Automobilindustrie aufbauen (selbst wenn das know-how vorhanden wäre) weil es gar nicht über das Kapital verfügte, eine moderne Fabrik zu finanzieren. Für ausländische Investoren hingegen dürften die Lohnkosten im Vergleich zu Billiglohnländern wie Ungarn oder Rumänien zu hoch sein. Angesichts der enormen Unterschiede der Lohnhöhe in den einzelnen europäischen Ländern relativiert sich die Feststellung, Produktivitätssteigerungen seien der einzige Weg zur Kostensenkung ein Stück weit; die Verlagerung in Billiglohnländer bietet sich ebenfalls als Option an, wenn ein gemeinsamer Wirtschaftsraum existiert. In der Regel setzt der Wettbewerb um die niedrigsten Löhne aber erst dann ein, wenn das Rationalisierungspotential ausgeschöpft ist und die Produktion nicht weiter automatisiert werden kann.

Der tertiäre Sektor ist allerdings ein hochgradig heterogenes Konstrukt, die sozialen Lagen der hier tätigen Menschen unterscheiden sich drastisch: Während am oberen Ende der Einkommenshierarchie Investmentbanker, Fonds-Manager und Unternehmensanwälte Millionen verdienen, schufteten am unteren Ende Paketausfahrer und Reinigungskräfte für den Mindestlohn – und selbst den erhalten sie nur, wenn sie nicht in ein Konstrukt der Scheinselbständigkeit gezwungen werden, welches die gesetzlich vorgeschriebene Vergütung ebenso wie die Arbeitszeitregelungen aushebelt. Zwischen beiden Enden des Spektrums ist eine Unzahl von MedieninformatikerInnen, LogistikerInnen, Werbefachleuten, BeraterInnen unterschiedlichster Provenienz usw. tätig, und schließlich gehören zum tertiären Sektor auch der Handel (also alle Verkäuferinnen und Verkäufer), das Gastgewerbe, die Kreditwirtschaft (mithin auch die Sparkassenangestellten) sowie der gesamte öffentliche Dienst.

Diese Aufzählung verdeutlicht bereits, dass es völlig unangemessen wäre, die Sinnhaftigkeit der im tertiären Sektor angesiedelten Tätigkeiten pauschal in Frage stellen zu wollen. Viele der dort tätigen Menschen leisten unverzichtbare Arbeit: die Müllabfuhr entsorgt unseren Abfall, Pflegekräfte kümmern sich um die Kranken und die Alten, Friseurinnen und Friseure schneiden unsere Haare, während Erzieherinnen und Erzieher die Kinder auf das Leben vorbereiten, und so weiter. Da es an dieser Stelle aber um den Wandel der Arbeitswelt geht, gehe ich zunächst nicht die genannten Bereiche ein, denn dort dürfte die Zahl der Arbeitskräfte weitgehend konstant sein; mit Ausnahme der Altenpflege wies wohl keiner der genannten Berufe in den letzten Jahrzehnten einen signifikanten Anstieg der Beschäftigten auf,⁵³ die sog. "Daseinsfürsorge", d.h. die Erbringung lebensnotwendiger Dienstleistungen ist insgesamt keine Wachstumsbranche.

David Graeber führt das Wachstum des tertiären Sektors denn auch nicht zuletzt auf die Zunahme sogenannter "Bullshit-Jobs" zurück – Tätigkeiten deren Nutzen nicht nur für außenstehende Beobachter fragwürdig ist, sondern auch den Menschen nicht einsichtig, die in diesen Jobs arbeiten.

»Was würde geschehen, wenn diese ganze Berufsgruppe einfach verschwinden würde? Man kann über Krankenschwestern, die Mitarbeiter der Müllabfuhr oder Automechaniker sagen, was man will, aber eines liegt auf der Hand: Würden sie sich plötzlich in Luft auflösen, die Folgen wären sofort spürbar und katastrophal. Auch eine Welt ohne Lehrer oder Hafenarbeiter würde schnell in Schwierigkeiten geraten, und selbst ohne Science-Fiction-Autoren oder Ska-Musiker wäre sie sicher weniger schön. Dagegen ist nicht ganz klar, wie die Welt leiden würde, wenn alle Privatequity-Manager, Lobbyisten, Public-Relations-Forscher, Versicherungsfachleute, Telefonverkäufer oder Rechtsberater auf ähnliche Weise verschwinden würden« (Graeber 2018: 18f.).

Das Problem auf einzelne Berufsgruppen reduzieren zu wollen, greift meines Erachtens aber zu kurz. Ich bin zwar persönlich durchaus der Ansicht, dass z.B. Anlageberater oder Unternehmensanwälte, die lediglich darauf abzielen, ihre ohnehin reiche und privilegierte Klientel noch vermöglicher zu machen, Teil eines gesamtgesellschaftlichen Problems sind – aber darum geht es an dieser Stelle nicht, sondern um den immensen Anteil, den unproduktive Arbeit mittlerweile innerhalb eines Wirtschaftssystems ausmacht, welches ansonsten auf den beständigen Anstieg der Produktivität ausgerichtet ist. Graeber schreibt diesbezüglich:

»Es ist, als würde sich irgendjemand sinnlose Tätigkeiten ausdenken, nur damit wir alle ständig arbeiten. Und genau da liegt das Rätsel. Im Kapitalismus sollte genau das eigentlich *nicht* eintreten. Natürlich, in den alten, ineffizienten sozialistischen Staaten wie der Sowjetunion, wo Beschäftigung sowohl ein Recht als auch eine heilige Pflicht war, schuf das System so viele Jobs,

⁵³ Ich gehe zumindest davon aus, habe das aber nicht durch einen Rückgriff auf die amtliche Statistik verifiziert.

wie es schaffen musste. (Deshalb waren in den sowjetischen Kaufhäusern drei Verkäufer nötig, um ein Stück Fleisch zu verkaufen.) Aber solche Probleme sollte der marktwirtschaftliche Wettbewerb eigentlich beseitigen. Zumindest in der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie wäre es das Letzte, was ein gewinnorientiertes Unternehmen tun würde, Geld an Mitarbeiter auszuzahlen, die eigentlich nicht gebraucht werden. Und doch geschieht genau das. Konzerne nehmen zwar ständig erbarmungslose Kürzungen vor, aber von Entlassungen und Mehrarbeit sind regelmäßig diejenigen Menschengruppen betroffen, die tatsächlich Dinge herstellen, transportieren, reparieren und instand halten. Durch eine seltsame Alchemie, die niemand erklären kann, wird die Zahl der bezahlten Aktenschieber am Ende immer größer, und immer mehr Angestellte arbeiten – sowjetischen Arbeitern eigentlich nicht unähnlich – auf dem Papier 40 oder sogar 50 Stunden in der Woche, aber effizient arbeiten sie, wie Keynes es vorhergesagt hatte, nur 15 Stunden« (Ibid.: 15).

Das ist aber vielleicht weniger ein Problem bestimmter Berufsgruppen, als eine grundlegende Fehlentwicklung im Bereich der Verwaltung. Auch dort verrichten Menschen notwendige Tätigkeiten, kein Unternehmen kann ohne eine funktionierende Buchhaltung, ein effizientes Controlling und die Personalabteilung existieren. Aber es scheint tatsächlich so zu sein, dass die Menschen, welche die wirklich notwendigen Tätigkeiten erbringen, immer mehr ihrer Arbeitszeit in vielfach als komplett nutzlos empfundenen Meetings und Klausurtagungen verbringen, wo man sie mit inhaltsleeren Powerpoint-Präsentationen traktiert. Im schlimmsten Fall werden sie von Vorgesetzten in Arbeitsgruppen abgeordnet, wo sie Aufgaben wahrnehmen müssen, die eigentlich diesen Vorgesetzten obliegen, welche sie aber nicht wahrnehmen – entweder weil sie inkompetent sind, oder weil sie glauben, dass moderne Arbeit so aussieht. Wenn man es nicht besser kennt, hält man diese "Bullshit-Kultur" (das bezeichnet den Sachverhalt vielleicht passender) dann für normal, und notwendig. In jedem Fall wären die Heerscharen von ModeratorInnen, Coaches und BeraterInnen, welche in den Verwaltungen jene Rollen übernehmen, die die Vorgesetzten nicht ausfüllen wollen oder können, in einer funktionalen Unternehmenskultur überflüssig.

Da es sich hier aber nicht um einen organisationssoziologischen Text handelt, will ich es bei diesen Bemerkungen belassen und das Augenmerk darauf richten, wie ungleich mit dem Thema der Effizienz auf den jeweiligen Ebenen der Hierarchie umgegangen wird – David Graeber deutet das in obigem Zitat bereits an. Zumindest scheint es so zu sein, dass während einerseits Verwaltungen immer mehr aufgebläht werden, der Druck auf diejenigen, welche letztlich die Produkte herstellen oder unverzichtbare Dienstleistungen erbringen, beständig ansteigt.⁵⁴ In welchem Maß dies der tatsächlich der Fall ist, wäre allerdings im Einzelfall genau zu prüfen, der Bereich der Altenpflege dürfte diesbezüglich aber die Spitze eines Eisbergs darstellen. Laut einer neueren Untersuchung der Universität Bremen liegt »die jährliche Wahrscheinlichkeit des Eintritts in die Erwerbsminderungsrente liegt für Altenpflegefachkräfte um 27 Prozent höher als bei den sonstigen Berufen. Für Altenpflegehilfskräfte ist die Wahrscheinlichkeit sogar doppelt so hoch wie in sonstigen Berufen« (Rothgang, Müller, Preuß 2020: 210). Der Krankenstand bei den Altenpflegefachkräften liegt um 43 Prozent höher in sonstigen Berufen, bei Altenpflegehilfskräften sogar um 73 Prozent höher (Ibid.:176).

Das vorstehende Beispiel illustriert nochmals, dass der Druck auf jene Arbeitskräfte offenbar am größten ist, die ohnehin am schlechtesten entlohnt werden (auch wenn diesbezüglich sicherlich etliche Ausnahmen bestehen). Ich werde darauf im folgenden Kapitel im Kontext der "Prekarisierung" weiter Bereiche der Arbeitswelt im Zuge der ökonomischen

⁵⁴ Graeber zufolge werden »echte, produktive Arbeiter ... erbarmungslos unter Druck gesetzt und ausgebeutet« (Ibid.: 20).

mischen Entwicklung zurückkommen, will aber zunächst noch einige Ausführungen zur Vermögensentwicklung und -verteilung einschieben.

Kapital und Arbeit

Ich hatte weiter oben bereits ausgeführt, dass in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sich Menschen an der Arbeit anderer Menschen bereichern, die erzielten Profite aber nicht unproduktiv verschwenden (wie der mittelalterliche Adel), sondern produktiv in die Ausweitung und Intensivierung der Produktion investieren. Insofern die Arbeiterklasse organisiert und politisch wirkmächtig ist – was in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg fraglos der Fall war – partizipieren auch die arbeitenden Menschen am wirtschaftlichen Wachstum, und in den Industriegesellschaften breitet sich materieller Wohlstand aus, während gleichzeitig die Arbeitszeiten sinken. Der deutliche Anstieg des Lohnniveaus im 20. Jahrhundert ist tatsächlich vor allem auch darauf zurückzuführen, dass die Arbeiterschaft in den Industrienationen weitestgehend gewerkschaftlich organisiert waren und sich ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum nicht zuletzt durch Streiks erkämpften. Ohne eine entsprechende Verhandlungsmacht der Werktätigen wäre "soziale Marktwirtschaft" wohl nur eine leere Phrase.⁵⁵

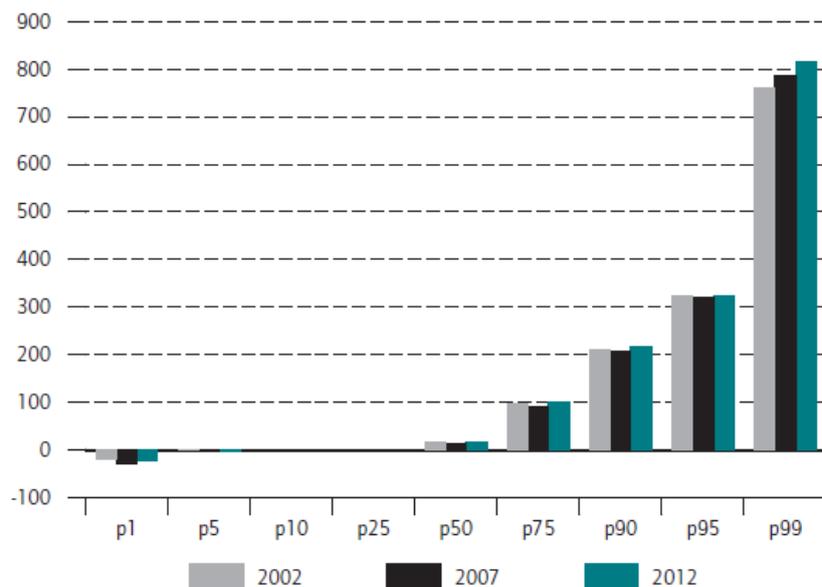


Abb. 10: Vermögen pro Kopf in ausgewählten Perzentilen (in tsd. Euro, Quelle: Grabka/Westermeier 2015: 156)

Die deutsche Gesellschaft blieb aber nichtsdestotrotz hinsichtlich der Vermögensverteilung hochgradig ungleich, und dies ist nach wie vor der Fall (vgl. Abbildung 10). Das gesamte Vermögen der deutschen Privathaushalte betrug Markus Grabka und Christian

⁵⁵ Sog. "neoliberale" Politiken zielten und zielen auch darauf ab, die Macht der Gewerkschaften zu brechen, und so die Verhandlungsposition Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schwächen.

Westermeier zufolge im Jahr 2012 rund 6,3 Billionen Euro, das entsprach pro Kopf der ab 17-Jährigen 83.000 Euro. Dieser Durchschnittswert sagt aber nichts über die gesellschaftliche Realität aus, wie Grabka und Westermeier erläutern:

»Der Median der Vermögensverteilung, also der Wert der die reichsten 50 Prozent der Bevölkerung von der ärmeren Hälfte trennt, war mit knapp 17.000 Euro wesentlich niedriger als der Durchschnitt – Folge der ungleichen Verteilung des Vermögens. Gut ein Fünftel aller Erwachsenen verfügte über kein persönliches Vermögen – bei sieben Prozent waren die Verbindlichkeiten sogar höher als das Bruttovermögen. Das reichste Zehntel der Bevölkerung ab 17 Jahren besaß ein Nettovermögen von mindestens 217.000 Euro, beim reichsten Prozent waren es 817.000 Euro« (Grabka/Westermeier 2014: 153ff.).⁵⁶

Ich will diese Zahlen hier nicht weiter kommentieren, die kapitalistische Ökonomie funktioniert nun einmal so, dass das Vermögen durch Investitionen in Unternehmen oder Unternehmensanteile (Aktien) vermehrt wird, weil die Investoren an der dort geleisteten Arbeit partizipieren.

Viel problematischer ist, dass Vermögen vielfach nicht produktiv investiert werden, sondern "unproduktiv" – was meint, dass im Rahmen eines ökonomischen Nullsummenspiels die Bereicherung zu Lasten Dritter angestrebt wird, ohne dass dabei Werte generiert würden. Das ist im Grunde das Wesen jeglicher Spekulation, bei der die Gewinne des einen die Verluste des anderen sind; in dem Maße aber, wie diese unproduktiven Investitionen auf Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge fokussieren, werden sie zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem. So wurden in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland in erheblichem Maße ursprünglich in kommunalem Eigentum (bzw. im Eigentum kommunaler Wohnungsbaugesellschaften) befindliche Mietwohnungen an privatwirtschaftliche Kapitalgesellschaften wie die "Deutsche Wohnen" oder die "Vonovia" verkauft. Diese Unternehmen sind aber nicht dem Allgemeinwohl verpflichtet, sondern ihren Investoren, welche möglichst hohe Renditen erzielen wollen – was dazu führt, dass die Mieten (teilweise infolge fragwürdiger "Modernisierungen") drastisch stiegen. Insofern derartige Unternehmen keine neuen Wohnungen erreichten, sondern lediglich darauf abzielen, Mieterträge zu steigern, handelt es sich tatsächlich um eine rein "parasitäre" Form der Investition, die keine neuen Werte schafft.⁵⁷

Dass diese Entwicklung überhaupt möglich war, bzw. zugelassen wurde, lag an der Not der Kommunen, die versuchten, auf diese Weise einen Teil ihrer Schulden abzubauen. Die Schuldenkrise im kommunalen Bereich war wiederum einer Politik geschuldet, die einerseits die Steuern für Vermögende senkte (weil sie dem Glauben huldigte, Steuergeschenke an die Reichen kämen letztlich allen zugute) und andererseits davon überzeugt war, privatwirtschaftliche Unternehmen würden grundsätzlich effizienter arbeiten als öffentlich-rechtliche Institutionen.⁵⁸ Die Nöte jener Mieterinnen und Mieter, die von habgierigen Investoren aus ihren Wohnungen gedrängt wurden, sind selbstverständlich

56 Allerdings sind die Daten zu den großen Vermögen mit hoher Unsicherheit behaftet, wie die Autoren an anderer Stelle darlegen (Grabka/Westermeier 2015).

57 Auch wenn diese knappe Gegenüberstellung der Komplexität des Problems vielleicht nicht gerecht wird, so scheint es mir doch sinnvoll, Investitionen, die entweder die Produktivität steigern und somit Produkte verbilligen (und für mehr Menschen erschwinglich machen) oder Arbeitsplätze schaffen von solchen zu unterscheiden, die weder das andere noch das bewirken, sondern lediglich die Kapitalerträge der Investoren steigern – zu Lasten der großen Mehrzahl der arbeitenden Menschen, die über kein nennenswertes Vermögen verfügen, welches sie investieren könnten.

58 Wenn teilweise der öffentliche Dienst von Politikerinnen und Politikern missbraucht wird, um verdiente Gefolgsleute zu versorgen, die für die ihnen zugeschanzten Posten nicht qualifiziert sind, hat das selbstverständlich Konsequenzen. Grundsätzliche aber ist die öffentliche Verwaltung ebenso fähig, effizient zu arbeiten wie privatwirtschaftliche Unternehmen.

auch Teil der Ungleichheits-Problematik, da insbesondere Menschen ohne eigenes Vermögen, d.h. Wohneigentum betroffen sind. Eine unsichere Wohnsituation ist auch eine Facette von "Prekarität".

Das Beispiel der Aktiengesellschaften, welche in großem Stil Wohnraum erwerben, verweist schließlich noch auf einen anderen Aspekt des gesellschaftlichen Wandels, den ich bereits im dritten Kapitel ansprach: Die Beziehung zwischen diesen Gesellschaften und ihren Mietern ist rein ökonomischer Natur. Bei individuellen Eigentümerinnen und Eigentümern von Mietshäusern besteht (insofern diese das Haus selbst verwalten) immer auch eine persönliche Beziehung, die durchaus auch von Habgier und Abneigung, aber ebenso gut von Wertschätzung und Großzügigkeit geprägt sein kann. Diese persönliche Ebene entfällt aber notwendig, wenn die Hausverwalter lediglich als Agenten von Anteilseignern fungieren, die danach trachten, ihre Rendite zu maximieren. Die Mieterinnen und Mieter sind in diesem Fall fast notwendig lediglich Objekte des Profitstrebens.

Da personale Beziehungen aber Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung keinesfalls ausschließen – wie die Verhältnisse in der Feudalgesellschaft hinreichend verdeutlichen – will ich diesen Punkt hier nicht weiter vertiefen, sondern es bei diesen Bemerkungen belassen und mich im folgenden erneut mit dem Bereich der Arbeit befassen. Denn während die einen immer reicher werden, ohne irgendetwas zu leisten, sind andere Menschen trotz harter Arbeit arm.

Drei Facetten von "Prekarität"

dass in den vergangenen Jahren "prekäre" soziale Lagen verstärkt im Fokus des politischen Diskurses stehen, ist auf den ersten Blick erstaunlich. Armut und materielle Unsicherheit schienen im Wohlfahrtsstaat ebenso der Vergangenheit anzugehören wie der Klassenkampf zwischen Arbeiterschaft und "Kapital". Im Zuge der Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahren eröffnete sich vermeintlich jedem und jeder die Chance auf höhere Bildung und sozialen Aufstieg; die gesellschaftliche Stellung eines Menschen hing nunmehr angeblich weniger von seiner oder ihrer Herkunft ab, sondern resultierte allein aus dem individuellen Leistungsvermögen (und der Leistungsbereitschaft). In einer Gesellschaft, in welcher alle scheinbar ihres eigenen "Glückes Schmied" waren, schienen die alten Klassengegensätze obsolet zu sein. So verkündete dann auch mehr oder weniger folgerichtig der britische Premierminister Tony Blair 1999 das "Ende des Klassenkampfes".

Aber das Heilsversprechen des liberalen Kapitalismus erfüllte sich letztendlich ebenso wenig wie die Marxschen Prophezeiungen. Einerseits profitierten zwar wahrscheinlich die allermeisten Menschen in der alten Bundesrepublik vom wirtschaftlichen Wachstum und den aus der Produktivitätsentwicklung resultierenden Aufstiegschancen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg (wenngleich die ökonomische Entwicklung nicht zur Erosion der gesellschaftlichen Hierarchie führte). Andererseits haben und hatten längst nicht alle Menschen gleichermaßen am "massenhaften Wohlstand" teil, und dies gilt heute mehr denn je. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten nicht etwa geschlossen, sie hat sich vielmehr vertieft, d.h. die Reichen wurden reicher und die Armen ärmer (vgl. Abbildung 11). Wohlstand und Chancen haben sich also mitnichten über die gesamte Gesellschaft ausgebreitet, die Reichen werden reicher, und die Armen (zumindest in Relation zu ihnen) ärmer.

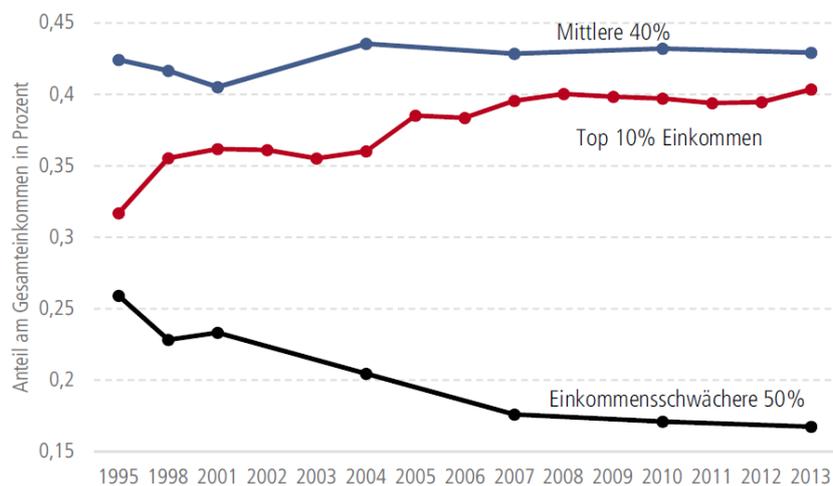


Abb. 11: Einkommensentwicklung in Deutschland vor Steuern. (Quelle: DGB Verteilungsbericht 2018)

Die wirtschaftliche Entwicklung bringt mithin nicht nur "Gewinner" hervor, sondern offenbar auch Verlierer. Diese Schattenseite der Ökonomie manifestiert sich am deutlichsten in jener Gruppe, die seit der Jahrtausendwende als "Prekariat" bezeichnet wird. Schon ein flüchtiger Blick auf die Verwendung dieses Begriffs zeigt allerdings, dass damit recht unterschiedliche Entwicklungen bzw. Phänomene bezeichnet werden. Ich werde im folgenden die drei wichtigsten diesbezüglichen Sachverhalte skizzieren.

Die Erosion des "Normalarbeitsverhältnisses"

Klaus Dörre zufolge ist »ein Vorzug des Prekariatsbegriffs ..., dass er die Produktion sozialer Unsicherheit ins Zentrum der Analyse rückt« (2015: 5).⁵⁹ Dies betrifft im Bereich der Arbeitswelt vor allem die Kurzlebigkeit von Beschäftigungsverhältnissen, welche heute oftmals von vornherein befristet sind. Während früher ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis als Norm betrachtet wurde, nahmen in den letzten Jahrzehnten die befristeten Stellen deutlich zu (sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen sind in Deutschland erst seit 1985 rechtlich möglich).⁶⁰ Laut Statistischem Bundesamt waren 2019 in Deutschland 7,4 Prozent der Erwerbstätigen im Alter über 25 Jahren befristet beschäftigt.⁶¹ Da keineswegs sicher ist, dass die betroffenen Personen nach Ende des Arbeitsverhältnisses eine neue Stelle finden, hat diese Praxis gravierende Auswirkungen auf die Betroffenen. Frank Oschmiansky zufolge sind »aus Sicht der Arbeitnehmer ... befristete Arbeitsverhältnisse, im Gegensatz zu einem Normalarbeitsverhältnis, mit erheblichen Unsicherheiten für die Lebensplanung und -steuerung verbunden. Da Arbeitgeber Befristungen häufig als verlängerte Probezeit nutzen, können aufeinanderfolgende Befristungen ("Befristungskette") dann bei anderen Arbeitgebern als negatives Signal für eine Neueinstellung gewertet werden« (2020). Die befristete Beschäftigung ist zwar in der Regel nur eine vorübergehende Episode in der Berufsbiografie, den meisten der Betroffenen erhalten früher oder später einen unbefristeten Arbeitsvertrag, allerdings erhöhen laut Oschmiansky

»Befristungen bei einem Stellenwechsel sowohl das Risiko wieder befristet beschäftigt zu werden, als auch das Arbeitslosigkeitsrisiko. Insbesondere befristete Stellen im öffentlichen Dienst erhöhen das Risiko von Befristungsketten. Befristete Arbeitsverträge erweisen sich vor allem in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs als Brücke in unbefristete Beschäftigung. Umgekehrt werden viele befristete Arbeitsverträge in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs nicht verlängert und erfüllen damit ihre Flexibilitätsfunktion für die Unternehmen« (Ibid.).

Die Befristung von Arbeitsverhältnissen ist aus Perspektive der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber mitnichten die einzige Quelle der Unsicherheit; Arbeitsplätze fallen wie gesehen fortlaufend im Zuge der Produktivitätsentwicklung weg. Zwar sind von der nach wie vor voranschreitenden Mechanisierung bzw. Automatisierung der Produktion insbesondere geringer qualifizierte Menschen betroffen, die einfache manuelle

59 Der französische Soziologe Robert Castel spricht diesbezüglich von der "Wiederkehr der sozialen Unsicherheit" (so lautet der Titel seines Beitrags in Castel/Dörre 2009).

60 »Mit dem 1985 in Kraft getretenen Beschäftigungsförderungsgesetz ... konnten erstmalig in der bundesdeutschen Geschichte Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund befristet werden. Ziel war der Abbau von Hemmschwellen gegenüber Neueinstellungen. Fortan bestand die Möglichkeit der einmaligen Befristung bis zur Dauer von 18 Monaten ohne besondere sachliche Begründung und ohne gerichtliche Missbrauchskontrolle, wenn der Arbeitnehmer neu eingestellt wird oder der Arbeitnehmer in unmittelbarem Anschluss an die Berufsausbildung nur vorübergehend weiterbeschäftigt werden kann, weil kein Arbeitsplatz für einen unbefristet einzustellenden Arbeitnehmer zur Verfügung steht. Im Jahr 1996 wurde die Höchstdauer der sachgrundlosen Befristung von 18 Monaten auf 24 Monate angehoben« (Oschmiansky 2020).

61 Quelle: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-4/befristet-beschaeftigte.html>

Tätigkeiten ausführen, es können aber im Kontext des globalen Wettbewerbs oder infolge wirtschaftlicher Krisen Unternehmen in Schwierigkeiten geraten und gezwungen sein, auch höher qualifiziertes Personal abzubauen. Im privatwirtschaftlichen Bereich ist heutzutage wahrscheinlich kein Arbeitsplatz wirklich dauerhaft sicher, nicht einmal bei Volkswagen, Siemens oder der Deutschen Bank. Umstrukturierungen, Sanierungen und Unternehmenspleiten führen immer wieder dazu, dass Menschen in nahezu allen Bereichen der Privatwirtschaft ihren Arbeitsplatz verlieren. Die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich dann eine neue Stelle in denjenigen Branchen suchen, die im Gegenzug am ständig wachsenden Export partizipieren.⁶² dass dies auch gelingt, ist aber keinesfalls gesichert – ebenso wenig wie die "Zukunftssicherheit" des neuen Beschäftigungsverhältnisses.

Mit dem beschleunigten ökonomischen Wandel verändern sich auch die Berufsbiographien. Bis ins letzte Drittel des 20. Jahrhundert galt eine quasi "lebenslange" Betriebszugehörigkeit als Normalzustand. Junge Männer begannen im Alter von 14 oder 15 Jahren (der Hauptschulabschluss war lange Zeit die Regel) eine Berufsausbildung, wurden dann vom Unternehmen übernommen, und gingen schließlich nach 50-jähriger Betriebszugehörigkeit in den Ruhestand.⁶³ Das kann derzeit kaum noch jemand erwarten, wie gerade erwähnt ist im privatwirtschaftlichen Bereich vielleicht kein Arbeitsplatz in keiner Branche wirklich dauerhaft sicher, nicht einmal in der chemischen Industrie, im Maschinen- und Anlagenbau oder der Automobilbranche. Heutzutage müssen die meisten Menschen sich im Laufe ihres Erwerbslebens mindestens einmal oder auch häufiger umorientieren und den Arbeitsplatz wechseln, d.h. ihre Erwerbsbiographie ist "gebrochen".

Der wiederholte Wechsel des Unternehmens ist allerdings für sich genommen *kein* Indikator für "Prekarität" – allein schon deshalb nicht, da insbesondere hochqualifizierte Menschen häufig neue Herausforderungen suchen, weil ihr bisheriger Job sie zu langweilen beginnt, weil sie anderswo mehr verdienen können, oder sie von sog. "Headhuntern" abgeworben werden. Beruflicher Aufstieg ist jenseits des öffentlichen Dienstes oft mit einem Wechsel des Unternehmens verbunden. Sind Personen hingegen schlecht qualifiziert und haben ohnehin schon Probleme, einen einigermaßen adäquat vergüteten Arbeitsplatz zu finden, dürften wiederholte Brüche in der Erwerbsbiographie sehr wohl ein Indikator für eine "prekäre" Beschäftigungssituation sein, insbesondere wenn zwischen den einzelnen Stationen längere Phasen von Arbeitslosigkeit und Umschulung stehen.

Wie die objektive Unsicherheit der Arbeitswelt von den Menschen subjektiv wahrgenommen wird, unterscheidet sich folglich je nach deren sozialer Positionierung. Verfüge ich über ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital, ist die Lage für mich

62 Wie kurzlebig vermeintlich zukunftssichere Branchen sein können, illustriert vielleicht am besten das Beispiel der deutschen Solarindustrie. Die Zahl der im Bereich der Herstellung von Solarmodulen Beschäftigten wuchs zwischen 2000 und 2011 von 9.000 auf 156.700 an, 2013 waren es lediglich noch 70.200 (Quelle: [//de.statista.com/statistik/daten/studie/13589/umfrage/anzahl-der-arbeitsplaetze-in-der-solarenergiebranche-in-deutschland/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/13589/umfrage/anzahl-der-arbeitsplaetze-in-der-solarenergiebranche-in-deutschland/)). Mittlerweile hingegen gilt die Solarenergie wieder als Zukunftsbranche, und laut "Deutscher Welle" werden auch in Deutschland erneut Fachkräfte gesucht ([//www.dw.com/de/solarenergie-wird-weltweit-zum-jobmotor-arbeitskraefte-gesucht-photovoltaik-handwerker/a-57949587](http://www.dw.com/de/solarenergie-wird-weltweit-zum-jobmotor-arbeitskraefte-gesucht-photovoltaik-handwerker/a-57949587)), allerdings offenbar primär im Bereich der Montage, die hierzulande verbauten Module stammen zum größten Teil aus China. Eine ähnliche Entwicklung gab es in der Windkraftbranche (<https://www.deutschlandfunkkultur.de/wut-auf-die-energie-wende-warum-in-der-windkraftbranche-100.html>).

63 Inwieweit die lebenslange Betriebszugehörigkeit tatsächlich ein fast universell gültiger Normalzustand war, kann ich nicht sagen; möglicherweise handelte es sich eher um ein Ideal, welches sich aber für sehr viele Menschen realisieren ließ.

wahrscheinlich nicht bedrohlich.⁶⁴ Habe ich hingegen wenig Alternativen und bin auf meinen Arbeitsplatz angewiesen (möglicherweise auch aufgrund hoher Hypothekenzinsen), muss ich dessen Verlust deutlich mehr fürchten, da ich keineswegs sicher sein kann, in absehbarer Zeit eine gleichwertige Stelle zu finden. Für viele Menschen bedeutet der Verlust des Arbeitsplatzes dergestalt einen sozialen Abstieg, da die sozialen Sicherungssysteme im Zuge der "Reformen" der rot-grünen Regierung Schröder massiv abgebaut wurden, und Langzeitarbeitslose erst dann Sozialleistungen erhalten, wenn ihr gesamtes Vermögen aufgebraucht ist.

Die Begriffe "prekär" und "Prekarität" sollten in Bezug auf Berufsbiografien also nur dann verwendet werden, wenn die Situation auf dem Arbeitsmarkt bzw. in der Erwerbstätigkeit von einer Person auch tatsächlich als unsicher (und vielleicht sogar als bedrohlich) empfunden wird.⁶⁵

Die Ausweitung des Niedriglohnssektors

Der drohende soziale Abstieg ist allerdings nicht die einzige Facette, die ein Arbeitsverhältnis zu einem "prekären" macht. Als prekär kann Brinkmann et.al. zufolge die Erwerbssituation dann bezeichnet werden, »wenn die Beschäftigten aufgrund ihrer Tätigkeit deutlich unter ein Einkommens-, Schutz- und soziales Integrationsniveau sinken, das in der Gegenwartsgesellschaft als Standard definiert und mehrheitlich anerkannt wird. Und prekär ist Erwerbsarbeit auch, sofern sie subjektiv mit Sinnverlusten, Anerkennungsdefiziten und Planungsunsicherheit in einem Ausmaß verbunden ist, das gesellschaftliche Standards deutlich zuungunsten der Beschäftigten korrigiert« (2006: 17). Diese Definition verweist direkt auf den sog. "Niedriglohnssektor". Der Anteil der in diesem Segment tätigen Personen wuchs zwischen 1997 und 2017 von 16 auf 23 Prozent an (vgl. Grabka/Schröder 2019).⁶⁶ Die absolute Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im diesem Bereich liegt mittlerweile bei ca. 9 Millionen (einschließlich Teilzeitbeschäftigte). Besonders hoch war 2018 dem statistischen Bundesamt zufolge »der Anteil von Beschäftigten mit Niedriglohn im Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten (80,5 %), bei Taxifahrer/-innen (77,5 %) und beim Ausschank von Getränken (76,5 %). Aber auch an Tankstellen (75,6 %) und im Anbau von Kern- und Steinobst (78,5 %) gab es besonders viele Beschäftigte mit Niedriglohn«. ⁶⁷ Dass in dieser Aufzählung das Hotel- (Zimmermädchen) und Reinigungsgewerbe (Putzkräfte) ebenso fehlt wie der Bereich der Paket- und Bringdienste, Schlachthöfe oder die Altenpflege ist m.E. der Art der Erhebung geschuldet, denn auch dort dürften viele Beschäftigte für Stundenlöhne unterhalb die Niedriglohngrenze arbeiten. In Ermangelung besserer Daten muss ich es allerdings bei dieser Bemerkung belassen. Frauen arbeiten wesentlich häufiger im Niedriglohnbereich als Männer. »2018 bekamen 26,4 % der Frauen Niedriglöhne, im Vergleich zu 16,3 % der Männer. Hauptursachen dafür sind, dass Frauen oft in gering bezahlten Berufen und Branchen arbeiten und sehr viel häufiger Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigte sind«. ⁶⁸

64 Ich habe (a) ausreichend Geld, um nicht in die Schuldenfalle zu geraten, (b) gute Beziehungen, was mir hilft, schnell eine interessante neue Stelle zu finden, und (c) eine gute Ausbildung und auch gute Umgangsformen, die mich für Arbeitgeber interessant machen.

65 Klaus Kraemer spricht diesbezüglich von einer »subjektiv wahrgenommenen, "gefühlten Prekarität"« (2008: 77), die aber durchaus mit den objektiven Bedingungen korrespondieren dürfte.

66 Im April 2018 lag die Niedriglohngrenze bei einem Bruttoarbeitslohn von 11,05 Euro/Stunde.

67 www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-2/niedriglohnquote.html.

68 Statistisches Bundesamt, Quelle siehe obige Fußnote.

Der überwiegende Teil der im Niedriglohnssektor tätigen Menschen verfügte 2018 über keinen beruflichen Ausbildungsabschluss, ihr Anteil betrug 48,9 Prozent. Tatsächlich verfügen erstaunlich viele Menschen in Deutschland über keinerlei formale Qualifikation. Dem aktuellen Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zufolge verfügten »im Jahr 2017 ... 14,2 % (hochgerechnet 2,12 Millionen) der jungen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren in Deutschland über keinen Berufsabschluss und somit über schlechtere Voraussetzungen für eine dauerhafte qualifizierte Beteiligung am Erwerbsleben. Dies ist mit erheblichen negativen Konsequenzen für die Betroffenen und die Gesellschaft insgesamt verbunden. So tragen Personen ohne Berufsabschluss u. a. ein höheres Risiko der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit, und verdienen im Vergleich zu Beschäftigten mit Berufsabschluss im Durchschnitt deutlich weniger« (BMBF 2019: 48).⁶⁹

Nicht zuletzt um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe zu verhindern, förderte die Bundesregierung ab Ende der 1990er Jahre die Ausweitung des Niedriglohnssektors. Ich will an dieser Stelle nicht diskutieren, wer davon am meisten profitiert (hat), sondern nur darauf hinweisen, dass die Arbeit in diesem Bereich für die Betroffenen die Prekarität eher perpetuiert denn aufhebt.⁷⁰ Auch wenn die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns eine gewisse Abhilfe geschaffen hat (dieser wird aber offenbar von etlichen Unternehmen systematisch unterlaufen), sind 9,82 € (der ab 1. Januar 2022 geltende Satz) nicht eben üppig bemessen. Für eine alleinstehende Person, die in Vollzeit arbeitet, mag das ausreichen; es genügt aber kaum, um eine Familie angemessen zu unterhalten, und eine adäquate Absicherung gegen Altersarmut dürfte auch schwerlich möglich sein.⁷¹

Wir werden uns im übernächsten Kapitel noch ausführlicher mit "Armut" befassen, aber unabhängig davon, ob wir im Niedriglohnssektor tätige Personen und Bezieher von "Hartz IV" als "arm" betrachten oder nicht sollte unstrittig sein, dass die betroffenen Personen sich in einer prekären ökonomischen Situation befinden.⁷² Die wirtschaftliche Lage vieler ungelernter Arbeitskräfte dürfte sich in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten in dem Maße verschlechtert haben, in dem ihre Arbeitsplätze in den industriellen Kernbereichen der fortschreitenden Mechanisierung zum Opfer fielen. Zu der Zeit, als die deutsche Industrie in großem Stil sog. "Gastarbeiter" in Italien, Portugal,

69 »Personen, die ihre berufliche Ausbildung noch nicht beendet haben (Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende) und Freiwilligendienstleistende werden nicht zu den Personen ohne Berufsabschluss gezählt.« (Ibid., Fußnote 63).

70 »Deutschland galt lange als Hochlohnland und war für seine ausgeglichene Einkommensstruktur bekannt. Durch einen Ausbau des Niedriglohnssektors wollte die rot-grüne Bundesregierung Anfang des Jahrhunderts mit einer lohnpolitischen Kehrtwende die hohe Arbeitslosigkeit reduzieren. Jede Arbeit sei besser als keine Arbeit, lautete das damalige Credo. Während einige Ökonomen in diesem Ausbau des Niedriglohnssektors den Hauptgrund für den Abbau der Arbeitslosigkeit sehen, verweisen Kritiker dieser Entwicklung auf eine Zunahme des Phänomens „Arm trotz Arbeit“ « (Oschimiansky 2000).

71 Einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung zufolge handelt sich beim Mindestlohn » keineswegs um ein Allheilmittel. Im Haushaltszusammenhang zeigt sich, dass Mindestlöhne in ihrer gegenwärtigen Ausrichtung nicht in jedem Falle eine armutsfeste Einkommenslage erzeugen, so etwa bei größerer Kinderzahl oder zwei Geringverdienern im Haushalt« (Promberger et. Al 2018: 19). Inwiefern die angestrebte Erhöhung auf 12 Euro pro Stunde daran etwas ändern wird, wäre anhand künftiger Untersuchungen zu klären.

72 Man muss derzeit nicht zum Mindestlohn arbeiten oder arbeitslos sein, um die Wohnung zu verlieren. Nicht nur in Berlin kann es "Normalverdienerinnen" schnell passieren, dass sie im Zuge einer Luxusmodernisierung aus ihrer (bezahlbaren) Wohnung vertrieben werden, und Probleme haben, eine neue Bleibe zu finden. Diese Verdrängung von "Normalverdienern" durch "Besserverdiener" ist selbstverständlich auch eine Facette der gesellschaftlichen Produktion prekärer Lebenslagen (zumal die Politik wie gesehen eine erhebliche Mitschuld trägt, denn sie war es, die ohne Not die ehemals kommunalen Immobilien an privatwirtschaftliche Unternehmen verkauft hat).

Spanien, Jugoslawien und der Türkei bestand noch ein großer Bedarf an "Produktionshelfern" ohne formale Qualifikation. Auch wenn diese Personen in die niedrigsten Vergütungsgruppen der Tarifverträge eingruppiert waren, wurden sie doch im Vergleich zu Beschäftigten im heutigen Dienstleistungsbereich recht gut entlohnt, und vor allem waren sie in der Regel gewerkschaftlich organisiert, Teil einer "Solidargemeinschaft" – auch wenn sie an deren unterstem Ende rangierten, gehörten sie nichtsdestotrotz dazu. Die Situation ungelernter Arbeitskräfte in der Industrie dürfte jedenfalls kaum mit jener der heute im Niedriglohnbereich tätigen Personen vergleichbar gewesen sein.⁷³ Der "Organisationsgrad", d.h. der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an der arbeitenden Bevölkerung nahm seit 1991 kontinuierlich ab – was zumindest ein Indikator für Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt ist, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne formale oder geeignete Qualifikation in besonderem Maß betreffen (vgl. Abbildung 12).

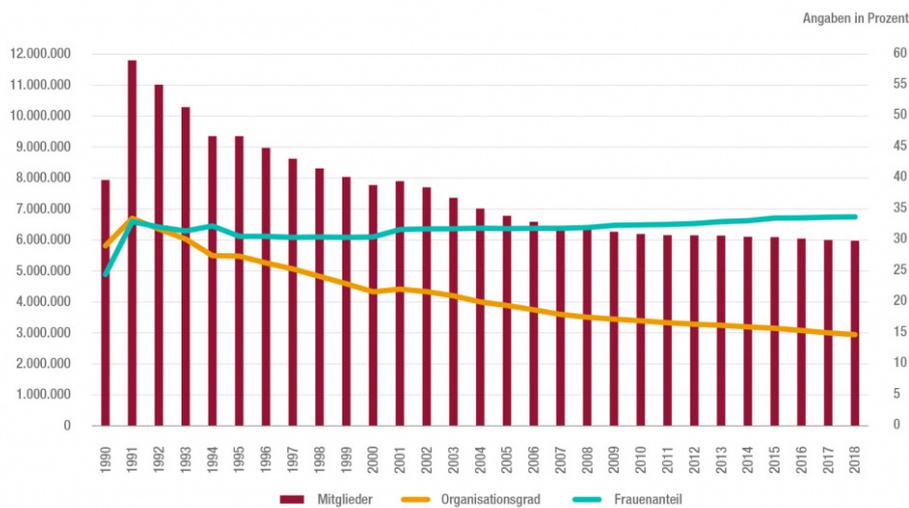


Abb. 12: Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 2020)

Der geringere Anteil von Arbeitsplätzen mit Tarifbindung könnte auch dafür verantwortlich sein, dass in Ostdeutschland deutlich mehr Menschen im Niedriglohnbereich arbeiten als im Westen. Grabka und Schröder zufolge ist »der Osten Deutschlands ... geprägt von kleineren und mittleren Unternehmen, welche im Schnitt deutlich geringere Gehälter zahlen sowie häufig ohne gewerkschaftliche Vertretung sind, keinen Betriebsrat haben und nicht einem Tarifvertrag unterliegen« (Grabka/Schröder 2019).⁷⁴

Die relative Verschlechterung der Situation gering qualifizierter Frauen und Männer ist allerdings nicht allein dem Wegfall von Industriearbeitsplätzen im Zuge der fortschrei-

73 Zu den aktuell von nicht oder gering qualifizierten Arbeitskräften ausgeübten Tätigkeiten siehe den BIBB-Report 17 (Bundesinstitut für Berufsbildung) aus dem Jahr 2012. Leider geht der Bericht nicht auf die historische Entwicklung ein.

74 »Das Land mit dem geringsten Anteil an Niedriglöhnern ist Baden-Württemberg, dort liegt der Anteil bei 14 Prozent. Hingegen liegt Mecklenburg-Vorpommern mit 40 Prozent deutschlandweit an der Spitze. Die fünf Bundesländer mit den höchsten Anteilen liegen allesamt im Osten Deutschlands« (Idid.).

tenden Automatisierung von Produktionsabläufen geschuldet, sondern auch aktivem staatlichem Handeln. Gerade auch in Bereichen, in denen nur geringe Potentiale zur Steigerung der Arbeitseffizienz bestanden, wurden im Zuge der in den 1990er Jahren um sich greifenden Politik der "Liberalisierung" und "Deregulierung" ehemals relativ gut vergütete und sichere Beschäftigungsverhältnisse in prekäre verwandelt. Dies betrifft zum Beispiel den Bereich der Gebäudereinigung; in den 1990er Jahren waren die Reinigungskräfte im öffentlichen Bereich (also auch an den Hochschulen) in aller Regel Tarifbeschäftigte, die zwar nicht sonderlich gut entlohnt wurden, aber immerhin einen sicheren Arbeitsplatz hatten. Dann aber befanden die Verantwortlichen dies als zu teuer; das eigene Personal wurde in der Folge sukzessive abgebaut, und die Reinigung Fremdfirmen übertragen – dasjenige Unternehmen mit dem günstigsten Angebot erhielt den Zuschlag. Da in diesem Bereich aber kaum Rationalisierungspotential bestand, konnten Einsparungen nur zu Lasten des Personals erzielt werden, dessen Arbeitsbedingungen und Entlohnung sich deutlich verschlechtert haben dürften. Da die Auswirkungen dieses "Outsourcing" kaum untersucht sind, will ich hier nur darauf verweisen, dass 2019 Studierende der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin eine Petition starteten, die die Arbeitsbedingungen der bei einer Fremdfirma angestellten Reinigungskräfte kritisierte und forderte, dass die Hochschule wieder eigenes Personal in diesem Bereich beschäftigt.⁷⁵ Die Problematik ist keineswegs auf Hochschulen beschränkt, Julia Friedrich zeichnet in ihrem Buch "Working Class" (2021) eindrücklich die sich aufgrund des Kostendruck verschlechternden Arbeitsbedingungen im Reinigungsbereich am Beispiel der Berliner Verkehrsbetriebe nach.

Im produzierenden Gewerbe erzeugt die Konkurrenz zwischen den Unternehmen wie gesehen einen permanenten Kostendruck – der entweder zu einer immer weitergehenden Rationalisierung führt, oder aber zur Konsequenz hat, dass Unternehmen in Niedriglohnländer abwandern. Bestimmte Dienstleistungen müssen aber notwendig vor Ort erbracht werden, ein Wettbewerb um die niedrigsten Kosten wird in diesem Bereich fast zwangsläufig auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen, wenn die politisch Verantwortlichen dies nicht unterbinden. Bei der Brief- und Paketzustellung dürfte der Preis der Dienstleistung jedenfalls weitgehend in direkter Relation zur Entlohnung der Mitarbeiter stehen.

Die Paketdienste, welche im vergangenen Jahrzehnt deutlich expandierten, sind aber nur ein Element eines umfassenden Strukturwandels im Einzelhandel, bzw. dessen rezente Ausprägung. Der gesamte Bereich ist bereits seit Jahrzehnten von tiefgreifenden Veränderungen geprägt, zunächst verschwanden inhabergeführte Fachgeschäfte und kleine "Krämer" ("Tante-Emma-Läden"), und deren Stelle traten Warenhäuser und Supermärkte. Jetzt hingegen schließen die Kaufhäuser, weil sie gegen die Konkurrenz von Amazon und Zalando nicht bestehen können – und die Supermärkte lassen ihre Waren von Lieferdiensten zu den Kunden transportieren. Wie diese Entwicklung weitergeht, kann und will ich hier nicht prognostizieren, in unserem Zusammenhang ist vor allem bedeutsam, dass im Bereich des Einzelhandels lange Zeit noch viele Selbständige tätig waren, die mit ihren Familien einen eigenen Betrieb führten – von Milchgeschäften und Obst- und Gemüseläden bis hin zu Kurzwarenhandlungen. In dem Maße, wie die Kunden diese Waren in Kaufhäusern und Supermärkten erwarben, veränderte sich auch die Beschäftigtenstruktur, die Zahl der kleinen Kaufleute, die ihr eigenes Geschäft betrieben nahm ab, die der abhängig Beschäftigten im Einzelhandel wuchs. Im Zuge der Ausweitung des Online-Handels verlagerte sich das Geschäft dann wiederum von Einzelhandel

75 www.ash-berlin.eu/hochschule/presse-und-newsroom/gesprach-zur-situation-der-reinigungskraefte/

auf den Logistikbereich. Das wäre hier vielleicht nur von untergeordneter Relevanz, würden in der Logistikbranche nicht insgesamt niedrigere Tarifröhne gezahlt als im Einzelhandel (die wiederholten Streiks bei Amazon haben auch zum Ziel, den Einzelhandelsstarifvertrag dort anzuwenden).

Am untersten Ende der Hierarchie stehen schließlich jene Auslieferungsfahrer, die möglicherweise (solange sie nicht für DHL arbeiten) weder fest angestellt sind noch eine tarifliche Vergütung erhalten. Es drängt sich zumindest der Verdacht auf, dass die Arbeitsbedingungen bei den diversen Paket- und Lieferdiensten nur deshalb kein Politikum sind, weil die dort tätigen Menschen scheinbar durchgängig einen Migrationshintergrund haben. Das verbindet sie mit den Arbeitern in den Tönnies-Schlachthöfen, für deren Arbeits- und Lebensbedingungen sich vor der Corona-Pandemie ebenfalls kaum jemand interessierte.⁷⁶

Der Komplex der aus niedriger Entlohnung und geringfügiger Beschäftigung resultierenden Prekarität ist insgesamt wahrscheinlich deutlich vielschichtiger, als die vorstehende Skizze wiedergeben konnte. Ich will es dennoch zunächst dabei belassen das Problem zu benennen, eine umfassende Analyse würde nicht nur den Rahmen dieses Skripts sprengen sondern ist auf Grundlage des verfügbaren Materials auch gar nicht möglich; einige der angesprochenen Facetten werden uns zudem weiter unten noch beschäftigen. Angesichts der für die Betroffenen gelinde gesagt unerfreulichen Realität drängt sich allerdings die Frage auf, warum die Politik die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse nicht nur zuließ, sondern sogar aktiv förderte?

Die Verfestigung sozialer Lagen

In der Regel korrespondiert "Prekarität" mit materieller Armut, schlechter Ausbildung und fehlenden "Beziehungen". Einerseits sind gering qualifizierte Personen schlechter bezahlt, andererseits haben sie in einer Arbeitswelt, die immer höhere Anforderungen an fachliche Qualifikation stellt, zunehmend Probleme eine Stelle zu finden. Im Grunde werden diese Menschen in der modernen Arbeitswelt gar nicht benötigt, die Produktivitätsentwicklung führt dazu, dass sie zumindest tendenziell "überzählig" sind (vgl. Castel 1995: 348 ff.). Eine Auswertung der Daten des sozioökonomischen Panel (SOEP) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung führte zu dem Ergebnis, dass in Deutschland 12,3 Prozent der Erwerbsbevölkerung (dies entspricht ca. 4 Millionen Menschen) einem "zeitstabilen Prekariat" angehören (Promberger et. al. 2018: 16). Die Personen in dauerhaft prekären Lebenslagen lassen demnach vor allem drei Gruppen zuordnen:

»Die größte Personengruppe in anhaltender, sowohl auf die Beschäftigungs- wie auch auf die Haushaltslage bezogener Prekarität stellen mit 6,7 Prozent aller Personen der Stichprobe Frauen im Haupterwerbsalter dar. Sie waren im Beobachtungszeitraum zu einem großen Anteil erwerbslos oder inaktiv und hatten häufig Kinder. Deshalb nennen wir sie Mütter in anhaltend prekärer Lage. Wenn sie erwerbstätig waren, dann vorwiegend in prekärer Beschäftigung. Auf diese Weise konnten die Mütter nur wenig zur wirtschaftlichen Sicherung des Haushalts beisteuern. Die zweitgrößte Gruppe sind mit 4,3 Prozent der Analysestichprobe (Familien-)Väter im Haupterwerbsalter, deren Einkommen auch bei dauerhafter Erwerbstätigkeit nicht ausreicht, um gemeinsam mit der Partnerin die Familie sicher zu versorgen – Väter in anhaltend prekärer Lage. Die dritte Gruppe setzt sich aus jungen Männern zusammen und umfasst 1,3 Prozent der Stichprobe. Nur knapp ein Viertel dieser jungen Männer hat am Anfang der Beobachtungsperiode bereits einen Ausbil-

⁷⁶ Die Liberalisierung der Brief- und Paketzustellung verfolgte allerdings wohl eher das Ziel, die relativ hohen Tarifröhne bei der Bundespost abzubauen. Dieser Bereich wurde durch die "Reformen" der 1990er und 2000er Jahre überhaupt erst in den Niedriglohnsektor überführt. Die mit derartigen Vorhaben zur "Deregulierung" verfolgten Intentionen wären aber im Einzelfall genauer zu untersuchen.

dungsabschluss. In der Folge zeigen sich mehrere, meist erfolglose Anläufe einen Abschluss nachzuholen, so dass am Ende der Beobachtungszeit noch immer zwei Drittel ohne Abschluss sind. Aus diesem Grund nennen wir dieses Cluster die Ausbildungsabbrecher [...]Die anhaltende Prekarität von (Aus-)Bildungsabbrechern gibt Anlass zur Sorge, dass sich Prekarität für diese jungen Menschen auch in späteren Lebensphasen nur schwer überwinden lässt« (Ibid.: 17f.).

Der Ausweitung des Niedriglohnssektors lag auch das Bestreben zugrunde, den Arbeits- bzw. Erwerbslosen dieser dritten Gruppe einen niederschweligen Einstieg in die Beschäftigung zu bieten. Ein weitere Erwartung der verantwortlichen Politikerinnen und Politiker war, dass sich die im Niedriglohnssektor erworbene Berufserfahrung später in höheren Löhnen widerspiegeln würde, als eine Art "Erfahrungsdividende". Die "Lohnmobilität" der betroffenen Personen ist aber tatsächlich sehr beschränkt, einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge verbleiben etwa zwei Drittel der Niedriglohnbeschäftigten mittelfristig in diesem Sektor (vgl. Grabka/Schröder 2019). Das ist kaum verwunderlich, wenn man sich die Beschäftigungen anschaut, denen die Betroffenen nachgehen. Der berufliche Aufstieg dürfte in den meisten Bereichen des Niedriglohnssektors überhaupt nicht vorgesehen sein; wofür sollte eine Reinigungskraft oder eine Erntehelferin sich durch ihre Tätigkeit qualifizieren? Aushilfen können vielleicht auf eine Festanstellung hoffen, aber ungelernete Hilfskräfte bleiben was sie sind, solange sie keine Ausbildung durchlaufen haben.⁷⁷

Einer der Autoren der gerade zitierten DIW-Studie kommt deshalb zur folgenden Schlussfolgerung: »dass der Niedriglohnssektor lediglich als Übergang oder gar als Sprungbrett gilt, erweist sich für die meisten als Illusion. Vielmehr gibt es eine Niedriglohnfalle. Die Politik sollte darauf hinwirken, dass der Niedriglohnssektor eingedämmt wird« (Ibid.: 249). Dazu müsste allerdings zunächst ein gesamtgesellschaftlicher Konsens bestehen, dass diese Menschen mehr oder besseres verdient haben, auch wenn ihr Qualifikationsniveau gering ist – ein Einvernehmen, das denjenigen, die die Leistungen dieses Sektors in Anspruch nehmen, einen gewissen Verzicht abforderte, weil die Preise stiegen. Ich vermag nicht zu beurteilen, ob ein derartiger Konsens derzeit in Sicht ist. Das hängt nicht zuletzt davon ab, wie man den anderen oder die andere (der die Getränke bringt oder die Wohnung sauber hält) sieht. Als prinzipiell (trotz fehlender Qualifikation) gleichwertigen Mitmenschen, oder doch eher als irgendwie minderwertig? Das mag vielleicht als übertriebene Zuspitzung erscheinen, trifft aber recht gut, worum es geht: den Wert eines Menschen und seiner/ihrer Arbeit.

In einer Broschüre der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird durchaus treffend festgestellt: »Markenzeichen der Sozialen Marktwirtschaft ist das gleichzeitige Streben nach wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Ausgleich.«⁷⁸ Von diesem "sozialen Ausgleich" ist unsere Gesellschaft aber gerade im Hinblick auf die untersten Schichten der sozialen Hierarchie recht weit entfernt. In der gerade zitierten Broschüre des BDA heißt es weiter: »Wir sind nicht davon überzeugt, dass ein Mehr an Umverteilung stets ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit hervorbringt. Im 21. Jahrhundert ist Bildung der Schlüssel zur Teilhabe«. Auch wenn man über den ersten Satz trefflich streiten mag, ist der zweite sicherlich konsensfähig, er galt allerdings auch bereits im 20. Jahrhundert, als der "Aufstieg durch Bildung" zu einem zentralen Versprechen der sozialen Marktwirtschaft wurde.

Aber gerade diese Option ist den Angehörigen sozial benachteiligter Gruppen in Deutschland weitgehend verwehrt. Jenseits der sozio-kulturellen Klischees eines "Un-

⁷⁷ Was angesichts des immer wieder beklagten Fachkräftemangels fraglos sinnvoll wäre.

⁷⁸ https://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/Fakten_statt_Zerrbilder_Gerechtigkeit_4.0.pdf

terschichts-Habitus" ist weitgehend unstrittig, dass gesellschaftlicher Aufstieg in der deutschen Gesellschaft nur begrenzt möglich ist – nicht zuletzt auch deshalb, weil Kinder aus sozial schwachen und "bildungsfernen" Milieus in der Schule faktisch systematisch benachteiligt werden. "Prekarität" ist dergestalt auch Resultat einer höchst ungleichen Chancenverteilung, wie folgende Ausführungen von Uwe Schimank verdeutlichen:

»Die Anzahl der Menschen, die irgendwann dieses Sich-Weiterhangeln nicht mehr hinkriegen, weil die Kräfte ausgehen, was sich etwa in chronischen Krankheiten und psychischen Beschwerden äußern kann, oder die einfach Pech haben, nimmt seit vielen Jahren zu. Schon Ende der 1970er-Jahre wurde Deutschland als "Zweidrittel-Gesellschaft" etikettiert. Das verwies auf eine nicht länger bagatellisierbare Anzahl von Gesellschaftsmitgliedern, die – wie es gut zehn Jahre später hieß – Opfer gesellschaftlicher "Exklusion" geworden waren. Zwar kennt man das "Lumpenproletariat" schon seit Anbeginn der kapitalistischen Gesellschaft, das als "industrielle Reservearmee" nur in wirtschaftlich guten Zeiten Beschäftigung findet und in schlechten Zeiten freigesetzt wird. Doch inzwischen sehen einige Beobachter eine Zuspitzung derart, dass unter den heutigen Langzeitarbeitslosen eine wachsende Anzahl von Menschen sei, die man im radikalen Sinne als neue Gruppe der "Überflüssigen" ... einstufen müsse: Sie werden auch in besseren Zeiten nie mehr gebraucht werden, sondern sind nur noch gesellschaftliche Kostgänger. Träfe dies zu, läge hier ein äußerst brisantes gesellschaftliches Konfliktfeld vor; und die Brisanz spitzte sich nochmals zu, wenn sich erweise, dass nicht nur diese Menschen selbst für den Rest ihres Lebens chancenlos sind, sondern auch ihre Kinder keine realistische Chance bekommen. Gerade für Deutschland hat sich ja im internationalen Vergleich gezeigt, wie schichtabhängig Bildungschancen, an denen spätere Arbeitsmarktchancen hängen, verteilt sind« (Schimank 2012: 3).

Die ökonomische und kulturelle "Verhärtung" der sozialen Lagen ist mithin nicht zuletzt auch von unserem Bildungssystem zu verantworten – welches ausgrenzt statt Chancen zu eröffnen. Zugespitzt könnte man diesbezüglich formulieren: Die Gesellschaft erwartet Leistungsbereitschaft von Menschen, denen sie die Entwicklung ihrer Leistungsfähigkeit systematisch verweigert. Dies ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

Zuvor will ich aber noch darauf verweisen, dass auch "Prekarität" eine globale Dimension hat. In Abbildung 13 ist der Anteil der in den jeweiligen Ländern im sog. "informellen Sektor" tätigen Menschen dargestellt. Das sind Personen, die sich als Tagelöhner verdingen oder an der Straßenkreuzung Schnürsenkel verkaufen, und die jeden Tag mit der Ungewißheit konfrontiert sind, ob sie ausreichend zu essen haben werden (möglicherweise wissen sie nicht einmal, wo sie die Nacht verbringen werden). Viele der Menschen die an den Rändern der Metropolen um ihre Existenz ringen, sind insbesondere in Afrika Opfer des sog. "land grabbing"; sie wurden von dem Land vertrieben, welches ihre Vorfahren seit Generationen bestellt hatten, damit dort Plantagen für den Anbau von für den Export bestimmten *cash crops* angelegt werden konnten. Ein aktueller Beitrag des Deutschlandfunk illustriert am Beispiel Mali exemplarisch den Ablauf derartiger Aktionen:⁷⁹ Die Regierung behauptet, nicht die Bauern seien Eigentümer des Landes, sondern der Staat, und verpachtet die Felder an einen Unternehmer, welcher die ursprünglichen Bewohner mit Hilfe des Militärs vertreibt, um die Hirsefelder in eine Plantage zu verwandeln. Wer sich widersetzt, wird inhaftiert.

Leider geht der DLF-Beitrag nicht näher auf die Details ein, aber es ist zu vermuten, dass auf dem angeeigneten Land schließlich Tomaten für den Export angebaut wurden, und der Unternehmer sich die Gewinne mit den politisch Verantwortlichen teilte. Es bleibt auch unklar, welche Rolle ausländische Geldgeber in diesem Fall spielten, die Umwandlung von Ackerland in Plantagen scheint aber vielfach von Institutionen wie

79 <https://www.deutschlandfunk.de/mali-deutsches-mandat-sicherheitslage-100.html>

der Weltbank gefördert zu werden, weil der Export von Tomaten, Soja oder Palmöl Einnahmen generiert, welche den Haushalt der Staaten entlasten.⁸⁰

Die Länder des globalen Südens sind in der Regel hochverschuldet, und die Ausweitung der Exporte soll Einnahmen generieren, die für den Schuldenabbau verwendet werden können, aber auch für Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Der Aufbau einer kapitalistischen Plantagenökonomie zu diesem Zweck ist aber wahrscheinlich die schlechteste Lösung. Großflächige landwirtschaftliche Monokulturen zerstören in doppelter Hinsicht Lebensräume; zum einen geht die Biodiversität verloren, zum anderen wird denjenigen Menschen, die das Land vorher bestellten, die Existenzgrundlage entzogen. Diese können sich zwar auf den Plantagen verdingen, in der Regel benötigt die kapitalistische Landwirtschaft aber deutlich weniger Arbeitskräfte als kleinbäuerliche Strukturen. In Ländern, die ohnehin schon unter einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit bzw. endemischer Unterbeschäftigung leiden, sollte eigentlich alles daran gesetzt werden, möglichst viele Menschen auf dem Land zu halten, d.h. ihnen in ihren Dörfern Perspektiven zu eröffnen, anstatt die Abwanderung in die Slums der Großstädte zu befördern bzw. zu erzwingen. Es existiert eine Vielzahl von Referenzprojekten die aufzeigen, dass der Anbau von cash-crops für den Export durchaus im Rahmen sozial und ökologisch nachhaltiger Strukturen erfolgen kann, allerdings möglicherweise für Investoren nicht so profitabel wie der ökologische und soziale Raubbau im Rahmen der Plantagenökonomie.

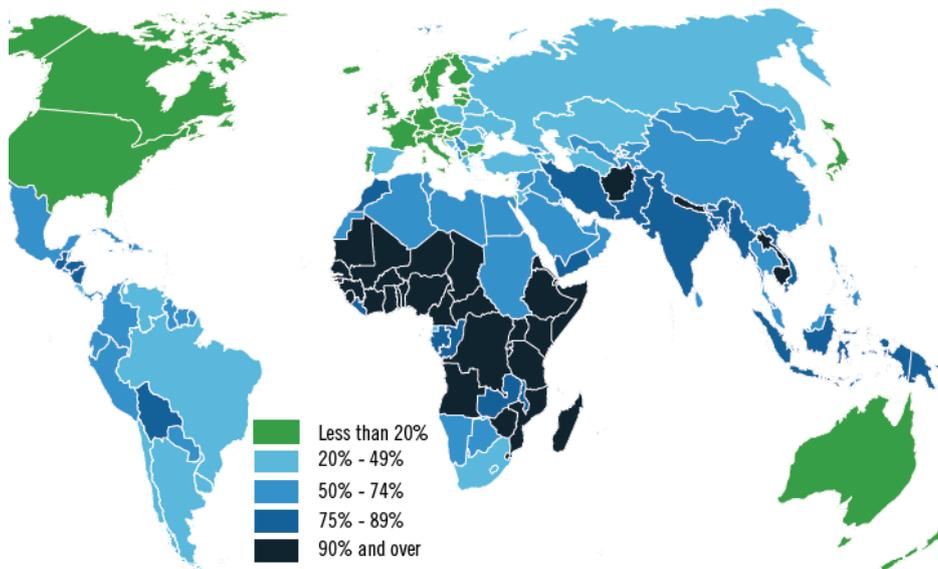


Abb. 13: Anteil der im informellen Sektor Beschäftigten im globalen Vergleich. Quelle: ILO 2018: 24

⁸⁰ Ich begnüge mich zur Illustration des Sachverhalts mit einer diesbezüglichen Aussage der Bundesstiftung Umwelt: »Während Monokulturen auf Kunstdünger und Pestizide angewiesen sind, kommen Mischkulturen und Permakultur ohne diese aus. So wird der Ausstoß des Treibhausgases Lachgas deutlich reduziert. Stattdessen werden Böden verbessert, indem der Aufbau von Humus gefördert wird, was die CO₂-Speicherfähigkeit der Böden erhöht. Der systematische Aufbau des Humusgehaltes erhöht zugleich die Boden-Fruchtbarkeit und die Fähigkeit, Wasser zu speichern« (www.regenwald-schuetzen.org/regenwald-wissen/regenwaldschutz/klimawandel-und-landwirtschaft).

Die Bedrohung afrikanischer Bauern durch derartige Allianzen von habgierigen Unternehmern, korrupten Politikern und internationalen Akteuren erzeugt mithin ein Ausmaß an Unsicherheit respektive "Prekarität", welches in Deutschland undenkbar ist.⁸¹ Millionen sind weltweit zudem Opfer kriegerischer Auseinandersetzungen und vegetieren in Flüchtlingscamps. Angesichts des täglichen Überlebenskampfes dieser Menschen relativiert sich die deutsche Prekaritätsdebatte fraglos ein Stück weit – was allerdings nicht impliziert, dass die deutschen Hartz IV-Bezieher ihren Blick nach Äthiopien richten und zufrieden sein sollten.⁸²

81 Auch wenn die Bauern nicht von ihrem Land vertrieben werden, sind sie in zunehmendem Maß vom Klimawandel betroffen, die Hirse verdorrt, oder die Ernte fällt dem Regen zum Opfer.

82 Einen Überblick über das Problem des "Land Grabbing" liefert Geuder-Jilg 2014.

Chancenungleichheit in der Bildungs- und Berufsbiographie

Ein Teil des sozialen Konsensus in den westlichen Industriegesellschaften beruht wie bereits erwähnt auf dem Versprechen des sozialen Aufstiegs mittels Bildung und Leistung – wenn nicht während einer einzelnen Bildungs- und Berufslaufbahn, so doch über die Generationen hinweg. Im Zuge des Strukturwandels des Arbeitsmarkts war die soziale Aufwärtsmobilität der nachfolgenden Generationen in den vergangenen Jahrzehnten eher Regel als Ausnahme; Kinder von Arbeitern mit Hauptschulabschluß besuchten immer häufiger das Gymnasium und studierten anschließend, um als Lehrerinnen oder Ingenieure zu arbeiten. Im Minimum tauschten sie die blaue Arbeitskleidung gegen ein weißes Hemd und waren nach Realschulabschluß und Berufsausbildung im besser bezahlten kaufmännisch-administrativen Bereich beschäftigt.

Bildungsexpansion – Schulbesuch an verschiedenen Schularten (1952 und 2012)

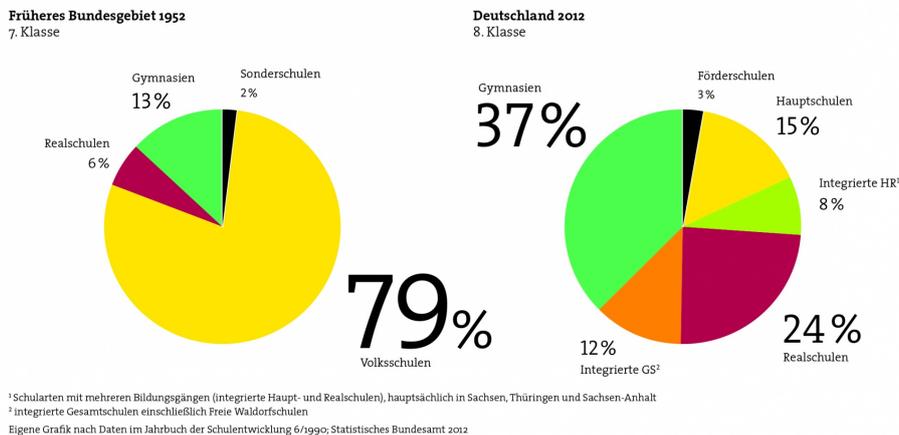


Abb. 14: Bildungsexpansion in Deutschland zwischen 1952 und 2012 (aus Geißler 2014: 1)

Aus den veränderten Anforderungen der Arbeitswelt resultierte also eine deutliche Expansion im Bereich der höheren Schulen und Universitäten. Der Bildungssoziologe Rainer Geißler faßt diese Entwicklung in einem Beitrag der Bundeszentrale für politische Bildung folgendermaßen zusammen:

»Bis in die 1960er-Jahre hinein waren die typischen Erwerbstätigen ungelernete Arbeitskräfte; diese stellten in den 1950er-Jahren große Teile der erwerbstätigen Bevölkerung. 2001 bildeten sie nur noch ein kleines Segment des Arbeitsmarktes im Umfang von 21 Prozent in den alten und 11 Prozent in den neuen Bundesländern. [...] Die typischen Erwerbstätigen von heute sind die gelernten, zum Teil auch angelernten Fachkräfte; diese stellten 2010 in Westdeutschland 53 Prozent und in Ostdeutschland 60 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Gleichzeitig haben immer mehr Menschen überdurchschnittliche Qualifikationsabschlüsse erworben. Der Anteil von Fachschulabsolventen, Technikern und Meistern lag 2010 bei 8 Prozent (West) bzw. 13 Prozent (Ost). Besonders stark war das Wachstum der Hochschulabsolventen: Der Anteil der Erwerbstätigen mit Universitätsabschluss ist von 3 Prozent in den 1960er-Jahren auf 11 Prozent (West) bzw. 10 Prozent (Ost) gestiegen. Und weitere 7 Prozent (West) und 6 Prozent (Ost) haben ein Studium an einer Fachhochschule abgeschlossen, die es in den 1960er-Jahren – mit Ausnahme einiger Vorläufer wie zum Beispiel Ingenieurschulen – noch gar nicht gab. Die Bildungsexpansion setzte in der

Bundesrepublik bereits in den 1950er-Jahren ein, verlief dann allerdings nicht gleichmäßig, sondern im Wechsel von Schub und Stagnation. Ein kräftiger Schub erfolgte im Zusammenhang mit den bildungspolitischen Debatten der 1960er-Jahre. Die BildungsökonomInnen hoben den Nutzen der Bildung für das Wirtschaftswachstum hervor ("Bildung als Humankapital"), und viele Bildungsforscher und -politiker wiesen auf die gesellschaftspolitische Bedeutung der Bildungschancen hin. "Bildung ist Bürgerrecht" lautet zum Beispiel der Titel einer einflussreichen Schrift von Ralf Dahrendorf aus dem Jahre 1965« (Geißler 2014: 1)

Während in den 1950er Jahren der weit überwiegende Teil der Schülerinnen und Schüler die Hauptschule besuchte (vgl. Abbildung 13), verfügten 2016 ca. 52 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger über die allgemeine oder eine fachgebundene Hochschulzugangsberechtigung (Bildungsbericht 2018: 120). Waren im Wintersemester 1950/51 lediglich 128.528 Studierende an den Hochschulen der Bundesrepublik eingeschrieben, stieg deren Zahl zum Wintersemester 1960/61 auf 246.939, 1970/71 betrug sie 421.976 und 1980/81 1.036.393. Im letzten Jahr vor der deutschen Wiedervereinigung, im Wintersemester 1989/90 studierten schließlich 1.504.563 junge Menschen an Universitäten, Kunst-, Verwaltungs- und Fachhochschulen.⁸³

Aber welche gesellschaftliche Realität verbirgt sich hinter diesen Zahlen? Die Bildungsexpansion und der Strukturwandel des Arbeitsmarkts (beides hängt wie bereits dargestellt unmittelbar zusammen) haben mithin fraglos vielfältige Chancen auf Qualifikation, sozialen Aufstieg und Teilhabe eröffnet. Fragt sich allerdings, für wen? Ist heutzutage tatsächlich jeder und jede seines bzw. ihres "Glückes Schmied"? Dass dem so ist, muss bezweifelt werden, der gerade skizzierte Anstieg der Qualifikationsniveaus darf keinesfalls als Indikator einer quasi universellen Chancengleichheit missverstanden werden. Olaf Groh-Samberg und Florian Hertel schreiben diesbezüglich:

»Die Chance auf sozialen Aufstieg ist ein Grundpfeiler der sozialen Ordnung in kapitalistischen Marktgesellschaften. Die Hoffnung auf sozialen Aufstieg entfesselte über Jahrhunderte hinweg – und tut dies in weiten Teilen der Welt noch heute – ungeheure Energien, die zu immensen Arbeitsleistungen, zu Disziplin, Verzicht und Leidensfähigkeit im Dienste einer besseren Zukunft anspornten. Gleichzeitig gilt die Möglichkeit sozialer Aufstiege als zentrales Kriterium für Leistungsgerechtigkeit und die Offenheit einer Gesellschaft. Gerade mit den Veränderungen hin zu einer aktivierenden und investiven Sozialpolitik ist die Chancengerechtigkeit, die sich auf die Ermöglichung sozialer Mobilität richtet, ins Zentrum gerückt. Untersuchungen zur Chancengleichheit etwa im Bildungssystem oder im Hinblick auf intergenerationale soziale Mobilität bescheinigen jedoch der deutschen Gesellschaft eine geringe Chancengleichheit. Die Chance auf einen höheren Bildungsabschluss oder eine höhere berufliche Position ist in Deutschland übermäßig stark abhängig von der sozialen Herkunft. Und das gilt selbst dann noch, wenn Leistungsindikatoren (wie schulrelevante Kompetenzen beziehungsweise Bildungsabschluss) dabei in Rechnung gestellt werden« (2015: 25).

Das deutsche Bildungssystem ist mithin keineswegs egalitär, sondern im Gegenteil nach wie vor in hohem Maß sozial selektiv.

Bei der Geburt sind zwar nicht alle Menschen gleich, ihre natürlichen Anlagen resultieren aber nicht aus der Schichtzugehörigkeit der Eltern. Inwiefern sie aber in ihrem späteren Leben in der Lage sind, ihre natürlichen Begabungen zu entwickeln, hängt in hohem Maße davon ab, in welchem Milieu sie aufwachsen. Diese soziale Selektivität durchzieht sämtliche Phasen der Bildungs- und Berufsbiographie, vom Kindergarten bis zum späteren Berufsverlauf. Nicht könnte mithin für die bundesrepublikanische Realität unzutreffender sein als das bekannte Sprichwort "Jeder ist seines Glückes Schmied", die Chancen darauf, es im Leben "zu etwas zu bringen" sind im Gegenteil von Anfang an höchst ungleich verteilt. Die dem Bildungsbericht 2018 entnommene Abbildung 13 verdeutlicht den Sachverhalt exemplarisch: Nur 28 Prozent eines Jahrgangs entstammen einem akademischen Milieu, diese stellen aber 53 Prozent der Studienanfängerinnen und

83 Quelle: BMBF (<http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/K254.html>)

–anfänger, d.h. die Bildungsbeteiligungsquote dieser Gruppe liegt bei 79 Prozent. Diese Quote beträgt lediglich 24 Prozent, wenn mindestens ein Elternteil eine Berufsausbildung absolviert hat, und lediglich 12 Prozent, wenn kein Elternteil einen Abschluß vorzuweisen hat. Worüber die Darstellung nichts aussagt, ist der jeweilige Studienerfolg, ich werde das später noch eingehender thematisieren, inwiefern auch dieser von der Herkunft abhängen dürfte, will aber zunächst eine Gründe dafür erläutern, warum der Bildungsweg in Deutschland derart stark von der Herkunft abhängt:

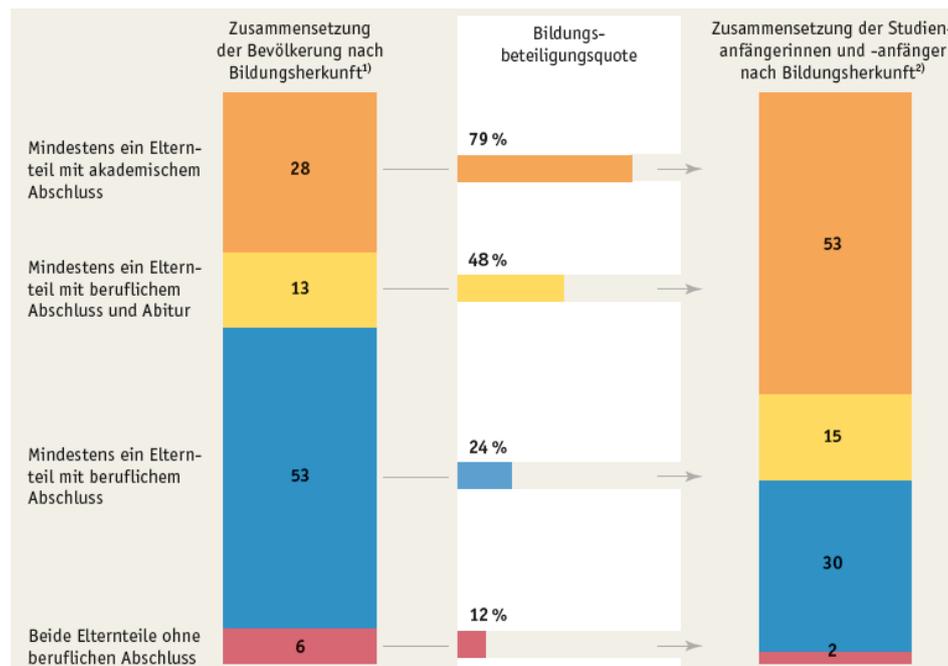


Abb. 15: Herkunftstypenabhängige Bildungsbeteiligung (Bildungsbericht 2018: 156)

Es sollte diesbezüglich zunächst unmittelbar einsichtig sein, dass Kinder, welche in einem fördernden familiären Umfeld aufwachsen, d.h. deren Eltern mit ihnen spielen, basteln, ihnen vorlesen und mit ihnen die Umwelt entdecken, über deutlich bessere kognitive und auch motorische Fähigkeiten verfügen als solche Kinder, deren Eltern dies nicht leisten, bzw. nicht leisten können. Folgende Passage aus der "Tagesschau"-Webpräsenz verdeutlicht dies eindringlich:

»**Probleme beim Zählen, Sprechen, Schneiden, Kleben.** Marion Teichert, die Schulleiterin der Juri-Gagarin Grundschule, kümmert sich seit 25 Jahren mit Leib und Seele um die Kinder. Sie bestätigt, dass die andauernde Armut Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder hat. 60 Prozent der Kinder seien anfangs gar nicht schulfähig, weil sie aus sozial schwachen Familien kommen. "Es gibt starke Entwicklungsverzögerungen bei einigen Kindern, die nicht einmal bis zehn zählen können und eingeschult werden. Die ganzen grundlegenden Fähigkeiten, sei es Schneiden, Kleben, das Sprechen im vollständigen Satz, fallen vielen Kindern unglaublich schwer."«⁸⁴

Wir dürfen zwar nicht vorschnell die soziale Lage gleichsetzen mit der Anwesenheit bzw. Abwesenheit eines fördernden Umfeldes, die Korrelation ist aber eindeutig: Wer in Armut aufwächst, hat es deutlich schwerer, in Schule und Beruf erfolgreich zu sein als

84 www.tagesschau.de/inland/kinderarmut-deutschland-101.html (2019)

Altersgenossen aus "besser situierten" Elternhäusern. Es braucht zwar keinen Hochschulabschluß, um seine Kinder aktiv zu fördern, es sollte durchaus ausreichen, sich mit ihnen aktiv zu beschäftigen (Kinder müssen m.E. weder mit vier Jahren ein Musikinstrument spielen noch mit fünf Spanisch lernen), aber Eltern, *die einen solchen Umgang selbst nie erfahren haben, können das für ihre Kinder nur schwerlich leisten*. Man mag das als "geistige Armut" bezeichnen, aber Menschen sind nun einmal auch das Produkt der Verhältnisse, in denen sie aufwachsen, und das gilt im Zweifelsfall auch für die Eltern dieser Kinder.

Aber selbst wenn die Eltern ihre Kinder fördern wollen, können sie möglicherweise nicht. Ich werde im folgenden Kapitel noch genauer betrachten, was es in unserer Gesellschaft heißt "arm" zu sein, in jedem Fall dürfte auch das Fehlen materieller Ressourcen für sich genommen die Entwicklung der Kinder beeinträchtigen. Ende 2018 lebten 1.952.638 unter 18-jährige Kinder und Jugendliche in Hartz-IV Bedarfsgemeinschaften, 886.823 von ihnen lebten in einem Haushalt mit nur einem Elternteil (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 1.6.2019). Zwar gibt es eine ganze Reihe kostenloser Angebote für Jugendliche (von der öffentlichen Bibliothek bis zum freien Eintritt ins Museum), aber erstens muss man diese kennen, und zweitens kostet Partizipation in unserer Gesellschaft nun einmal Geld – insbesondere dann, wenn man kein Geld hat. (Ich werde dieses vermeintliche Paradox im nächsten Kapitel erläutern.)

Als Resultat dieses doppelten Ressourcenmangels (Bildung und Geld) sind Kinder aus ärmeren Familien in der Schule deutlich weniger leistungsfähig als ihre Altersgenossen. Die IGLU-Studie kommt z.B. zu dem Ergebnis: »Die Anteile sowohl der lese-schwachen als auch der lesestarken Kinder sind größer geworden ... Zu denken gibt insbesondere der nun auf 18,9 Prozent gestiegene Anteil an Schülerinnen und Schülern, die am Ende der Grundschulzeit keine Leistungen auf Kompetenzstufe III erreichen. Es ist davon auszugehen, dass sie in der Sekundarstufe I in allen Fächern mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert sein werden. Insbesondere im Hinblick auf die Förderung dieser Kinder besteht somit dringender Handlungsbedarf« (Hußmann et. al. 2019: 297). Die konstatierten Defizite sind demnach in hohem Maß herkunftsinduziert: »Bedenklich ist der konstant hohe Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler und den Schullaufbahnpräferenzen. [Hinsichtlich] ... der Lesekompetenz und der kognitiven Fähigkeiten haben Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern eine deutlich höhere Chance auf eine Gymnasialpräferenz als Kinder aus bildungsfernen Familien. Im Vergleich der IGLU-Erhebungen von 2001 bis 2016 lässt sich im Zeitverlauf sogar eine Zunahme dieser Chancen feststellen« (Ibid.: 23). Einer Studie der Universität Mainz aus dem Jahr 2008 zufolge sind in der vierten Klasse die Noten von Kindern der Unterschicht in Mathematik und Deutsch durchschnittlich um mindestens eine Note schlechter als die von Oberschichtkindern (Schulze et. al. 2008: 38f.).

Wenn Kinder in der vierten Klasse nicht ausreichend lesen können, ist ihr Scheitern im weiteren Verlauf der Bildungsbiographie durchaus wahrscheinlich. Einer Infografik der Bundeszentrale für politische Bildung zufolge variiert der Anteil derjenigen, die die Schule ohne Abschluß verlassen zwischen ca. 4 Prozent (in Bayern) und 11 Prozent (in Mecklenburg-Vorpommern).⁸⁵ Diese Personengruppe erreicht dann auch besonders häufig keine berufliche Qualifikation. »Die Ungelerntenquote variiert stark in Abhängigkeit vom erreichten Schulabschluss. Personen ohne Schulabschluss sind besonders gefährdet, keinen Berufsabschluss zu erzielen. Die Ungelerntenquote der 20- bis 34-Jährigen lag 2017 in dieser Gruppe bei 68,8 %. Mit steigendem Schulabschluss sinkt

85 <https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/216398/schulabbrecher-wie-hoch-ist-der-anteil-der-schulabgaenger-ohne-abschluss-je-bundesland-2013>.

die Ungelerntenquote (Hauptschulabschluss: 32,3 %, Realschulabschluss: 10,3 %, Studienberechtigung: 5,5 %)« (BMBF 2019: 49).

Das ist aber nur die eine Seite des Selektionsprozesses. Dass bei gleichen Schulnoten Kinder aus sozial schwachen oder "bildungsfernen" Schichten seltener eine Gymnasialempfehlung erhalten als Akademikerkinder, dürfte hinreichend bekannt sein (vgl. z.B. Klemm/Anbuhl 2008:10). Warum ist das so? Weil die Lehrerinnen und Lehrer ihnen mittelfristig wenig zutrauen (oder deren Eltern nicht zutrauen, sie adäquat zu unterstützen), oder weil sie meinen, diese Kinder gehörten nicht ans Gymnasium? Oder schrecken die Eltern davor zurück bzw. halten die höhere Schule für unpassend (fehlende "Bildungsaspiration")? Pauschal ist diese Frage kaum zu beantworten. Wo auch immer die Gründe im Einzelfall liegen: Zu den Hemmnissen bei der Entwicklung der Leistungsfähigkeit tritt eine soziale Auslese nach Herkunft – möglicherweise mit dem Resultat, dass dann auch die Leistungsbereitschaft sinkt, und eine Art negative Rückkopplungsschleife entsteht. Denn warum soll ich mich anstrengen, wenn ich dafür nicht belohnt werde. Und so geht Johanna aufs Gymnasium, während Kevin die Hauptschule besucht.⁸⁶

Aber selbst wenn Kevin es auf das Gymnasium schafft, wirken hier ähnliche Selektionsmechanismen. Selbstverständlich können Eltern mit akademischem Abschluß ihren Kindern in der Regel besser bei den Hausaufgaben helfen, und selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, verfügen sie wahrscheinlich über das Geld, um eine Nachhilfelehrerin zu finanzieren. Möglicherweise müssen "Unterschichtskinder" auch mit einem gewissen Gefühl der "kulturellen Fremdheit" kämpfen, welches um so ausgeprägter sein dürfte, je "elitärer" das Selbstverständnis der jeweiligen Schule ist. Ich kann und will diese Faktoren hier aber nicht näher diskutieren, da sie in anderen Seminaren intensiv thematisiert werden. Mit erscheint insbesondere die Frage bedeutsam, ob Jugendliche aus sozial schwachen undbildungsfernen Milieus tatsächlich adäquat auf das Studium vorbereitet sind, wenn sie eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben.

Die Klagen über eine mangelnde "Studierfähigkeit" von Abiturientinnen und Abiturienten sind derzeit nahezu allgegenwärtig, etliche Universitäten und Fachhochschulen haben mittlerweile Vorkurse und Tutorienprogramme eingeführt (insbesondere für das Fach Mathematik) um die erschreckend hohen Abbrecherquoten insbesondere in den sog. "MINT-Fächern" zu senken. Für unseren Zusammenhang sind weniger diese Defizite an sich bedeutsam, als die Frage, ob sie herkunftsabhängig sind. Leider liegen hierzu keine Daten vor, die Vermutung, dass dem so ist, liegt aber zumindest nahe. Wo könnten die Gründe hierfür liegen? Ist das Abitur von "Arbeiterkindern" im Schnitt schlechter, oder sind Studienanfängerinnen und –anfänger mit einem identischen Notendurchschnitt im Abiturzeugnis nicht im gleichen Maße studierfähig? Und wieviel des bis im Alter von 18 oder 19 Jahren erworbenen Wissens wurde tatsächlich im Schulunterricht angeeignet? Auch das wäre im Hinblick auf den familiären Hintergrund noch zu untersuchen, es dürfte aber sehr wahrscheinlich so sein, dass Erstsemester aus Akademikerfamilien im Schnitt nicht nur besser auf das Studium vorbereitet sind, sondern auch die Wahrscheinlichkeit höher ist, dass sie es erfolgreich abschließen.

⁸⁶ Kinder aus "bildungsfernen" Milieus werden mithin im gesamten Verlauf ihres Bildungswegs systematisch benachteiligt und bezüglich der Entwicklung ihrer Leistungsfähigkeit behindert. Angesichts der Tatsache, dass dies (zumindest "gefühl") seit Jahrzehnten bekannt ist, muss man sich fragen, ob überhaupt gewollt ist, daran etwas zu ändern. Erneut zugespitzt und provokant formuliert heißt das: Von der Ausbildung an guten Schulen profitieren alle, schlechte Schulen (oder Lehrerinnen und Lehrer) schaden hingegen Akademikerkindern am wenigsten.

Leider liegt hinsichtlich der den Studienerfolg beeinflussenden herkunftsabhängigen Effekte kaum Material vor. Um die diesbezügliche Lücke zumindest im Ansatz zu schließen, führten Melissa Gottschalk und Linda Kachler im Rahmen eines Forschungslernseminars Interviews mit Studierenden durch, in denen sie den Zusammenhang zwischen Herkunft, Studierverhalten und Studienerfolg untersuchten. Auch wenn das Sample keine verallgemeinerbaren Rückschlüsse zuläßt, verdichtete sich unsere Ausgangshypothese, dass Studierende aus "bildungsfernen" Schichten bzw. Milieus anders studieren als Kinder mit eher "bildungsnahem" Hintergrund.⁸⁷ Auffällig war, dass die zweite Gruppe deutlich weniger zwischen Studium und "Freizeit" trennten, und auch außerhalb der Universität viel Zeit mit Kommilitoninnen und Kommilitonen verbrachte. Diese Studierenden schätzten folgerichtig ihr Studium als erfolgreicher ein als diejenigen mit eher "bildungsfernem" Hintergrund, bzw. sie bezogen sich bei ihrer Begründung eher auf Inhalte als auf Noten, was ihre Einschätzung deutlich glaubwürdiger machte.

Diese Differenz (man ist nachgerade versucht, von einer "Segregation" der Studierendenschaft zu sprechen) dürfte auch damit zusammenhängen, dass Personen mit akademischem Hintergrund sich an der Universität deutlich leichter orientieren können und auch eher das Gefühl haben "dazu zu gehören". Die "Passungsprobleme" und "Fremdheitserfahrungen" von Studierenden aus nicht-akademischen Milieus (respektive von "Arbeiterkindern") sind meines Wissens seit Jahrzehnten bekannt, bestehen aber offenbar nach wie vor (vgl. Knuth 2019: 317). Die Schwierigkeiten, die diese Personen damit haben, sich an der Universität zurecht zu finden, sollen hier keinesfalls heruntergespielt werden, ebenso wenig wie ich die von Stephanie Knuth in dem gerade erwähnten Beitrag diskutierte Rolle der Lehrenden bei der Generierung dieses Gefühls der "Fremdheit"⁸⁸ klein reden will. Das erklärt aber nicht alles. Die herkunftsabhängigen Selektionseffekte dürften darüber hinaus noch tiefergehendere Ursachen haben, die durch eine aktive "Willkommenskultur" und einen sensibleren Umgang des Lehrkörpers mit der Problematik nicht zu beheben sind. Zumindest erhärtete die gerade erwähnte Exploration den Verdacht, dass Studierende aus "bildungsnahen" Familien im Schnitt auch "leistungsfähiger" sind, weil sie von vornherein über eine höheres Maß an Allgemeinbildung verfügen, was sie wiederum befähigt, Studieninhalte besser zu kontextualisieren. Dieser Effekt wird möglicherweise noch dadurch verstärkt wird, dass diese Studierenden an einer Art "informellem Curriculum" partizipieren, d.h. Deutschlandfunk- oder BBC-Podcasts zu studienrelevanten Themen hören, weit mehr lesen, als im Studium gefordert, usw. Aus Sicht der Dozentinnen und Dozenten sind die Studierenden schlicht interessierter und engagierter, sie dürften deshalb auch einen engeren Kontakt zu den Lehrenden haben und, kommen folgerichtig eher in den Genuß von Stellen als studentische Tutorinnen und Tutoren oder als wissenschaftliche Hilfskräfte in Forschungsprojekten. Mit anderen Worten: Sie befinden sich in einer Art positiver Rückkopplungsschleife, und können durchaus optimistisch in die Zukunft blicken. Aber was wird aus den anderen, aus jenen, die nie so richtig dazu gehörten, nie wirklich auffielen (weder positiv noch negativ) und die ein mittelmäßiges bis irgendwie "ordentliches", aber keinesfalls exzellentes Examen absolvierten?

87 "Bildungsnähe" wurde nicht in Abhängigkeit vom Abschluß der Eltern unterstellt, sondern als Selbsteinschätzung abgefragt, wobei die Studierenden aufgefordert wurden, diese zu begründen. Sie ist kein Privileg akademischer Kreise, vielleicht sollte man aus diesem Grund besser von "Bildungsaffinität" sprechen.

88 Höchstwahrscheinlich gehen Studierende aus nicht-akademischen Elternhäusern wesentlich eher dem sogenannten "Uni-Bluff" auf den Leim, d.h. wichtigtuierischem Gehabe und ebenso unverständlichen wie inhaltsleeren Texten.

Womit wir beim Übergang in den Beruf angelangt wären. Selbstverständlich ist das Ziel der Universität nicht nur Berufsqualifizierung, sondern auch Persönlichkeitsbildung, aber zwischen beiden Zielen besteht kein grundlegender Konflikt; eher ist das Gegenteil der Fall: ausgeprägte analytisch-kritische Fähigkeiten und ein hohes Bildungsniveau fördern die "Berufsfähigkeit" ungemein (zumindest wenn es um akademische Berufsfelder geht).

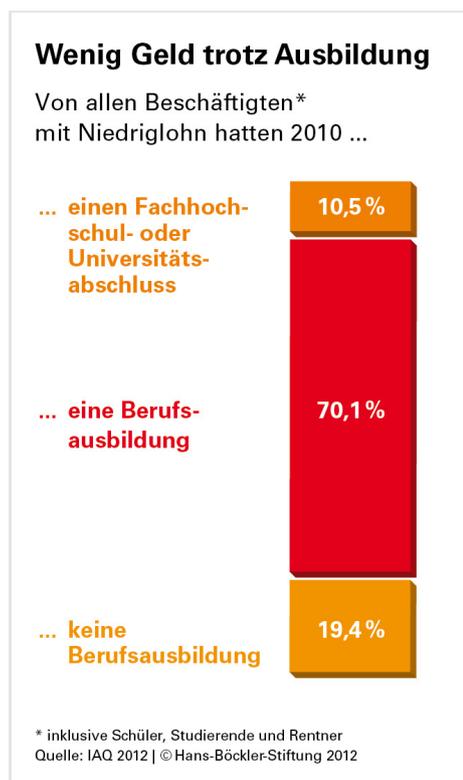


Abb. 16: Ausbildungsstand der im Niedriglohnsektor Beschäftigten

Blick dann doch – nicht zuletzt angesichts der Anstrengungen, die von der Politik unternommen werden, um noch mehr junge Menschen für ein Studium zu gewinnen. Aber auch diesbezüglich haben wir es wahrscheinlich wieder mit einem fatalen Zusammenspiel sich wechselseitig verstärkender herkunftsabhängiger Faktoren zu tun, die auf der anderen Seite dazu führen, dass Kinder von Eltern aus privilegierten Berufsgruppen überproportional gute Chancen haben, selbst wiederum privilegierte Positionen einzunehmen, wie Sam Friedman und Daniel Lauriston in ihrem Buch "The Class Ceiling" (2019) exemplarisch herausarbeiteten (vgl. Abbildung 15).

Ich will im folgenden in loser Anlehnung an die von Pierre Bourdieu (1982) vorgenommene Differenzierung zwischen unterschiedlichen "Kapitalformen" kurz rekapitulieren, welche Rolle die einzelnen Faktoren beim erfolgreichen Übergang vom Studium in den Beruf spielen, um anschließend nochmals auf die "Qualifikation" bzw. "Leistungsfähigkeit" zurückzukommen.

Die Frage ist, ob und inwiefern dieses Ziel mit dem Abschluß durchgängig erreicht wird. Aktuellen Schätzungen zufolge sind zwischen 19 und 33 Prozent der deutschen Hochschulabsolventinnen und -absolventen "unterwertig" beschäftigt, d.h. sie üben eine Tätigkeit aus, die nicht ihrem Qualifikationsniveau entspricht (vg. Kracke 2016:178). Anders herum betrachtet hatten 2012 ca. 10,5 Prozent der im Niedriglohnsektor Tätigen einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss. Ob letzteres für die Betroffenen nur eine temporäre Phase darstellt, oder sie dauerhaft in diesem Segment verbleiben, weil ihr Abschluß auf dem Arbeitsmarkt keinen Wert hat, geht aus den Zahlen der Hans Böckler Stiftung (vgl. Abbildung 14) allerdings nicht hervor. Unklar bleibt zudem, ob nicht in großer Zahl Doktorandinnen und Doktoranden mit erfaßt sind, die lediglich eine halbe oder möglicherweise nur eine drittel oder viertel Stelle einnehmen. Es sollte zwar klar sein, dass nicht jeder Abschluß gleichwertig ist (die doppelte Hierarchie der Fächer und der Abschlußnoten ist unmittelbar evident), dass ein Universitätsabschluss aber möglicherweise zu gar nichts qualifiziert, überrascht auf den ersten

- (a) **Ökonomisches Kapital:** Hat jemand ein Fach studiert, bei dem das Angebot an Absolventinnen und Absolventen die Nachfrage übersteigt (z.B. BWL mit Schwerpunkt Marketing, Sozial- und Politikwissenschaft, Geistes- und Erziehungswissenschaften insgesamt) kann die Suche nach einem adäquaten Arbeitsplatz sich langwierig gestalten. Ggf. ist auch hilfreich, unbezahlte Praktika zu absolvieren, wenn möglich im Ausland. Eine längere und intensive Arbeitssuche muss man sich aber ebenso leisten können wie ein Praktikum in London oder Paris. Es ist sicherlich kein Zufall, dass etliche der von Sam Friedman und Daniel Lauriston interviewten Personen betonten, wie wichtig das "Bankkonto von Mama und Papa" für ihren Berufsweg war. Wer hingegen nicht über derartige Ressourcen verfügt, kann sich früher oder später genötigt fühlen, im Call-Center anzuheuern – ohne realistische Aussicht darauf, jemals eine der formalen Qualifikation entsprechende Anstellung zu finden.
- (b) **Soziales Kapital:** Selbstverständlich sind auch "Beziehungen" bei der Arbeitssuche von entscheidender Bedeutung. Abgesehen davon, dass ich eine gewisse Vorstellung davon haben muss, wo ich mich überhaupt bewerben kann, sind persönliche Empfehlungen und Referenzen im Zweifelsfall unabdingbar und machen den Unterschied aus (gerade wenn in bestimmten Fächern eine vermeintliche "Noteninflation" um sich greift). Es ist wohl überflüssig zu betonen, dass das entsprechende soziale Kapital in akademischen Elternhäusern eher verfügbar ist als in Familien der Arbeiterklasse.
- (c) **Habitus:** Der Habitus macht sich zwar bereits bei der Formulierung des Anschreibens bemerkbar, im Bewerbungsgespräch dürfte er dann von überragender Bedeutung sein. "Eliten" tendieren ganz offensichtlich dazu, unter sich zu bleiben; sie achten bei der Einstellung auf die "kulturelle Passung", die sowohl Michael Hartmann (in "Mythos der Leistungsgesellschaft", 2002) als auch Sam Friedman und Daniel Lauriston thematisieren. *"Wir erkannten sofort, dass sie eine von uns war"* – dieser Satz bringt den Sachverhalt recht gut auf den Punkt. Dieser Prozeß des "sich wechselseitig Erkennens" dürfte sehr subtil ablaufen, man muss keine weißen Tennissocken zum Anzug tragen oder eine "Bild"-Zeitung in der Hand halten, um beim Bewerbungsgespräch durchzufallen. Dort spielen zwar fachliche Aspekte durchaus eine zentrale Rolle, aber Friedman und Lauriston zufolge trauen Führungskräfte jungen Leuten offenbar mehr zu, wenn sie ihnen ähnlich zu sein scheinen (2019: 17ff.).⁸⁹
- (d) **Qualifikation:** Schließlich überschätzen möglicherweise gerade Studierende aus "bildungsfernen" Schichten den Wert eines bzw. ihres universitären Abschlusses. Insbesondere in den oben genannten Fächern reicht es nicht aus, nur das zu tun, was das "offizielle" Curriculum verlangt. Das mag eine Frage der persönlichen Veranlagung sein (ein Student aus dem aktuellen Forschungskern-Seminar unterschied zwischen denen, die studieren, und jenen, die "studiert haben wollen"), wie hoffentlich hinreichend hervorgehoben können selbstverständlich auch Studierende ohne akademischen Hintergrund äußerst erfolgreich sein. Ein aktives und engagiertes Studium erfordert aber auch das Wissen um die "informellen" Anforderungen sowie ein nicht geringes Maß an Selbstorganisationsfähigkeit. Deshalb dürfte die Wahrscheinlichkeit, dass Studierende mit einem "bildungsaffinen" Hintergrund

⁸⁹ Im Gegenzug treten Personen mit entsprechendem familiären Hintergrund wahrscheinlich deutlich souveräner und entspannter im Bewerbungsgespräch auf, womit wir es wiederum mit einer Art selbsterfüllender Prophezeiung zu tun hätten.

einen exzellenten Abschluß machen deutlich höher sein als bei jenen, die eher "bildungsfernen" Schichten entstammen.⁹⁰

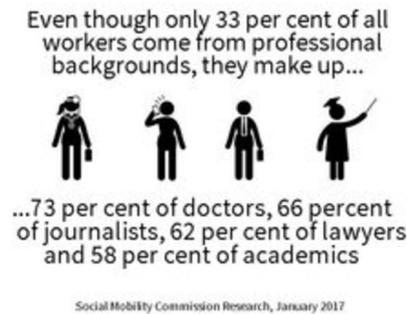


Abb. 17: Herkunftsabhängige Karrieren
(Quelle: www.classceiling.org)

Dieser Selektionsprozeß endet nicht mit dem Übergang in den Beruf, insbesondere die "kulturelle Passung" spielt Friedman und Lauriston zufolge eine zentrale Rolle für die Karriere einer Person. Gefördert werden jene, die den Führungskräften ähnlich sind. Wer hat, dem wird gegeben – wie schon in der Grundschule.

Durchaus aufschlußreich ist schließlich, dass die geographische Herkunft einer Person offenbar für sich genommen kein entscheidende Einflußgröße für den Bildungserfolg ist. Die in Abbildung 16 wiedergegebene Tabelle aus dem Bildungsbericht 2016 verdeutlicht dies. dass es nichtsdestotrotz so *scheint*, als seien Kinder mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem in besonderem Maße benachteiligt, liegt diesen Daten zufolge daran, dass ein großer Teil von ihnen aus armen und bildungsfernen Elternhäusern stammt (die Hälfte der Kinder mit Migrationshintergrund stammt demnach aus Familien mit einem niedrigen sozioökonomischen Status, bei den Kindern ohne Migrationshintergrund beträgt der Anteil dieser Gruppe lediglich 20 Prozent). Wenn die Eltern z.B. funktionale Analphabeten sind, sind die Kinder in der Schule in besonderem Maße benachteiligt, da Vater und Mutter ihnen gar nicht helfen *können*. Sollten die Kinder zudem schlecht Deutsch sprechen, verschärft sich die Situation noch zusätzlich, weil sie dem Unterricht nicht folgen können.

Die "Verhärtung" sozialer Lagen, die intergenerationale Weitergabe von "Bildungsferne" im Kontext der oben skizzierten Selektionsmechanismen ist aber nicht für alle unentrinnbares Schicksal, wie die Bildungsbiographien vieler Menschen mit Migrationshintergrund belegen. Die Daten des Statistischen Jahrbuchs 2018 zum Qualifikationsniveau der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund belegen, dass bei letzteren ein signifikanter Anstieg des Bildungsniveaus über die Generationen festzustellen ist. Während im Gesamtsample der Anteil Personen ohne Schulabschluß über Altersgruppen konstant ist (3,9 Prozent in der Altersgruppe der 25-35 und den 45-55 jährigen, 3,8 Prozent bei den 55-65 jährigen), sinkt er bei der Gruppe mit Migrationshintergrund si-

90 Wenn ein nicht unerheblicher Teil der Studierenden die Universität mit einem Abschluß verläßt, der im Grunde nichts wert ist (in jedem Fall aber weniger wert als eine gute Berufsausbildung) ist das für sich genommen schon ein Skandal – der noch gravierender wäre, sollte sich bewahrheiten, dass vor allem Absolventinnen und Absolventen aus sozial schwachen Schichten von diesem Phänomen betroffen sind; d.h. Personen, die sich vom Studium einen sozialen Aufstieg versprechen, der ihnen aber verwehrt bleibt.

gnifikant, 24,6 Prozent der über 65 jährigen, der 15 Prozent 55-65 jährigen und 9,2 Prozent im Alter zwischen 25-35 verfügen über keinen Abschluß (Statistisches Bundesamt 2018: 88). Das ist selbstverständlich immer noch viel mehr als in der Gesamtbevölkerung, die Zahlen verweisen aber zumindest darauf, dass in vielen Fällen Migration und Bildungserfolg keineswegs unvereinbar sind – auch dann nicht, wenn das Bildungsniveau der Eltern gering ist.

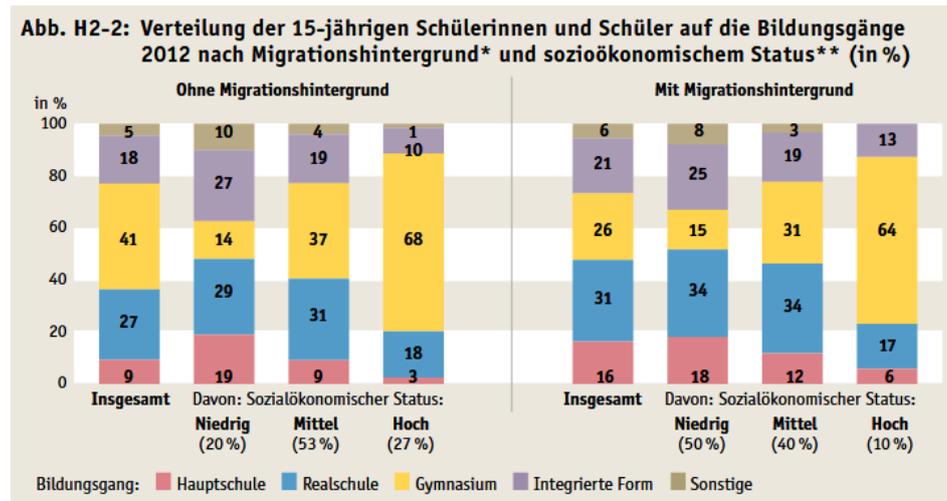


Abb. 18: Bildungserfolg nach Herkunft und Status (Quelle: Bildungsbericht 2016)

In unserem Zusammenhang ist letztlich vor allem relevant, dass diese Benachteiligung primär die sozial Schwachen trifft und weniger die Mittelschicht. Die vermeintliche kulturelle Fremdheit schlecht in die sog. "Mehrheitsgesellschaft" integrierter Migrantinnen und Migranten dürfte mithin auch (und vielleicht vor allem) eine soziale Fremdheit sein – die Angehörigen der akademischen Mittelschicht dürften einander hingegen ungeachtet ihres jeweiligen geographischen Ursprungs weitgehend problemlos verstehen.

Armut in der Überfluggesellschaft

Ich hatte bereits im Kontext der Diskussion über "Prekariat" und "Prekarisierung" im vorletzten Kapitel darauf verwiesen, dass der Blick die Lebenslage der von diesen Phänomenen betroffenen Menschen sich unter Umständen relativiert, wenn man den globalen Kontext betrachtet. Die Abbildung 19 wiedergegebene Karte des Weltwährungsfonds verdeutlicht, wie drastisch die Unterschiede beim pro Kopf der Bevölkerung erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt sind. Während wir nicht wissen, wie wir unseren Zivilisationsmüll (von Plastikverpackungen bis "fast fashion") entsorgen sollen, wissen viele Menschen in Afrika nicht, ob sie am kommenden Tag ausreichend zu essen haben.

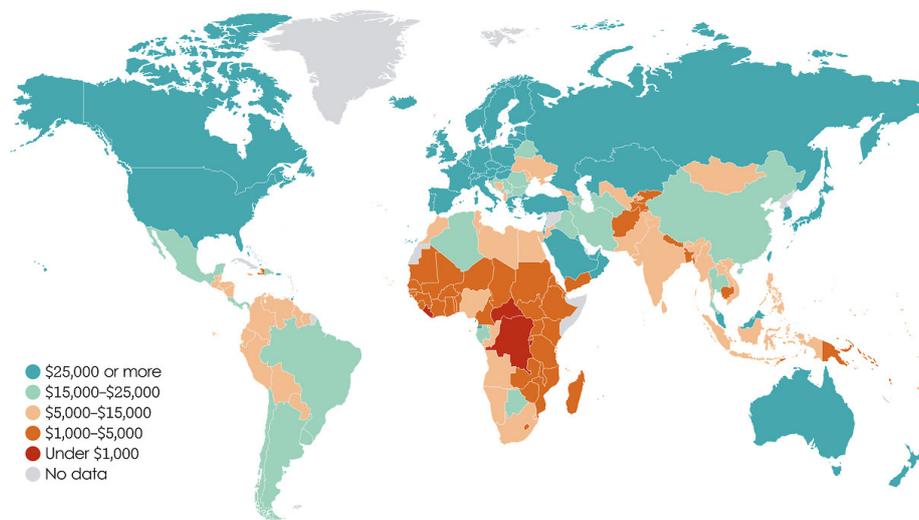


Abb. 19: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2017 (Quelle: Weltwährungsfonds, www.imf.org)

In der Summe verfügt das reichste Prozent der Weltbevölkerung über ebenso viel Vermögen wie die restlichen 99 Prozent, wie die von Oxfam erstellte Grafik in Abbildung 20 illustriert. 50 Prozent der Weltbevölkerung verfügen hingegen über gerade einmal 0,2 Prozent der globalen Vermögenswerte.

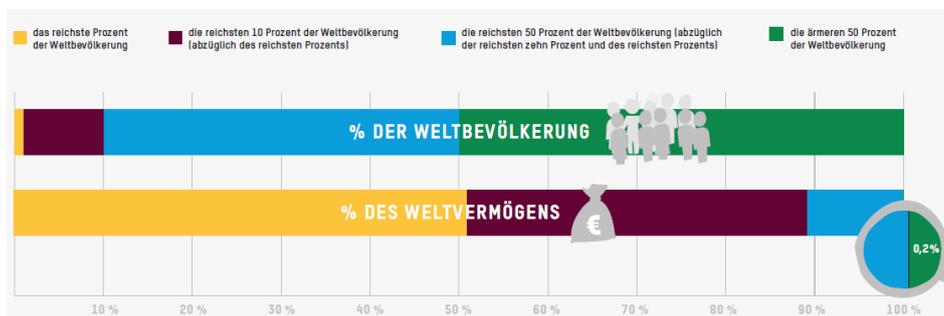


Abb. 20: Globale Vermögensverteilung 2016 (Quelle: Oxfam 2017: 2)

Was im globalen Maßstab gilt, trifft auch für Europa zu, wenn auch in weniger drastischer Form, wie die folgende Aufstellung der Bundeszentrale für politische Bildung belegt:

»Das mittlere Einkommen der 28 Mitgliedstaaten der EU lag im Jahr 2017 bei 16.324 Euro, das des Euroraums (19 Länder) bei 18.673 Euro. Auf der Ebene der 34 hier betrachteten Staaten hatten die Schweiz (44.253 Euro), Norwegen (39.573 Euro), Luxemburg (36.076 Euro), Dänemark (29.383 Euro) und Island (28.393 Euro) die höchsten mittleren Nettoäquivalenzeinkommen. Nordmazedonien (2.233 Euro), Serbien (2.554 Euro), Rumänien (2.742 Euro), Bulgarien (3.590 Euro), die Türkei (3.752 Euro), Ungarn (4.988 Euro) und Polen (5.945 Euro) waren die Staaten mit den niedrigsten Einkommen. Deutschland belegte mit 21.920 Euro den 10. Rang innerhalb der EU.«⁹¹

Das Bruttoinlandsprodukt bzw. das Einkommen pro Kopf sagt aber wenig über die tatsächliche Lebenssituation der Menschen aus, um diesbezüglich einen ersten Aufschluss zu erhalten, muss man neben der realen Kaufkraft⁹² zusätzlich die Einkommensverteilung analysieren. Auch wenn sich in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten die Kluft zwischen "arm" und "reich" vertieft hat (vgl. oben Abbildung 11), so ist das Ausmaß der ökonomischen Ungleichheit im globalen Vergleich doch recht moderat. Wie der vom *World Inequality Lab* erstellten Grafik in Abbildung 21 zu entnehmen ist, ist die Einkommensungleichheit in Europa weltweit am geringsten, zumindest wenn man den Anteil der obersten 10 Prozent als Indikator akzeptiert.

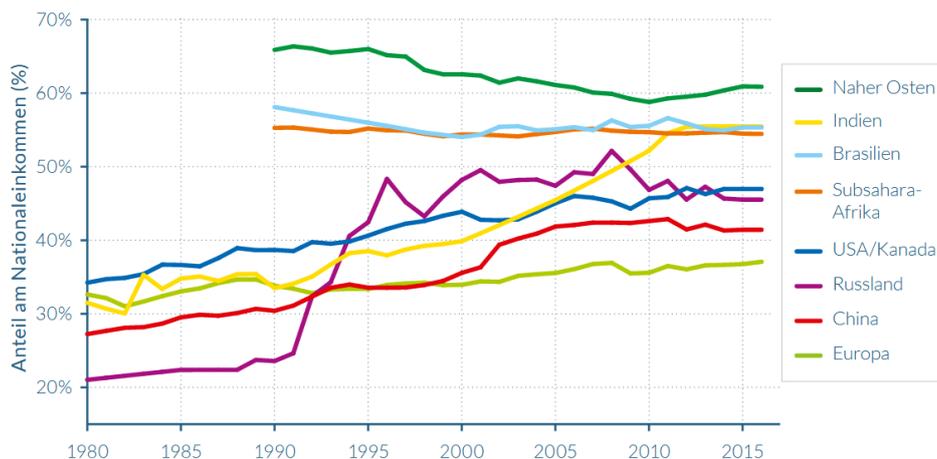


Abb. 21: Einkommensanteile der obersten 10% weltweit (Quelle: World Inequality Lab 2018: 7)

Dennoch ist auch in Deutschland Armut ein gesellschaftliches Problem. Menschen leben in Armut oder sind von Armut bedroht – obwohl sie über deutlich mehr Geld verfügen als Durchschnittsverdiener in anderen Ländern. Und auch wenn es sie in einem funktionierenden Sozialstaat gar nicht geben dürfte, versorgen die sog. "Tafeln" in

91 <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70628/einkommen>

92 »Unter Berücksichtigung der Kaufkraft war 2017 das mittlere, verfügbare und gewichtete Einkommen in Norwegen mit 28.875 KKS am höchsten. Darauf folgten Luxemburg (28.820 KKS), die Schweiz (27.602 KKS) und Österreich (23.334 KKS). Deutschland lag mit 21.215 KKS hinter Island und den Niederlanden und belegte damit den 4. Rang innerhalb der EU. Am niedrigsten war das entsprechende Einkommen in Nordmazedonien (4.941 KKS) sowie in Rumänien (5.239 KKS), Serbien (5.248 KKS), der Türkei (6.338 KKS), Bulgarien (7.517 KKS) und Ungarn (8.364 KKS)« (ibid.).

Deutschland nach eigenen Angaben 1,5 Millionen Menschen. 500.000 Kinder und Jugendliche nehmen sie regelmäßig in Anspruch, aber auch ca. 280.000 Geflüchtete. Die Lebensmittelabgabe ist insbesondere bedeutsam für Bezieher von Leistungen nach SGB-II, Rentner und Geringverdiener, d.h. Personen, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt (um "Kundin" bzw. "Kunde" bei der Tafel zu werden, benötige ich einen Nachweis der Bedürftigkeit); Auf der Webpräsenz der Berliner Tafel, die 1993 als erste derartige Einrichtung in Deutschland gegründet wurde, ist zu lesen: »Menschen, die eine kleine Rente haben, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Grundsicherung beziehen, sparen am ehesten am Essen. Mit den gespendeten Lebensmitteln können sie sich gesünder ernähren und haben vielleicht Geld übrig, um mit den Enkeln in den Zoo zu gehen oder sich ein Buch zu kaufen.«⁹³

Diese Aussage beschönigt aber zumindest zum Teil die Situation der Tafelnutzer, es mag zwar zutreffen, dass die Essensausgabe vielen die es sich sonst nicht leisten können ermöglicht, in die Oper, ins Theater oder eben in den Zoo zu gehen, für etliche andere dürfte sie existenznotwendig sein. Tatsächlich führen die im Rahmen des Hartz IV-Regimes vorgesehenen Sanktionen z.B. unmittelbar dazu, dass das Existenzminimum von Personen, denen ein Teil der staatlichen Unterstützung gestrichen wurde, nicht länger gesichert ist. Wer nicht ausreichend zu essen hat, ist nicht nur in Relation zu anderen, sondern absolut arm, in welchem Ausmaß dies für die Kundinnen und Kunden der Tafel zutrifft, kann ich allerdings nicht rekonstruieren. Der Soziologe Stephan Selke faßt die durchaus heterogene Klientel der Tafeln unter dem Etikett "fast ganz unten" zusammen. Für ihn ist das eine neue "Basiskategorie gesellschaftlicher Ordnung".

»Sie bezeichnet Menschen, deren Armut man äußerlich eigentlich kaum sieht, die aber dennoch so arm sind, dass sie auf Lebensmittelspenden angewiesen sind. Dafür zahlen sie jedoch auch einen hohen Preis, nämlich die „Veröffentlichung“ ihrer Lebensverhältnisse, indem sie vor den Tafeln, für jemanden sichtbar, auf der Straße warten (müssen), um abgelaufene Lebensmittel zu erhalten, die von Supermärkten entsorgt werden. Die sonst unsichtbare Armut wird hier an das Licht der Öffentlichkeit gezerrt. [...] Viele Menschen, die eigentlich bedürftig sind, scheuen sich deshalb, zur Tafel zu kommen. Sie fürchten, "erkannt" zu werden. Der eigene soziale Status, den man sonst mit allen möglichen Attrappen kaschieren kann, wird plötzlich transparent. Letztlich muss sich jeder Tafelkunde, wenngleich er nicht direkt darauf ausgesprochen wird, doch der Frage stellen, "wie es denn so weit kommen konnte". "Wenn man jemandem begegnet, den man von früher kennt, und der jetzt Kunde bei der Tafel ist, dann versinkt der quasi im Erdboden", bringt ein Helfer das Problem auf den Punkt. "Die haben es nötig," lautet das gängige Bild, "sonst würden sie es nicht machen."« (Selke 2009: 97)

Menschen können aber auch dann "arm" sein, wenn sie über ausreichend Nahrung, Zugang zu sauberem Trinkwasser, kostenloser Gesundheitsversorgung, Wohnung, Heizung und Strom verfügt – alles Dinge, die für Milliarden andere Bewohnerinnen und Bewohner unseres Planeten mitnichten selbstverständlich sind. Beginnen wir bei den "nackten" Zahlen: In Deutschland lag 2016 die Armutsgrenze für einen allein lebenden Erwachsenen bei einem Netto-Einkommen von 969 Euro im Monat (das entspricht 60 Prozent des mittleren pro-Kopf Einkommens).

Dem Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands zufolge betrug 2015 die Armutsquote in Deutschland 15,7 Prozent, damit lebten in diesem Jahr ca. 12,9 Mio. Menschen unterhalb der rechnerischen Einkommensarmutsgrenze (2018: 9). 4,4 Prozent der Bevölkerung mussten 2017 sogar mit weniger als 40 Prozent des mittleren Einkommens

93 <https://www.berliner-tafel.de/berliner-tafel/der-verein/jahresbericht/test-seite-von-david-mit-redakteurs-account/die-drei-saeulen/>. Einen ersten Einblick in das Spektrum der Kundinnen und Kunden liefert der folgende Beitrag auf der Webpräsenz des Deutschlandfunks: https://www.deutschlandfunk.de/armut-in-deutschland-vom-verlust-der-inneren-wuerde.769.de.html?dram:article_id=431994.

auskommen.⁹⁴ Eine deutliche größere Zahl von Menschen ist in Deutschland von Armut bedroht (vgl. Abbildung 22).⁹⁵

Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten

In Prozent, 2016

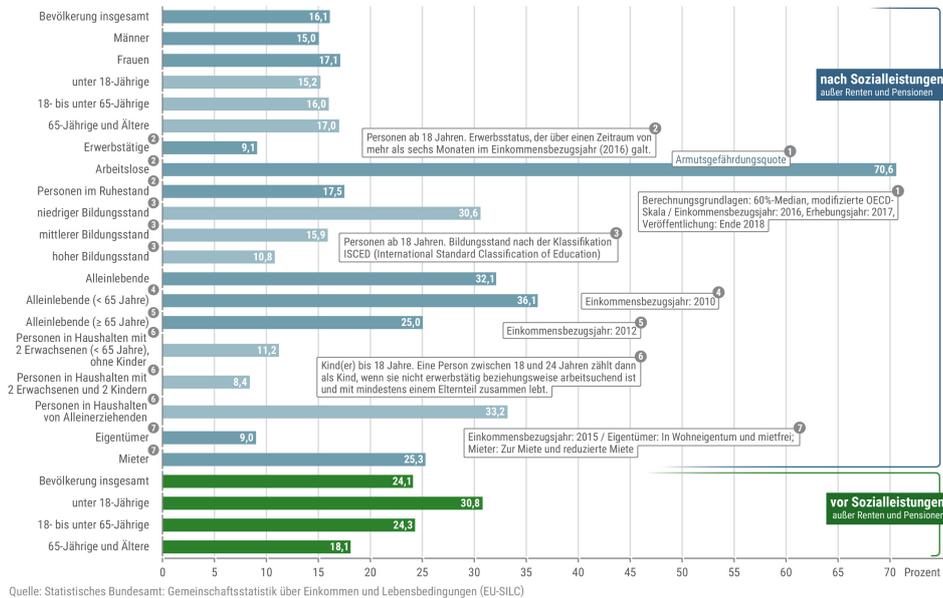


Abb. 22: Armutsgefährdungsquoten (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung)

Ein Großteil der nach den vorstehend erläuterten Kriterien "armen" Personen bezieht Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende gemäß dem zweiten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB II). Von denjenigen, welche diese Unterstützungsleistungen bezogen, waren aber längst nicht alle arbeitslos, wie die folgenden Erläuterungen der Bundesagentur für Arbeit illustrieren:

»Im November 2018 [waren] 35 Prozent (1.419.000) der 3.999.000 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten arbeitslos. Damit erhielten 65 Prozent (2.580.000) Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende, ohne arbeitslos zu sein. Es sind vor allem drei Gründe, derentwegen erwerbsfähige Leistungsberechtigte nicht arbeitslos sind. Für mehr als ein Viertel war eine Arbeit derzeit nicht zumutbar, weil sie entweder kleine Kinder betreuten bzw. Angehörige pflegten (313.000), oder weil sie selbst noch zur Schule gingen oder studierten (393.000). Fast ein Viertel der nicht-arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (600.000) ging im November 2018 einer ungeforderten Erwerbstätigkeit von mindestens 15 Wochenstunden nach. Gut ein Fünftel der nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten hat an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilgenommen (575.000) und galt allein deswegen nicht als arbeitslos. Über diese drei größten Gruppen hinaus zählte rund jeder Achte nicht als arbeitslos, weil er arbeitsunfähig erkrankt war (308.000). 167.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte waren nicht arbeitslos, weil für sie Sonderregelungen für Ältere galten«. (Bundesagentur für Arbeit 2019: 21)

94 <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70622/streng-armut>

95 <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61785/armutsgefahrdung>

Wer als Erwachsener arbeitslos ist und Leistungen gemäß SGB II bezieht ("Hartz IV"), erhält einen Regelsatz von 424 Euro im Monat (Stand 2019).⁹⁶ Im Vergleich zum durchschnittlichen pro-Kopf Monatseinkommen von ca. 230 Euro in Rumänien und dem Mindestlohn von ca. 190 Euro pro Monat für Textilarbeiterinnen scheint dies zunächst einmal relativ viel zu sein, zumal Miete und Heizung davon nicht gezahlt werden müssen. Zwar fehlt es in den Familien, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, oft an Dingen, die für andere selbstverständlich sind (vgl. Abbildung 21); aber wenn auch Akademikerfamilien mit Kindern mittlerweile bewußt auf ein eigenes Auto verzichten, ist die Tatsache, dass nur 62 Prozent der SGB II beziehenden Familien ein Kraftfahrzeug haben, für sich genommen auf den ersten Blick nicht signifikant.

Weniger als die Anderen

Mängel in Haushalten die SGBII beziehen (in Prozent)

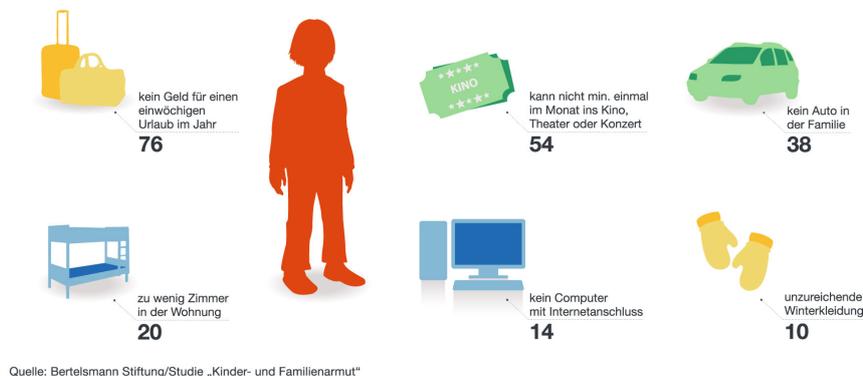


Abb. 23: Materielle Ausstattung von SGB II beziehenden Haushalten (Quelle: ZDF)

Die gerade genannte Zahl bezieht allerdings sogenannte "Aufstocker" mit ein; bei denen, die komplett von Hartz IV abhängig sind, dürfte der Wert deutlich geringer sein, die Datenbasis der Untersuchung von IAB und Bertelsmann Stiftung läßt aber keine entsprechende Differenzierung zu (vgl. Tophoven et. al 2015: 6). Die Aufstellung in Abbildung 23⁹⁷ vermittelt aber jenseits des Problems der Aussagekraft der Zahlen einen ersten Eindruck davon, was sich viele Menschen in Deutschland nicht leisten können.

Genau hier liegt die entscheidende Differenz. Ich besitze auch kein Auto (weil ich keines brauche und es ohnehin in meiner Straße keine Parkplätze gibt), und ich hatte bis vor kurzem keinen Internetanschluß in der Wohnung (um nicht ständig erreichbar zu sein). Aber es ist etwas ganz anderes *freiwillig zu verzichten* als *verzichten zu müssen*. Diese Feststellung ist auf den ersten Blick vielleicht banal, aber hier könnte nichtsdestotrotz einen Schlüssel zum Verständnis von Armut als relativer Kategorie liegen: Die Verfügbarkeit bestimmter Güter bedeutet für viele Menschen "Zugehörigkeit", deshalb ist es vielleicht gerade für Angehörige sozial schwächerer Schichten wichtig, dass ihre Kinder Markenkleidung tragen und mit neuen teuren Rucksäcken zur Schule gehen –

96 Eine ausführliche Diskussion der Auswirkungen jener "Reformen" der Sozialgesetzgebung, die gemeinhin als "Hartz IV" bezeichnet werden, findet sich in Butterwege 2019.

97 <https://www.zdf.de/bilder/kinderarmut-in-deutschland-100.html>

während die Akademikerkinder ganz zwanglos die Kleidung und Schulranzen ihrer Geschwister auftragen. Dieses Beispiel soll das Problem nicht bagatellisieren, da es hinreichend Belege dafür gibt, dass Kinder tatsächlich ausgegrenzt werden, weil sie materiell nicht mithalten können; es wäre aber zu fragen, welche Kinder diese Ausgrenzung tatsächlich trifft, bzw. wer Angst davor haben muss. Wahrscheinlich nicht diejenigen aus der etablierten "linken" akademischen Mittelschicht, die eher abschätzig auf ihre "materialistisch" orientierten Klassenkameraden blicken – und sich das leisten können.

Ein "postmaterialistischer" Lebensstil steht aus diesem Grund wahrscheinlich nur jenen offen, die ohnehin "dazugehören", d.h. die es gar nicht nötig haben, ihren Status mittels der Zuschaustellung materieller Güter zu demonstrieren (bzw. die ihren Status gerade durch eine gewisse demonstrative Geringschätzung des Materiellen zum Ausdruck bringen). Es ist also teuer, arm zu sein – zumindest wenn man darum kämpft, Anschluss zu halten. Wenn ich reichlich mit sozialem und kulturellem Kapital ausgestattet bin, muss ich diesen Kampf hingegen nicht führen (was zurückführt auf die Diskussion über prekäre Lebenslagen im vorletzten Kapitel).⁹⁸ Aber das sind letztlich nur Vermutungen auf Grundlage persönlicher Eindrücke, und schwerlich die Basis für belastbare wissenschaftliche Aussagen. Erstaunlicherweise liegt nur sehr wenig Material vor, welches Aufschluß darüber geben kann, wie Menschen in unterschiedlichen materiellen Lagen ihr Leben leben, und welche Bedeutung für die Wahrnehmung der eigenen Situation Herkunft und die Verfügbarkeit von Chancen spielen.

Was allerdings keiner Interpretation bedarf sind die dramatischen Konsequenzen, die es hat, wenn eine Familie in Hartz IV "abrutscht". Die Regelungen nach SGB II verlangen, dass die Betroffenen zunächst sämtliche eigene Reserven aufbraucht, bevor sie staatliche Unterstützung beziehen können. Das ist ein durchaus dramatischer Verlust an Sicherheit. Und wenn Eltern und Kinder den Lebensstandard nicht mehr aufrechterhalten können, ist selbstverständlich auch das soziale Umfeld gefährdet.⁹⁹

Nichtsdestotrotz mag die staatliche Grundsicherung aus einer vergleichsweise privilegierten Perspektive als durchaus ausreichend erscheinen, wengleich ich den Verdacht habe, dass diejenigen, die diesen Eindruck haben unterschätzen, wieviel Geld sie selbst tatsächlich ausgeben bzw. benötigen; der Verweis auf den morgendlichen Milchkaffee zu 3,40 in Relation zu den 5,- Euro, die Hartz IV-Bezieher pro Tag für Essen und Getränke zur Verfügung stehen, ist an dieser Stelle wohl ausreichend. Aber selbst wenn ich persönlich ein Jahr lang mit 424,- Euro im Monat auskäme (zuzüglich Miete und Heizung), ist es wie gerade erwähnt etwas vollkommen anderes, mit diesem Satz auskommen zu *können* als damit auskommen zu *müssen* – auf Dauer und ohne große Hoffnung, dass sich an der finanziellen Lage jemals etwas ändert.¹⁰⁰ Die materielle Situation wird dann oftmals noch durch das verschlimmert, was Menschen bei der Arbeitsagentur erleben. Die oftmals sinnlosen "Qualifizierungs"-Maßnahmen, die immer

98 In vielen "sozial schwachen" Familien fehlt es zudem unter Umständen auch am Wissen über kostenlose Angebote, insbesondere für die Kinder, was Teil des Problems der "Weitergabe" der eigenen sozialen Position auf die nächste Generation sein könnte.

99 Wie groß die Gefahr für qualifizierte Berufstätige ist, in diese Falle zu geraten, kann ich nicht beurteilen. Wir haben zwar gerade in Deutschland noch statistische "Vollbeschäftigung" – die Zahl der Arbeitslosen betrug im April dieses Jahres 2,23 Millionen –, und es wird in der öffentlichen Diskussion weniger die Arbeitslosigkeit als der Fachkräftemangel thematisiert, das kann sich aber bei der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage recht schnell ändern.

100 Insbesondere dann, wenn das Familieneinkommen zuvor deutlich höher war, und mit der Arbeitslosigkeit schmerzliche Einschnitte verbunden sind. 70,6 Prozent der Arbeitslosen waren 2016 armutsgefährdet!

wieder in den Medien angeprangert werden (vgl. z.B. Tagesspiegel vom 4.1.2018 und Spiegel-Online vom 3.5.2017)¹⁰¹ stellen dabei nur die Spitze des Einbergs dar; insgesamt wird von vielen Arbeitslosen die Abhängigkeit von der Arbeitsagentur als demütigend empfunden, nicht nur aufgrund des Sanktionierungsregimes.¹⁰²

101 <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kursangebot-der-jobcenter-das-milliardengeschaeft-mit-den-arbeitslosen/20800654.html>; <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/job/berufliche-weiterbildung-fuer-arbeitslose-wie-beschwerden-verpuffen-a-1145670.html>

102 Die im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) II vorgesehenen Sanktionsmaßnahmen können durchaus drastische Kürzungen nach sich ziehen.

Die Konsequenzen sozialer Ungleichheit gehen aber weit über die rein materielle Sphäre hinaus. Die Gesundheitsversorgung ist zwar nur ein Sektor, an welchem sozial benachteiligte Menschen unterdurchschnittlich partizipieren, die Folgen sind aber am greifbarsten. In einem 2009 erschienenen Buch listen Richard Wilkinson und Kate Pickett detailliert auf, welche negativen Konsequenzen ein hohes Maß an ungleicher Ressourcen- und Chancenverteilung hat. Die Liste reicht von Krankheit und Übergewicht über Gewalt und Kriminalität bis hin zu psychischen Störungen und Drogenkonsum – als Folgen von Unsicherheit, Angst und fehlender Anerkennung.¹⁰³

Einkommen	Männer	Frauen
	Lebenserwartung in Jahren	
< 60 % des mittleren Einkommens	70,1	76,9
60 bis < 80 % des mittleren Einkommens	73,4	81,9
80 bis < 100 % des mittleren Einkommens	75,2	82,0
100 bis < 150 % des mittleren Einkommens	77,2	84,4
≥ 150 % des mittleren Einkommens	80,9	85,3
Insgesamt	75,3	81,3

Datenbasis: SOEP und Periodensterbetafeln 1995–2005.

Tab. 4: Lebenserwartung bei Geburt nach Einkommen 1995-2005 – Mittelwerte (Quelle: Statistisches Bundesamt et. al. 2018: 303)

Tatsächlich sterben die Armen früher als die Reichen, auch in Deutschland, wie die Zahlen in Tabelle 4 verdeutlichen. Eine derartig deutliche Diskrepanz (die gut situierten Männer leben 10 Jahre länger als die armen) dürfte kaum ausschließlich auf eine unterschiedliche Lebensführung (Ernährung, Rauchen, Alkoholkonsum, Bewegung) zurückzuführen sein. Möglicherweise (ich kann das allerdings nicht belegen) spielt auch die unterschiedliche Partizipation am Gesundheitswesen, bzw. eine bessere Gesundheitsversorgung eine Rolle. Bei den besser Verdienenden ist z.B. die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie Privatpatienten sind, und einen besseren Zugang zu Fachärzten haben.

¹⁰³ Ich habe diese Untersuchung hier nicht herangezogen, weil Wilkinsons und Picketts Fallbeispiele sich auf die U.S.A. beziehen und nur eingeschränkt auf Deutschland übertragen werden können.

Wohltäter und Bedürftige

Im Unterschied zu anderen Teilen der Welt war "Armut" in Europa (zumindest in den späteren industriellen Kernregionen) bereits im 16. Jahrhundert kein endemisches, sondern ein partielles Phänomen – welches im Zuge der ökonomischen Entwicklung aber nicht verschwand. Wie ca. 150 Jahre später bei der Industrialisierung nahm England auch hinsichtlich der Organisation der Armenfürsorge in Europa eine Vorreiterrolle ein, weshalb ich zunächst erneut die Entwicklung auf der Insel nachzeichne.

Armenfürsorge und Armenhaus

Im Anschluß an die große Pestepidemie bestand zwar wie im 3. Kapitel dargelegt in England zunächst ein Mangel an Arbeitskräften, und die Löhne stiegen deutlich. Der durch den Bevölkerungsrückgang ausgelöste bzw. ermöglichte Strukturwandel in der Landwirtschaft (Getreideanbau nur noch auf den fruchtbarsten Äckern, Umwandlung von Ackerland in Schafweiden, Investitionen in arbeitssparende Technologien) hatte aber zur Konsequenz, dass immer weniger Arbeitskräfte im agrarischen Bereich benötigt wurden (und auch diese zum Teil nur saisonal).¹⁰⁴ Gleichzeitig begannen die Wohlhabenden und Mächtigen mit der "Einhegung" von Allmenden, was die (landlosen) Armen der Möglichkeit beraubte, durch deren Nutzung ihren Lebensunterhalt zu sichern. Der Verlust von Beschäftigungsmöglichkeiten und der Entzug von Subsistenzmitteln (in Gestalt jener Allmenden) führten bei einem erneuten Anstieg der Bevölkerungszahl zu sozialen Verwerfungen ("Vagrantentum"), denen die Obrigkeit mit gesetzlichen Regelungen entgegenzuwirken suchte (vgl. Lepenies 2017: 19f.). Das zentrale Bestreben der "alten" Armengesetzgebung von 1601 war die Einschränkung der Freizügigkeit der Menschen, was vor allem dadurch erreicht wurde, dass die Bedürftigen nur in ihrer Heimatgemeinde ein Anrecht auf Unterstützung hatten. Wenngleich dergestalt die Armengesetze aus Sicht der Herrschenden primär eine ordnungspolitische Maßnahme darstellten, war für die Armen diese Unterstützung (über)lebensnotwendig; zwar hungerten in England faktisch (im Unterschied zum Kontinent) nur wenige Menschen, die Sorge um die Beschaffung des "täglichen Brots" war für viele dennoch stets präsent – die allermeisten Menschen mussten damals den größten Teil ihres Einkommens für den Kauf von Nahrungsmitteln verwenden.¹⁰⁵

Wer nicht selbst für sich sorgen konnte, der oder dem wurde folglich von der Gemeinde Nahrung und Unterkunft zur Verfügung gestellt. Diese für die Armen relativ komfortable Situation änderte sich Mitte des 18. Jahrhunderts. Ich hatte bereits oben auf den Zusammenhang zwischen Lohnniveau und Bevölkerungswachstum hingewiesen. In England hatte die landwirtschaftliche Produktion lange Zeit im großen und ganzen mit

104 Es besteht kein Widerspruch zwischen einerseits im Vergleich zum Kontinent in England relativ hohen Löhnen und andererseits wachsender Bedürftigkeit, da nicht zuletzt aufgrund des saisonalen Charakters der Landwirtschaft die Menschen nur einen Teil des Jahres Arbeit fanden. Ab dem ausgehenden 17. Jahrhundert bot das einsetzende Wirtschaftswachstum den unterbeschäftigten Landbewohnern die Möglichkeit, durch gewerbliche Tätigkeiten einen Nebenverdienst zu erzielen (Spinnen, Weben, Stricken, Strumpfwirken usw.), im frühen 16. Jahrhundert war dies aber noch nicht der Fall. Im 19. Jahrhundert waren dann wiederum gerade diese gewerblich tätigen Landbewohner am stärksten von der einsetzenden Industrialisierung betroffen, weil sie mit der kostengünstigen Produktion in den entstehenden Fabriken nicht konkurrieren konnten (vgl. Griffin 2018).

105 Noch im 18. Jahrhundert mussten Familien, die in eine andere Gemeinde übersiedeln wollten, sich ihr Anrecht auf Fürsorge von dieser schriftlich bestätigen lassen (vgl. Tadmor 2017).

der Geburtenrate schritt gehalten; die Löhne waren in Relation zum Kontinent hoch, und die Ernährungslage gut. Insbesondere ab 1750 wuchs dann aber die Bevölkerung stark an, was ein Absinken der Reallöhne zur Folge hatte.¹⁰⁶ Gleichzeitig beraubte wie gesehen die einsetzende Industrialisierung Handwerkern sowie Heimarbeiterinnen und Heimarbeitern ihrer bisherigen Arbeit, während die kommunale Armenfürsorge angeschafft und die Unterhaltszahlungen eingestellt wurden – die Bedürftigen wurden ab den 1830er Jahren in sog. "Arbeitshäusern" untergebracht. Vielen Menschen blieb Mitte des 19. Jahrhundert schließlich nur die Wahl zwischen den überlangen Arbeitstagen in der Fabrik, wo Männer, Frauen und Kinder für einen Hungerlohn schufteten mussten, und den Schrecken dieser Arbeitshäuser.

Ich komme gleich auf die Sozialfürsorge zurück, will aber zunächst eine wichtige Anmerkung zur Entwicklung der sozialen Ungleichheit im 19. Jahrhundert machen: Die Industrialisierung führte keineswegs zu einer flächendeckenden "Verelendung" der arbeitenden Menschen (wie z.B. Karl Marx und Friedrich Engels konstatierten),¹⁰⁷ die Lebensumstände unterschieden sich auch für Angehörige der Arbeiterklasse jeweils deutlich. Auch wenn eine differenzierte retrospektive Rekonstruktion nicht möglich ist, dürften die Verhältnisse je nach Region, Berufsgruppe und Schichtzugehörigkeit sehr unterschiedlich gewesen sein; insbesondere die Qualifikation von Arbeitern scheint sich zum fraglichen Zeitpunkt wesentlich deutlicher in Einkommensunterschieden manifestiert zu haben als heute, wie die folgende Tabelle illustriert:

	Tagelöhner	Fabrikarbeiter	Bauarbeiter	Maurer u. Zimmerleute
Wöchentliches Einkommen	66d	120d	186d	318d
Für die Ernährung verwendeter Teil des Einkommens	85%	76%	74%	61%
Kalorien pro Tag und männlichem Erwachsenen	1.605	2.806	3.219	3.937

Tab. 5: Abhängigkeit der Ernährung vom Einkommen 1843 (nach Allen 2009: 47)

Zu einer Zeit, als der Großteil des Lohns für Nahrungsmittel aufwendet werden musste, hatten diese Differenzen dramatische Konsequenzen, der Kalorienbedarf eines männlichen Erwachsenen der 8 Stunden am Tag körperlich arbeitet wird heutzutage mit 3.800 kcal veranschlagt. Emma Griffin (2018) hebt zusätzlich die regionalen Differenzen hervor. Ihr zufolge betraf der Rückgang der Reallöhne vor allem Menschen in ländlichen Gebieten, die ihren Lebensunterhalt mit "Heimarbeit" bestritten, nicht aber die in den entstehenden Industrien arbeitenden Menschen, deren Lebensstandard zwischen 1750 und 1850 möglicherweise sogar anstieg.¹⁰⁸ Landarbeiter ("Tagelöhner") bzw. Familien,

106 Steigende Arbeitszeiten und sinkende Löhne waren aber keine Folge der Industrialisierung, die sich zu dieser Zeit noch in ihrer Frühphase befand, sondern eine von deren Rahmenbedingungen. Rückblickend erstaunt eher, wie effizient die neuen Maschinen waren – so dass sich die Investition trotz der niedrigen Arbeitskosten lohnte.

107 Allein schon deshalb nicht, weil wie gerade erwähnt die Kluft zwischen Wachstum und Geburtenrate sich bereits vorher aufat.

108 Allerdings ist die diesbezügliche Datenbasis sehr dürftig. Verkompliziert wird die Analyse der Lebensstandards noch dadurch, dass in der fraglichen Epoche (in der die arbeitenden Menschen noch den weitaus größten Teil ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden mussten) auch die Preise für Brennstoff große

die nicht über ausreichend eigenes Land verfügten, um den Lebensunterhalt sicherzustellen, waren von der ökonomischen Entwicklung hingegen besonders negativ betroffen. Erstens ergänzten sie ihr Einkommen durch Arbeiten, die zunehmend in die Fabriken verlagert wurden; da in diesen wie gesehen wesentlich kostengünstiger produziert wurde als in Handarbeit, mussten sie sich mit deutlich niedrigeren Löhnen begnügen – wenn ihre Arbeitskraft überhaupt noch benötigt wurde. Zweitens wurde ihnen wie bereits erwähnt mit der fortgesetzten Einhegung der sog. "Allmenden" (Weideflächen, die allen Gemeindemitgliedern offen standen) die Möglichkeit genommen, dort Vieh (in der Regel eine einzelne Kuh) zu halten, was ihre Nahrungsmittelversorgung weiter beeinträchtigte. Und schließlich hatten sie mit der Abschaffung der kommunalen Armenfürsorge keine Möglichkeit mehr, von der Gemeinde Unterstützung zu erhalten. Es blieb ihnen somit schließlich allzuoft nur der Weg in die Fabrik, wollten sie nicht im Arbeitshaus enden.

Die ökonomische Entwicklung benachteiligte mithin vor allem auch ohnehin schon arme Menschen, denen ihre Existenzgrundlage genommen wurde, und die gezwungen waren, vom Land in die elenden Behausungen der sich ausbreitenden Städte zu ziehen, um in den Fabriken als ungelernete Arbeitskräfte für Hungerlöhne zu arbeiten. Armut und Elend waren in der entstehenden Industriegesellschaft tatsächlich weit verbreitet, aber (um es zu wiederholen) die arbeitenden Menschen waren weder *in toto* verelendet, noch verelendeten *alle* zusehends im Zuge der Ausbreitung und des Wachstums der "kapitalistischen" Ökonomie; die sozialen Lagen der im produzierenden Gewerbe arbeitenden Menschen unterschieden sich vielmehr damals wie heute recht deutlich.¹⁰⁹

Diese Korrektur eines häufig allzu pauschalen Blicks auf die Zeit der Industrialisierung soll aber keinesfalls die von vielen Menschen erfahrene Gewaltförmigkeit des Prozesses relativieren und ihr Elend negieren. Die Situation der Armen wurde noch dadurch verschärft, dass sich der gesellschaftliche Blick auf diese Menschen veränderte. Zwei Aspekte der "old poor laws" sind aus heutiger Perspektive m.E. besonders wichtig: Erstens wurde die endemische Unterbeschäftigung und die daraus resultierende Bedürftigkeit als (modern gesprochen) gesamtgesellschaftliches Phänomen begriffen. Und zweitens können Unterstützungszahlungen auf Gemeindeebene durchaus auch als Akt der Solidarität begriffen werden, eben weil sie Angelegenheit der "Dorfgemeinschaft" waren. Fürsorgeempfänger waren denn auch nicht nur jene Tagelöhner, die an den Rändern der Dörfer lebten und möglicherweise nicht einmal die Kirche besuchten, sondern auch Nachbarn, Bekannte und ggf. Verwandte, vielleicht auch das eigene Personal (wenn es nur stundenweise beschäftigt wurde). Eine Unterscheidung zwischen "echten" und "falschen" (mithin "faulen") Bedürftigen wurde zwar Lepenies zufolge bereits im 16. Jahrhundert vorgenommen (2017: 23), hatte aber kaum praktische Auswirkungen – die (vermeintlich) "Arbeitsunwilligen" wurden zumindest nicht systematisch drangsaliert, wie es in den Arbeitshäusern des 19. Jahrhundert der Fall war.¹¹⁰

Bedeutung hatten (vgl. Zylberberg 2015). Holz und Kohle wurden damals primär für die Essenzubereitung verwendet; und wenn ein Zeitzeuge aus den 1820er Jahren es bemerkenswert fand, dass einfache Leute auch abends noch ein Feuer brennen hatten, um ihre Behausungen warm zu halten, ist das durchaus vielsagend (ibid.: 108).

¹⁰⁹ Zudem waren die in der Industrie Beschäftigten zu keinem Zeitpunkt in der Mehrzahl, dies gilt für England ebenso wie für das Deutsche Reich um 1900. Ich hatte im dritten Kapitel bereits darauf hingewiesen.

¹¹⁰ Im frühen 19. Jahrhundert wurden im Rahmen des Speenhamland-Systems schließlich Lohnzuschüsse gezahlt, um den Armen einen minimalen Lebensstandard zu garantieren. Lepenies (2017: 34ff.) beurteilt diese Maßnahme sehr negativ, deren volkswirtschaftlichen Auswirkungen waren aber wahrscheinlich vielschichti-

Die 1834 verabschiedeten "neuen" Armengesetze, deren Quintessenz darin bestand, dass die Schrecken des Arbeitshauses jene der harten und gefährvollen körperlichen Arbeit übertreffen müssen, beendeten das "solidarische" Prinzip, auf welchem die Fürsorge in den Gemeinden gründete. Unterbeschäftigung und daraus resultierende Bedürftigkeit wurden nun nicht mehr als gesellschaftliches Problem begriffen, sondern als Ausdruck individueller Faulheit. (Das in den Armeinhäusern praktizierte Prinzip "wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" korrespondiert notwendig mit der Überzeugung "wer arbeiten will der findet auch Arbeit"). Mit diesem Paradigmenwechsel ging eine soziale Distanzierung der Bedürftigen einher; waren sie im Rahmen der Gemeindefürsorge Subjekte, d.h. Nachbarn und Bekannte, wurden sie nunmehr zu sozial "Anderen". Im Armenhaus waren die Bedürftigen weitgehend rechtlos und von jeglicher gesellschaftlichen und ökonomischen Teilhabe ausgeschlossen: sie hatten keinen Anspruch mehr auf die Nutzung gemeinschaftlicher Ressourcen, weil diese Ressourcen (in Gestalt von für alle zugänglichen Allmenden) nicht länger existierten, ebensowenig wie die Idee eines in wechselseitiger Verantwortung gründenden Gemeinwesens. Die Gesellschaft war mithin nicht länger den Armen gegenüber verpflichtet, sondern die Armen der Gesellschaft.

Selbstverständlich besteht kein "Naturrecht auf Faulheit", wer nicht arbeitet, hat in der Regel auch nichts zu essen. Aber darum ging es bei der neuen Armengesetzgebung gar nicht, sie zielte vielmehr darauf ab, Menschen zu zwingen, morgens bis abends für Hungerlöhne zu schufteten – als Ausfluß einer politischen Ideologie, welchen den Anderen weniger als Mitmenschen sieht, denn als (potentielles) Objekt der Ausbeutung.

Dieser Blick auf die Armen – eine liberale Ideologie der "Eigenverantwortung", welche im individuell zu verantwortenden Verhalten der Menschen die primäre Ursache für deren soziale Lage sieht – prägte dann auch (in zeitgemäß abgemilderter Form) den Diskurs, der die "Reform" der deutschen Sozialgesetzgebung unter der Regierung Schröder begleitete, Philipp Lepenies legt die Parallelen in seiner Rekonstruktion der Geschichte der Armenfürsorge zumindest nahe. "Hartz IV" ist tatsächlich weit entfernt sowohl von der (staatlich organisierten) Verpflichtung gegenüber den Mitmenschen im Kontext der Gemeindefürsorge, als auch vom Ideal christlicher Nächstenliebe und "Mildtätigkeit", welches die Sozialethik der frühen Bundesrepublik zumindest mitbestimmte.¹¹¹

ger. Auf der einen Seite konnten die Arbeitgeber Löhne unterhalb des Existenzminimums zahlen, was Investitionen in arbeitssparende Technologien weniger lohnend machte. Das traf aber ganz offensichtlich nur für bestimmte Bereiche zu, denn andererseits fielen in die fraglichen Epoche die Basisinnovationen der Industrialisierung, die sämtlich darauf abzielten, Arbeitszeit bzw. Arbeitskraft zu sparen. Im Vergleich zu den europäischen Nachbarländern waren die Löhne in England im Durchschnitt nach wie vor vergleichsweise hoch. Die "alte" englische Armengesetzgebung hatte Joel Mokyr zufolge insgesamt einen die wirtschaftliche Entwicklung begünstigenden Effekt, weil sie Menschen ermutigte, ihre kleinen Parzellen Land aufzugeben um Arbeit in den entstehenden Industrien zu suchen. Ohne die Absicherung durch die Fürsorgegesetze, welche die Existenzsicherung auch bei Verlust des Arbeitsplatzes gewährleisten, wäre dieser Schritt vielen womöglich als zu riskant erschienen (Mokyr 2009: 36).

111 In der christlichen Tradition resultiert aus Eigentum bzw. Reichtum die Verpflichtung, den Armen zu helfen d.h. Almosen zu geben. Das stellt zwar die soziale Hierarchie nicht in Frage (im Gegenteil hat der Arme gebührend dankbar zu sein), aber es bringt zumindest eine Verpflichtung den Bedürftigen gegenüber zum Ausdruck (vgl. Lepenies 2017: 15ff.). D.h. wenngleich Almosen die soziale Ordnung bekräftigen und keineswegs darauf abzielen, diese zu unterminieren, symbolisieren sie dennoch eine gewisse Verbundenheit; die Armen sind nicht lediglich Objekt, sondern als Teil des Gemeinwesens Subjekt.

Der Blick nach "unten"

Bereits in der Frühzeit der Industrialisierung verbreitete sich die Ansicht, die Armen seien aufgrund ihrer Faulheit und ihrer Neigung zu "Ausschweifungen" an ihrer Situation selbst schuld. So bemerkt bereits eine Quelle aus der Mitte des 18. Jahrhunderts: »Bis zu einem gewissen Grade ... befördert der Mangel den Fleiß. Der Arbeiter der von drei Tagen Arbeit leben kann, wird den Rest der Woche faul und betrunken sein. In den Grafschaften mit Fabrikationsbetrieben werden die Armen keine Minute länger arbeiten als sie unbedingt müssen, um ihren Lebensunterhalt und ihre wöchentlichen Ausschweifungen finanzieren zu können« (nach de Vries 1976: 179). Tatsächlich durchzieht die Denunziation der Arbeitenden und die damit verbundene Sorge um die produktive Nutzung der Arbeitskraft den ökonomischen Diskurs des 17. und 18. Jahrhunderts wie ein roter Faden – zu einer Zeit, in welcher menschliche Arbeit nach wie vor als primäre Quelle des Wohlstands galt, und nicht Kapital, Technologie oder Rohstoffe. Des Wohlstands der wenigen Privilegierten wohlgerührt, denn wie John Hatcher bemerkt war bis weit in das Zeitalter der Aufklärung hinein nicht vorstellbar, dass die Werk tätigen für ihren unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Ganzen etwas anderes erwarten konnten als magere Entlohnung und niedrigen sozialen Status (Hatcher 1998: 65). Hatcher zitiert in diesem Zusammenhang Henry Fielding, der 1751 schreibt: »Zu keinem anderen Zweck geboren zu sein als die Früchte der Erde zu genießen ist das Privileg ... von sehr wenigen. Der größere Teil der Menschheit muss [diese Güter] im Schweiß ihres Angesichts produzieren, oder die Gesellschaft wird nicht länger dem Zweck dienen, für den sie bestimmt ist« (nach *ibid.*). Laut Hatcher ist dieser "größere Teil der Menschheit" aber ohne Zwang oder Täuschung keineswegs umstandslos bereit, für eine Minderheit zu arbeiten, ohne dafür angemessen entlohnt zu werden.

Nach Ansicht der Reichen und Privilegierten waren aber die arbeitenden Menschen nur dann fleißig, wenn man ihnen Hungerlöhne zahlte. Ein gewisser Francis Gardiner schrieb bereits 1699: »Wenn die Arbeit zweier Tage ihn unterhält wird der Arme nicht drei arbeiten« (nach Wrightson 2000: 321). Ein niedriges Lohnniveau senkte zudem die Herstellungskosten, was der englischen Wirtschaft Vorteile im Außenhandel beschern sollte. Hohe Löhne schufen hingegen angeblich nicht nur keinen Anreiz zur Arbeit, sondern wirkten sich schädlich aus – auf die Arbeitenden ebenso wie auf die Volkswirtschaft. Das überschüssige Einkommen wurde von den einfachen Menschen vermeintlich vor allem für Alkoholexzesse und sonstige Ausschweifungen ausgegeben; für ausländische Importe (was die Handelsbilanz schädigte); oder für unpassende Kleidungsstücke und Luxusartikel, was womöglich das Verlangen weckte, sich über den angestammten Stand zu erheben. Mit anderen Worten: hohe Löhne unterminierten auf vielfältige Weise die soziale Ordnung (Hatcher 1998: 70).¹¹²

Die Auffassung, dass höhere Löhne lediglich Ausschweifungen zur Folge hätten, da die Arbeiter mit ihrem Geld nichts weiter anzufangen wußten als es zu vertrinken, war im 18. Jahrhundert tatsächlich ubiquitär (vgl. Porter 1991: 129f.) »Das Elend der arbeitenden Armen resultiert weniger aus ihrem ungenügenden Einkommen als aus ihrer eigenen Leichtfertigkeit und ihrem Hang zur Verschwendung«, bemerkte ein Zeitgenosse (nach *ibid.*: 130), und ein anderer setzte sich vehement für die Abschaffung der Armenfürsorge ein, denn »Hunger zähmt die wildesten Tiere, wird selbst den perversierten unter ihnen Anstand und Sittsamkeit, Gehorsam und Unterordnung beibringen ... Im allgemeinen kann nur Hunger die Armen zur Arbeit antreiben« (nach *ibid.*: 131). Aus

112 Innerhalb dieser Logik war dann die insgesamt verfügbare Arbeitsleistung direkt abhängig von den Getreidepreisen, in Jahren mit guten Ernten arbeiteten die Menschen weniger, in Jahren mit schlechten Ernten wegen der höheren Lebenshaltungskosten mehr (*Ibid.*).

diesem Geist heraus wurden dann die Arbeitshäuser errichtet, die allzu oft Orte des Grauens mit z.T. extrem hohen Mortalitätsraten waren; das Ziel des Programms bestand zwar nicht darin, die "überzählige Bevölkerung" zu dezimieren, sondern die unterbeschäftigten Armen zu Fleiß anzuhalten, das Resultat war aber offenbar in zumindest einigen Fällen das gleiche (Hatcher 1998: 131ff.).



Abb. 24: Soziale Klassen in Großbritannien (Systematik des Great British Class Survey)

Das Bild der faulen und devianten Unterschicht hat sich offenbar in der Gesellschaft festgesetzt, wie die Illustration der Ergebnisse des "Great British Class Survey" im "Independent" vom 3. April 2013 belegt (Abbildung 24).¹¹³ In jedem Fall sind "sie" irgendwie anders als "wir", stehen in der Hierarchie unter "uns".

Diese Differenz manifestiert sich selbst innerhalb des karitativen Engagement für die "Bedürftigen", wie am Beispiel im vorigen Kapiteln erwähnten "Tafeln" deutlich wird. Die Armenfürsorge ist allerdings nur ein Aspekt von deren Zielsetzung, es ging und geht den Initiatorinnen und Initiatoren auch darum, die massenhafte Verschwendung von Lebensmitteln zumindest zu begrenzen. Das erklärt vielleicht zum Teil ein überraschendes Resultat, zu dem eine in diesem Kontext von Rebecca Hausig durchgeführte teilnehmende Beobachtung führte.¹¹⁴ Zumindest im von ihr untersuchten Fall fand nämlich keine (bzw. wenigstens keine universelle) aktive "Soldarisierung" von Helferinnen und Helfern auf der einen und Bedürftigen auf der anderen Seite statt. Die Intention der Tafeln, angesichts des immer wieder konstatierten Zusammenhangs von Armut und Einsamkeit¹¹⁵ auch einen Raum für Begegnungen zu schaffen, bezog sich vor allem auf Kontakte zwischen den Bedürftigen selbst und *nicht* zwischen Helfenden und Bedürftigen.

113 Zur Erläuterung des Modells siehe Savage 2013 und 2015.

114 Die Untersuchung verfolgte zwar primär eine organisationssoziologische Fragestellung, sie ist nichtsdestotrotz auch in diesem Kontext aufschlußreich..

115 Die meines Wissens aktuellste diesbezügliche Studie stammt von Petra Böhnke und Sebastian Link (2017).

Tatsächlich scheint eine klare hierarchische Grenzziehung zwischen beiden Gruppen den Umgang zu bestimmen. Dieser "totalisierende" Blick auf eine höchst heterogene Gruppe manifestiert sich dann im Rahmen der Untersuchung bisweilen in pauschalierenden undifferenzierten Urteilen, vor allem was die "fehlende Dankbarkeit" der Bedürftigen betrifft. Und die Absicht, einen Begegnungsraum bereitzustellen, dürfte angesichts der enormen Heterogenität der Bedürftigen (und auch der Konkurrenz zwischen ihnen, wer zu spät kommt geht ggf. nahe leer aus) nicht nur unpraktikabel sein, sie verkennt auch völlig, als wie demütigend der Besuch bei der Tafel allzuoft empfunden wird. Wie die von Stephan Selke gewählte Einordnung der Klientel als "fast ganz unten" verdeutlicht, sind die "Kunden" eher jene, die den "Anschluß" verloren haben.

Die Kritik an den Tafeln sollte aber m.E. nicht überzogen werden, auch wenn bei Zeiten der Eindruck entsteht, einzelne Helferinnen hätten mehr Respekt vor den Lebensmitteln als den Bedürftigen, welche zum Objekt, zum Instrument der eigenen "moralischen" Aufwertung werden können. *Können*, aber nicht notwendig *müssen*: Es geht hier keineswegs darum, die Intentionen oder das Engagement der beteiligten Personen (und der Unternehmen, die ihre abgelaufenen Lebensmittel spenden) pauschal in Frage zu stellen, schließlich sind es nicht die Tafeln, welche die Bedürftigkeit erzeugt haben.¹¹⁶ Selbstverständlich lösen Almosen keine gesellschaftlichen Probleme, sondern haben eine eher stabilisierende Funktion – diese Feststellung ist aber rein "akademisch", solange diese Almosen dringend benötigt werden. *Kritisch zu hinterfragen ist vielmehr, wie es so weit kommen konnte, dass die Tafeln überhaupt benötigt werden.* Wenn der Staat sich legitimiert fühlt, Menschen das Existenzminimum zu verweigern, ist das ein hochgradig problematischer Akt. Meines Erachtens widerspricht es dem Selbstverständnis der Bundesrepublik, dass viele Menschen ihre Existenz – und dazu gehört eine einigermaßen gesunde Ernährung – nur mittels privater oder kirchlicher karitativer Initiativen sichern können. Da ich kein Jurist oder Politikwissenschaftler bin, kann zwar nicht entscheiden, ob die Sanktionierungspraxis nach SGB II gegen den grundgesetzlich verankerten Schutz der Menschenwürde verstößt; der Verdacht ist allerdings naheliegend.

Die gerade skizzierte Abgrenzung der Helfenden gegenüber den Bedürftigen korrespondiert letztlich mit der sozialen Ausgrenzung von Angehörigen der "Unterschichten". Der Begriff "Prekariat" bezeichnet diesbezüglich nicht nur eine Lebenslage, sondern auch eine Lebenseinstellung, d.h. es handelt sich nicht allein um eine deskriptive, sondern auch (und vielleicht in erster Linie) um eine normative Kategorie. Das Etikett wird dergestalt nicht selten benutzt, um eine Gesellschaftsschicht zu diskreditieren bzw. abzuwerten, deren Äußeres und deren Konsumverhalten von dem abweichen, was allgemein als "respektabel" gilt. "Sie" unterscheiden sich von "uns" vermeintlich in Kleidung (Jogginghosen und Seidenblousons), Sprache ("Ey Alter, ich schwör Dir"), Ernährungsgewohnheiten und Freizeitverhalten (Fast-Food vor dem Flachbildfernseher). Fraglos gibt es Menschen, die diesem Stereotyp entsprechen, aber wie repräsentativ sind sie? Diese soziale Konstruktion eines vermeintlich typischen Erscheinungsbilds der "Unterschicht" dürfte vielleicht weniger über diese Schicht selbst aussagen als über diejenigen, die über sie sprechen, sie ist aber so etwas wie die "Spitze des Eisbergs" bei dem Versuch, den sozial Schwachen die Verantwortung für ihre ökonomische Situation zuzuschieben. Die "Prekarität" von Lebenslagen ist *auch* Resultat einer "neoliberalen" Politik, welche eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die sozial Schwachen negiert, und deren Lage als selbst verschuldet und mithin *nicht* als Resultat höchst ungleicher Chancenverteilung

¹¹⁶ Die Berliner Tafel geht auf ihrer Webpräsenz auf einige der am häufigsten geäußerten Kritikpunkte ein: <https://www.berliner-tafel.de/berliner-tafel/das-original/die-debatte/die-kritik-an-den-tafeln/>

lung betrachtet.¹¹⁷ Konsequenterweise war die "Reform" der Sozialgesetzgebung unter der rot-grünen Bundesregierung Schröder von einer massiven Kampagne gegen angeblich faule und lernunwillige Arbeitslose begleitet.

Im politischen Diskurs werden die sozial Schwachen bisweilen tatsächlich massiv ihrer Würde beraubt. Ich hatte bereits mehrfach erwähnt, dass soziale Hierarchien immer auch Werturteile über die einzelnen Schichten bzw. Klassen beinhalten. Diese Urteile fallen um so abschätziger aus, je tiefer die Personen auf der sozialen Stufenleiter angesiedelt sind. Christian Baron hat 2016 aus abschätzigen Urteilen über die "Unterschicht" ein ganzes Buch mit dem Titel "Proleten, Pöbel, Parasiten" zusammengestellt.¹¹⁸ Im Grunde wiederholen alle von Baron zitierten Personen das Credo der von der rot-grünen Regierung Schröder auf den Weg gebrachten "Agenda 2010", das sich in etwa folgendermaßen zusammenfassen läßt: 1. Wer nicht arbeiten will, muss zur Arbeitsaufnahme genötigt werden. 2. Zu hohe Sozialleistungen mindern die Bereitschaft, zu arbeiten. 3. Nicht die Gesellschaft, sondern die bzw. der Arbeitslose ist für ihre/seine Lage verantwortlich.

Um den ersten Punkt sicherzustellen, wurde wie gesehen die Ausweitung des Niedriglohnsektors ermöglicht; für den zweiten war und ist die Arbeitsagentur im Rahmen ihrer Sanktionsmöglichkeiten verantwortlich ("fordern und fördern"), und der dritte wurde durch die Einführung der "Hartz IV" Regelsätze erreicht. Der vierte Punkt schließlich wurde von der Grünen-Politikerin Renate Künast (Ministerin im Kabinett Schröder) folgendermaßen erläutert: »Früher glaubten wir, die Lebensformen der Unterschicht seien Folgen ihrer Armut. Das Gegenteil ist richtig: Die Armut ist Folge ihrer Verhaltensweisen, eine Folge der Unterschichtskultur« (nach Baron 2016: 38). Diese Überzeugung korrespondiert mit jenen Beschreibungen des "neuen Proleten", die im öffentlichen Diskurs nach der Jahrtausendwende omnipräsent waren. Demzufolge sind die Menschen am unteren Ende der sozialen Hierarchie in ihrer Gesamtheit dumm, faul und gefräßig, bzw. ignorant, arbeitsscheu und übergewichtig. Was letzteres betrifft, schrieb z.B. der Journalist Christian Schwägerl in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17.10.2006 unter dem Titel "Das neue Kaloriat": »Wer heute übergewichtig ist oder gar fettleibig, gehört mit großer Wahrscheinlichkeit den unteren sozialen Schichten an [...] Kinder armer, ungebildeter Eltern sind einer soeben veröffentlichten Studie des Robert-Koch-Instituts zufolge dreimal so häufig dick oder gar fettsüchtig wie Kinder von Reichen und Akademikern. [...] Fressen ist ... so etwas wie das innere Exil der Armen inmitten der Globalisierung.«¹¹⁹ Zeitgleich beschwor Gabor Steingart in Spiegel-Online

117 Die weitgehende Ausblendung der ungleichen Ressourcenverteilung führt bei Studien zum Medienkonsum mitunter zu nachgerade absurden Ergebnissen. So wird in einer Untersuchung aus den 1990er Jahren z.B. konstatiert, dass »Vielseher im Gegensatz zu Wenigsehern größeres Vertrauen zur Medizin, zur Polizei, zum Militär, zum Erziehungssystem, der organisierten Religion, der Presse, dem TV und den Gewerkschaften [haben]. Dagegen mißtrauen sie großen Firmen und der Wissenschaft. Vielseher überschätzen ferner die Häufigkeit bestimmter Berufsgruppen (Doktoren, Rechtsanwälte, Geschäftsleute) in der Bevölkerung ebenso wie die Häufigkeit von Scheidungen und Haftstrafen und das Auftreten bestimmter Krankheiten« (Winterhoff-Spurk 1996: 219). Dass der Bildungsstand einen direkten Einfluss auf Art und Menge des Fernsehkonsums hat, wird nur noch am Rande erwähnt. Wenn solche Untersuchungen dann zu dem Ergebnis führen, dass »insbesondere bildungs- und chancenmäßig unterprivilegierte Kinder, die viel und gleichzeitig wenig intensiv Nachrichten- und Informationssendungen sehen, die Bundesrepublik Deutschland sehr viel negativer sehen als andere Gruppen« (Ibid.: 219f.), stellt sich die Frage, warum Kinder, die in geistiger und materieller Armut an den Stadträndern aufwachsen und kaum Perspektiven haben, die gesellschaftliche und politische Realität als sonderlich positiv einschätzen sollten.

118 Der Untertitel dieses Buchs lautet irreführender Weise "Warum die Linken die Arbeiter verachten". Richtig müßte es heißen "Warum Liberale und rechte Sozialdemokraten die sozial Schwachen verachten".

119 www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/unterschicht-und-uebergewicht-das-neue-kaloriat-1379891.html

(16.10.2016) eine neue "Unterschicht der Unproduktiven und geistig Verwahrlosten". Unter dem Titel "Die neuen Proleten" fällt er folgendes Urteil:

»Der Prolet von heute besitzt mehr Geld als die Arbeiter vergangener Generationen und wenn er im Anzapfen des Sozialstaats eine gewisse Fertigkeit entwickelt hat, verfügt er über ein Haushaltseinkommen, das mit dem von Streifenpolizisten, Lagerarbeitern und Taxifahrern allemal mithalten kann. Es ist nicht die materielle Armut, die ihn von anderen unterscheidet. Auffällig hingegen sind die Symptome der geistigen Verwahrlosung. Der neue Prolet schaut den halben Tag fern, weshalb die TV-Macher bereits von "Unterschichtenfernsehen" sprechen. Er isst viel und fettig, er raucht und trinkt gern. Rund acht Prozent der Deutschen konsumieren 40 Prozent allen im Land verkauften Alkohols. [...] Der neue Arme ist kein Wiedergänger des alten. Vor allem an seinem mangelnden Bildungsinteresse erkennen wir den Unterschied. Er besitzt keine Bildung, aber er strebt ihr auch nicht entgegen. Anders als der Prolet des beginnenden Industriezeitalters, der sich in Arbeitervereinen organisierte, die zugleich oft Arbeiterbildungsvereine waren, scheint es, als habe das neuzeitliche Mitglied der Unterschicht sich selbst abgeschrieben. Selbst für seine Kinder unternimmt er keine allzu großen Anstrengungen, die Tür in Richtung Zukunft aufzustoßen. Ihre Spracherziehung ist so schlecht wie ihre Fähigkeit, sich zu konzentrieren. Der Analphabetismus wächst im gleichen Maß, wie die Chancen auf Integration der Deklassierten schrumpfen. Die Amerikaner sprechen in der ihnen eigenen Direktheit von "white trash", weißem Müll.«.¹²⁰

Im Rahmen dieser sozialen Konstruktion des "Prekariats" sind niedrige Unterstützungsleistungen nicht nur notwendig, um einen Anreiz zur Arbeit zu schaffen (ansonsten drohe Guido Westerwelle zufolge "spätromische Dekadenz"), eine Erhöhung der Regelsätze sei (in den Worten des CDU Politikers Philipp Mißfelder) lediglich »ein Anschlag für die Tabak- und Spirituosenindustrie« (zit. nach Baron 2016: 37).

Die Parallelen zwischen derartigen Tiraden und den gerade wiedergegebenen Aussagen zu den arbeitsscheuen Armen des späten 18. Jahrhundert sind frappierend. Der "neue Prolet" erscheint denn auch eher als "Wiedergänger" jener Tagelöhner des 18. Jahrhundert, die sich weigerten, mehr zu arbeiten als für die Finanzierung ihrer Ausschweifungen nötig. Der "alte Prolet" ist demnach hingegen strebsam, fleißig, bildungsbeflissen und imitiert in seinem Verhalten (auch was den Konsum betrifft) "bürgerliche" Werte – mit anderen Worten: er ist zum Kleinbürger aufgestiegen. Das Bedürfnis, diesbezüglich eine klare Grenze zu ziehen, scheint insbesondere für Sozialdemokraten übermächtig zu sein, zumindest legen die von Christian Baron wiedergegebenen Aussagen dies nahe. Es scheint fast so, als sei der dicke, dumme und faule Prekariere eine substantielle Bedrohung für unsere Gesellschaft. Warum das so sein sollte, übersteigt allerdings derzeit meinen Verständnishorizont, so dass ich es bei dieser Anmerkung bewenden lassen muss. – Man kann die Auflistung der vorstehend präsentierten Aussagen über die "Unterschicht" nahezu endlos fortsetzen, aber ich denke die wenigen Ausschnitte reichen, um den Ton zu illustrieren, in welchem im vergangenen Jahrzehnt über die vermeintliche "Unterschichtskultur" gesprochen und geschrieben wurde.

Es liegt mir fern zu behaupten, die beschriebenen Personen und Verhaltensweise existierten nur in der Phantasie derjenigen, die sich über sie empören. Aber erstens ist es infam, bestimmte "Typen" mit einer sozialen Schicht gleichzusetzen, und zweitens sind der Haß und die Verachtung, die aus jenen Kommentaren spricht durchaus erschreckend. Man fragt sich unwillkürlich, was die Autorinnen und Autoren damit bezwecken, bzw. was sie motiviert? Die vorstehend skizzierte "Neiddebatte" irritiert auch deshalb, weil der pauschal angeprangerten Gruppe zumindest unterschwellig unterstellt wird, diese hätten mehr Spaß im Leben als diejenigen, die hart arbeiten, um ihren Hypothekenkredit abzuzahlen. Der faule und hemmungslose Arbeitslose scheint in jedem Fall

120 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/sozialer-verfall-die-neuen-proleten-a-436351.html>

ein Stachel im Fleisch derjenigen zu sein, die Disziplin und Fleiß als ihre Kerntugenden definieren. (Tatsächlich dürfte beides nicht sonderlich erfreulich sein, weder das Leben von und mit Hartz IV, noch vielen Überstunden die nötig sind, um die Kredite zu bedienen).

Über die Ursachen der Empörung kann zwar nur spekuliert werden, die Funktion des vorstehend wiedergegebenen Diskurses über die "neue Unterschicht" ist fraglos, die soziale Ausgrenzung bestimmter sozialer Gruppen zu legitimieren (eine vertiefende Analyse der politischen Motivation des Diskurses über "faule Arbeitslose liefert Oschmiansky 2003). Ich komme in diesem Zusammenhang nochmals auf die Selektivität des deutschen Schulsystems zurück, welche sich bereits in der Grundschule auf drastische Weise manifestiert. Ich hatte bereits erwähnt, dass der IGLU-Studie 2016 zufolge nahezu ein Fünftel der Schülerinnen und Schüler in der vierten Klasse der Grundschule über keine ausreichende Lesekompetenz verfügen. Die Schuld hierfür wird von einigen bezeichnenderweise nicht in der Schule, sondern bei den Eltern gesucht. »Ist Armut eine Entschuldigung, den Kindern nicht vorzulesen?« fragte anlässlich der Veröffentlichung der gerade erwähnten Studie der Kolumnist Jan Fleischhauer in Spiegel-Online, und erklärt anschließend die Ursachen der Misere:

»Man kann die Lehrer schuldig sprechen, die es offenkundig nicht vermocht haben, den ihnen anvertrauten Kindern basale Kulturtechniken zu vermitteln. Aber gegen die Bildungsverachtung im Elternhaus kommt die beste Schule nicht an. [...] Wir haben uns angewöhnt, von "bildungsfernen Schichten" zu sprechen. Ich halte das für einen Euphemismus. "Bildungsfern" klingt wie ein unverschuldetes Schicksal, dabei ist es genau das nicht. Es mag die Alleinerziehende geben, die vor Sorge weder ein noch aus weiß, und deshalb abends zu müde ist, um noch ein Buch zur Hand zu nehmen. Aber das erklärt nicht die Zahl der Zehnjährigen mit gravierenden Leseschwächen. Dass der Arme manchmal vielleicht auch deshalb arm ist, weil er faul ist oder vom Alkohol verblödet, ist ein Gedanke, der in unserer auf sozialen Ausgleich bedachten Gesellschaft als so anstößig gilt, dass er nicht zugelassen werden darf. Ich habe kein Verständnis für Eltern, die ihre Kinder vor die Glotze setzen und sich lieber mit dem Handy beschäftigen, anstatt ihnen bei den Hausaufgaben zu helfen. Man sagt so schnell entschuldigend: Ach, die armen Hascherl am sozialen Rand, die wissen es nicht besser. Doch sie wissen es besser. Sie sind nur zu bequem oder zu gleichgültig, um entsprechend zu handeln. Auch in Teilen Asiens sind sie bettelarm, und trotzdem nutzen sie dort jede Gelegenheit, die sich ihnen bietet, ihren Kindern etwas beizubringen.«¹²¹

Das vorstehende Zitat illustriert nochmals exemplarisch, wie der diskreditierende Diskurs funktioniert, der eine ganze Schicht pauschal aburteilt bzw. mindestens unter Generalverdacht stellt. Vor allem werden alle Zwischentöne gezielt ausgeblendet, und der Eindruck erweckt, es gäbe lediglich die "überanstrengte Alleinerziehende" und den "saulfenden Ignoranten", und sonst nichts. Der oftmals angeführte Verweis, dass mehr Geld für sozial und kulturell benachteiligte Familien nicht notwendig zu einer besseren Bildungsbeteiligung der Kinder führt, mag zwar durchaus zutreffend sein – man muss diesbezüglich aber den Familien nicht pauschal "Ignoranz" und "Bildungsverachtung" unterstellen. Es ist vielleicht tatsächlich probat, im Rahmen der Förderung direkt bei den Kindern anstatt bei den Eltern anzusetzen, deshalb muss man letztere aber nicht pauschal diffamieren. Auch wenn ich das nicht empirisch belegen kann, dürften in der Realität wie bereits erwähnt viele, wenn nicht die meisten der fraglichen Kinder Eltern haben, die ihnen im Zweifelsfall gar nicht helfen *können*, weil ihnen Bildung und/oder Sprachkenntnisse fehlen.

121 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/leseschwache-schueler-die-neue-klassengesellschaft-a-1183282.html>

Inwiefern die aktuellen Verbesserungen im Rahmen des "Bildungs- und Teilhabepakets" einen grundlegenden Wandel bewirken, sei einmal dahingestellt.¹²² Im Fokus der Bildungspolitik stehen derzeit jedenfalls eher nebulöse Programme zur "Digitalisierung", und nicht derart banale Dinge wie z.B. die Förderung der Lese- und Schreibfähigkeit von Grundschulern. Fragt sich warum. Weil die Arrivierten und Privilegierten an der sozialen Selektivität des Bildungssystems nicht wirklich etwas ändern wollen? Chancen für andere zu eröffnen heißt auch, etwas abgeben zu müssen, die eigenen Privilegien zumindest zum Teil preiszugeben. Ist das tatsächlich erwünscht? Gute Schulen nutzen letztlich allen Kindern, schlechte Schulen hingegen schaden jenen aus "bildungsnahe" Milieus am wenigsten. Vielleicht sollen unsere Schulen deshalb auch nicht allzu gut sein? Ich kann diesen Punkt hier allerdings nicht weiter vertiefen, sondern wollte nur (zugegebenermaßen provokante) Anregungen für die weitergehende Reflexion des Sachverhalts geben – nicht zuletzt, weil da diese Fragen durchaus auch die Hochschule betreffen.

Christian Baron verwendet bei seiner Analyse des Diskurses über das "Prekariat" den Begriff "Rassenprofil der deutschen Unterschicht" (2016: 37).¹²³ Tatsächlich ist der "Klassenhaß", der in den von Baron zusammengetragenen Statements zum Ausdruck kommt, rassistischen Vorurteilen verwandt.¹²⁴ Derart drastische Vorurteile gegen untere Schichten sind allerdings wie erwähnt keinesfalls neu, wie das folgende Zitat belegt:

»Es stimmt, dass Bauern menschliche Wesen sind, aber sie sind weniger kultiviert und gröber als die übrigen. Man braucht nur ihr Verhalten und ihre Gesten beobachten um zu begreifen, wie einfach es ist, einen Bauern von einer Person mit Manieren zu unterscheiden... Es kann beinahe gesagt werden, dass Bauern wie getrockneter Kabeljau behandelt werden sollten: Sie sind am besten, wenn sie ordentlich weichgeklopft wurden... Das einzige was er [der Bauer] versteht ist eine feste Sprache begleitet von der Drohung körperlicher Züchtigung« ("Veroandro von Warburg" 1684, zit. nach Blanning 2007: 186f.)

Den Bauern wird sicherlich niemand vorgeworfen haben, dass sie an ihrer Lage selbst schuld seien. Aber wie das heutige "Prekariat" sind sie weniger wert als "kultivierte" Menschen – und haben nicht das gleiche "verdient". Der Wert von Personen und ihrer Tätigkeiten ist Gegenstand des folgenden Kapitels.¹²⁵

122 Vgl. die Kritik, die Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband am 1.8.2019 im Deutschlandfunk formulierte (https://www.deutschlandfunk.de/kritik-am-teilhabeapaket-kinder-sind-keine-kleinen.680.de.html?dram:article_id=455337).

123 Stephan Lessenich (2009) nimmt eine ähnliche Rekonstruktion wie Baron auf, allerdings auf einer eher "wissenschaftlichen" Grundlage.

124 Es wäre durchaus lohnend, diesen Zusammenhang vertiefend zu untersuchen, gerade auch im Hinblick auf die Frage, aus welchen Quellen sich der Haß und die Verachtung speisen, und welchen Zwecken sie dienen. Fühlt der Bürger sich vom "Proleten" womöglich in seinem Selbstverständnis bedroht?

125 Angesichts der aktuellen Diskussion über Armut und die Zukunft des Sozialstaats haben die vorangegangenen Kapitel vielleicht ein wenig zu sehr auf den "unteren Rand" der sozialen Hierarchie fokussiert. Der Umgang mit den Schwachen und Hilfsbedürftigen sagt fraglos viel über eine Gesellschaft aus, ebenso wie die Partizipationsmöglichkeiten, welche sie Menschen aus den "Unterschichten" eröffnet oder eben verweigert.

Der Wert eines Menschen und seiner Arbeit

Mittlerweile sollte hinreichend deutlich geworden sein, dass die Hierarchie der Einkommen und Vermögen auch eine Hierarchie der Werte ist – es handelt sich bei der sozialen Ungleichheit nicht nur um ein ökonomisches Phänomen, sondern zugleich um eine kulturelle Konstruktion. Die im vorangegangenen Kapitel behandelte Abwertung von Angehörigen der "Unterschicht" ist diesbezüglich auch nur ein Teilaspekt einer umfassenderen "totalen sozialen Tatsache" (um einen Begriff von Marcel Mauss zu verwenden); die Menschen in unserer Gesellschaft werden generell als ebenso wenig "gleichwertig" angesehen wie die von ihnen ausgeübten Tätigkeiten. Ich werde im folgenden abschließend diese doppelte Hierarchie der Menschen und der Berufsgruppen nochmals näher betrachten, da sie meines Erachtens für das Verständnis der Gegenwartsgesellschaft (und letztlich aller Klassengesellschaften) von zentraler Bedeutung ist.

Leistung und Entlohnung

Die soziale Hierarchie ist vor allem anderen eine der Tätigkeiten, der Berufsgruppen. Diese Rangordnung spiegelt sich in der Entlohnung wieder. Am oberen Ende der Skala sind Ärzte, Juristen, Manager, Apotheker und Hochschullehrer angesiedelt, am unteren Ende hingegen Arzthelferinnen, Auslieferungsfahrer, Friseurinnen, Kellnerinnen und Kellner sowie Reinigungskräfte. Die Einkommensunterschiede sind gravierend, während im oberen Bereich teilweise sechsstelligen Summen pro Jahr verdient werden (die Aufwandsentschädigung für Bundestagsabgeordnete betrug 2019 pro Monat 10.083,- €, damit gehörten sie aber nicht zu den Spitzenverdienern), müssen die Menschen am unteren Ende der Skala mit dem Mindestlohn auskommen. Aber warum verdienen die einen so viel, und die anderen so wenig? Die gerade formulierte Frage ist im Grunde eine doppelte. Zum einen ist zu erklären, wie Statusunterschiede und Einkommensunterschiede an sich begründet werden, zum anderen ist die enorme Diskrepanz zwischen "oben" und "unten" erklärungsbedürftig. Ich werde mich im folgenden zunächst mit dem ersten Aspekt befassen.

Es existieren fraglos "objektive" Faktoren, die Einfluß auf den "Wert" einer Tätigkeit, und damit deren Entlohnung haben. Zu diesen quantifizierbaren Größen gehören z.B. die Dauer der für diese Arbeit erforderlichen Ausbildung (Qualifikation), die Arbeitsmarktlage (Angebot und Nachfrage bei bestimmten Berufen), die Verantwortung, welche eine Person trägt (durch Fehler entstehender Schaden). Gehaltsdifferenzen innerhalb eines Unternehmens können damit vielleicht begründet werden (gelernte werden besser bezahlt als ungelernete Arbeitskräfte), keiner der genannten Faktoren kann aber plausibel begründen, warum z.B. Krankenschwestern schlechter entlohnt werden als Fabrikarbeiter.¹²⁶ Das könnte zwar damit begründet werden, dass in der Automobilindustrie im Unterschied zum Gesundheitswesen materielle Güter produziert, d.h. "Werte" geschaffen werden,¹²⁷ dieses Argument ist aber nicht stichhaltig. Denn im Dienstleistungsbereich (wozu das Gesundheitswesen gehört) wird zwar im Schnitt weniger gezahlt als in der Industrie (der gesamte Niedriglohnsektor ist wie gesehen im Dienstleis-

¹²⁶ Die Leistung von zwei Personen kann allerdings letztlich nur verglichen werden, wenn diese eine identische Arbeit ausführen.

¹²⁷ Die Gegenüberstellung von materiellen und immateriellen Werten ist schon deshalb unplausibel, weil in unserer Gesellschaft "Kopfarbeit" in der Regel einen höheren Stellenwert hat als "Handarbeit".

tungsbereich verortet), aber auch Ärzte, Anwälte, Steuer- und Unternehmensberater erbringen Dienstleistungen, sind aber weit oben in der Gehaltshierarchie angesiedelt.

Eine andere Möglichkeit zur Begründung der existierenden Gehaltsunterschiede wäre der jeweils unterschiedliche Beitrag zum "gesellschaftlichen Ganzen". Aber dieser Bezug ist schon gar nicht geeignet, um einen Maßstab für die Wertschätzung eines Berufs zu erhalten. Wie wenig die Entlohnung und das Ansehen einer Berufsgruppe sich am Nutzen für die Allgemeinheit orientiert, kann das Beispiel der Vermögensverwaltung sehr gut verdeutlichen. In dieser Branche wird nicht ein einziger Euro an Wertschöpfung oder irgendein gesamtgesellschaftlicher Nutzen generiert (im Unterschied z.B. zur Müllabfuhr). Der einzige Existenzzweck solcher Unternehmen besteht darin, die Reichen auf Kosten der "Normalbürger" noch reicher zu machen.

Womit wir bei der Binsenweisheit angelangt wären, dass Geld eben nicht stinkt, Bettpfannen im Altenheim hingegen schon. Auch wenn der VW-Arbeiter blaue Arbeitskleidung trägt und sich bei der Arbeit schmutzig macht, hat er nichts mit menschlichen Ausscheidungen zu schaffen. Im Bereich der Pflege und Fürsorge ist das naturgemäß anders, egal ob im Kindergarten oder Altenheim. Diese Aufgaben sind zudem traditionell der "weiblichen" Sphäre zugeordnet – ich komme am Ende dieses Kapitels nochmals darauf zurück, welche Konsequenzen das hat, will aber zunächst zum besseren Verständnis der Gesamtproblematik den Blickwinkel erweitern.

Klasse und Kaste

Damit ist aber längst nicht alles erklärt, schon gar nicht die gravierenden Unterschiede in der Entlohnung zwischen den einzelnen Berufsgruppen. Dies liegt primär daran, dass der "Wert" einer Tätigkeit keine primär ökonomische, sondern vor allem eine sozio-kulturelle Kategorie ist.¹²⁸ Das einer Person zugeschriebene Prestige entspringt einer gesellschaftlichen Konvention und kann (wie gerade angedeutet) nicht durch die Analyse quantitativer Faktoren rekonstruiert werden. Oder anderes formuliert: Der einer Arbeit zugeschriebene Wert korrespondiert in der Regel mit der gesellschaftlichen Stellung der Gruppe, welche sie ausführt. Dem Ethnologen Thomas Gibson zufolge tendieren in diesem Zusammenhang sozial höher gestellte Gruppen dazu, ihren Beitrag zum "gesellschaftlichen Ganzen" systematisch zu überhöhen (1988: 169f.). Vielleicht überschätzen sie die eigene Leistung aber auch, weil sie vom Wert und Nutzen ihrer Arbeit überzeugt sind – das tückische an Ideologien ist, dass sie nicht einfach nur unwahr sind bzw. zugunsten bestimmter sozialer Gruppen die Realität systematisch verzerrt darstellen, sie wurzeln zudem in einem aufrichtigen Glauben an ihre Gültigkeit. Der gerade bemühte Gibson bezog sich bei seiner Bemerkung allerdings nicht auf die moderne Industriegesellschaft, sondern auf das hinduistische Kastenwesen. Ein Vergleich der hierarchischen Anordnung der Berufsgruppen in den modernen Industriegesellschaften mit diesem mag zwar auf den ersten Blick als recht befremdlich erscheinen, ist aber tatsächlich unheimlich instruktiv.

Im Hinduismus ist der soziale Status einer Person ihr qua Geburt in eine bestimmte Kaste zugewiesen. Der Begriff "Kaste", im indischen *Varna*, bezieht sich einerseits auf die abstrakte Hierarchie der idealen sozialen Ordnung und andererseits auf die konkrete

128 Dies mag Studierenden, die sich intensiver mit Karl Marx beschäftigt haben, irritieren. Für diesen wurde der Wert einer Ware objektiv bestimmt durch die Zahl der für die Herstellung aufgewendeten Arbeitsstunden. Die Bestimmung des "Arbeitswerts" hatte vor allem Zweck darzulegen, dass der Arbeiter "unter Wert" entlohnt wird, d.h. der Kapitalist sich den geschaffenen "Mehrwert" aneignet (der Arbeiter arbeitet mehr, als er eigentlich müßte). Die Beschränkung des Begriffs auf jene Bedeutung ist allerdings in diesem Zusammenhang eher uninteressant, geht es doch vielmehr um jene Werturteile, welche die doppelte Hierarchie der Dinge und der Tätigkeiten begründen bzw. mit dieser korrespondieren.

Manifestation dieses Modells in erblichen Berufsgruppen. Der hinduistischen Schöpfungsmythologie zufolge wurde mit der materiellen auch die soziale Ordnung von den Göttern kreiert: Dem *Rig-Veda* zufolge opferten die Götter Purusa, den ersten Menschen. Aus seinem Kopf entsprangen die Priester (Brahmanen), aus seinen Armen die Krieger (Kshatrias), aus seinen Schenkeln die Kaufleute und Bauern (Vaishyas) und aus seinen Füßen die Arbeiter (Shudras).¹²⁹ Die drei oberen Varnas sind als "zweifach Geborene" deutlich gegen die Masse der arbeitenden Bevölkerung abgegrenzt, ihre männlichen Angehörigen durchlaufen einen Initiationsritus der als spirituelle Wiedergeburt angesehen wird, und der den Shudras verwehrt ist.

Kasten im engeren Sinne sind die Konkretisierung dieses Modells in Gestalt einer Vielzahl arbeitsteilig differenzierter und hierarchisch gegliederter Abstammungsgruppen. Insbesondere den höheren Kasten sind bestimmte Verrichtungen untersagt, sie sind folglich notwendig auf andere Gruppen angewiesen. Diese Gruppen sind einander aber keineswegs gleichwertig, die Hierarchie innerhalb der arbeitsteiligen Struktur ist im Gegenteil in Termini von Reinheit und Unreinheit kodifiziert. Bereits in der vedischen Frühzeit waren »die Handwerker ... verachtet und gehörten meist den Shudras an. [...] Bezeichnend für Indien ... ist das Element der rituellen Unreinheit (*aśuddha*), durch das die Shudra-Handwerker vom Opfer ausgeschlossen waren.« (Kulke/Rohermund 1998: 58). Da insbesondere viele Bereiche der Körperpflege für spirituell höherstehende Personen tabu sind, kommt z.B. den Wäschern oder Barbieren in technischer Hinsicht eine erhebliche Bedeutung zu, die traditionelle indische Gesellschaft kann ohne diese Gruppen nicht existieren, dennoch gelten Sie in besonderem Maße als unrein – was sie zu prädestiniert, ihren verunreinigenden Tätigkeiten nachzugehen.¹³⁰

Sozialer Aufstieg ist nur über die Wiedergeburt möglich, der Gläubige beschreitet den Weg der Pflicht (*Dharma*), die Seelenwanderung ermöglicht die Verwandlung in höheres und niedrigeres Sein (*Kharma*). Die soziale Ordnung ist mithin gleichzeitig eine spirituelle Ordnung. Der "Weg der Pflicht" besteht vor allem auch darin, sich in die vorgegebenen Ordnung zu fügen und den qua Geburt zugewiesenen Platz einzunehmen. Die Befolgung der gesellschaftlichen Regeln, die Akzeptanz der Normen hat in diesem System eine zentrale religiöse Dimension, ist entscheidend für Erlangung des Seelenheils (was hier bedeutet: Aufstieg auf eine höhere Seinsstufe).¹³¹ Grenzüberschreitungen führen hingegen zu spiritueller Verunreinigung und haben den Abstieg im

129 »Weder dem König noch dem Millionär, sondern dem Weisen, dem Heiligen, dem Mahatma ... kommt der höchste Rang und die größte Ehre in diesem System zu. Als Seher, als Zunge oder Sprachrohr der zeitlosen Wahrheit ist er es, von dem jede Gemeinschaft ihre Ordnung empfängt. Der König ist eigentlich nur der Verwalter dieser Ordnung; Bauern und Kaufleute liefern das Material, das dem Ganzen Gestalt verleiht; die Arbeiter ... steuern dazu die nötige Arbeitskraft bei. So sind alle am Offenbarwerden, Erhalten und Erleben eines großen, gottgewollten Bildes beteiligt.« (Zimmer 1951: 49)

130 Dass die einzelnen Kasten in einer komplementären Beziehung der wechselseitigen Abhängigkeit zueinander stehen, heißt mithin keineswegs, dass sie als gleichwertig gelten. Das genaue Gegenteil ist der Fall. In der hinduistischen Welt »stellt man sich vor, dass jede beruflich spezialisierte Gruppe eine qualitativ verschiedene Art von Gut oder Dienstleistung zum sozialen Ganzen beiträgt, mit einem jeweils anderen Wert an sich. In einem derartigen System kann die Hierarchie der den Gütern und Dienstleistungen zugemessenen Werte auf die spezialisierten Berufsgruppen übertragen werden, um eine durchgängige soziale Hierarchie mit den Priestern an der Spitze zu erzeugen.« (Gibson 1988: 311) Gibson bezeichnet dieses System als eine Form hierarchisch-komplementären Austauschs: »Hierarchisch aufgrund der Orientierung auf das Ganze hin ... und komplementär wegen der Anwesenheit funktional geschiedener Einheiten« (Ibid.: 170). Herrschaft und Unterordnung realisieren sich dergestalt als Arbeitsteilung.

131 Zwar kann ein Individuum die Kaste in die es hineingeboren wurde nicht wechseln, eine Kaste oder Sub-Kaste kann allerdings kollektiv anstreben, ihre Stellung in der sozio-spirituellen Hierarchie zu verbessern, in dem sie "unreinen" Praktiken entsagt, und Verhaltensvorschriften respektive Tabus übergeordneter Kasten übernimmt (Bowker 1997: 197).

Zuge des Kreislaufs der Wiedergeburt, schlimmstenfalls die Reinkarnation als Unberührbarer oder als Tier zur Folge. Ebenso wie in der jüdisch-christlich-islamischen Tradition der Gehorsam gegenüber Gott und das Befolgen von dessen Geboten Schlüssel zum Seelenheil ist, garantiert das Beschreiten des Wegs der Pflicht dem gläubigen Hindu mithin (völlig unabhängig von individueller Frömmigkeit) den spirituellen Aufstieg – mit dem Ziel, in ferner Zukunft die Bürde der körperlichen Existenz abzustreifen und den Zyklus von Geburt, Tod und Wiedergeburt zu durchbrechen.¹³²

Interessanterweise stehen bei uns eben jene Tätigkeiten ganz am Ende der Entlohnungsskala, die auch in der traditionellen Rangfolge der indischen Berufsgruppen ganz unten rangieren. Abgesehen von Reinigungskräften (die direkt mit Abfällen und Ausscheidungen zu tun haben) und Menschen, die gezwungen sind in Call-Centern zu arbeiten, werden insbesondere jene, die Dienstleistungen an anderen Menschen erbringen, wie Friseuren und Friseure, Kindergärtnerinnen, Altenpflegerinnen, Arzthelferinnen weit unterdurchschnittlich entlohnt. Abgesehen davon, dass es sich bei einem nicht unerheblichen Teil der gerade aufgeführten Tätigkeitsbereich um sogenannte "Frauenberufe" handelt, ist die Wertigkeit, die wir bestimmten Arbeiten (und damit auch den Menschen die sie verrichten) beimessen, nach wie vor direkt assoziiert mit archaischen Vorstellungen von Reinheit und Unreinheit; unsere Gesellschaft ähnelt diesbezüglich strukturell dem indischen Kastenwesen – weit mehr, als wir angesichts der gravierenden Unterschiede in anderen Bereichen wahrscheinlich zu glauben geneigt sind.¹³³

Dies ist umso überraschender wenn man bedenkt, dass im Unterschied zur hinduistischen Welt ist die Vorstellung der einer spirituellen Hierarchie der Gesellschaft zumindest auf den ersten Blick kein originärer Bestandteil der westlichen Traditionen. Zwar ähnelt die Konzeption der Sozialordnung im europäischen Mittelalter mit ihrer Unterteilung in Adel, Klerus, Dritten Stand und die Masse der unfreien Bauern auf den ersten Blick frappierend an das Kastensystem (zumal auch diese Gruppen sich typischerweise nicht durch Eheschließungen verbanden), aber in Europa besteht keine direkte Korrespondenz zwischen religiösen Anschauungen und gesellschaftlicher Hierarchie. Wenngleich sie fraglos mißbraucht wurde, um die soziale und politische Ordnung

132 »Jeder Mensch steht in einer klar umrissenen Ordnung festgelegter und sorgfältig befolgter Normen und Tabus. Was man essen und nicht essen, was man suchen und was meiden, mit wem man verkehren, speisen und sich verheiraten soll, all diese persönlichen Angelegenheiten sind genau geregelt, und sowohl versehentliche wie absichtliche Übertretungen werden sehr streng geahndet. Der Grundgedanke dabei ist, dass die spezifische geistige Kraft, von der die Wirksamkeit jedes Menschen als Teil einer bestimmten sozialen Gruppe abhängt, vor jeder befleckenden Berührung bewahrt werden muss. [...] Die höchste Tugend ist, sich mit rückhaltloser Hingabe der uralzeitlosen, völlig unpersönlichen Maske der traditionellen Rolle einzufügen, in die man hineingeboren (jāti) wurde. [...] Der Schlüssel zur Erfassung der jeweiligen eigenen Inkarnation liegt in den Tugenden der jeweiligen eigenen Kaste. Die Kaste wird als ein die Persönlichkeit mitformender Faktor angesehen. Die göttlich-sittliche Ordnung (dharma), welche die soziale Struktur zusammenfügt und –hält, ist die gleiche, die dem Leben des Individuums Forbestand verleiht; und ebenso wie die Gegenwart verstanden werden muss als natürliche Folge der Vergangenheit, wird die Kaste der Zukunft bestimmt je nach der Art, wie die gegenwärtige Rolle gespielt wird. [...] Im Gaukelspiel der Schöpfung, das unsere Welt ist, wird jedem sein Platz durch Geburt zugewiesen (svadharma), und es ist seine erste Pflicht, dazu zu stehen, demgemäß zu leben und durch sein Äußeres wie durch sein Handeln zum Ausdruck zu bringen, welche Rolle im Schauspiel er innehat.« (Zimmer 1951: 146ff.)

133 Der mögliche Einwand, dass im Gegensatz zu uns, wo angeblich jeder seines Glückes Schmied ist (dem der "Weg nach oben" offensteht, vom Tellerwäscher zum Millionär), der Hindu qua Geburt einer bestimmten Berufsgruppe angehört, wiegt nicht sonderlich viel angesichts der Tatsache, dass die jeweilige Kastenzugehörigkeit davon abhängt, ob der Gläubige in seinen vorigen Leben dem "Weg der Pflicht" folgte. Auch hier ist ein gesellschaftlicher "Aufstieg" (allerdings erst im nächsten Leben) möglich. Der Unterschied zwischen beiden Ideologien ist lediglich ein gradueller. Und dass die Wiedergeburtstheorie noch viel märchenhafter ist als die Rede von "Chancengleichheit", macht letztere nicht unbedingt glaubwürdiger.

zu legitimieren, unterscheidet die christliche Religion gerade *nicht* zwischen Adel bzw. Personen "von Stand" und "Gemeinen" respektive Leibeigenen – vor Gott sind alle Menschen gleich.¹³⁴

Im Hinduismus ist zumindest in praktischer Hinsicht das genaue Gegenteil der Fall: In spiritueller Hinsicht sind die Menschen ungleich. Was die soziale Praxis betrifft, die Kodierung der sozialen Ordnung in quasi-religiösen Termini, bestehen aber wie gesehen nichtsdestotrotz erstaunliche Parallelen, die historisch begründet sein könnten. Das Hindu-Wort für Kaste, *Varna*, bedeutet "Farbe". Das *Rig Veda*, jener Korpus heiliger Schriften welcher die hinduistische Religion begründet geht auf das 13. vorchristliche Jahrhundert zurück, zu dieser Zeit eroberten die aus Zentralasien eingewanderten Arier den nordwestlichen Subkontinent, so dass die Vermutung, die Hautfarbe sei zentrales Unterscheidungskriterium zwischen hellhäutigen Eroberern und dunkelhäutigen Eroberten gewesen, zumindest nicht unplausibel erscheint (vgl. Kulke/Rotermund 1998: 56f.; Bowker 1997: 1015). Hier scheint die Formulierung religiöser Vorschriften direkt mit der Errichtung einer neuen sozialen Ordnung einher zu gehen, die strikt zwischen "weißen" Eroberern und dunkelhäutigen Eroberten unterscheidet.¹³⁵

Eine derart klare Grenzziehung bestimmt nun allerdings auch die europäische Tradition in Gestalt der doppelten Unterscheidung zwischen Adel und "Gemeinen", Freien und Unfreien. Die "Personen von Stand" betrachteten ihre Mitmenschen noch bis weit in die Neuzeit hinein mit den Augen ausländischer Eroberer – die sie ja ursprünglich auch waren.¹³⁶ In einem derartigen Universum ist "Unreinheit" faktisch eine gesellschaftliche Kategorie, die einem Individuum qua Geburt zukommt – völlig ungeachtet der Tatsache, dass die Theologie einer solchen Lesart widerspricht.¹³⁷ Tatsächlich haben Rassismus und "Klassismus" einen gemeinsamen Nenner, und dieser liegt in einer allen Gesellschaften explizit oder implizit eigenen Vorstellung von "Reinheit" und "Unreinheit".

Es ist auf den ersten Blick durchaus erstaunlich, wie sehr archaische Vorstellungen von "Reinheit" und "Unreinheit" nach wie vor die soziale Hierarchie der Berufsgruppen und damit auch der Personen sozusagen "kodieren". Begreift man diese Zuschreibungen aber als soziale (und nicht als religiöse) Kategorien, liefert die Gegenüberstellung einen Schlüssel zum Verständnis der "Semantik der sozialen Hierarchie". Auch in der Bundesrepublik werden Menschen nicht als gleichwertig betrachtet; tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Damit ist vielleicht auch umstandslos die Frage zu beantworten, warum wir anderen Menschen Arbeitsbedingungen und Löhne zumuten, die wir selbst niemals akzeptieren würden: Weil sie nicht soviel wert sind wie wir.

134 Dieses Versprechen der Gleichheit vor Gott transportiert auch der Islam, was dessen große Attraktivität in einem hinduistisch geprägten Umfeld zumindest zum Teil erklären kann.

135 Anders als der Gott der monotheistischen Weltreligionen sind die hinduistischen Götter auch keineswegs allmächtig und unsterblich, sie begrenzen das Universum nicht sondern füllen es aus. Einiges spricht dafür, dass diese Götter einstmals Menschen waren, Kulturhelden im wahrsten Sinn des Wortes, die mit ihren Streitwagen den Hindukush überquerten und in das Tal des Ganges hinabstiegen, um eine neue Welt zu erschaffen – aber das ist wiederum eine gänzlich andere Diskussion.

136 Es ist durchaus verlockend darüber zu spekulieren, ob eine derart tiefe soziale Kluft, eine derart radikale Abwertung des Anderen sich autochton entwickeln konnte, oder ob sie notwendig der Figur des "ausländischen" Eroberers bedarf.

137 »Die Deutungsmacht über Reinheit und Unreinheit in einer Gesellschaft ist ... immer Ausdruck konkreter realexistierender Machtverhältnisse. Reinheitsvorstellungen dienen damit oft der Begründung und Aufrechterhaltung von gesellschaftlicher Gliederung, so beispielsweise bei der Unterscheidung nach sozialem Status oder Geschlecht« (Kühnel 2008: 3).

Ich belasse es an dieser Stelle bei der Vieldeutigkeit des vorstehenden Satzes – selbstverständlich hängt alles davon ab, wie ich "Wert" definiere –, und rekapituliere die vorstehend diskutierten Sachverhalte nochmals kurz am Beispiel des Gehaltsgefälles zwischen dem Direktor und seiner Putzfrau: Erstens ist der Direktor in aller Regel deutlich besser qualifiziert als die Reinigungskraft. Er hat wahrscheinlich studiert, womöglich auch promoviert, während sie im Grunde nicht einmal einen Hauptschulabschluß benötigt. Deshalb verdient er folgerichtig deutlich mehr. Zweitens gibt es nur relativ wenige Personen, die ähnlich qualifiziert sind wie der Direktor, Putzfrauen hingegen gibt es bei der Arbeitsagentur massenhaft. Nach dem "Gesetz" von Angebot und Nachfrage ist die Arbeitszeit des Direktors folglich deutlich teurer. Drittens trägt der Direktor eine enorme Verantwortung, sowohl der Belegschaft als auch den Anteilseignern des Unternehmens gegenüber. Auch dies rechtfertigt eine deutlich höhere Bezahlung, wenngleich die Putzfrau selbstverständlich auch in einer Vertrauensstellung tätig ist – keinesfalls darf sie die vertraulichen Dokumente, welche zufällig auf dem Schreibtisch liegen geblieben, fotografieren und an die Presse oder die Konkurrenz verkaufen. Also zahlt man ihr etwas mehr als den Mindestlohn, damit sie sich dem Unternehmen verpflichtet fühlt. Viertens ist die Tätigkeit der Putzfrau "unrein" (sie kommt mit "Schmutz" in Berührung) und fünftens ist sie eine Frau, die einer "weiblich" konnotierten Tätigkeit nachgeht. Sechstens schließlich müßte allerdings der Direktor sein Büro selbst reinigen, wenn die Putzfrau nicht käme – zu exorbitant höheren Kosten, legte er seinen eigenen Stundenverdienst zugrunde. Geht man von dieser Betrachtung aus, müßte die Putzfrau das gleiche verdienen wie der Direktor. Das ist selbstverständlich unrealistisch, wie die Punkte eins bis drei verdeutlicht haben, verweist aber darauf, dass der Direktor eine Menge Geld spart, wenn er eine Reinigungskraft beschäftigt. Die Frage, welche Bezahlung angesichts dieser Argumente angemessen erscheint, und ob in der besten aller möglichen Welten der Chef sein Büro selbst putzt, müssen die Leserinnen und Leser allerdings jede und jeder für sich beantworten.

Das Beispiel der Reinigungskraft illustriert mithin exemplarisch das innere Band, welches zwischen dem Wert einer Person und der von dieser verrichteten Arbeit besteht. Ich hatte eingangs dieser Ausführungen darauf verwiesen, dass Frauen und Fremde allzu oft nicht an der ursprünglichen Gleichheit der Stammeskulturen teilhaben, und tatsächlich sind auch in unserer Gesellschaft die Menschen am untersten Ende der Lohnhierarchie entweder Frauen, oder sie haben einen "Migrationshintergrund" – vielfach ist beides der Fall.

Weibliche Erwerbsarbeit

Soziale Ungleichheit hat mithin eine formale wie eine inhaltliche Dimension. Die Analyse der gesellschaftlichen Hierarchie kann sich nicht damit begnügen, lediglich die Ressourcenverteilung und die soziale Mobilität zu untersuchen, sie muss auch die Werturteile berücksichtigen, welche über den jeweils "sozial Anderen" gefällt werden. Nur unter Einbeziehung der Art und Weise, wie Ungleichheit "gedacht" und gelebt wird, können die Mechanismen der Abgrenzung und Ausgrenzung adäquat verstanden werden. Dies trifft dann auch auf den Bereich der weiblichen Erwerbsarbeit zu.

dass Frauen nach wie vor deutlich schlechter entlohnt werden als Männer, sollte allgemein bekannt sein. Nach Angaben des statistischen Bundesamts verdienten 2019 Männer im Durchschnitt 22,16 Euro pro Stunde, Frauen hingegen lediglich 17,22 Euro.¹³⁸ Diese deutliche Kluft in der Entlohnung hat verschiedene Gründe: Männer besetzen einerseits häufiger Führungspositionen als Frauen (was auch damit zusammenhän-

138 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/03/PD20_097_621.html

gen kann, dass bei ihnen die Berufstätigkeit nicht durch Schwangerschaft und Elternzeit unterbrochen wird), andererseits sind letztere überproportional in Bereichen tätig, die traditionell als weibliche Sphären gelten, wie z.B. Erziehung und Pflege (ich hatte die Abwertung dieser Tätigkeiten bereits thematisiert und will das hier nicht wiederholen). Eine Analyse des hessischen statistischen Landesamts kommt allerdings zu dem Ergebnis, dass diese hierarchie- und branchenspezifischen Faktoren den sog. "Gender Pay Gap" nur unzureichend erklären, ein Einkommensunterschied von 1,29 Euro pro Stunde verbleibt als "unerklärter Rest" (vgl. Abbildung 25).¹³⁹

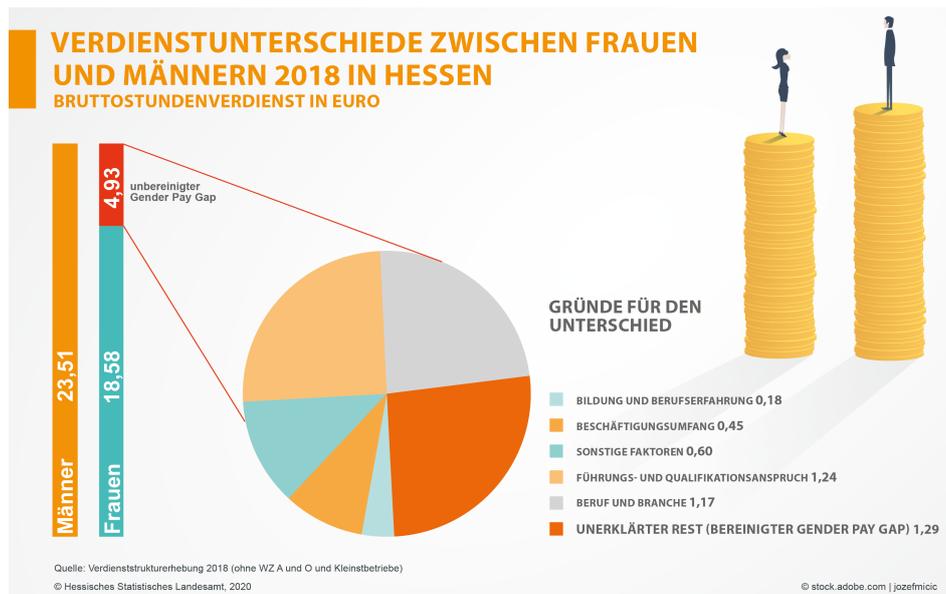


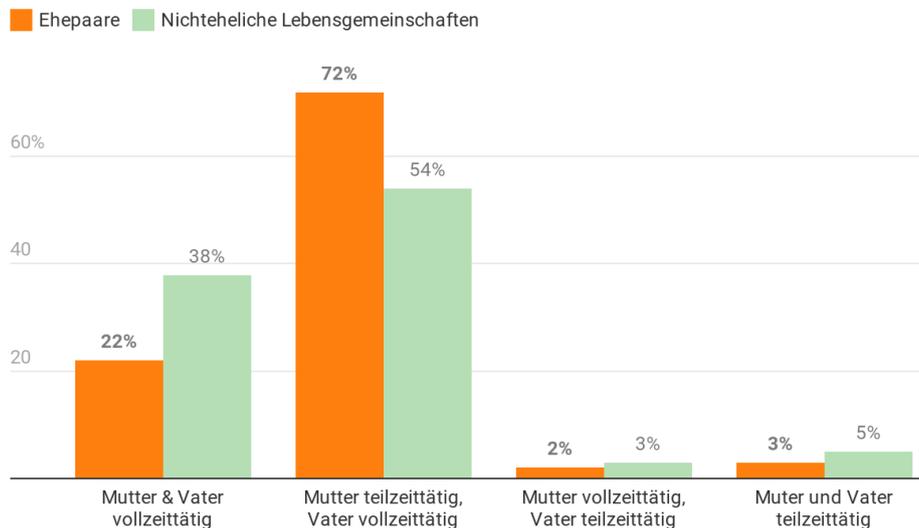
Abb. 25: Ursachen des Gender Pay Gap

Diese verbleibende Differenz ist möglicherweise ebenso wie die systematisch schlechtere Vergütung als "weiblich" konnotierter Tätigkeiten Ausdruck eines nach wie bestehenden kulturellen Selbstverständnisses, wonach der Mann die Familie mit seiner produktiven Arbeit ernährt, wohingegen die Frau primär Fürsorgeaufgaben übernimmt, und eher für die Reproduktion als die Produktion zuständig ist.

Diese Rollenverteilung erodierte im Zuge der ökonomischen Entwicklung mitnichten, sie wurde eher noch verfestigt; paradoxerweise war ein Resultat des sich in den Industriegesellschaften in allen Schichten ausbreitenden Wohlstands eine Verschlechterung der Stellung der Frau in der Familie. In vergangenen Jahrhunderten war Frauen- und Kinderarbeit in Arbeiterfamilien nicht nur die Norm, sie war auch überlebensnotwendig. Wenngleich Frauen und Kinder deutlich schlechter entlohnt wurden als Männer, trugen sie dennoch einen unverzichtbaren Anteil zum Familieneinkommen bei (vgl. Levine 1985: 176ff.). Der von den männlichen Arbeitern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert geführte Kampf um eine die Existenz sichernde Entlohnung zielte auch darauf ab, ihre Familienangehörigen von der Notwendigkeit zu befreien, zum Lebensunterhalt beizutragen. Zu einer Zeit, in der Frauen aus dem Bürgertum selbstverständlich

¹³⁹ <https://statistik.hessen.de/zahlen-fakten/preise-arbeitskosten-verdienste-einkommen/verdienste-einkommen/gender-pay-gap>

nicht arbeiteten, sondern "das Haus hüten" konnten, war dies auch eine Frage der "Respektabilität" – Frauen sollten nicht "mitarbeiten" müssen, jedenfalls nicht in einer respektablen Familie.



Quelle: Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, S. 66

Abb. 26: Paarfamilien nach Vollzeit-/Teilzeittätigkeit der Partner

In dem Maße, wie die Löhne der männlichen Arbeiter stiegen, wurden folgerichtig deren Ehepartnerinnen auf die Rolle als Hausfrau und Mutter reduziert. David Levine schreibt diesbezüglich: »Die materielle Grundlage der Kernfamilie wurde revolutioniert. Ihrer produktiven Funktion entkleidet, wurde die Arbeiterklassenfamilie zum Ort der Reproduktion und Konsumtion« (Ibid.: 189). Diese Entwicklung war durchaus ambivalent: Einerseits führte der Kampf der männlichen Arbeiter um auskömmliche Löhne zu einem hohen Grad an ökonomischer Teilhabe, andererseits verfestigten sich in ihren Familien patriarchale Strukturen – in dem Maße, wie die Frauen ihre ökonomische Funktion verloren und auf Heim und Herd beschränkt waren. Weibliche Erwerbsarbeit diente höchstens dem "Zuverdienst":

»Das Modell des männlichen Familienernährers bildete nach 1945 nicht nur in der Bundesrepublik die Grundlage des Sozialstaatskompromisses. Das traditionelle Familienmodell der Nachkriegszeit in Westdeutschland sah eine Differenzierung der Geschlechterrollen vor. Die Übernahme der finanziellen Versorgung der Familie durch den Mann und die Zuweisung der Haus- und Erziehungsarbeit an die Frau. Insbesondere eine berufstätige Mutter entsprach nicht dem gesellschaftlichen Idealbild, war mangels männlicher Arbeitskräfte aber häufig unausweichlich. Sie stand unter dem Generalverdacht, dass ihr die Entwicklung ihrer Kinder nicht wichtig genug sei, um auf ihre "Selbstverwirklichung" im Erwerbsleben zu verzichten. Es entwickelte sich ein so genanntes "Drei-Phasen-Modell" in der Erwerbsbiographie vieler Frauen: Erwerbstätigkeit bzw. Ausbildung der Frau vor der Geburt des ersten Kindes als erste Phase; Mutter und Hausfrau als zweite Phase und erneute Erwerbstätigkeit nach der Zeit der Erziehung als dritte Phase« (Oschmiansky et. al. 2020).

Dieses Rollenverständnis schlug sich auch in der Gesetzgebung nieder, in der Bundesrepublik Deutschland war es bis 1977 Frauen nicht erlaubt, ohne Zustimmung ihres Gat-

ten zu arbeiten. Wie dominant dieses patriarchale Verständnis der geschlechtlichen Arbeitsteilung in Deutschland nach wie vor ist, vermag ich nicht zu sagen, es korrespondiert aber nach wie vor weitgehend mit der Rollenverteilung in Familien und Lebensgemeinschaften, wie Abbildung 26 illustriert.¹⁴⁰

140 <https://www.bpb.de/themen/arbeit/arbeitsmarktpolitik/306053/das-ende-des-ernaehrermodells/>

Resümee

Soziale Ungleichheit manifestiert sich nicht allein in der Verteilung von Ressourcen und Chancen, sondern ganz allgemein in gesellschaftlicher "Teilhabe" und Anerkennung – ich hatte diesbezüglich bereits hervorgehoben, dass "Armut" in Deutschland weniger eine absolute als eine relative Kategorie sein dürfte. Die "Lebenslage" einer Person bzw. einer Familie wird zwar auch von der Verfügbarkeit materieller Ressourcen bestimmt, wie jemand sein Leben wahrnimmt und sich gesellschaftlich verortet, hängt aber auch davon ab, über welche Optionen ein Mensch verfügt, und inwieweit er oder sie sich sozial eingebunden oder ausgeschlossen, d.h. letztlich respektiert fühlt.¹⁴¹ Wie ich weiter oben ebenfalls bereits erwähnte, ist ein "postmaterialistischer Lebensstil" wahrscheinlich Privileg von Angehörigen einer etablierten Mittelschicht. Second-Hand Bekleidung kann aber nur für jene als Statussymbol bzw. politisches Statement fungieren, die sich problemlos hochwertige Neuware leisten können. Verzicht dürfte in aller Regel nur dann leichtfallen, wenn er nicht erzwungen ist – "Armut" heißt auch, keine Alternativen zu haben.

Universeller Wohlstand und Chancengleichheit bleibt für einen signifikanten Teil der Menschen in Deutschland ein uneingelöstes Versprechen. Das ist auf den ersten Blick erstaunlich, denn seit den 1950er Jahren transportierte die Idee von der "sozialen Marktwirtschaft" ein nahezu universelle Versprechen von Aufstieg, Wohlstand und Teilhabe. Noch vor hundert Jahren waren die Anhänger von Karl Marx und Friedrich Engels fest davon überzeugt, dass in naher Zukunft die unterdrückten und ausgebeuteten Arbeiter der Industrienationen sich erheben und die bestehende Ordnung hinwegfegen würden. Die große proletarische Weltrevolution sollte der Menschheit ein ewigwährendes goldenes Zeitalter der Friedens, des Wohlstands und der sozialen Gleichheit beschere. Es würde keine Herren mehr geben und keine Knechte, keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten, nur noch die universelle Solidarität der arbeitenden Menschen, welche sich selbst regierten. Die Marxsche Prophezeiung erfüllte sich bekanntermaßen nicht,¹⁴² der vermeintlich nicht zu versöhnende "Widerspruch" zwischen Kapital und Arbeit wurde in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in den westlichen Industrienationen im Zuge des anwachsenden Wohlstands durch Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen so weit abgemildert, dass sich die "Systemfrage" nur noch für eine kleine Minderheit stellte.

Das deutsche Wort "Sozialpartnerschaft" bringt den Sachverhalt vielleicht am besten auf den Punkt; und wengleich die politische Entwicklung in den europäischen Ländern jeweils sehr unterschiedlich verlief, kann man zumindest für die Staaten der ursprünglichen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie für Skandinavien konstatieren, dass mit der politischen Emanzipation der Arbeiterklasse ein Maß an ökonomischer Partizipation einherging, welches den "Klassenkampf" früherer Jahrzehnte obsolet machte. – Aber an dieser Entwicklung partizipierten wie gesagt nicht alle, zumindest nicht gleichermaßen und auch nicht "nachhaltig". Der angestrebte Aufstieg durch Bildung scheiterte, vermeintlich sichere Arbeitsplätze wurden abgebaut, der Druck auf ge-

141 Wie Julia Friedrichs in ihrem Buch "Working Class" (2021) betont, ist die angemessene Entlohnung der Arbeit auch eine Frage des Respekts gegenüber jenen, die sich am unteren Ende der sozioökonomischen Hierarchie befinden.

142 Schon gar nicht in der Sowjetunion und deren "realsozialistischen" Ablegern, wo die Herrschenden ihr bestes gaben, das Ideal einer freien und gerechten Gesellschaft zu diskreditieren.

ring qualifizierte Beschäftigte wuchs, Arbeitslosigkeit erschien nicht länger als gesellschaftliches Problem sondern als Resultat individuellen Versagens.

Das Gefühl unzureichender Teilhabe und fehlender Chancen könnte letztlich auch die Stabilität und Legitimität des politischen Systems in Frage stellen. Barack Obama führte im September 2016 vor der UN-Generalversammlung aus: »Eine Welt, in der ein Prozent der Menschheit so viel Vermögen besitzt wie die verbleibenden 99 Prozent wird niemals stabil sein« (zit. nach Oxfam Deutschland 2017).¹⁴³ Eine von den Menschen als zutiefest ungerecht empfundene Verteilung ökonomischer Ressourcen kann die politischen Akteure bzw. das politische System deligitimieren. Das ist möglicherweise kein Phänomen, welches nur Länder der sog. "Dritten Welt" oder Osteuropas betrifft. In Deutschland z.B. hängt die Wahlbeteiligung signifikant von der ökonomischen Situation ab (vgl. Abbildung 27 und 28).¹⁴⁴

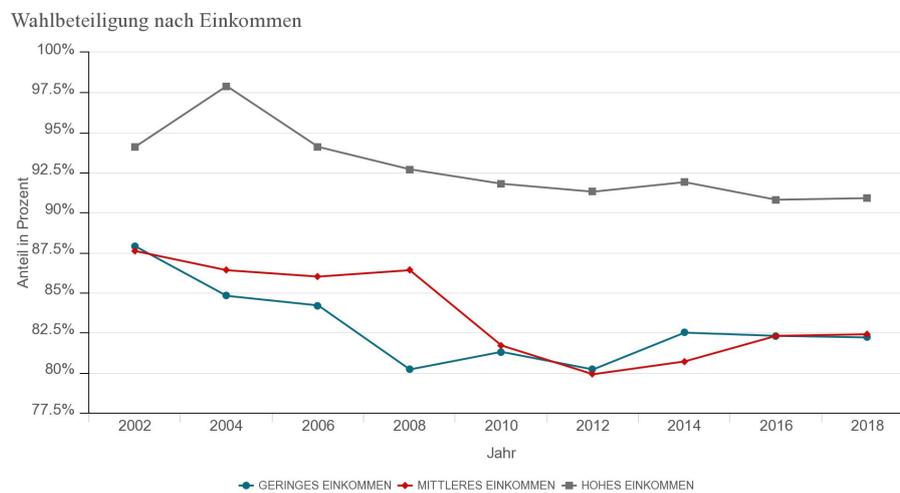


Abb. 27: Wahlbeteiligung nach Einkommen

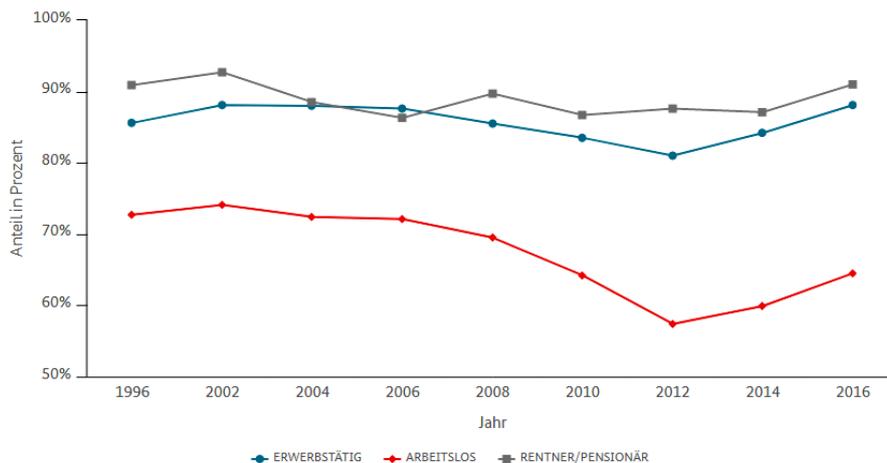
Warum gehen so viele Arbeitslose nicht zur Wahl? Aus reinem Desinteresse? Weil sie glauben, dass sich doch nichts ändert? Oder weil sie sich von den Politikerinnen und Politikern (denen "da oben") schlicht nicht repräsentiert fühlen? Möglicherweise durchaus zu Recht. Elsässer et. al. (2017) untersuchten diesbezüglich am Beispiel der Entscheidungen des Bundestags, ob die politische Entscheidungsfindung die Interessen aller sozialen Gruppen ausgewogen berücksichtigt (die soziale "Responsivität" der Gesetzgebung). Die Studie kam zu einem ausgesprochen alarmierenden Ergebnis, welches für die Webpräsenz der Max-Planck-Gesellschaft folgendermaßen zusammengefaßt wurde:

143 In diesem Zusammenhang heißt "Fluchtursachen bekämpfen" nicht, Boote in Libyen am Auslaufen zu hindern. Die Rolle Deutschlands und der EU bei der Perpetuierung der Unterentwicklung z.B. in den westafrikanischen Ländern konnte ich hier leider nicht näher beleuchten, aber es sollte einsichtig sein, dass das Verlangen nach möglichst niedrigen Löhnen und billigen Rohstoffen dem Interesse an wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Stabilität in der Region zuwider läuft.

144 <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Gesellschaft/Wahlbeteiligung/wahlbeteiligung.html>

»Wenn nicht alle Gruppen dieselbe Chance haben, dass ihre Anliegen im politischen Prozess berücksichtigt werden, wird das Gleichheitsversprechen liberaler Demokratien verletzt. Die Ursache für ungleiche Responsivität liegt nicht darin begründet, dass die Armen das objektiv Falsche wollen. Untere Einkommensgruppen sprechen sich weder für utopische noch für unfinanzierbare oder gar ethisch anstößige Vorschläge aus. Die ausgewerteten Sachfragen beruhen häufig auf Reformvorschlägen der Regierung oder einer Bundestagsfraktion und würden fast nie eine Grundgesetzänderung notwendig machen. Welche Ideen davon umgesetzt werden, ist eine Frage des politischen Willens. Ein konstant hohes Rentenniveau mag beispielsweise Steuererhöhungen notwendig machen, alternativlos ist seine Absenkung deswegen aber keineswegs. Für die meisten politischen Entscheidungen gibt es nicht die eine richtige Lösung, weil Menschen berechtigterweise Unterschiedliches wollen. Spiegeln Entscheidungen dauerhaft einseitig die Präferenzen einer Gruppe wider, liegt ein Repräsentationsdefizit für alle anderen vor. Die empirische Untersuchung der Entscheidungen des Bundestages erhärtet das Bild einer Gesellschaft der politisch Ungleichen. Menschen mit niedrigem Einkommen partizipieren nicht nur seltener, sondern die vom Deutschen Bundestag getroffenen Entscheidungen spiegeln auch in viel geringerem Maß ihre Präferenzen wider als die der Bessergestellten. Diese Schieflage der Responsivität ist im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik besonders ausgeprägt und führt zu Entscheidungen, die stark über das von Teilen der Bevölkerung gewünschte Maß an Liberalisierung hinausgehen. So wird der Markt zulasten einer ungleichheitsreduzierenden Politik gestärkt. Ungleiche Responsivität stärkt individuelle Rechte und den Wettbewerb, schwächt jedoch Formen kollektiver Sicherung. Wer auf letztere angewiesen ist, wird sich durch diese Politik nicht vertreten fühlen.«¹⁴⁵

Wahlbeteiligung nach Erwerbsstatus



© Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Abb. 28: Wahlbeteiligung nach Erwerbsstatus

Das Gefühl, von der Politik nicht vertreten zu werden, trifft allerdings nicht nur auf Arbeitslose und Niedriglohnbezieher zu. Einer Untersuchung der TU Dresden zufolge entstammt »der „typische“ PEGIDA-Demonstrant ... der Mittelschicht, ist gut ausgebildet, berufstätig, verfügt über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen, ist 48 Jahre alt, männlich, gehört keiner

145 <https://www.mpg.de/11473153/wahlverhalten>

Konfession an«. ¹⁴⁶ Wo der irrationale Haß auf Ausländer und Migranten (und Angela Merkel) im einzelnen seinen Ursprung hat, bleibt letztlich unklar; viele dieser Menschen haben aber offenbar das Gefühl, zu kurz zu kommen und belogen zu werden. Sie fühlen sich "ungerecht behandelt" und empören sich. Der Zusammenhang zwischen der "Krise des deutschen Parteiensystems" und der sozialen Ungleichheit in diesem Land dürfte sehr komplex sein.

Es ist mithin keine Frage der eigenen ökonomischen Lage, ob ich einen geflüchteten Menschen als potentiell hilfsbedürftig oder als Bedrohung der eigenen Existenz (auch in sozio-kultureller Hinsicht betrachte). ¹⁴⁷ Mit anderen Worten: ethisch-politische Überzeugungen lassen sich nicht einfach aus der Schichtzugehörigkeit ableiten, hier stößt die soziologische Analyse an ihre Grenzen. ¹⁴⁸

Aber trotz der "kognitiven Dissonanzen", d.h. der Diskrepanz zwischen faktischer und individuell wahrgenommener Lebenslage, ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, dass mit wachsender Ungleichheit (auch im Sinne fehlender Aufstiegschancen) der gesamtgesellschaftlichen Konsens der "sozialen Marktwirtschaft" erodiert. In jedem Fall ist es problematisch, wenn Teile der Bevölkerung sich als "Verlierer" der wirtschaftlichen Entwicklung betrachten, und das Gefühl haben, "die Politik" interessiere sich nicht für sie. In jedem Fall sollte die Verteilung von Chancen und Ressourcen in einer Gesellschaft von den Menschen (zumindest von deren überwiegender Mehrheit) als "gerecht" oder "gerechtfertigt" empfunden werden. Ein größeres Maß sozialer Gleichheit, insbesondere auch "Chancengleichheit", dürfte mithin der politischen Stabilität durchaus zuträglich sein.

Derartige eher pragmatische Erwägungen sind allerdings mit grundlegenden ethisch-moralischen Fragen verwoben. Letztlich müssen wir entscheiden, in welcher Gesellschaft wir leben und wie wir mit unseren Mitmenschen umgehen wollen. Sehen wir im anderen primär den Mitmenschen, oder lediglich ein potentielles Objekt der Ausbeutung und Bereicherung? Und sind wir bereit, unsere Privilegien zumindest ein Stück weit aufzugeben, um allen Menschen ein Leben in Würde und Sicherheit zu ermöglichen? Man muss den anderen nicht mögen, um sich ihm gegenüber solidarisch zu verhalten und ein gewisses Maß an Großzügigkeit an den Tag zu legen – wie es unter Verwandten üblich ist bzw. sein sollte. Das sind zwar normative Fragen, die wissenschaftlich nicht beantwortet werden können, sie führen aber direkt zurück auf den Ausgangspunkt dieser Ausführungen: die Vergesellschaftung auf Basis von Gleichheit und Gegenseitigkeit, d.h. wechselseitiger Verpflichtungen. Und auch wenn ich die Vermutung nicht belegen kann, dass großzügige Menschen eher mit ihrem Leben zufrieden sind als kleinliche Zeitgenossen, lohnt es doch, diese Hypothese weiter zu verfolgen.

146 https://tu-dresden.de/tu-dresden/newsportal/news/pegida_pk

147 Das dürfte selbst dann noch gelten, wenn ich im Niedriglohnssektor arbeite und der Migrant oder die Migrantin für mich eine objektive Bedrohung darstellt, weil er oder sie bereits ist, zu deutlich schlechteren Konditionen zu arbeiten.

148 Interessanterweise verglichen sich die Personen, welche von Jonathan Mijs und Mike Savage im Rahmen einer Studie zur "Meritokratie" befragt wurden (2020), bei der Beurteilung ihrer "Lebensleistung" primär mit Angehörigen ihrer eigenen Schicht, und nicht mit sozial höher stehenden Gruppen. Da dies aber dem Untersuchungsdesign geschuldet sein könnte und wenig über die Einschätzung des politischen Systems durch die Befragten aussagt, belasse ich es bei dieser Anmerkung.

Literatur

- ALLEN, Robert C. (2009): *The British Industrial Revolution in Global Perspective*. Cambridge / New York (Cambridge University Press).
- ANTHONY, David. W. (2007): *The Horse, the Wheel, and Language. How Bronze-Age Riders from the Eurasian Steppes Shaped the Modern World*. Princeton/Oxford (Princeton University Press).
- AUTOREN GRUPPE BILDUNGSBERICHT [Hg.] (2018): *Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung*. Bielefeld (wbv).
- ARMSTRONG, Karen (2014): *Fields of Blood. Religion and the History of Violence*. London (Bodley Head). Zitiert nach der dt. Ausgabe, München (Pattloch) 2014.
- BALANDIER, Georges (1967): *Anthropologie politique*. Paris (PUF) 2007.
- BARON, Christian (2016): *Proleten, Pöbel, Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten*. Berlin (Verlag das neuen Berlin).
- BAYLY, Christopher A. (1988): *Indian Society and the Making of the British Empire*. Cambridge / New York (Cambridge University Press) 1990.
- BISSON, Thomas N. (1994): *The 'Feudal Revolution'*. In: *Past and Present*, No. 142.
- BLANNING, Tim (2007): *The Pursuit of Glory. Europe 1648–1815*. London (Penguin).
- BÖHNKE, Petra und LINK, Sebastian (2017): *Poverty and the Dynamics of Social Networks: An Analysis of German Panel Data*. In: *European Sociological Review*, Volume 33, Issue 4.
- BOURDIEU, Pierre (1979): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1982.
- BOWKER, John [Hg.] (1997): *The Oxford Dictionary of World Religions*. Oxford (Oxford University Press) 1999.
- BRINKMANN, Ulrich et.al. (2006): *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*. Bonn (Friedrich Ebert Stiftung).
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2019): *Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, März 2019*.
- BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (2012): *BIBB Report, 6. Jahrgang, Heft 17*.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG [Hg.] (2019): *Berufsbildungsbericht 2019*. Berlin (BMBF).
- BUTTERWEGE, Christoph (2019): *Deutschland nach Hartz IV*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44-45/2019.
- CAHSDAN, Elizabeth (1989): *Hunters and Gatherers: Economic Behavior in Bands*. In Plattner, S. [Ed.]: *Economic Anthropology*. Stanford, Cal. (Stanford Univ. Press).
- CASTEL, Robert (1995): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz (UVK) 2000.
- CASTEL, Robert und DÖRRE, Klaus [Hg.] (2009): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhundert*. Frankfurt/M. (Campus).

- CHAUDHURI, K.N. (1978): *The Trading World of Asia and the English East India Company 1660-1760*. Cambridge / New York (Cambridge University Press) 2006.
- (1985): *Trade and Civilisation in the Indian Ocean. An Economic History from the Rise of Islam to 1750*. Cambridge / New York (Cambridge University Press).
- CLASTRES, Pierre (1972): *Chronik der Guayaki*. München (Trickster) 1984.
- (1974): *Staatsfeinde. Studien zur politischen Anthropologie*. Frankfurt/M. (Suhrkamp)
- COHEN, Claudine (2023): *Die Mär vom Matriarchat*. Spektrum.de vom 16.7.2023, <https://www.spektrum.de/news/frauen-in-der-altsteinzeit-vergoettert-oder-unterjocht/2159685>
- CONARD, Nicholas J. und KIND, Claus-Joachim (2017): *Als der Mensch die Kunst erfand. Eiszeithöhlen der schwäbischen Alb*. Darmstadt (Theiss).
- CRESSY, David (2011): *Saltpetre, State Security and Vexation in Early Modern England*. In: *Past and Present*, No. 212.
- CUNLIFFE, Barry (2015): *By Steppe, Desert and Ocean. The Birth of Eurasia*. Oxford (Oxford University Press) 2017.
- DARWIN, John (2007): *After Tamerlane. The Rise and Fall of Global Empires, 1400–2000*. London (Penguin).
- DER PARITÄTISCHE GESAMTVERBAND [Hg.] (2017): *Menschenwürde ist Menschenrecht. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017*. Berlin.
- DE VRIES, Jan (2008): *The Industrious Revolution. Consumer Behaviour and the Household Economy, 1650 to the Present*, Cambridge, New York, Melbourne (Cambridge University Press).
- DE VRIES, Jan / VAN DER WOUDE, Ad (1995): *The First Modern Economy. Success, Failure and Perseverance of the Dutch Economy, 1500–1815*. Cambridge, New York, Melbourne (Cambridge University Press) 1997.
- DEVROEY, Jean-Pierre (2000): *Men and Women in Early Medieval Serfdom: The Ninth-Century North Frankish Evidence*. In: *Past and Present*, No. 166
- DÖRRE, Klaus (2015): *Unterklassen. Plädoyer für die analytische Verwendung eines zwiespältigen Begriffs*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10/2015.
- DURKHEIM, Émile (1912): *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1978.
- DUBY, G. (1969): *Krieger und Bauern. Die Entwicklung der mittelalterlichen Wirtschaft und Gesellschaft bis um 1200*. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1984.
- (1984): *Guillaume le Maréchal oder der beste aller Ritter*. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1986.
- DYER, Christopher (2002): *Making a Living in the Middle Ages. The People of Britain 850-1520*. London (Penguin) 2003.
- ELSÄSSER, Lea; HENSE, Svenja; SCHÄFER, Armin (2017): *"Dem Deutschen Volke"? Die ungleiche Responsivität des Bundestags*. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 47.
- ENDICOTT, Kirk (1988): *Property, power and conflict among the Batek of Malaysia*. In: *Ingold/Riches/Woodburn [Eds.] (1988): Hunters and Gatherers. Vol.2: Property, power and ideology*. Oxford / New York (Berg).

- EVANS-PRITCHARD, Edward E. (1956): *Nuer Religion*. New York/Oxford (Oxford University Press) 1969.
- FAGAN, Brian (2012): *Cro-Magnon. Das Ende der Eiszeit und die ersten Menschen*. Stuttgart (Theiss).
- FINDLAY, Ronald and O'ROURKE, Kevin (2007): *Power and Plenty. Trade, War and the World Economy in the Second Millenium*. Princeton and Oxford (Princeton University Press).
- FRANKFORT, Henry (1948): *Kingship and the Gods. A Study of Ancient Near Eastern Religion as the Integration of Society and Culture*. Chicago & London (Chicago University Press) 1978.
- (1954): *The Art and Architecture of the Ancient Orient*. New Haven and London (Yale University Press) 1996.
- FRIEDMAN, Sam und LAURISTON, Daniel (2019): *The Class Ceiling. Why it Pays to be Priviledged*. Bristol/Chicago (Policy Press).
- FRIEDRICHS, Julia (2021): *Working Class. Warum wir Arbeit brauchen, von der leben können*. Berlin/München (Berlin Verlag).
- FUCHS, Claudia (2013): *Keine Chance für Kevin und Jacqueline? Wie Vorurteile den Schulalltag prägen*. Samstag, 23.11.2013, 8.30 Uhr, SWR 2.
<https://www.swr.de//id=12221384/property=download/nid=660374/1xv3w2r/swr2-wissen-20131123.pdf>
- GEIGER, Nils; PRETTNER, Klaus; SCHWARZER, Johannes A. (2018): *Die Auswirkungen der Automatisierung auf Wachstum, Beschäftigung und Ungleichheit In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Band 19, Heft 2*.
- GEIßLER, Rainer (2014): *Bildungsexpansion und Bildungschancen*. In: *Informationen zur politischen Bildung Nr. 324/2014*. Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung). <https://www.bpb.de/izpb/198031/bildungsexpansion-und-bildungschancen>
- GEORGE, Andrew (1999): *Introduction*. In ders. [Ed.]: *The Epic of Gilgamesh*. London (Penguin) 2003.
- GEUDER-JILG, Erwin (2014): *Landnahme und ihre Auswirkungen auf Frieden, Sicherheit und Stabilität. Konfliktrelevante Dimensionen bei großflächigen Landinvestitionen und „Landgrabbing“*. Berlin (Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst/ Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung).
- GIBSON, Thomas (1988): *Meat sharing as a political ritual: forms of transaction versus modes of subsistence*. In: Ingold, T. / Riches, D. / Woodburn, J. [Eds.] (1988): *Hunters and Gatherers. Vol.2: Property, power and ideology*. Oxford / New York (Berg).
- GODELIER, Maurice (1982): *Die Produktion der Großen Männer. Macht und männliche Vorherrschaft bei den Baruya in Neuguinea*. Frankfurt/M. (Campus) 1986.
- (1984): *Natur, Arbeit, Geschichte. Zu einer universalgeschichtlichen Theorie der Wirtschaftsformen*. Hamburg (Junius) 1990.
- GRABKA, Markus M. und WESTERMEIER, Christian (2014): *Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland*. In: *DIW Wochenbericht 9/2014*.
- (2015): *Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland*. In: *DIW Wochenbericht 7/2015*.

- GRABKA, Markus M. und SCHRÖDER, Carsten (2019): Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist größer als bislang angenommen. In: DIW Wochenbericht 14/2019.
- GRAEBER, David (2018): *Bullshit Jobs: Vom wahren Sinn der Arbeit*. Stuttgart (Klett-Cotta).
- GROH-SAMBERG, Olaf und HERTEL, Florian R. (2015): Ende der Aufstiegs-gesellschaft? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10/2015.
- HAJNAL, John (1965): European Marriage Patterns in Perspective. In: GLASS, D.V. and EVERSLEY, D.E.C. [Eds.]: *Population in History. Essays in Historical Demography*. London (Edward Arnold).
- HAN, Sung Min / CHANG, Eric C.C. (2016): Economic inequality, winner-loser gap, and satisfaction with democracy. In: *Electoral Studies* 44.
- HARDOON, Deborah (2017): *An Economy for the 99%. It's time to build a human economy that benefits everyone, not just the privileged few*. Oxford (Oxfam Briefing Paper).
- HARRIS, Ron (1994): The Bubble Act: Its Passage and Its Effects on Business Organization. In: *The Journal of Economic History*, Vol. 54, No. 3.
- HARTMANN, Michael (2002): *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*. Frankfurt/M. (Campus).
- HATCHER, John (1998): Labour, Leisure and Economic Thought before the Nineteenth Century. In: *Past and Present*, No. 160.
- HATCHER, John / Bailey, Mark (2001): *Modelling the Middle Ages. The History and Theory of England's Economic Development*. Oxford (Oxford University Press).
- HERLIHY, David (1997): *The Black Death and the Transformation of the West*. Cambridge, Mass. (Harvard University Press).
- HICKEL, Jason (2017): *The Divide. A Brief Guide to Global Inequality and its Solutions*. London (Windmill Books) 2018.
- HILDEBRAND, Elisabeth A. et.al. (2018): A monumental cemetery built by eastern Africa's first herders near Lake Turkana, Kenya. In: *PNAS*, September 4, 2018.
- HILTON, Rodney E. (1973): *Bond Men Made Free: Medieval Peasant Movements and the English Rising of 1381*. London / New York (Routledge) 1995.
- (1978): A Crisis of Feudalism. In: *Past and Present*, No. 80.
- HIRSCH, Fred (1976): *Social Limits to Growth. Revised Edition*. London (Routledge & Kegan Paul) 2005.
- HOBSBAWM, Eric J. (1968): *Industrie und Empire. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750*. Frankfurt/Main (Suhrkamp) 1982.
- HUBMANN, Anke et. al [Hg] (2017). *IGLU 2016. Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich*. Münster (Waxmann).
- INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION (2018): *Women and Men in the Informal Economy. A Statistical Picture*. Genf (ILO).
- JAECK, Tobias (2020): *Der Niedriglohnsektor in Ost- und Westdeutschland*. <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47165/der-niedriglohnsektor-in-ost-und-westdeutschland/>

- KEBEDE, E./GOUJON, A./LUTZ, W. (2019): Stalls in Africa's fertility decline partly result from disruptions in female education. In: PNAS February 19, 2019.
- KLEMM, Klaus und ANBUHL, Matthias (2018): Der Dresdener Bildungsgipfel: von unten betrachtet. Expertise zur sozialen Spaltung im Bildungssystem. Berlin (DGB Bundesvorstand, Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit).
- KNUTH, Stephanie (2019): Der Umgang von Soziologie-Professor_innen mit Habitus-Struktur-Konflikten. Eine praxeologisch-empirische Rekonstruktion. In: Soziologie, Jahrgang 48, Heft 3.
- KOTTE, Detlef J. (2010): Entwicklung durch Handel? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2010.
- KRACKE, Nancy (2016): Unterwertige Beschäftigung von AkademikerInnen in Deutschland. Die Einflussfaktoren Geschlecht, Migrationsstatus und Bildungsherkunft und deren Wechselwirkungen. In: Soziale Welt 67.
- KRAEMER, Klaus (2008): Prekarität – was ist das? In: Arbeit, Heft 1, Jg. 17.
- KÜHNEL, Florian (2008): Reinheit – religiöse, soziale und politische Aspekte. H-Net Reviews, Oktober 2008.
- KULKE, Hermann / ROTHERMUND, Dietmar (1998): Geschichte Indiens. Von der Induskultur bis heute. München (C.H. Beck).
- LEE, Richard B. (1969): The !Kung San. Men, women and work in a foraging society. Cambridge (Cambridge University Press).
- LEICK, Gwendolyn (2001): Mesopotamia. The Invention of the City. London (Penguin) 2002.
- LEPENIES, Philipp (2017): Armut. Ursachen, Formen, Auswege. München (Beck).
- LESSENICH, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld (transkript).
- LÉVI-STRAUSS, Claude (1955): Traurige Tropen. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1982.
- (1961): Die kulturellen Diskontinuitäten und die ökonomische und soziale Entwicklung. In ders. (1973): Strukturelle Anthropologie II. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1975.
- (1991): Die Luchsgeschichte. München/Wien (Hanser) 1993.
- LEVINE, David (1985): Industrialization and the Proletarian Family in England. In: Past and Present, No. 107.
- LIDDY, Christian D. (2015): Urban Enclosure Riots: Risings of the Commons in English Towns, 1480–1525. In: Past and Present, No. 226.
- MALINOWSKI, Bronislaw (1922): Argonauten des westlichen Pazifik. Frankfurt/M. (Syndikat) 1979.
- (1926): Gegenseitigkeit und Recht (Auszüge aus "Crime and Custom in Savage Society"). In Kramer, F. und Sigrist, C. [Hg.] (1978): Gesellschaften ohne Staat. Gleichheit und Gegenseitigkeit. Frankfurt/M. (Syndikat).
- MARSHALL, Lorna (1961): Sharing, taking and giving: relief of social tension among !Kung Bushmen. In Africa, 31.
- McHAFFIE, M.W. (2018): Law and Violence in Eleventh-Century France. In: Past and Present, No. 238.
- MEILLASSOUX, Claude (1975): Die wilden Früchte der Frau. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1984.

- MIJS, Jonathan J.B. and SAVAGE, Mike (2020): Meritocracy, Elitism and Inequality. In: *The Political Quarterly*, Volume 91, Issue 2.
- MOKYR, Joel (2009): *The Enlightened Economy. An Economic History of Britain 1700–1850*. New Haven and London (Yale University Press).
- MOLLESON, Theya (1994) Die beredten Skelette von Tell Abu Hureya. In *Spektrum der Wissenschaft* 10/1994.
- NOHLEN, Dieter (1999): Raúl Prebisch. Das Zentrum-Peripherie-Modell der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. In: *E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit* 11, November 1999.
- O'BRIEN, Patrick Karl (1988): The political economy of British taxation, 1660–1815. In : *The Economic History Review*, Vol. 41, No. 1.
- OXFAM Deutschland (2017): *Ein Wirtschaftssystem für alle. Auswege aus der Ungleichheitskrise*. Berlin (Oxfam Deutschland).
- OLADE, Inigo et. al. (2018): The Beaker phenomenon and the genomic transformation of northwest Europe. In: *Nature*, Volume 555 (08 March 2018).
- OSCHIMIANSKY, Frank (2003): Faule Arbeitslose? Zur Debatte über Arbeitsunwilligkeit und Leistungsmissbrauch. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 6-7/2010.
- (2020): Befristete Beschäftigungsverhältnisse. <https://www.bpb.de/themen/arbeit/arbeitsmarktpolitik/317177/befristete-beschaefigungsverhaeltnisse/>
- OSCHIMIANSKY, Frank; KÜHL, Jürgen; OBERMEIER, Tim (2020): Das Ende des Ernährermodells. <https://www.bpb.de/themen/arbeit/arbeitsmarktpolitik/306053/das-ende-des-ernaehrermodells/>
- PERKIN, Harold J. (1969): The Social Causes of the British Industrial Revolution. In: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5th Series, Vol. 18.
- POLANYI, Karl (1947): Unser obsoletes marktwirtschaftliches Denken. In *ders.: Ökonomie und Gesellschaft*. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1979.
- POMERANZ, Kenneth (2000): *The Great Divergence. China, Europe, and the Making of the Modern World Economy*. Princeton (Princeton University Press).
- (2003): Nachdenken über vergleichende Wirtschaftsgeschichte: "Der fernöstliche Entwicklungsweg" als Konzeption, Geschichte und Politik. In: *Zeitschrift für Weltgeschichte* 4:2.
- PORTER, Roy (1991): *English Society in the 18th Century*. Revised Edition. London (Penguin).
- POSTAN, M. M. [Ed.] (1966): *The agrarian life of the Middle Ages. The Cambridge economic history of Europe*, Vol. 1. Cambridge / New York (Cambridge University Press) 1973.
- PROMBERGER, Markus et. al. (2018): Existiert ein verfestigtes "Prekariat"? Prekäre Beschäftigung, ihre Gestalt und Bedeutung im Lebenslauf und die Konsequenzen für die Strukturierung sozialer Ungleichheit. In *Hans Böckler Stiftung, Reihe: Forschungsförderung Working Paper*, Nr. 85.
- ROTHGANG, Heinz; MÜLLER, Rolf; PREUß, Benedikt (2020): *BARMER Pflegereport 2020. Belastungen der Pflegekräfte und ihre Folgen*. Universität Bremen, SOCIUM – Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik.
- SAHLINS, Marshall (1972): *Stone-Age Economics*. Hawthorne, N.Y. (Aldine de Gruyter).
- (1976): *Kultur und praktische Vernunft*. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1981.

- SAVAGE, Mike et.al. (2013): A New Model of Social Class? Findings from the BBC's Great British Class Survey Experiment. In: *Sociology* 47(2).
- (2015): On Social Class, Anno 2014. In: *Sociology* 49(6).
- SCHIMANK, Uwe (2012): Individualisierung der Lebensführung. In: Bundeszentrale für politische Bildung [Hg.]: Dossier: Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde.
- SCHMIDT, Klaus (2006): Sie bauten die ersten Tempel. Das rätselhafte Heiligtum der Steinzeitjäger. München (C.H. Beck).
- SCHROEDER, Hannes et. al. (2019): Unraveling ancestry, kinship and violence in a Late Neolithic mass grave. In: *PNAS*, <https://www.pnas.org/content/early/2019/04/30/1820210116>
- SCHULZE, Alexander; UNGER, Rainer; HRADIL, Stefan (2008) Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I. Projekt- und Ergebnisbericht zur Vollerhebung der GrundschülerInnen der 4. Klasse im Schuljahr 2006/07. Hg.: Projektgruppe Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung, Amt für Soziale Arbeit, Abteilung Grundsatz und Planung, Landeshauptstadt Wiesbaden.
- SELKE, Stephan (2009): Die neue Armenspeisung. Der Boom der Tafel-Bewegung. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/2009.
- SNELL, Daniel C. (2011): *Religions of the Ancient Near East*. Cambridge (Cambridge University Press).
- SÖDER-MAHLMANN, Joachim (1999): Andere Völker, andere Sitten. Tausch im interkulturellen Vergleich. In: Finkeldey, L. [Hg.] (1999): *Tausch statt Kaufrausch*, Bochum (SWI-Verlag).
- (2005): *Soziale Tatsachen und kollektive Vorstellungen. Ein Beitrag zur Soziologie des Tauschs und der Erkenntnis*. Universität Hannover (Habilitationsschrift).
- (2015): *Bedürfnis und Verlangen. Anmerkungen zur Emergenz der Konsumgesellschaft*. In: Dierksmeier/Hemel/Manemann [Hg.]: *Wirtschaftsanthropologie*. Baden-Baden (Nomos).
- (2018): *Imperien der Träume. Die Transformation der europäischen Gesellschaften im Zeitalter der Entdeckungen, ca. 1420–1780*. Universität Hannover, Institut für Soziologie. https://www.ish.uni-hannover.de/fileadmin/ish/personen/Soeder-Mahlmann/Imperien_der_Traeume_10-2019.pdf
- (2023): *Einführung in die Soziologie des Konsums*. Skript zur Lehrveranstaltung. Universität Hannover, Institut für Soziologie. https://www.ish.uni-hannover.de/fileadmin/ish/personen/Soeder-Mahlmann/Skript_Konsumsoziologie_WS_2023-24.pdf
- STATISTISCHES BUNDESAMT [Hg.] (2018): *Statistisches Jahrbuch 2018*. Wiesbaden (DeStatis).
- STATISTISCHES BUNDESAMT, WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN FÜR SOZIALFORSCHUNG (WZB) UND DAS SOZIO-OEKONOMISCHE PANEL AM DEUTSCHEN INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (DIW) [Hg.] (2018): *Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung).
- SÜDEKUM, Jens (2018): Globalisierung unter Beschuß. Bestandsaufnahme des Freihandels. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 4-5/2018.

- TEMIN, Peter und VOTH, Hans-Joachim (2004): Riding the South Sea Bubble. In: *The American Economic Review*, Vol. 94, No. 5.
- THOMAS, Hugh (2003): *Rivers of Gold. The Rise of the Spanish Empire*. London (Penguin) 2010.
- THURNWALD, Richard (1919): Politische Gebilde bei Naturvölkern. Ein systematischer Versuch über die Anfänge des Staates. In ders.: *Grundfragen menschlicher Gesellung. Ausgewählte Schriften*. Berlin (Duncker & Humblot) 1957.
- TOPHOVEN, Silke; WENZIG, Claudia; LIETZMANN, Torsten (2015): *Kinder- und Familienarmut. Lebensumstände von Kindern in der Grundsicherung*. Gütersloh (Bertelsmann Stiftung).
- WEINER, Anette B. (1988): *The Trobrianders of Papua New Guinea*. New York, N.Y. (Holt, Rinehart and Winston).
- WILKINSON, Richard / PICKETT, Nancy (2009): *Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Berlin (Haffmans Tolkemitt).
- WINTERHOFF-SPURK, Peter (1996): *Individuelles Informationsmanagement*. In: Taus, Jörg / Kollbeck, Johannes / Mönikes, Jan (Hrsg.): *Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft*. Baden-Baden (Nomos).
- WOLKSTEIN, Diane and KRAMER, Samuel Noah (1983): *Inanna. Queen of Heaven and Earth*. New York (Harper & Row).
- WOLMAR, Christian (2007): *Fire and Steam: A New History of the Railways in Britain*. London (Atlantic Books).
- WORLD INEQUALITY LAB [Hg.] (2018): *Bericht zur weltweiten Ungleichheit*. <https://wir2018.wid.world/files/download/wir2018-summary-german.pdf>.
- WRIGHTSON, Keith (2000): *Earthly Necessities. Economic Lives in Early Modern Britain, 1470–1750*. London (Penguin) 2002.
- WRIGLEY, Edward Anthony (2004): *Poverty, Progress, and Population*. Cambridge, New York (Cambridge University Press).
- (2010): *Energy and the English Industrial Revolution*. Cambridge, New York (Cambridge University Press).
- ZIMMER, Heinrich (1951): *Philosophie und Religion Indiens*. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1973.
- ZYLBERBERG, David (2015): *Fuel Prices, Regional Diets and Cooking Habits in the English Industrial Revolution (1750–1830)*. In: *Past and Present*, No. 240.